

ENTWICKLUNG VON RISIKEN
UND BANKAUFSICHTSMASSNAHMEN IM
BANKMÄSSIGEN DEVISENHANDEL NACH DEM
ÜBERGANG ZUR WECHSELKURSFLEXIBILITÄT

von
DIPL.-KFM. JÜRGEN FALLER
aus
SCHRAMBERG

1980



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546209_0080

ENTWICKLUNG VON RISIKEN
UND BANKAUFSICHTSMASSNAHMEN IM
BANKMÄSSIGEN DEISENHANDEL NACH DEM
ÜBERGANG ZUR WECHSELKURSFLEXIBILITÄT

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

DIPL.-KFM. JÜRGEN FALLER

aus

SCHRAMBERG



REFERENT: PROF. DR. OSWALD HAHN
KORREFERENT: PROF. DR. MANFRED NEUMANN
TAG DER PROMOTION: 15. JULI 1980

1. Abschnitt: GEGENSTAND, BEGRIFFLICHE GRUNDLAGEN, ZIELSETZUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG	1
A. Untersuchungsgegenstand und seine Begründung	1
B. Begriffliche Grundlagen	2
I. Bankmäßiger Devisenhandel	2
a) Devisen und Devisengeschäfte	3
1. Inhalt und Abgrenzung des Begriffs "Devisen"	3
2. Klassifizierung von Devisengeschäften	4
b) Banken und Devisenmärkte	5
1. Abschlüsse zwischen Geschäftsbanken und ihren Kunden	6
2. Devisenmarktbeziehungen unter Banken	6
aa) Die Devisenbörse als konkrete Markt- veranstaltung auf nationaler Ebene	6
bb) Die außerbörslichen Handelskontakte als abstrakte Marktveranstaltung auf nationaler und internationaler Ebene	8
c) Einzel- und gesamtwirtschaftliche Funk- tionsfähigkeit	9
II. Die Wechselkursflexibilität als Ordnungs- prinzip im internationalen Währungssystem	10
a) Das internationale Währungssystem	10
b) Das Wechselkurssystem von Bretton Woods (Paritätensystem)	12
c) System der Wechselkursflexibilität seit 1973	14
1. Abgrenzung der instrumentellen Wechsel- kursflexibilität	14
2. Ordnungspolitische Bedeutung der inter- national praktizierten Wechselkurs- flexibilität	15
III. Maßnahmen der Bankenaufsicht nach 1973	19
C. Zielsetzung und Gang der Untersuchung	20

2. Abschnitt: ENTWICKLUNG DER DEVISENHANDELSRISIKEN IN DER WECHSELKURSFLEXIBILITÄT	22
A. Interpretation des Begriffs 'Risiken'	22
B. Einzelwirtschaftliche Risiken des bankmäßigen Devisenhandels	23
I. Das Devisenhandelsrisiko und seine Bestim- mungsfaktoren	23
a) Elemente des Devisenhandelsrisikos	23
b) Quellen des Devisenhandelsrisikos	23
II. Überbetriebliche Risikoquelle des Devisenge- schäfts	24
a) Überblick	24
b) Zunehmende Ungewißheit über die Devisen- kursentwicklung nach dem Übergang zu fle- xiblen Wechselkursen	25
1. Methode zur Beurteilung der Ungewißheit über die kurzfristige Devisenkursentwick- lung	25
2. Untersuchungsergebnisse	27
aa) Schwankungsintensität der Devisen- kurse vor und nach dem Übergang zu 'flexiblen Wechselkursen'	29
bb) Entwicklung der Schwankungsinten- sität im System flexibler Wechsel- kurse	33
c) Ungewißheit über die Entwicklung des Swap- satzes	34
d) Ungewißheit über die Entwicklung der Devi- senhandelsposition (Positionsänderungs- risiko)	37
1. Bestimmungsfaktoren der Devisenhandels- position	37
2. Ungewißheit über den zeitlichen und artmäßigen Geschäftsanfall aus dem Kundengeschäft	38
3. Ungewißheit über die Entwicklung der De- visenhandelsposition aus dem Eigen- geschäft	39
aa) Zunehmende Ungewißheit wegen Ver- längerung der Kurssicherungsketten	40
bb) Zunehmende Ungewißheit wegen der Konzentration des internationalen Devisenmarktgeschehens	40

III. Zwischenbetriebliche Risikoquellen im Devisengeschäft	42
a) Ungewißheit über die zukünftige Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Devisenhandelspartner	42
b) Kreditausfallrisiko bei der Abwicklung von fälligen Devisengeschäften unter Banken	43
c) Margenrisiko bei Devisentermingeschäften	45
1. Wirtschaftliches Risiko	45
2. Rechtliches Risiko	45
d) Konsequenzen zwischenbetrieblicher Risiken	46
IV. Innerbetriebliche Risiken als primäre Verlust- und Insolvenzursache	46
a) Ansatzpunkte für innerbetriebliche Devisenhandelsrisiken	46
b) Kompetenzüberschreitungen der Devisenhändler	47
1. Der Begriff der Kompetenzüberschreitung im Devisengeschäft	48
2. Beispiele nicht genehmigter Devisentransaktionen	48
3. Motive für Kompetenzüberschreitungen	49
c) Fehlende Ordnungsmäßigkeit bei der Führung der Devisenabteilung	51
1. Führungsproblem im Devisengeschäft der Banken	51
2. Mängel in der Devisenhandelsorganisation	52
aa) Devisenhandelslimit als Gefahrenquelle	53
bb) Fehlende Kontrollen und Kontrollmöglichkeiten	54
3. Spekulatives Verhalten der Geschäftsleitung	54
4. Gewinnmanipulation durch Devisengeschäfte zu "marktabweichenden" Kursen	55
d) Bestimmungsfaktoren und Konsequenzen der Führungsfehler im Devisengeschäft	56
1. Fehlendes Risikobewußtsein der Geschäftsleitung	56
2. Zusammenhang zwischen Ertragslage und Devisenhandelsverlusten in den Jahren 1973 und 1974	57

3. Der Zusammenhang zwischen Vermögenslage und existenzgefährdenden Verlusten aus dem Devisengeschäft	62
C. Gesamtwirtschaftliche Risiken des bankmäßigen Devisenhandels	64
I. Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte	64
a) Merkmale für funktionsfähige Devisenmärkte	65
b) Bestimmungsfaktoren der Funktionsfähigkeit	66
1. Bestimmungsfaktoren in der Literatur	67
2. Die Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz als Bestimmungsfaktoren	67
II. Zusammenhang zwischen der Wechselkursflexibilität, der Devisenarbitrage und der Funktionsfähigkeit	73
a) Die Möglichkeiten zunehmender Arbitrage-tätigkeit an den Devisenmärkten	73
1. Zeitliche, intensitätsmäßige und quantitative Anpassung an die zunehmenden Devisenkursbewegungen	73
2. Anpassung der Abteilungsgröße an die zunehmenden Kursbewegungen	74
b) Zahlenmäßige Begründung zunehmender Arbitragetätigkeit	75
c) Die Bedeutung zunehmender Arbitragetätigkeit für die Funktionsfähigkeit	76
III. Zusammenhang zwischen der Wechselkursflexibilität, der Devisenspekulation und der Funktionsfähigkeit	77
a) Devisenspekulation des bankmäßigen Devisenhandels	77
b) Einfluß der Wechselkursflexibilität auf die Devisenspekulation	79
1. Risikominimierung führt bei zunehmenden Wechselkursschwankungen zu abnehmender Devisenspekulation	79
2. Gewinnstreben führt bei zunehmenden Devisenkursschwankungen zur Ausweitung der Devisenspekulation	80
aa) Spekulation an den Kassamärkten	80
bb) Spekulation an den Terminmärkten	81
c) Zahlenmäßige Begründung zunehmender Devisenspekulation	82

d) Bedeutung der zunehmenden Devisenspekulation für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte	83
1. Positive Wirkung der Devisenspekulation	83
2. Gegenbeispiele zur ausschließlich positiven Wirkung	84
aa) Erstes Gegenbeispiel	84
bb) Zweites Gegenbeispiel	84
3. Spekulative Beeinflußbarkeit der Devisenkurse durch einzelne Banken	88
IV. Die Wirkung der Wechselkursflexibilität auf die sonstigen Bestimmungsfaktoren und deren Bedeutung für die Funktionsfähigkeit	90
a) Zusammenhang zwischen Wechselkursflexibilität, Markttransparenz und Funktionsfähigkeit	90
b) Zusammenhang zwischen Wechselkursflexibilität, Reaktionsgeschwindigkeit und Funktionsfähigkeit	92
c) Zusammenhang zwischen Wechselkursflexibilität, quantitativer Devisenmarktstruktur und Funktionsfähigkeit	93
V. Latente Gefährdung der Devisenkassamärkte und verbesserte Funktionsfähigkeit der Devisenterminmärkte (Ergebnis zu II. - IV.)	94
VI. Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Bankensystems	96
 3. Abschnitt: BEAUFSICHTIGUNG DES BANKMÄSSIGEN DEVISENHANDELS BIS ZUR SCHLIESSUNG DES BANKHAUSES I.D. HERSTATT	98
A. Das Aufsichtssystem in der Bundesrepublik Deutschland	98
I. Orientierungsrahmen für die Bankenaufsicht	99
II. Aufbau und Ablauforganisation der Bankenaufsicht	100
a) Aufgabenträger im Rahmen der Bankenaufsicht	100
b) Ablauf der Aufsichtstätigkeit	101
III. Instrumentarium der Bankenaufsicht	101
a) Bankenaufsicht als ursachenbezogene Risikopolitik	101
b) Konzessionssystem	102
c) Normativsystem	102
d) Informationssystem	103

e) System von Eingriffsmöglichkeiten	103
B. Beaufsichtigung des Devisengeschäfts einzelner Kreditinstitute	104
I. Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft als Engpaßfaktor der Bankenaufsicht	104
a) Informationsbedarf über das Devisengeschäft	105
1. Anforderungen aufgrund der gesetzlichen Eingriffsmöglichkeiten	105
2. Allgemeine Anforderungen an ein Informationssystem	105
b) Jahresabschluß und Prüfungsberichte als Informationsinstrument über das Devisengeschäft	106
1. Beurteilung in sachlicher Hinsicht	107
aa) Prüfungs- und Berichterstattungspflichten	107
i. Konkretisierung durch Richtlinien über den Inhalt des Prüfungsberichts	108
ii. Konkretisierung durch Fachgutachten und Stellungnahmen	109
bb) Notwendigkeit schwerpunktmäßiger Prüfungshandlungen im Devisengeschäft	110
i. Außerordentliche Entwicklung der Ertrags- und Geschäftsstruktur	110
ii. Außergewöhnliche Geschäftsbeziehungen	111
cc) Feststellung von Devisenhandelsrisiken bei der Buchführungsprüfung	112
i. Bedeutung der Buchführung im Devisengeschäft	112
ii. Begriff der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	112
iii. Beachtung einzelner Grundsätze im Devisengeschäft	114
iv. Zweckmäßige Prüfung der Ordnungsmäßigkeit	116
dd) Feststellung von Devisenhandelsrisiken und -verlusten bei der Prüfung des Jahresabschlusses	118
i. Prüfung der Inventarisierung von Devisengeschäften	118
ii. Prüfung der richtigen Bewertung von Devisengeschäften	120

iii. Prüfung des richtigen Ausweises der kumulierten Geschäftsvor- fälle	121
2. Beurteilung der Jahresabschlußunter- lagen in zeitlicher Hinsicht	123
c) Die Beurteilung der monatlichen Bilanz- statistik als Informationsinstrument	125
1. Meldungen zum Auslandsstatus	125
2. Monatliche Zwischenbilanzen	126
d) Zusammenfassung	127
II. Bankenaufsichtsmaßnahmen im Fall Bankhaus I.D. Herstatt	128
a) Wirksamkeit der durchgeführten Maßnahmen	128
1. Telefonische Rücksprachen mit Her- statt	128
2. Anweisung des Bundesaufsichtsamtes an den Herstatt-Abschlußprüfer gem. § 29 Abs. 2 KWG a.F.	129
aa) Vorgesehen	129
bb) Eignung in sachlicher Hinsicht	130
cc) Eignung in zeitlicher Hinsicht	132
3. Schreiben der LZB-Hauptstelle Köln an das Bankhaus Herstatt vom 14. Juni 1974	133
4. Stützungsverhandlungen und Schließungs- zeitpunkt	134
b) Möglichkeiten und Grenzen nicht durchge- führter Maßnahmen	135
1. Entscheidungsspielraum bei der Sonder- prüfung	135
aa) Problem der Erforderlichkeit der Sonderprüfung	135
bb) Das Problem hinreichend verläßli- cher Informationen	136
2. Einberufung des Aufsichtsrates als mil- deste Alternative zur Sonderprüfung	138
c) Zusammenfassung	140
C. Beaufsichtigung des gesamten inländischen Devi- senmarktgeschehens	140
I. Erkenntnismöglichkeiten aufgrund § 6 Abs. 2 KWG	140
II. Allgemeine Maßnahmen der Bankenaufsicht wegen Mißständen an den Devisenmärkten	141
a) Überblick über die allgemeinen Maßnahmen	141

b) Mitteilungen zur Begrenzung der Devisenhandelsrisiken	142
1. Mündliche Appelle auf dem 12. Deutschen Bankentag	142
2. Schreiben des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 6. Mai 1974	144
c) Verzicht auf eine Bekanntmachung zur Begrenzung des Währungsrisikos	146
1. Entscheidungsspielraum zur Begrenzung des Währungsrisikos	146
2. Meldepflicht für Fremdwährungsgeschäfte als Alternative	147
aa) Rechtliche Grundlagen der Meldepflicht	147
bb) Wirkung der Meldepflicht	148
cc) Kritik am Einführungszeitpunkt	148
II. Zusammenfassung	149
 4. Abschnitt: AUFSICHTSRECHTLICHE GESTALTUNG DES DEVISENHANDELS NACH DEM HERSTATT-ZUSAMMENBRUCH	 151
A. Notwendigkeit zur Konzessionierung der Devisenhandelstätigkeit	151
I. Vorstellungen der Schweizer Nationalbank	151
II. Beurteilung im Rahmen des deutschen Aufsichtssystems	153
a) Besondere Geschäftsbewilligung für Devisenhandelsbanken	153
b) Besondere Geschäftsbewilligung für freie Devisenmakler	153
c) Persönliche Berufsausübungsbewilligung	155
B. Begrenzung des Währungsrisikos im bankmäßigen Devisenhandel durch den Grundsatz I a	155
I. Grundsatz I a als Ergänzung des Normativsystems	155
II. Zweckmäßigkeit des Grundsatzes I a	156
a) Sachgerechte und vollständige Erfassung der sicherungsrelevanten Tatbestände	157
1. Vollständigkeit der erfaßten Gefährdungstatbestände	157
2. Sachgerechte Erfassung der Währungsrisiken	157
aa) Berücksichtigung der Kursschwankungen	157
bb) Berücksichtigung sämtlicher Fremdwährungsgeschäfte	158

b) Sachgerechte Verknüpfung der sicherungs- relevanten Tatbestände	160
1. Haftendes Eigenkapital als Risiko- deckungsmittel	160
2. Berücksichtigung der Teilrisiken	161
aa) Risiken einzelner Währungen	161
bb) Kursänderungs- und Swapsatzrisiken	162
c) Sachgerechte qualitative Relation des Grundsatzes I a	163
1. Anhaltspunkte über die Ausschöpfung des Grundsatzes I a	163
aa) Eigene Berechnungen	164
i. Vorgehensweise	164
ii. Beurteilung der Ergebnisse	170
bb) Überschreitungen des Grundsatzes I a	171
2. Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit	173
3. Auswirkungen auf den Gläubigerschutz	174
4. Änderungsvorschläge und Fazit	175
C. Besondere Begrenzung zwischenbetrieblicher Gefahrenquellen	176
I. Ungewöhnliche Geschäftsausweitung als Ansatzpunkt aufsichtsrechtlicher Maßnahmen	176
II. Zweckmäßigkeit einer Begrenzung des Devisen- handelsvolumens	177
D. Besondere Begrenzung innerbetrieblicher Gefahren- quellen durch Mindestanforderungen an bankinter- ne Kontrollmaßnahmen	179
I. Aufsichtsrechtliche Bedeutung der Mindestanfor- derungen	179
II. Inhaltliche Übereinstimmung zwischen den Min- destanforderungen und einem internen Kon- trollsystem	180
III. Beurteilung der bankinternen Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften	181
a) Kontrollfunktion des Arbeitsablaufes im Devisengeschäft	182
b) Kontrollfunktion der für das Devisenge- schäft zuständigen Geschäftsleitungsmit- glieder, des Leiters der Devisenabteilung und anderer Instanzen	183
c) Kontrollfunktion der Innenrevision	185
IV. Zusammenfassung zu D.	187

5. Abschnitt: AUFSICHTSRECHTLICHE INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN ÜBER DAS DEWISENGESCHÄFT NACH DEM HERSTATT-ZUSAMMENBRUCH	188
A. Zunehmender Informationswert der Prüfungsberichte über das Devisengeschäft	188
I. Maßnahmen zur Erhöhung des Informationswertes	189
II. Konkretisierung der Soll-Objekte für die Prüfung von Devisengeschäften	190
a) Grundsätze für die ordnungsmäßige Bewertung von Devisengeschäften	191
1. Gegenstand und Aufgaben der Bewertung nach der Stellungnahme	191
2. Vorläufige Bewertung der Bilanz- und Terminpositionen je Währung	192
aa) Begriff der Bilanz- und Terminpositionen	193
bb) Bewertung der Bilanzpositionen	193
cc) Bewertung der Terminpositionen	194
3. Endgültige Bewertung	196
aa) Beispiel für die Erfolgsermittlung im Devisengeschäft	196
bb) Ergebnisverrechnung innerhalb der geschlossenen Positionen	198
i. Der Begriff der geschlossenen Position in der Stellungnahme	199
ii. Zulässige Verrechnungsmöglichkeiten	199
iii. Begründung der Verrechnungsmöglichkeiten	201
iv. Berücksichtigung von Swap-satzrisiken	204
cc) Aussonderung nichtrealisierter Gewinne aus offenen Positionen	205
4. Gesondert erfaßte Swapgeschäfte	206
5. Ergebnis	208
b) Weitere Grundsätze zur Rechnungslegung im Devisengeschäft	208
1. Grundsätze für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Devisengeschäft	208
2. Grundsätze für die Ordnungsmäßigkeit der Inventurarbeiten im Devisengeschäft	210
3. Grundsätze für den ordnungsmäßigen Ausweis von Devisengeschäften	211

aa)	Der richtige Ausweis in der monatlichen Bilanzstatistik	211
bb)	Der richtige Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung	212
c)	Ergebnis	214
III.	Veränderungen in den Prüfungs- und Berichterstattungspflichten zum Devisengeschäft	214
a)	Grundsätze für die Prüfung von Devisengeschäften	214
1.	Die Wirkung der generellen Prüfungspflichten nach dem KWG	215
2.	Besondere Prüfungsnormen für das Devisengeschäft	216
aa)	Prüfung des internen Kontrollsystems	216
bb)	Weitere Prüfungshandlungen	217
3.	Ergebnis	218
b)	Grundsätze für die Berichterstattung über das Devisengeschäft	219
1.	Spezielle Berichtsnormen für das Devisengeschäft	219
2.	Unverzügliche Berichterstattung nach § 29 Abs. 2 KWG n.F.	221
aa)	Anzeigepflichten der Abschlußprüfer nach Satz 1	221
bb)	Auskunftspflicht der Abschlußprüfer nach Satz 2	223
3.	Ergebnis	224
B.	Zusätzliche Informationspflichten der Kreditinstitute	224
I.	Verkürzung der Einreichungsfrist für den Jahresabschluß	224
II.	Informationspflichten über die Einhaltung des Grundsatzes I a	226
a)	Form, Inhalt und Zeitpunkt der Meldepflicht	226
b)	Beurteilung der Informationspflichten	228
III.	Ausweitung der Berichterstattung auf ausländische Tochterbanken	230
IV.	Zusammenfassung zu B.	232
C.	Verbessertes Sonderprüfungsrecht nach § 44 KWG n.F.	232

6. Abschnitt: ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSUCHUNGS- ERGEBNISSE	233
A. Wechselkursflexibilität als Bestimmungsfaktor zunehmender Devisenhandelsrisiken	233
I. Entwicklung der einzelwirtschaftlichen Risiken	233
II. Entstehung gesamtwirtschaftlicher Risiken	236
B. Bankaufsichtsmaßnahmen als Bestimmungsfaktor abnehmender Risiken des bankmäßigen Devisen- handels	238
I. Wirksamkeit der Bankaufsichtsmaßnahmen vor dem Herstatt-Zusammenbruch	238
II. Wirksamkeit der Aufsichtsmaßnahmen nach dem Herstatt-Zusammenbruch	241
C. Gesamtergebnis	245
Anhang	246
 TABELLENVERZEICHNIS	 XIII
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	XIV
LITERATURVERZEICHNIS	XV

TABELLENVERZEICHNIS

<u>Tab.-Nr.:</u>		<u>Seite</u>
1	Schwankungsmöglichkeiten der Devisenkurse in der Wechselkursflexibilität	18
2	Schwankungsmöglichkeiten der Devisenkassakurse im Paritätensystem	28
3	Häufigkeitsverteilung der maximalen wöchentlichen Devisenkursschwankungen für das Jahr 1974	29
4	Intensität der wöchentlichen Devisenkurschwankungen pro Jahr und Währung im Bretton-Woods-System von 1969 - 1972	30
5	Intensität der wöchentlichen Devisenkurschwankungen pro Jahr und Währung im System 'flexibler Wechselkurse von 1973 - 1979	31
6	Währungsunsicherheit vor und nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität	32
7	Häufigkeitsverteilung der Swapsatzschwankungen von 1974 - 1978 für die wichtigsten Welthandelswährungen	35 f.
8	Betriebsergebnis in Prozent des durchschnittlichen Geschäftsvolumens nach Bankengruppen	58
9	Entwicklung der "übrigen sonstigen Aufwendungen" der Banken	60
10	Entwicklung der "sonstigen Aufwendungen" bei der Westdeutschen Landesbank und Girozentrale	61
11	Geschätzte Marktanteile der zwanzig größten internationalen Devisenhandelsbanken in Prozent	72
12	Indikator für die offenen Devisenpositionen deutscher Banken seit Juli 1974 in Mio DM	165 ff.
13	Durchschnittliche Kennziffern (näherungsweise) für den Grundsatz I a nach § 10 KWG	168 f.
14	Zahl der Kreditinstitute, die den Grundsatz I a überschritten haben	171
15	Haftendes Eigenkapital deutscher, im Devisenhandel tätiger Privatbankiers in Mio.	172
16	Ermittlung des Ergebnisses der Terminposition einer Währung zum 31. Dezember 1973	195
17	Erfolgsermittlung im Devisengeschäft	197

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<u>Abb.-Nr.:</u>		<u>Seite</u>
1	Entwicklung des Außenwertes der Deutschen Mark gegenüber den wichtigsten internationalen Währungen	27
2	Ertragsentwicklung bei den Banken	59
3	Destabilisierende Wirkung der bankmäßigen Devisenspekulation	85
4	System der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	113

1. Abschnitt: GEGENSTAND, BEGRIFFLICHE GRUNDLAGEN, ZIELSETZUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG

A. Untersuchungsgegenstand und seine Begründung

Gegenstand dieser Untersuchung sind die Risiken des bankmäßigen Devisenhandels und deren Entwicklung unter dem Einfluß der Wechselkursflexibilität und der Bankenaufsicht seit Anfang 1973. Risiken in diesem Sinne umfassen nahezu alle negativen Erfahrungen ¹, die nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen gemacht wurden; sie reichen von stark schwankenden Devisenkursen über große Verluste aus Devisengeschäften, Bankinsolvenzen und zeitweise funktionsgefährdeten Devisenmärkten.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Unruhen an den Devisenmärkten ständig Schlagzeilen in den Massenmedien verursacht haben, scheint es überflüssig, dieses Thema wieder aufzugreifen. Für die erneute zusammenfassende Betrachtung spricht, daß in unserer schnelllebigen Zeit selbst wichtige Vorgänge bald in Vergessenheit geraten. Stellvertretend hierfür gilt in bezug auf unsere Problemstellung die folgende Aussage: "... Die großen Schwierigkeiten, die für den praktischen Umgang mit flexiblen Wechselkursen von Gegnern vorausgesagt worden waren, erwiesen sich als gering ... Banken lernten erstaunlich schnell, mit dem neuen Wechselkurssystem zu arbeiten ..." ². Wir vertreten demgegenüber die Auffassung, daß die Anpassung der Devisenmärkte an das neue System nicht ausschließlich problemlos verlief. Eine Umfrage in der Zeitschrift "The Banker" ergab sogar noch im Jahre 1978, daß 44 % der Befragten für die Zukunft die Gefahr größerer Devisenhandelsverluste, vergleichbar mit denen der Jahre 1974 und 1975, nicht ausschließen ³.

Nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität wurden mit unterschiedlichem zeitlichem Abstand die gestiegenen Risiken des

1 Zu weiteren Erfahrungen mit floatenden Wechselkursen vgl. Hans Roeper, Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Januar 1978, S. 11; o.V., Fünf Jahre Floating, in: Vereinsbank Kundendienst, hrsg. von der Bayerischen Vereinsbank, 1978/3, S. 1 ff.; o.V., Fünf Jahre Erfahrungen mit dem Floating, in: Wirtschaftsnotizen, hrsg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich 1978/2, S. 3 ff.; Hans Eckart Scharrer, Erfahrungen mit dem Floating, in: Wirtschaftsdienst 1975, S. 244 ff.; Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1976, S. 58 f.

2 Hans Roeper, a.a.O., S. 11

3 Vgl. o.V., The future of international money, in: The Banker 1978, S. 24

bankmäßigen Devisenhandels von allen bankpolitisch verantwortlichen Instanzen ¹ bekämpft. Wir beschränken uns im Rahmen dieser Untersuchung auf die Maßnahmen des Staates zur Regelung der Bankwirtschaft ² und hier speziell zur Beaufsichtigung des bankmäßigen Devisenhandels. Wir glauben damit die Entwicklung der Devisenhandelsrisiken bis zum heutigen Tag zuverlässiger beurteilen zu können als dies durch eine Untersuchung der risikoorientierten Geschäftsbankpolitik im Devisenhandel möglich gewesen wäre. Eine solche Untersuchung würde nicht zuletzt auch an der geringen Informationsbereitschaft der Banken über das Devisengeschäft scheitern, die in den Ereignissen der Jahre 1973/74 begründet ist. Demgegenüber wurden die Reaktionen der Bankenaufsichtsinstanzen eindeutig in Form Gesetzesänderungen, Bekanntmachungen und ergänzenden Schreiben dokumentiert (vgl. S. 20).

B. Begriffliche Grundlagen

Unsere Themenstellung verlangt die Konkretisierung der Begriffe bankmäßiger Devisenhandel, Wechselkursflexibilität und Maßnahmen der Bankenaufsicht. Der Begriff der Risiken wird zu Beginn des zweiten Abschnittes angesprochen.

I. Bankmäßiger Devisenhandel

Lipfert unterscheidet den Devisenhandel der Banken und den der Nicht-Banken ³. Unsere Betrachtung bezieht sich nur auf den bankmäßigen Devisenhandel. Zu seiner Charakterisierung dient uns die Umschreibung des Handelsobjektes und der Geschäftsar-

1 Hierzu zählen der Staat, die Banken insgesamt und die einzelnen Kreditinstitute. Vgl. Oswald Hahn, Die Führung des Bankbetriebes, Stuttgart 1977, S. 23

2 Ausgeklammert bleibt damit die Währungspolitik (vgl. ebenda). Eine risikopolitische Wirkung der Notenbankpolitik kommt jedoch indirekt in unserer Untersuchung zum Ausdruck, weil unsere Definition der Wechselkursflexibilität (vgl. zwei Ausnahmen vom Prinzip der reinen Flexibilität in Form von Notenbankinterventionen an den Devisenmärkten beinhaltet, die de facto eine Verminderung des Kursänderungsrisikos bedeuten können (vgl. S.

3 Vgl. Helmut Lipfert, Devisen und Devisenhandel, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Band I, hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann, 4. Aufl., Stuttgart 1974, Sp. 1159 ff.

ten (vgl. a), der unterschiedlichen Devisenmarktbeziehungen (vgl. b) und der Funktionen (vgl. c) des bankmäßigen Devisenhandels.

a) Devisen und Devisengeschäfte

1. Inhalt und Abgrenzung des Begriffs "Devisen"

Devisen stellen Buchgeld dar, das auf fremde Währung lautet und an einem ausländischen Platz zahlbar gestellt ist ¹. Devisen in diesem Sinne sind Guthaben bei ausländischen Banken, im Ausland zahlbare Schecks und Wechsel, sofern sie auf fremde Währung lauten. Während zwischen Banken und Nichtbankkundschaft alle obengenannten Formen eine Rolle spielen, trifft dies für den Interbankenhandel nicht zu, da unter Banken nur auf fremde Währung lautende Guthaben gehandelt werden. Ausgeklammert bleiben ausländische Barzahlungsmittel, wie Banknoten und Münzen; sie werden unter dem Begriff "Sorten" zusammengefaßt ². Devisen werden entweder mit dem Namen der betreffenden Währung bezeichnet, z.B. US-Dollar, Deutsche Mark, Englisches Pfund usw., oder man nennt sie "Auszahlung" unter Hinzufügung der wirtschaftlichen Metropole des betreffenden Landes, z.B. "Auszahlung London", "Auszahlung Zürich" usw. ³.

Von Bedeutung sind in unserem Zusammenhang nur die Devisen der wichtigsten Welthandelsländer (US-Dollar, Deutsche Mark, Japanischer Yen, Französischer Franc, Englisches Pfund, Italienische Lira, Holländischer Gulden und Kanadischer Dollar) einschließlich Guthaben in Schweizer Franken, da Geschäftsabschlüsse über diese Devisen das Marktgeschehen umsatzmäßig weitgehend bestimmen. Eine überragende Stellung nimmt unter ihnen jedoch der US-Dollar als Transaktionswährung ein, da im Devi-

1 Vgl. Helmut Lipfert, Devisen und Devisenhandel, a.a.O., Sp. 1155

2 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, Stuttgart 1964, S. 32 f.; ebenso Helmut Lipfert, Devisen und Devisenhandel, a.a.O., Sp. 1155

3 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 33

senhandel unter Banken immer der US-Dollar beteiligt ist ¹. Wenn eine deutsche Bank Englische Pfunde kaufen möchte, wird dieser Kauf immer gegen US-Dollar und nicht gegen Deutsche Mark direkt erfolgen, oder eine italienische Bank wird Deutsche Mark immer nur gegen US-Dollars verkaufen können und nicht sofort gegen italienische Lira.

2. Klassifizierung von Devisengeschäften

Unter Devisenhandel bzw. Devisengeschäft versteht man den An- und Verkauf von Devisen gegen Inlandswährung oder von Devisen gegen Devisen, wobei für jeden Geschäftsabschluß die Devisenkurse frei vereinbart werden ². Eine Klassifizierung der Geschäftsabschlüsse kann unter zeitlichem Aspekt vorgenommen werden ³. Man unterscheidet danach Devisenkassa- und Devisentermingeschäfte ⁴. Devisenkassageschäfte liegen vor, wenn bei einem Devisenhandelsgespräch keine besondere Vereinbarung über den Erfüllungszeitpunkt getroffen wird; dann müssen die gegenseitig verkauften Devisenbeträge beiderseits am zweiten Geschäftstag nach dem Abschlußtag angeschafft werden ⁵. Wird die Erfüllung für einen späteren Zeitpunkt vereinbart, handelt es sich um ein Devisentermingeschäft. ⁶ Zu den handelsüblichen Terminen gehören ein oder drei Monate und schon seltener auch sechs Monate ⁷ nach Abschluß ⁸. Beiden Geschäftsarten ist gemeinsam, daß der Devisenkurs am Abschlußtag festgelegt wird ⁹, wobei der Kassa- und der Terminkurs in der Regel um den sogenannten 'Swap' (vgl. S. 34) differieren ¹⁰. Den Begriffen

1 Vgl. z.B. Schweizerischer Bankenverein (Hrsg.), Devisenhandel und Geldmarktgeschäfte, Zürich 1976, S. 35; Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, 2. Aufl., Frankfurt 1973, S. 139 f.

2 Vgl. Helmut Lipfert, Nationaler und internationaler Zahlungsverkehr, 2. Aufl., Wiesbaden 1970, S. 121

3 Vgl. Oswald Hahn, Bankbetriebslehre, Stuttgart 1967, S. 18

4 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 40

5 Vgl. ebenda, S. 40 f.; Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, Frankfurt 1967, S. 54 f.

6 Vgl. ebenda, S. 41 bzw. S. 55

7 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 55

8 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 41; Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 55

9 Vgl. Oswald Hahn, Bankbetriebslehre, a.a.O., S. 17

10 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 41

Devisenkassa- und Devisentermingeschäft entsprechend können wir den Tätigkeitsbereich des Devisenhandels in Devisenkassa- und Devisenterminmärkte untergliedern ¹.

Von besonderer Bedeutung sind für den bankmäßigen Devisenhandel die sogenannten Swapgeschäfte. Es handelt sich dabei um den Kauf und den gleichzeitigen Verkauf eines bestimmten Devisenbetrages zu unterschiedlichen Fälligkeitszeitpunkten zwischen den gleichen Devisenmarktkontrahenten. Ein Swapgeschäft umfaßt also nicht nur die Kombination zwischen einem Devisenkassa- und einem Devisentermingeschäft, sondern auch die Kombination von zwei Devisentermingeschäften mit unterschiedlichen Fälligkeitsterminen, wenn z.B. eine Bank A einen Devisenbetrag per drei Monaten von Bank B verkauft und diesen im gleichen Geschäftsgang wieder per sechs Monaten zurückkauft. Allgemein bewirkt ein Swapgeschäft den befristeten Austausch eines Devisenbetrages zwischen zwei Geschäftspartnern. ²

b) Banken und Devisenmärkte

Der Tätigkeitsbereich des Devisenhandels sind die Devisenmärkte ³. Geschäftspartner an den Devisenmärkten sind die Devisendisponenten der Nichtbanken, die Devisenhändler der Geschäftsbanken und die Vertreter der Zentralnotenbanken ⁴.

Nach den beteiligten Devisenhandelspartnern können der Devisenmarkt unter Banken sowie der Devisenmarkt zwischen Banken und ihren Kunden unterschieden werden ⁵. Auf die Stellung der Notenbanken als Marktpartner wird unter Punkt II (Wechselkursflexibilität als Ordnungsprinzip im internationalen Währungssystem) einzugehen sein.

1 Vgl. Helmut Lipfert, Devisen und Devisenhandel, a.a.O., Sp. 1156

2 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 57

3 Vgl. Helmut Lipfert, Devisen und Devisenhandel, a.a.O., S. 1156

4 Vgl. ebenda

5 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 43

1. Abschlüsse zwischen Geschäftsbanken und ihren Kunden

Ausgangspunkt des Devisenmarktgeschehens ist der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr der Bankkunden und hier primär der Importeure und Exporteure. Die Banken führen Auslandszahlungsaufträge in Fremdwährung grundsätzlich an dem Tag aus, an dem sie ihnen von ihren Kunden zugeleitet werden. Die Abrechnung der Devisenein- und Devisenausgänge wird zu den einheitlich festgestellten Geld- und Briefkursen der amtlichen Devisenbörse vorgenommen ¹.

Das Umsatzvolumen an diesen nationalen Devisenmärkten zwischen Banken und Nichtbanken wird im wesentlichen durch das Außenhandelsvolumen eines Landes und durch den Anteil der in Fremdwährung fakturierten Import- und Exportverträge bestimmt. Der Anteil des Kundengeschäfts am gesamten Umsatzvolumen im Devisengeschäft einer Bank oder am Umsatzvolumen eines Devisenmarktes beträgt ungefähr 3 bis 5 % ².

2. Devisenmarktbeziehungen unter Banken

Der Ausgleich zwischen dem Devisenangebot und der Devisennachfrage der Banken findet entweder an der Devisenbörse oder außerhalb der Börse im zweiseitigen Handelsgespräch zwischen den Banken statt.

aa) Die Devisenbörse als konkrete Marktveranstaltung auf nationaler Ebene

Die Devisenbörse kann als vollendete Erscheinungsform einer Marktveranstaltung betrachtet werden, bei der zu einem bestimmten Zeitpunkt (Börsenzeit) an einem bestimmten Ort das gesamte Devisenangebot und die gesamte Devisennachfrage eines

¹ Vgl. Helmut Lipfert, Nationaler und internationaler Zahlungsverkehr, a.a.O., S. 121

² Vgl. o.V., Deutsche Bank hat die Dividende noch gut verdient, in: Börsenzeitung vom 5. April 1974, S. 3/4; zur Relation an einem Devisenmarkt vgl. Federal Reserve Bank of New York (Hrsg.), Press Release No. 1203 vom 12. Juli 1977

Landes aufeinandertreffen. Nicht in allen Ländern finden solche regelmäßigen Marktveranstaltungen statt ¹. Aufgabe der Devisenbörse ist es, eine einheitliche und verbindliche Notierung für die verschiedenen an der Börse gehandelten Devisen zu ermitteln. In der Bundesrepublik Deutschland wird von den Börsenorganen der Kurs festgestellt, bei dem das größte Umsatzvolumen zustande kommt ^{2, 3}.

In quantitativer Hinsicht ist die Tätigkeit an den Devisenbörsen unbedeutend, da hier nur ein geringer Bruchteil des Devisenmarktvolumens umgesetzt wird ⁴. Es wird angenommen, daß 1 bis 2 % des Umsatzvolumens über die Devisenbörse laufen ⁵.

Als Anhaltspunkt für die absolute Größenordnung kann die Umsatzentwicklung an der Düsseldorfer Devisenbörse gelten. Dort werden durchschnittlich Tagesumsätze von 50 Millionen DM abgewickelt ⁶. Düsseldorf gehört zu einer der fünf Devisenbörsen in der Bundesrepublik Deutschland. Umsatzangaben der anderen Devisenbörsen sind wegen der Schweigepflicht der Makler gem. § 18 Maklerordnung nicht erhältlich ⁷.

In qualitativer Hinsicht nimmt die Devisenbörse jedoch eine zentrale Funktion im Devisenmarktgeschehen ein, weil die amtliche Devisennotierung die Kursrelationen zwischen den verschiedenen Fremdwährungen und der Deutschen Mark widerspiegelt, wie sie während der Börsenstunden an den internationalen Devisenmärkten genannt werden ⁸. Die Übereinstimmung folgt aus der Tatsache, daß von der Marktsituation abweichende limitierte Aufträge nicht ausgeführt werden, und daß die beteiligten Banken sofort Umsätze tätigen, wenn sich die Kursnotierung von den international gültigen Kursrelationen entfernt ⁹. Die amtliche Devisen-

1 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 43

2 Vgl. ebenda, S. 44

3 Zu anderen Arten der Kursfeststellung vgl. ebenda

4 Vgl. ebenda, S. 59

5 Vgl. Engelbert Dicken, Die marktwirtschaftliche Funktion der Devisenbörse, in: Frankfurter Wertpapierbörse (Hrsg.), Jahresbericht 1978, S. 30

6 Vgl. o.V., Devisenbörse ein getreues Spiegelbild der Wirtschaft, in: Handelsblatt vom 8. Mai 1978, S. 27

7 Vgl. Schreiben eines Frankfurter Kursmaklers vom 8. September 1978 an den Verfasser

8 Vgl. Engelbert Dicken, a.a.O., S. 29; Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 68

9 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 68

notierung repräsentiert damit eine objektiv nachprüfbare und konkrete Momentaufnahme der zu den Börsenstunden gültigen Kursrelationen an den internationalen Devisenmärkten ¹.

bb) Die außerbörslichen Handelskontakte als abstrakte Marktveranstaltung auf nationaler und internationaler Ebene

Das Devisenmarktgeschehen außerhalb der Devisenbörsen ist sehr viel weniger konkret, weil sich die Devisenmarktteilnehmer nicht wie an der Devisenbörse persönlich zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort einfinden, um ihre Devisenan- und -verkäufe durchzuführen. Der Ausgleich zwischen Devisenangebot und Devisennachfrage erfolgt hier über eine Vielzahl von zweiseitigen Handelsgesprächen, die fernschriftlich oder fernmündlich durchgeführt werden ².

Wegen der starken Erfolgswirksamkeit ist das Devisenmarktgeschehen nicht weniger straff organisiert als an der Devisenbörse. Es handelt sich dabei nicht um börsengesetzliche Regelungen, durch die die Kursnotierung und die Abwicklung eines Devisengeschäfts festgehalten wird, sondern um Devisenmarktusancen ³, durch die das Devisenhandelsgespräch und die Abwicklung des einzelnen Devisenhandelsgeschäfts geregelt wird. Bei einem Verstoß gegen diese Regeln geht eine Bank die Gefahr ein, in Zukunft nicht mehr als gute Devisenhandelsadresse akzeptiert zu werden.

Im Gegensatz zur amtlichen Kursermittlung an der Börse, bei der die Devisenhändler laufend über die Errechnung des Devisenkurses informiert sind ⁴, müssen die Banken außerhalb der Börse die richtige Positionsänderung ertasten ⁵. Dies geschieht dadurch, daß eine Bank laufend Devisenhandelskontakte sucht,

¹ Vgl. Engelbert Dicken, a.a.O., S. 30

² Vgl. Helmut Lipfert, Devisen und Devisenhandel, a.a.O., S- 1156

³ Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 59; Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 80 ff.

⁴ Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 65 f.

⁵ Vgl. ebenda, S. 182 ff.

um die am Markt latent vorhandene Kursrelation herauszufinden. Zur Erleichterung dieser Aufgabe können insbesondere bei kleineren Devisenabteilungen die freien Devisenmakler beitragen.

Die relative Größenordnung des außerbörslichen Devisenmarktvolumens können wir mit 98 - 99 % des Gesamtmarktes beziffern (vgl. S. 7). Eine Vorstellung von der Größenordnung und Bedeutung dieses Marktes geben jedoch erst einige absolute Umsatzkennzahlen. Die Deutsche Bank AG gibt ihren Devisenhandelsumsatz im Jahre 1973 mit 778 Mrd DM an ¹. Dagegen erreichte das japanische Devisenmarktvolumen in den ersten Monaten des Jahres 1977 nur knapp 112 Mrd US-Dollar ². Dieser Umsatz wurde am New Yorker Devisenmarkt 1977 mit 106,4 Mrd US-Dollar annähernd im Laufe eines Monats erzielt ³. Das jährliche Welt-handelsvolumen am Devisenmarkt wird von der City Bank Corp. auf 50 Billionen US-Dollar geschätzt ⁴.

c) Einzel- und gesamtwirtschaftliche Funktionsfähigkeit

Die Funktionsfähigkeit des bankmäßigen Devisenhandels besitzt eine einzel- und eine gesamtwirtschaftliche Dimension, wobei die einzelnen Devisenabteilungen einzelwirtschaftliche Aufgaben verfolgen und die Gesamtheit des im Devisengeschäft tätigen Banken gesamtwirtschaftliche Funktionen wahrnimmt.

Ausgangspunkt sind die einzelwirtschaftlichen Interessen der Banken bzw. deren Devisenabteilungen. Primäre Motivation zum Tätigwerden im Devisengeschäft ist die Gewinnerzielungsabsicht ⁵; diese äußert sich entweder in der Erfüllung von Kundenaufträgen ("Devisenhandel als Dienstleistungsgeschäft")

1 Vgl. o.V., Deutsche Bank hat die Dividenden noch gut verdient, in: Börsenzeitung vom 5. April 1974, S. 3/4

2 Vgl. Monatszeitschrift der Mitsubishi Bank, Tokyo, 1977/12, S. 11

3 Vgl. Federal Reserve Bank of New York (Hrsg.), Press Release, Nr. 1203 vom 12. Juli 1977; o.V., Rasches Wachstum des amerikanischen Devisenmarktes, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. Juli 1977, S. 7; o.V., Fed durchleuchtet US-Devisenmarkt, in: Handelsblatt vom 13. Juli 1977, S. 5

4 Vgl. o.V., World-Wide Foreign-Exchange Volume is places roughly at \$ 50 Trillion a Year, in: Wall Street Journal vom 15. Januar 1979; o.V.: Am Devisenmarkt gehen 50 Billionen um, in: Handelsblatt vom 16. Januar 1979, S. 6

5 Vgl. Helmut Lipfert, Psychologie des Devisenmarktes, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1967, S. 316

oder im Eigengeschäft der Banken ("Devisenhandel als Grundgeschäft"). Zum zweiten dient die Handelstätigkeit zur Minimierung der Risiken, die aus der Übernahme von Kundenaufträgen und den anderen Fremdwährungsgeschäften einer Bank resultieren ("Devisenhandel zwecks Risikoabsicherung").¹ Auf einer anderen, nicht unmittelbar erfolgswirksamen Ebene liegt das Bestreben einer Devisenabteilung, an den Devisenmärkten als 'Gute Adresse' genannt zu werden; hinter dem Begriff 'gute Adresse' bzw. 'Standing' steht die Macht und das Ansehen einer Bank im Devisengeschäft.² Ein gutes Devisenmarktstanding erleichtert bzw. verstärkt die Erfüllbarkeit der erstgenannten Funktionen einer Devisenabteilung.

Die Erreichbarkeit einzelwirtschaftlicher Interessen an den Devisenmärkten stellt die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Funktionen des Devisenhandels dar. Banken werden nur dann bereit sein, an den Devisenmärkten aktiv zu handeln, wenn langfristig aus dem Devisengeschäft angemessene Gewinne bei vertretbaren Risiken erzielbar sind. Nur Banken mit ausreichendem Standing werden als vollwertige Marktpartner akzeptiert. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist das bankengetragene Devisenhandelssystem dann funktionsfähig, wenn erstens an den Kassamärkten die kurzfristigen Diskrepanzen im internationalen Zahlungsverkehr ausgeglichen werden³ und zweitens die Devisenterminmärkte dem Sicherungsbedarf des Außenhandels entsprechen⁴.

II. Die Wechselkursflexibilität als Ordnungsprinzip im internationalen Währungssystem

a) Das internationale Währungssystem

Das internationale Währungssystem stellt den rechtlichen und ökonomischen Rahmen dar, in dem sich das internationale Währungsgeschehen abspielt; die Aktivitäten an den Devisenmärkten sind ein wesentlicher Bestandteil des Währungsgeschehens.

1 Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 47 ff.

2 Vgl. Helmut Lipfert, Psychologie des Devisenmarktes, a.a.O., S. 318

3 Vgl. Helmut Lipfert, Nationaler und internationaler Zahlungsverkehr, 2. Aufl., Wiesbaden 1970, S. 127 ff.

4 Vgl. ebenda, S. 130 ff.

Ein internationales Währungssystem entsteht primär dadurch, daß sich mehrere Staaten über institutionelle Regelungen oder Ordnungsprinzipien einigen ¹. Die erste schriftliche Fixierung von völkerrechtlich vereinbarten Spielregeln über das internationale Währungsgeschehen erfolgte im Abkommen über den internationalen Währungsfonds ^{2, 3}. Vor dieser Zeit kannte man von 1870 bis 1914 nur die ungeschriebenen Regeln des Goldstandards ⁴ und in der Zwischenkriegszeit ⁵ dominierte ein währungspolitischer Anarchismus ⁶.

Diesem Abkommen von Bretton-Woods sind inzwischen nahezu alle Länder der westlichen Welt beigetreten ⁷. Es kann deshalb nur von einem internationalen Währungssystem des Westens gesprochen werden, da sich die Staaten des Ostblocks diesem Abkommen nicht angeschlossen haben. Sie errichteten mit dem Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe (Comecon) ein auf die Ostblockstaaten beschränktes Währungssystem ⁸. Die wichtigsten Prinzipien für ein internationales Währungssystem - wie sie auch im Abkommen über den internationalen Währungsfonds enthalten sind - betreffen das Wechselkurssystem und den Devisenverkehr mit dem Ausland (Konvertibilitätsproblem) ⁹.

1 Vgl. Otto Veit, Grundriß der Währungspolitik, 3. Aufl., Frankfurt 1969, S.77

2 Vgl. Abkommen über den internationalen Währungsfonds, in: Bundesgesetzblatt II vom 1. August 1952, S. 638 ff. und Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen über den internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund) und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development), in: Bundesgesetzblatt II vom 1. August 1952, S. 637). Das Abkommen wurde inzwischen zweimal geändert und ergänzt, vgl. Bundesgesetzblatt II, 1968, S. 1227, 1978, S. 13 ff.. Die Neufassung wird nicht mehr mit "... Abkommen über den Internationalen Währungsfonds" bezeichnet, sondern mit "Gesetz zu dem Übereinkommen über den internationalen Währungsfonds in der Fassung von 1976 (IWF-Gesetz)".

3 Vgl. Otmar Emminger, Internationales Währungssystem, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. Aufl., hrsg. v. Bernhard Benning u.a., Frankfurt 1967/68, S. 842 f.

4 Vgl. Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, 2. Aufl., Frankfurt 1973, S. 15 f.

5 Vgl. ebenda, S. 16 ff.

6 Vgl. Otmar Emminger, Internationales Währungssystem, a.a.O., S. 842 f.

7 Vgl. ebenda, S. 843

8 Vgl. Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, a.a.O., S. 12 f.

9 Vgl. Otmar Emminger, Internationales Währungssystem, a.a.O., S. 843

Für unsere weiteren Ausführungen sind nur die Grundsätze über das Wechselkurssystem von Bedeutung. Wir können uns allerdings nicht auf das Prinzip der Wechselkursflexibilität beschränken, weil eine Beurteilung der Kursänderungsrisiken nach dem Übergang zur Flexibilität zum Vergleich auch Kenntnisse über das bisherige Wechselkurssystem von Bretton Woods voraussetzt.

b) Das Wechselkurssystem von Bretton Woods (Paritätensystem)

1944 hat man sich in Bretton Woods für feste Wechselkurse entschieden. Dieses Übereinkommen wurde durch die schlechten Erfahrungen begünstigt, welche man mit flexiblen Wechselkursen in den Inflationsjahren nach 1918 und mit dem Abwertungswettlauf zwischen den einzelnen Ländern in der Zwischenkriegsperiode gemacht hat.¹ Stabile Wechselkurse boten für die Begründer des Bretton-Woods-Abkommens die beste Gewähr für ein gleichgewichtiges Wachstum des Welthandels und für einen disziplinierenden Einfluß auf die innere Anpassungspolitik². Außerdem hielt man feste Wechselkurse für eine notwendige Bedingung der Konvertibilität³.

Die Wechselkurse sind nach dieser Ordnung keineswegs starr, sondern in zweifacher Hinsicht - wenn auch begrenzt - variabel: In Artikel IV, Abschnitt 1 des Abkommens über den internationalen Währungsfonds wurde festgelegt, daß jedes Land mit seinem Beitritt zum IWF seine Währung "in Gold als gemeinsamen Maßstab oder in US-Dollar im Gewicht und der Feinheit vom 1. Juli 1944"⁴ auszudrücken habe. Diese Wertrelation wird Parität genannt. Durch die zweiseitige Fixierung gegenüber der gemeinsamen Größe Gold oder US-Dollar waren auch die Paritäten der Nicht-Dollar-Länder zueinander bestimmt⁵.

1 Vgl. Otmar Issing, Das internationale Währungssystem nach Jamaica, in: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, hrsg. v. Ernst Dürr u.a., 1977/2, S. 1

2 Vgl. Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, a.a.O., S. 28

3 Vgl. Otto Veit, Währungspolitik als die Kunst des Unmöglichen, Frankfurt 1968, S. 116

4 Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, a.a.O., S. 31

5 Vgl. Otmar Issing, IWF, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1976, S. 30; Hans Möller, Das Ende einer Währungsordnung? München 1972, S. 112; Franz Aschinger, a.a.O., S. 31

Gemäß Artikel IV Abschnitt 3 verpflichten sich die Mitgliedsstaaten auch, daß Devisenkassageschäfte innerhalb ihrer Gebiete nur zu Kursen vorgenommen werden dürfen, die um die Parität von nicht mehr als 1 Prozent in beide Richtungen abweichen. Die Stabilisierung der Devisenkurse innerhalb dieser Bandbreiten erfolgt in der Praxis durch Interventionen der Notenbanken am Devisenmarkt, sobald der Kurs der eigenen Währung die Interventionspunkte erreicht. Die Kursspanne von ± 1 Prozent wird aber nur gegenüber dem US-Dollar als Leitwährung eingehalten ¹. Durch diese Interventionen ergibt sich automatisch eine Stabilisierung der Wechselkurse zwischen allen Nicht-Dollar-Ländern, jedoch sind hier die möglichen Schwankungsbreiten in etwa doppelt so groß wie gegenüber dem US-Dollar. Dieser Tatbestand wurde von den Mitgliedsstaaten berücksichtigt, die sich 1960 im Europäischen Währungsabkommen zusammenschlossen, indem sie die Bandbreite ihrer Währungen zum US-Dollar zusätzlich von 2 % (± 1 %) auf 1,5 % ($\pm 0,75$ %) einengten; daraus folgt eine maximale Bandbreite von 3 %. Für die Kurse der sonstigen Währungen ergibt sich eine maximale Abweichung von ihrer Parität von $\pm 1,75$ %. ² Nach einem Realignment der Wechselkurse am 18. Dezember 1971 wurden die Interventionspunkte gegenüber dem US-Dollar von 0,75 % bzw. 1 % auf 2,25 % nach beiden Seiten der Paritätskurse neu festgelegt. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben diese Bandbreiten im April 1972 auf die Hälfte herabgesetzt, so daß zwischen ihren Währungen maximale Schwankungen von 4,5 % im Gegensatz zu 9 % zwischen den übrigen Währungen möglich sind ³. Wesentliche Abweichungen von den Grundregeln des Paritätensystems waren Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre (nur diese sind in unserer weiteren Untersuchung von Bedeutung) die Freigabe des Wechselkurses der Deutschen Mark und des Holländischen Guldens von Mai bis Dezember 1971 ⁴ und das Floating des

¹ Vgl. Internationaler Währungsfonds, Beschluß vom 24. Juli 1959, in: Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht für das Jahr 1960. Dieser Beschluß stand im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des Europäischen Währungsabkommens, zitiert nach Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, a.a.O., S. 31, Fußnote 28

² Vgl. Hans Möller, a.a.O., S. 122 ff.

³ Vgl. ebenda, S. 124 f.

⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1971, S. 26 und 51

englischen Pfundes ab Juni 1972¹. In Tabelle 1 (vgl. S. 28) haben wir die maximalen Schwankungsmöglichkeiten der Devisenkurse im Paritätensystem zusammengestellt.

Neben den Bewegungen der Wechselkurse innerhalb der vorgeschriebenen Bandbreiten können auch die Paritäten selbst geändert werden. Diese dürfen nach den IWF-Statuten allerdings nur bei einem "fundamentalen" wirtschaftlichen Ungleichgewicht vorgenommen werden.²

c) System der Wechselkursflexibilität seit 1973

1. Abgrenzung der instrumentellen Wechselkursflexibilität

Unter Wechselkursflexibilität versteht man zunächst allgemein den Sachverhalt, daß ein Land bzw. dessen Notenbank den Wechselkurs seiner Währung frei schwanken läßt. Wir unterscheiden dabei, ob nur ein einzelnes Land den Wechselkurs seiner Währung den Marktkräften überläßt, oder ob zumindest eine größere Anzahl von Ländern so handelt. Aus der Sicht eines Landes hat die Wechselkursflexibilität instrumentalen Charakter, d.h. für die Notenbank stellt die Freigabe des Wechselkurses seiner Währung und die damit verbundene Befreiung von der Interventionspflicht eine Möglichkeit zur Lösung ihres Liquiditätsproblems dar³. Aus internationaler Sicht können 'flexible Wechselkurse'

1 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1972, S. 30

2 Vgl. hierzu im einzelnen Hans Möller, a.a.O., S.127 ff.; Franz Aschinger, Das Währungssystem des Westens, a.a.O., S. 34 ff.

3 Veit unterscheidet ein "außenwirtschaftliches" und ein "allgemein güterwirtschaftliches" Liquiditätsproblem (Otto Veit, Grundriß ..., a.a.O., S. 225). Die außenwirtschaftliche Liquidität entspricht der Zahlungsfähigkeit der Notenbank (vgl. Oswald Hahn, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968, S. 42). Diese liegt vor, wenn die Notenbank über Zahlungsmittel anderer Länder (Devisen) in ausreichendem Umfang verfügt (vgl. Otto Veit, Grundriß ..., a.a.O., S. 228), um die Nachfrage von Warenimporteuren und Kapitalexporteuren ihres Währungsgebietes zu befriedigen. Das allgemein güterwirtschaftliche Liquiditätsprinzip verlangt, "daß jederzeit eine Einlösung des Zentralbankgeldes in Gütern gesichert sein muß" (ebenda, S. 226). Das ist gefährdet, wenn die Notenbank mit ihrer Geldschöpfung über die Realwertgrenze hinausgeht, da dann die Kaufkraft ihres Geldes vermindert wird (vgl. ebenda, S. 227).

als ein Ordnungsprinzip angesehen werden. Die Wechselkursflexibilität als international praktizierte Handlungsweise der Notenbanken bedeutet in unserem Zusammenhang die Datenänderung, deren Konsequenzen für den bankmäßigen Devisenhandel betrachtet werden soll.

2. Ordnungspolitische Bedeutung der international praktizierten Wechselkursflexibilität

Das Wechselkurssystem von Bretton Woods brach in den ersten Monaten des Jahres 1973 zusammen. Nachdem der Wechselkurs des englischen Pfundes schon im Sommer 1972 freigegeben werden mußte, stellte die schweizerische Nationalbank am 23. Januar 1973 ihre Devisenmarktinterventionen zugunsten des US-Dollars ein. Am 14. Februar folgte die Wechselkursfreigabe des Yen und der italienischen Lira. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich beendeten Anfang März zusammen mit den Beneluxländern und Dänemark ihre Dollarstützung ¹.

Der Übergang zur Wechselkursflexibilität wurde primär durch zwei Umstände ausgelöst: zum einen durch das riesige amerikanische Zahlungsbilanzdefizit mit seinen negativen Konsequenzen für das Vertrauen in die Dollarparität; zum zweiten durch die Existenz von riesigen - kurzfristig disponierbaren - Dollarbeständen ². Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnete in der Währungskrise vom Februar/März 1973 Devisenzuflüsse im Gegenwert von 24 Milliarden DM ³. Neben dem Dollarproblem als auslösendem Moment wurde das Paritätensystem deshalb immer wieder neuen Belastungen ausgesetzt, weil die Konvertierbarkeit der Währungen, stabile Wechselkurse und die binnenwirtschaftlich orientierte Konjunkturpolitik der wichtigsten Industrieländer langfristig nicht miteinander vereinbar waren ⁴.

1 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1972, S. 30

2 Vgl. ebenda, S. 31

3 Vgl. ebenda, S. 36

4 Vgl. Klaus Rose, Stabilisierungspolitik bei beweglichen Wechselkursen. Die Erfahrungen der Bundesrepublik seit dem März 1973, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1976, S. 259

Bis zum Inkrafttreten des neuen Artikel IV des IWF-Übereinkommens Anfang April 1978 ¹ wurde die Wechselkursflexibilität de facto schon fünf Jahre illegal praktiziert. Bei der Neufassung des Artikel IV wurde die Wechselkurspraxis nach 1973 weitgehend berücksichtigt; sie bot ein äußerst differenziertes Bild ² und war keineswegs auf die Flexibilität beschränkt. Der neue Artikel IV Abschnitt 2 b stellt den Mitgliedsländern verschiedene Wechselkursregelungen zur Wahl, die sich primär danach unterscheiden lassen, ob ein Land den Kurs seiner Währung frei schwanken läßt oder in irgendeiner Art bindet ³. Es überrascht, daß Ende 1977 der größte Teil der IWF-Länder (97) eine Bindung ihrer Währung praktizierte. Dennoch dominiert eindeutig die Wechselkursflexibilität, weil die Länder mit flexiblen Wechselkursen mehr als drei Viertel des Außenhandels aller Mitgliedsländer bestreiten ⁴. Es ist deshalb gerechtfertigt, allgemein und im Rahmen unserer Untersuchung von einem Weltwährungssystem auf der Basis "flexibler Wechselkurse" zu sprechen. Wir werden alternativ auch die Begriffe (generelles) Floating, Wechselkursflexibilität bzw. einfach Flexibilität verwenden.

Die Erfahrungen zeigten sehr bald, daß Wechselkursflexibilität nicht mit dem Verzicht auf Devisenmarktinterventionen der Notenbanken gleichgesetzt werden konnte. Verschiedenen Ländern bzw. Notenbanken wurde der Vorwurf des schmutzigen Floating gemacht. Dahinter verbirgt sich die Absicht, den Kurs der eigenen Währung gezielt durch Interventionen an den Devisenmärkten zur Exportförderung zu manipulieren ⁵. Um dieses 'schmutzige' oder 'manipulierte Floating' zu unterbinden, wurden im Jahr

1 Vgl. o.V., Bretton-Woods-System ist zu Grabe getragen, in: Handelsblatt vom 1./2. April 1978, S. 6

2 Vgl. Otmar Issing, Das internationale Währungssystem, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1978, S. 452

3 Vgl. ebenda, S. 452 f.; Robert Heller, Die Wahl eines Wechselkurssystems, in: Finanzierung und Entwicklung 1977, S. 23 ff.

4 Vgl. Otmar Issing, Das internationale Währungssystem, a.a.O., S. 453

5 Vgl. Otmar Issing, Das internationale Währungssystem nach Jamaica, a.a.O., S. 3

1974 vom Internationalen Währungsfonds Richtlinien für die Praxis des Floating aufgestellt ¹, die nach der Neufassung des IWF-Übereinkommens durch die 'Grundsätze für die Überwachung der Wechselkurspolitik' ergänzt wurden ². Seit diesem Zeitpunkt spricht man von der 'kontrollierten Wechselkursflexibilität'. Danach sollen die Notenbanken der Mitgliedsländer nur dann an den Devisenmärkten intervenieren, wenn dies zur Vermeidung ungeordneter Marktverhältnisse notwendig erscheint; ungeordnete Marktbedingungen können durch funktionsgefährdende kurzfristige Wechselkursbewegungen charakterisiert sein ³.

Eine zweite wesentliche Abweichung von der reinen Wechselkursflexibilität bedeuten die Interventionen im Rahmen des Europäischen Wechselkursverbundes ⁴ und dem Europäischen Währungssystem, das am 13. März 1979 den Währungsverbund ablöste ⁵. In beiden Fällen handelt es sich um ein Interventionssystem zwischen den beteiligten europäischen Zentralnotenbanken, das u.a. die Aufgabe hat, die Wechselkurse zwischen den europäischen Währungen zu stabilisieren ⁶, was zu einem gemeinsamen Floating der EG-Währungen gegenüber Drittwährungen führt. Die damit verbundene Begrenzung der Kursschwankungsmöglichkeiten wird in Tabelle 1 (vgl. S. 18) dargestellt.

Die Bedeutung der kontrollierten Wechselkursflexibilität und der Interventionen im Rahmen des Europäischen Währungsverbundes und des Europäischen Währungssystems bringt die Veränderung der Netto-Auslandsposition der Deutschen Bundesbank zum Ausdruck. Die Deutsche Bundesbank berichtet seit 1977 getrennt nach Veränderungen der Netto-Auslandsposition durch Interventionen am DM-Dollar-Markt im Rahmen des Europäischen Währungsverbundes bzw. -systems ⁷.

1 Vgl. o.V., Guide lines for Management of Floating, in: International Monetary Fund-Survey 1974, S. 181 ff.

2 Vgl. International Monetary Fund, Annual Report 1977, S. 107 ff.; o.V., Überwachung der Wechselkurspolitik, in: Finanzierung und Entwicklung 1977, S. 4 ff.

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Der Europäische Wechselkursverbund, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1976/1, S. 23 ff.

5 Vgl. Deutsche Bundesbank, Das Europäische Währungssystem, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1979/3, S. 11 ff.

6 Vgl. ebenda, S. 11

7 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geschäftsberichte für die Jahre 1978 und 1977, S. 49 bzw. S. 47

Tabelle 1: Schwankungsmöglichkeiten der Devisenkurse in der Wechselkursflexibilität

<u>ab März 1973:</u>		maximaler Schwan-
Kurs des (der)	Bandbreite	kungsbereich
a) US-Dollar und der sonstigen Währungen bis auf b)	unbegrenzt	unbegrenzt
b) am Gruppenfloating beteiligten Währungen (franz. Franc, Holl. Gulden, Belg. Franc, Lux. Franc, Dän. Krone, Schwed. Krone, Norw. Krone, Deutsche Mark)	$\pm 2,25$	4,5
<u>ab Januar 1974 - Juli 1975:</u>		
Kurs des		
Franz. Franc (Austritt Frankreichs aus der Währungsschlange)	unbegrenzt	unbegrenzt
<u>ab März 1976:</u>		
Kurs des		
Franz. Franc (Frankreich nimmt nicht mehr am Gruppenfloating teil)	unbegrenzt	unbegrenzt
<u>ab August 1977:</u>		
Kurs der		
Schwed. Krone (Schweden nimmt nicht mehr am Gruppenfloating teil)	unbegrenzt	unbegrenzt
<u>ab Dezember 1978:</u>		
Kurs der		
Norwegischen Krone (Norwegen nimmt nicht mehr am Gruppenfloating teil)	unbegrenzt	unbegrenzt
<u>ab März 1979:</u>		
(Einführung des Europäischen Währungssystems)		
Kurs des(r)		
Belgischen Franc	$\pm 2,25$	4,5
Dänischen Krone		
Französischen Franc		
Luxemburger Franc		
Holländischer Gulden		
Italienische Lira	$\pm 6,00$	12,00

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, Die Währungen der Welt, 1974/2, 1975/5, 1976/2, 1977/4, 1979/1, 1979/2

III. Maßnahmen der Bankenaufsicht nach 1973

Bankenaufsicht umfaßt die Maßnahmen des Staates zur Regulierung der Bankwirtschaft ¹. Davon abzugrenzen ist die quantitative Einflußnahme auf dem Kreditsektor durch die Notenbank im Rahmen ihrer währungspolitischen Befugnisse ². Wir beschränken uns im Rahmen dieser Arbeit auf die Bankenaufsichtsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen in anderen Ländern werden nur soweit in die Betrachtung einbezogen, als sie für die deutsche Bankenaufsicht eine tatsächliche Ergänzung bedeuten oder bei Einführung zu einer Verbesserung des deutschen Aufsichtssystems (zur Charakterisierung vgl. S. 98 ff.) führen könnten. Das Aufsichtssystem stellt die Gesamtheit der Bankenaufsichtsmaßnahmen dar, die entweder in gesetzlichen und behördlichen Regelungen oder auch in der praktischen Tätigkeit der Bankenaufsichtsinstanzen zum Ausdruck kommen.

Die Schließung des Bankhauses I.D. Herstatt im Sommer 1974 (vgl. S. 134) stellte für die deutsche Bankenaufsicht eine Zäsur dar. Wir unterscheiden deshalb auch die Beaufsichtigung des bankmäßigen Devisenhandels vor (3. Abschnitt) und nach der Schließung des Bankhauses Herstatt (4. u. 5. Abschnitt). Es folgten Änderungen nicht nur in den gesetzlichen und behördlichen Rahmenbedingungen, unter denen das deutsche Bankengewerbe arbeitete ^{3, 4}.

Wir beschränken uns der Themenstellung entsprechend auf die Maßnahmen der Aufsichtsinstanzen, soweit sie zu einer verbesserten Beaufsichtigung des bankmäßigen Devisenhandels führten

1 Vgl. Oswald Hahn, Die Führung ..., a.a.O., S. 23

2 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf eines Gesetzes über das Kreditwesen, Drucksache 1114, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, Bd. II, Berlin 1963, Ziff. 575, S. 2 f.

3 Vgl. Winfried Rümmler, Drei Jahre nach dem Herstatt-Kollaps (2), Hinterlassenschaften der Krise, in: Börsenzeitung vom 26. Juni 1977, S. 1

4 Einen Überblick hierzu geben Oswald Hahn, Neufassung des Kreditwesengesetzes, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1976, S. 332-334; Thorwald Hellner, Die Novellierung des Kreditwesengesetzes, in: Bank-Betrieb 1976, S. 86-92; Joachim Henke, Die Novelle zum Kreditwesengesetz, in: Der Betrieb 1976, S. 517-522; Carl Theodor Samm, Zur Novellierung des Kreditwesengesetzes, in: Österreichisches Bank-Archiv 1976, S.308-322

und damit eine Verminderung des devisenorientierten Bankenrisikos bewirkten. In der Reihenfolge ihrer Einführung gehören hierzu im wesentlichen die Einführungen des Grundsatzes I a (vgl. S. 155 ff. u. 226 ff.), die Aufstellung von Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften (vgl. S. 179), die Stellungnahme des Bankenfachausschusses zur Bilanzierung und Prüfung von Devisengeschäften mit ihrer quasi-normativen Bedeutung (vgl. S. 190) und die verbesserten allgemeinen Informationsmöglichkeiten, die durch die Neufassung des Kreditwesengesetzes am 1. Mai 1976 in Kraft tragen ¹; Ausweitung der Anzeigepflicht über den Jahresabschluß und die Bankenprüfung einschließlich des vereinfachten Sonderprüfungsrechts gem. § 44 KWG n.F.

C. Zielsetzung und Gang der Untersuchung

In dieser Untersuchung soll zu der bankpolitischen Frage Stellung genommen werden, ob die nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität entstandenen Devisenhandelsrisiken durch die Maßnahmen der Bankenaufsichtsinstanzen auf ein normales Maß reduziert werden konnten.

Zu diesem Zweck beschäftigen wir uns im zweiten Abschnitt mit der Entwicklung der Devisenhandelsrisiken nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität. Es geht dabei im einzelnen um die Fragen, welche speziellen Ursachen für die riesigen Devisenhandelsverluste und die damit teilweise verbundenen Bankinsolvenzen verantwortlich waren (A), ob und welche negativen Konsequenzen die zunehmenden Devisenhandelsaktivitäten der Banken für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte und für die Funktionsfähigkeit des gesamten Kreditsektors hatten (B).

¹ Vgl. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen vom 24. März 1976, in: Bundesgesetzblatt I, S. 725 ff.

Im dritten Abschnitt untersuchen wir die aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten zur Beaufsichtigung des bankmäßigen Devisenhandels bis zum Zusammenbruch des Bankhauses I.D. Herstatt. Wir unterscheiden dabei in Anlehnung an § 6 KWG die Aufsicht über das Devisengeschäft einzelner Banken (A) und die Beaufsichtigung des gesamten von den Kreditinstituten getragenen Devisenmarktgeschehens (B). In Punkt A fragen wir nach den laufenden Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft und nehmen zu den Maßnahmen der Bankenaufsicht im Fall Bankhaus I.D. Herstatt Stellung.

Im vierten und fünften Abschnitt beurteilen wir die für unsere Problemstellung relevanten Änderungen im Aufsichtssystem, die nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Herstatt schrittweise erfolgten. Dabei besprechen wir im vierten Abschnitt primär die aufsichtsrechtliche Gestaltung durch den Grundsatz I a und die Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen und im fünften Abschnitt die verbesserten Informationsmöglichkeiten über den bankmäßigen Devisenhandel.

2. Abschnitt: ENTWICKLUNG DER DEISENHANDELSRISIKEN IN DER WECHSELKURSFLEXIBILITÄT

A. Interpretation des Begriffs 'Risiken'

Über den Begriff des Risikos bestehen in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Auffassungen ¹. Die traditionelle Definition als Verlustgefahr ² erscheint für unsere Untersuchung aus zwei Gründen zu eng.

Sie umschreibt erstens nur die mögliche Wirkung des Risiko- phänomens, die sich von der Möglichkeit der Gewinnminderung über den Gewinnentgang bis hin zur völligen Kapitalaufzehrung und dem zwangsweisen Ende der betrieblichen Existenz erstreckt ². Eine Risikoanalyse kann darauf nicht beschränkt bleiben. Sie muß sogar die Untersuchung der Risikoarten bzw. der Risikoquellen in den Vordergrund stellen, zumal dann, wenn die Konsequenzen aufsichtsrechtlicher Maßnahmen später beurteilt werden sollen, die primär ursachenbezogen sind (vgl. S. 101).

Zum zweiten bedeutet 'Verlustgefahr', daß nur eine einzelwirtschaftliche Zielsetzung möglicherweise nicht erfüllt wird. Wir müssen jedoch - ausgehend von der Aufgabenstellung der Bankenaufsicht (vgl. S. 99 f.) - unter Risiko auch die Gefahr oder die Möglichkeit betrachten, daß gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen des finanziellen Sektors nicht erfüllt werden. Der Begriff 'Risiken' umfaßt deshalb im Rahmen unserer Untersuchung den gesamten risikobezogenen Ursachen- und Wirkungszusammenhang, der mit der Wechselkursflexibilität beginnt und über die bankmäßigen Devisenhandelsaktivitäten zum Eintritt einzel- oder gesamtwirtschaftlicher Gefährdungstatbestände führen kann. Wir unterscheiden deshalb den einzelwirtschaftlichen (B) und den gesamtwirtschaftlichen Ursachen- und Wirkungszusammenhang (C).

1 Vgl. Fritz Philipp, Risiko und Risikopolitik, Stuttgart 1967, S. 34

2 Vgl. Bernhard Hartmann, Bankbetriebsanalyse, Freiburg i.Br. 1962, S. 12

B. Einzelwirtschaftliche Risiken des bankmäßigen Devisenhandels

I. Das Devisenhandelsrisiko und seine Bestimmungsfaktoren

Das Devisenhandelsrisiko stellt die Verlustgefahr dar, die sich aus der Schwankungsmöglichkeit der Devisenkurse und der Existenz einer offenen Devisenposition ergibt.

a) Elemente des Devisenhandelsrisikos

Während im Nichtbankenbereich das Devisenhandelsrisiko mit der Möglichkeit der Kursschwankung gleichgesetzt werden kann, müssen die Banken, die aktiv am Devisenhandel teilnehmen, die Entwicklung der Devisenposition als zusätzliches Risikoelement berücksichtigen. Wir unterscheiden deshalb zwei Elemente des Devisenhandelsrisikos: das Kursänderungsrisiko i.w.S. oder auch Währungsrisiko und das Positionsänderungsrisiko (S.24 u.37ff.)

b) Quellen des Devisenhandelsrisikos

Risiken im Sinn von Risikoursachen können innerhalb und außerhalb von Betrieben auftreten. Man unterscheidet danach inner- und außerbetriebliche Risiken ¹. Für die Analyse der Devisenhandelsrisiken erscheint die weitergehende Aufteilung von Hartmann zweckmäßiger. Er unterscheidet über-, zwischen- und innerbetriebliche Risikoursachen bzw. Risikosphären ². Sie ist deshalb zweckmäßiger, weil sie den Grad der Einflußmöglichkeit der Bankleitung auf diese verschiedenen Sphären zum Ausdruck bringt ³ und sie sich problemlos mit den beiden allgemeinen Risikoursachen von Philipp - der Ungewißheit und dem menschlichen Versagen ⁴ - kombinieren läßt. Dadurch werden klare Verantwortungsbereiche geschaffen und Ansatzpunkte für risikopolitische Maßnahmen aufgezeigt ⁵, weil die Ungewiß-

1 Vgl. Fritz Philipp, a.a.O., S. 32

2 Vgl. Bernhard Hartmann, a.a.O., S. 22 ff.

3 Vgl. ebenda, S. 13

4 Vgl. Fritz Philipp, a.a.O., S. 9 ff.

5 Vgl. Bernhard Hartmann, a.a.O., S. 13

heit über die Entwicklung der Risikoelemente von dem über-
bis hin zum innerbetrieblichen Bereich stufenweise abnimmt
und die Bedeutung des menschlichen Versagens in der glei-
chen Richtung zunimmt.

II. Überbetriebliche Risikoquelle des Devisengeschäfts

a) Überblick

In diesem Punkt soll untersucht werden, welche Risiken dieser Bereich für das Devisengeschäft der Banken in sich birgt. Für Hartmann wird diese Sphäre dadurch charakterisiert, daß sie sich dem Einfluß der Banken weitgehend entzieht¹. Risikoquellen sind hier für die Banken die Ungewißheit über die Entwicklung der Zinssätze und des Geldwertes². Diese Risikoursachen gelten auch für das Devisengeschäft der Banken. Risikoquellen sind hier jedoch genauer die Ungewißheit über die Entwicklung des "äußeren Geldwertes" und der "Zinssatzdifferenzen". Wir unterscheiden dabei das Kursänderungsrisiko (i.e.S.) und das Zinsänderungs- oder Swapsatzrisiko. Ebenfalls durch überbetriebliche Risikoursachen kann die schon angesprochene Positionsänderung bestimmt werden, weil die Banken - wie noch zu begründen sein wird - teilweise gezwungen sind, offene Positionen einzugehen.

Wenngleich sie überbetrieblich verursacht sind, bleiben das sogenannte Konvertierungs- und das Transferrisiko außer Betracht, weil das neue Wechselkurssystem darauf keinen Einfluß nimmt. Die Ursachen des Konvertierungs- und Transferrisikos sind der Mangel einer Volkswirtschaft an Devisen, die im internationalen Zahlungsverkehr allgemein akzeptiert werden, oder einfach die Transferunwilligkeit aus politischen Gründen³.

1 Vgl. Bernhard Hartmann, a.a.O., S. 14

2 Vgl. ebenda, S. 31

3 Vgl. Helmut Lipfert, Banken in Währungsrisiko-Situationen, in: Bank-Betrieb 1972, S. 12

b) Zunehmende Ungewißheit über die Devisenkursentwicklung
nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen

Es soll hier gefragt werden, ob die Behauptung zutrifft, daß das Kursänderungsrisiko nach dem Übergang zum 'System flexibler Wechselkurse' zugenommen hat. Das Kursänderungsrisiko liegt in der Ungewißheit über die Devisenkursentwicklung begründet. Wenn also ein Devisenhändler eine offene Devisenposition eingeht, trägt er ein Kursrisiko, weil er sich einer für ihn günstigen Devisenkursentwicklung nicht sicher sein kann.

1. Methode zur Beurteilung der Ungewißheit über die kurz-
fristige Devisenkursentwicklung

Bei der folgenden Beurteilung soll angenommen werden, daß die Unsicherheit der Devisenhändler über die zukünftige Kursentwicklung in dem Ausmaß zugenommen hat, in dem sich auch die Intensität der Devisenkursschwankungen nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen verändert hat. Nicht geeignet erscheint uns das Vorgehen des Internationalen Währungsfonds, der als Maßstab für die Unsicherheit der Marktteilnehmer die Abweichungen der Terminkurse von den zu diesem Termin gehandelten Kassakursen wählt ¹. Der Terminkurs wird primär durch die geltenden Zinssatzdifferenzen bestimmt (vgl. S. 34) und darf deshalb nicht mit einem prognostizierten Kassakurs per Termin verwechselt werden, an dem die Unsicherheit bzw. Prognosefähigkeit der Marktteilnehmer gemessen werden kann.

Als Intensität bezeichnen wir die größtmögliche prozentuale Kursbewegung in einem bestimmten Zeitintervall ². Wegen der großen Reaktionsgeschwindigkeit der Banken im Devisengeschäft (vgl. S. 70) sind auch beträchtliche Kursbewegungen innerhalb von wenigen Sekunden, Minuten oder Stunden möglich. Fest-

1 Vgl. International Monetary Fund (Hrsg.), Annual Report, Washington 1977, S. 27

2 Nach unserem Wissen hat als erster Blackhurst auf diese Möglichkeit zur Messung der Kursschwankungen hingewiesen. Vgl. Richard Blackhurst, Spot markets under floating rates, in: The Banker 1976, S. 29

stellbar sind nur kurzfristige Devisenkursschwankungen. Zu diesen zählen die Kursbewegungen im Tagesverlauf, von Tag zu Tag und innerhalb einer Woche ¹. Darüber hinaus können Monate und Halbjahre als mittelfristige Zeitintervalle gewählt werden.

Wir untersuchten nur die kurzfristigen und dabei die wöchentlichen Devisenkursschwankungen. In mittel- bzw. langfristigen Zeitintervallen wurde die Devisenkursentwicklung in jedem Fall unsicherer. Im Fixkurssystem konnten die Devisenhändler größere Veränderungen der Devisenkurse in Form von Paritätsänderungen meist schon frühzeitig in der genauen Richtung und dem ungefähren Ausmaß vorhersagen. Schwankungen im eigentlichen Wortsinn, d.h. Bewegungen nach beiden Seiten, waren nur innerhalb der Bandbreiten möglich. Im Gegensatz dazu stellt die Entwicklung der Devisenkurse in der Wechselkursflexibilität keine Einbahnstraße mehr dar ².

Die Devisenkurse bzw. die in Abbildung 1 dargestellten Außenwerte der Deutschen Mark gegenüber den wichtigsten Welthandels- und Finanzwährungen können innerhalb eines Jahres oder Halbjahres mehrfach in beide Richtungen in Größenordnungen schwanken, die das Ausmaß von Paritätsänderungen im Fixkurssystem weit überschritten hätten.

Die in der Abbildung 1 aufgezeigte Entwicklung des bilateralen Außenwertes der Deutschen Mark entspricht der Entwicklung der in Frankfurt notierten Kassamittelkurse in Relation zu den Leitkursen Ende 1972 ³. Der US-Dollar z.B. als wichtigste Devisenhandelswährung wurde von März bis Juli 1973 um rund 24 % höher bewertet, dann senkte sich der Außenwert bis Januar 1974 um den gleichen Prozentsatz, um anschließend bis Mai 1974 wieder um rund 16 % anzusteigen ⁴.

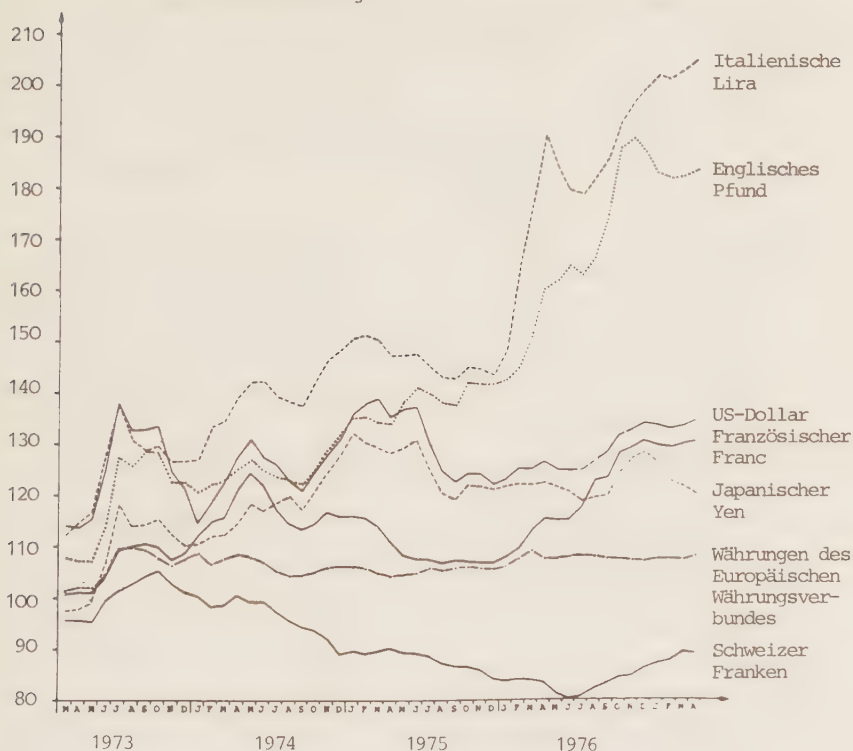
1 Vgl. Hans Sieber, Der flottierende Schweizerfranken, Zürich 1978, S. 29

2 Vgl. Hans-Eckart Scharrer; Dieter Gehrmann; Wolfgang Wetter, Währungsrisiko und Währungsverhalten deutscher Unternehmen im Außenhandel, Hamburg 1978, S. 87

3 Vgl. Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 5, Die Währungen der Welt, S. 53

4 Vgl. ebenda, S. 2

Abbildung 1: Entwicklung des Außenwertes der Deutschen Mark gegenüber den wichtigsten internationalen Währungen



Quelle: Hans-Eckart Scharrer; Dieter Gehrman; Wolfgang Wetter, a.a.O., S. 85

2. Untersuchungsergebnisse

Ziel unserer Untersuchung war die Frage, ob und in welchem Ausmaß die Währungsunsicherheit nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Vergleich zum Bretton-Woods-System zugenommen hat. Zu diesem Zweck berechneten wir die maximalen wöchentlichen Devisenkursschwankungen des US-Dollars, des Englischen Pfundes, des Französischen Francs, des Holländischen Guldens, der Italienischen Lira, des Schweizer Frankens und des Japanischen Yens ab April 1973.

Ein Vergleich mit den maximalen Schwankungsmöglichkeiten im Bretton-Woods-System - wie sie in Tabelle 2 zusammengestellt wurden - lieferte keine signifikanten Unterschiede bei der Schwankungsintensität zwischen den Wechselkurssystemen. Wir mußten deshalb zusätzlich die maximalen wöchentlichen Devisenkursschwankungen im Bretton-Woods-System berechnen.

Tabelle 2: Schwankungsmöglichkeiten der Devisenkassakurse im Paritätensystem

<u>bis Mai 1971:</u>		
Kurs des(r)	Bandbreite	maximaler Schwankungsbe- reich
US-Dollar	$\pm 0,75$	1,5 %
EWA-Währungen +	$\pm 1,5$	3 %
sonstiger Währungen	$\pm 1,75$	3,5 %
<u>von Mai - Dezember 1971:</u>		
Bundesrepublik Deutschland gibt den Dollarkurs frei		keine Begren- zung
<u>ab Dezember 1971:</u>		
Kurs des(r)		
US-Dollar	$\pm 2,25$	4,5 %
EWG-Währungen	$\pm 4,5$	9,0 %
<u>ab April 1972:</u>		
Kurs der EWG-Währungen	$\pm 2,25$	4,5 %
<u>ab Juni 1972:</u>		
Kurs des englischen Pfundes	unbegrenzt	unbegrenzt

Quellen: Angaben auf den Seiten

+ Dem Europäischen Währungsabkommen waren Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei und Großbritannien angeschlossen. Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Hrsg.), Dreißigster Jahresbericht (1960), S. 177

Die Ergebnisse werden unter aa) kommentiert. Neben diesem primären Untersuchungsziel können unsere Berechnungen auch ein Anhaltspunkt für die Entwicklung der Währungsunsicherheit im System der Wechselkursflexibilität sein (vgl. Punkt bb).

aa) Schwankungsintensität der Devisenkurse vor und nach dem Übergang zu 'flexiblen Wechselkursen'

Um die kurzfristigen Devisenkursschwankungen miteinander vergleichbar zu machen, bildeten wir verschiedene Größenklassen. Wir ermittelten dann pro Jahr und Währung die Häufigkeit der wöchentlichen Devisenkursschwankungen einer bestimmten Größenordnung. Für das Jahr 1974 erhielten wir z.B. die folgende Häufigkeitsverteilung (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Häufigkeitsverteilung der maximalen wöchentlichen Devisenkursschwankungen für das Jahr 1974

Währung Größen- klasse	US- Dollar	Engli- sches Pfund	Fran- zösi- scher Franc	Hollän- discher Gulden	Italie- nische Lira	Schwei- zer Fran- ken	Japa- ni- scher Yen
0 < 0,5	4	9	11	31	18	18	3
0,5 < 1,0	22	19	19	14	18	15	15
1,0 < 1,5	10	14	9	6	12	10	14
1,5 < 2,0	8	5	8		2	1	11
2,0 < 2,5	4	2	2		2	3	5
2,5 < 3,0	1	1	3	1			2
3,0 < 3,5	1						1
3,5 < 4,0	2	2					1
4,0 < 4,5							
4,5 < 5,0						1	

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 5; eigene Berechnungen

1 Definiert als prozentuale Abweichung zwischen dem Kassahöchst- und -tiefstkurs innerhalb einer Woche

In einem weiteren Schritt multiplizierten wir die Klassenmitte mit den Häufigkeiten und addierten die Ergebnisse. Die Summe stellt die Intensität der wöchentlichen Devisenkurschwankungen pro Jahr und Währung dar. In Tabelle 4 werden die Schwankungsintensitäten im Bretton-Woods-System und in Tabelle 5 die Schwankungsintensitäten im System 'flexibler Wechselkurse' wiedergegeben.

Tabelle 4: Intensität der wöchentlichen Devisenkursschwankungen pro Jahr und Währung im Bretton-Woodssystem von 1969 - 1972

Zeit. \ Währungen	US-Dollar	Engl. Pfund	Franz-Franc	Holl. Gulden	Ital. Lira	Schweizer Franken
1969	16	19	18,5	17	18	17,5
1970	13	13,5	13	13	13	13,5
1971	24	24	23	18	24	19,5
1972	18	26,5	15	14	17	17
Summe	71	83	69,5	62	72	67,5

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte ..., Reihe 5; eigene Berechnungen

Tabelle 5: Intensität der wöchentlichen Devisenkursschwankungen pro Jahr und Währung im System 'flexibler Wechselkurse' von 1973 - 1979

Wäh- rungen Zeit	US- Dollar	Engl. Pfund	Franz. Franc	Holl. Gulden	Ital. Lira	Schwei- zer Franken	Jap. Yen	Sämtliche Währungen	Ø Intensität sämtlicher Währungen
1973	86,75	71,0	35,5	34,5	66,5	38,0	72,25	407,5	58,21
1974	66,5	57,5	55,0	28,5	41,5	44,5	72,5	365,5	52,21
1975	50,5	39,6	21,0	16,5	23,0	22,5	56,5	229,5	32,79
1976	27,0	63,5	30,0	22,0	76,5	28,0	33,0	280,0	40,--
Zwischensumme	230,0	231,5	141,5	101,5	207,0	133,0	234,25	928,5	-
1977	35,5	34,0	25,5	15,5	30,5	26,0	36,5	203,5	29,07
1978	76,75	46,0	41,5	16,5	44,5	69,5	55,0	350,0	50,00
1979	43,0	31,0	15,0	13,0	19,0	19,0	41,0	181,0	25,86
Summe	386,0	343,0	223,5	146,0	301,0	247,25	369,75	2017,0	

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte ..., Reihe 5; eigene Berechnungen

Addiert man die Intensitäten pro Währung einerseits für die Jahre 1969 bis 1972 (vgl.Tab. 4) und andererseits für die Jahre 1973 bis 1976 (vgl. Tab. 5, Zwischensumme), dann können wir mit Hilfe der Kennzahl Schwankungsintensität pro Jahr und Währung feststellen, ob und in welchem Ausmaß die Währungsunsicherheit nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität zugenommen hat. Aufgrund unserer Berechnungen hat sich die Schwankungsintensität bei den untersuchten Währungen im Vergleich der Zeiträume 1969 bis 1972 (vier Jahre) und 1973 bis 1976 (vier Jahre) bis auf den Holländischen Gulden mindestens verdoppelt (vgl. Tab. 6). Für den US-Dollar, das Englische Pfund und die Italienische Lira hat sich die

Schwankungsintensität nahezu verdreifacht. Über die Schwankungsintensität des Japanischen Yen vor und nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen können wir keine vergleichbaren Aussagen treffen, weil der Yen in der Zeit von 1969 - 1972 entweder noch nicht oder nur sporadisch notiert wurde ¹.

Tabelle 6: Währungsunsicherheit vor und nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität

Währung	Schwankungsintensität	
	von 1969 - 1972	von 1973 - 1976
US-Dollar	71	230
Englisches Pfund	83	231,5
Französischer Franc	69,5	141,5
Holländischer Gulden	61	101,5
Italienische Lira	72	207
Schweizer Franken	67,5	133

Wenn wir also die Schwankungsintensität als Indikator für die Ungewißheit über die kurzfristige Devisenkursentwicklung heranziehen, können wir festhalten, daß das Kursänderungsrisiko um das Zwei- bis Dreifache nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität zugenommen hat ². Das geringere Kursrisiko bei dem Holländischen Gulden ist auf die durchgängige Beteiligung der Niederlande am Gruppenfloating zurückzuführen. Demgegenüber ist das Kursrisiko bei dem Französischen Franc stärker angestiegen, weil Frankreich von Januar 1974 bis Juli 1975 am Währungsverbund nicht teilgenommen hat und im März 1976 endgültig ausgeschieden ist (vgl. Tab. 1, S. 18).

1 Vgl. Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte ..., Reihe 5

2 Das Ergebnis über die Zunahme des Kursänderungsrisikos wäre noch aussagefähiger, wenn wir eine weitere Größenklasse von 0 bis kleiner 0,25 (vgl. Tab. 4, S. 30) gesondert berücksichtigt hätten, weil nach unseren Berechnungen ein großer Teil der Schwankungen im Bretton-Woods-System diesem Bereich zugerechnet werden muß.

bb) Entwicklung der Schwankungsintensität im System
flexibler Wechselkurse

Die bisher durchgeführten Untersuchungen ¹ zu dieser Fragestellung hatten zum Ergebnis, daß die kurzfristigen Kursschwankungen und damit die von uns definierte Kursschwankungsintensität seit dem Übergang zur Wechselkursflexibilität tendenziell abgenommen haben. Diese Aussage beruht auf dem Zahlenmaterial der Jahre 1973 bis 1976 und teilweise auch nur bis 1975 ². Im folgenden soll untersucht werden, ob die tendenzielle Abnahme der Kursschwankungsintensität auch noch für einen längeren Zeitraum Gültigkeit besitzt, wobei wir wiederum die Intensität der wöchentlichen Devisenkursschwankungen als Maßstab wählen.

Die Untersuchungsergebnisse gehen aus Tabelle 5 hervor. Danach kann die Hypothese abnehmender kurzfristiger Kursschwankungen nicht für einen längeren Zeitraum aufrechterhalten bleiben, weil die Intensität (ausgedrückt in der gesamten oder der durchschnittlichen Intensität) des Jahres 1976 die des Jahres 1975 überstieg, und die Intensität des Jahres 1978 mit 350 bzw. 50 nur knapp unter der Schwankungsintensität von 1974 lag. Die Schwankungsintensitäten für die einzelnen Währungen werden ebenfalls in Tabelle 5 festgehalten. Danach bleiben der Holländische Gulden, der Französische Franc bis auf das Jahr 1974 und der Schweizer Franken bis auf das Jahr 1978 unter der durchschnittlichen Schwankungsintensität. Auf der anderen Seite überschreitet das Englische Pfund bis auf das Jahr 1978 die durchschnittliche Schwankungsintensität. Das gleiche gilt für den Japanischen Yen und den US-Dollar für das Jahr 1976. Die Italienische Lira pendelte sehr ausgeprägt um die durchschnittliche Schwankungsintensität.

Die Summe der jährlichen Schwankungsintensitäten von 1973 bis 1979 (vgl. Tab. 5) weist den US-Dollar - was zu erwarten war -

¹ Vgl. Richard Blackhurst, a.a.O., S. 29 ff.; Hans-Eckart Scharrer u.a., Währungsrisiko ..., a.a.O., S. 110; Hans Sieber, a.a.O., S. 51

² Vgl. ebenda

als die unsicherste Währung mit einer summierten Schwankungsintensität von 386 aus, gefolgt von dem Japanischen Yen (369,75), dem Englischen Pfund (343), der Italienischen Lira (301), dem Schweizer Franken (247,25), dem Französischen Franc (223,5) und dem Holländischen Gulden (146,0).

c) Ungewißheit über die Entwicklung des Swapsatzes

Dieser Sachverhalt begründet das sogenannte Swapsatzrisiko, das dann entsteht, wenn ein Devisenterminhändler zwei bis auf den Fälligkeitstermin kongruente Devisentermingeschäfte (An- und Verkauf) abschließt. Bei diesem Vorgehen läuft er Gefahr, daß die zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses bestehende Chance auf Gewinn (Differenz zwischen An- und Verkaufskurs multipliziert mit dem Währungsbetrag) durch eine Swapsatzänderung zu einem Verlust wird.

Der Swapsatz als Ab- bzw. Aufschlag zum Kassakurs oder die positive bzw. negative Differenz zwischen Kassa- und Terminkurs wird primär durch das Zinsgefälle zwischen Währungsgebieten bestimmt ¹. Bleiben diese Zinsbedingungen konstant, kann die Bank bei Fälligkeit des ersten Termingeschäfts die Zeitdifferenz bis zur Fälligkeit des zweiten Termingeschäfts durch ein Swapgeschäft mit Gewinn zumindest aber ohne Verlust überbrücken. Ändern sich dagegen diese Zinsbedingungen, ändern sich in der Regel gleichzeitig die Swapsätze bei meist konstantem Kassakurs ². Dies führt dazu, daß die Überbrückung der Zeitdifferenz mit dem Swapgeschäft den erwarteten Gewinn aus den sich ergänzenden Termingeschäften vergrößert, verkleinert oder sogar aufzehrt. Im letzten Fall ist die Verlustmöglichkeit aufgrund einer ungewissen Swapsatzentwicklung tatsächlich eingetreten.

Als Indikator für das Swapsatzrisiko untersuchten wir die Intensität der Swapsatzschwankungen nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität. Wir stellten dabei fest, daß in monatlichen Zeitintervallen die folgenden Schwankungen seit 1974 möglich waren (vgl. Tab. 35).

1 Vgl. Helmut Lipfert, Devisenhandel, Frankfurt 1968, S. 71 ff; Schweizerischer Bankverein (Hrsg.), a.a.O., S. 61 ff.

2 Vgl. Axel Schütz, Das Devisengeschäft der Banken - Gedanken zur Kontrolle und Organisation des Rechnungswesens, in: Bank-Betrieb 1974, S. 398

Tabelle 7: Häufigkeitsverteilung der Swapsatzschwankungen ¹ von 1974 - 1978 für die wichtigsten Welthandelswährungen

	Größenklassen	1974	1975	1976	1977	1978	
a) US-Dollar	0 < 1,00	2	4	11	10	9	36
	1,00 < 2,00	3	6	1	2	2	14
	2,00 < 3,00	4	2			1	7
	3,00 < 4,00	3					3
	4,00 u. größer						
b) Englisches Pfund	0 < 1,00		3		5	2	10
	1,00 < 2,00	3	5	6	4	7	25
	2,00 < 3,00	5	2	3	2	3	15
	3,00 < 4,00	3	1	1	1		6
	4,00 u. größer	1	1	2			4
c) Französischer Franc	0 < 1,00		3		2		5
	1,00 < 2,00	1	4	5	6	9	25
	2,00 < 3,00	3	3	2	4	2	14
	3,00 < 4,00	2		1			3
	4,00 u. größer	6	2	4		1	13
d) Holländischer Gulden	0 < 1,00	2	4	3	6	5	20
	1,00 < 2,00	6	7	4	2	4	23
	2,00 < 3,00	3	1	2	4	1	11
	3,00 < 4,00	1		1		1	3
	4,00 u. größer			2		1	3
e) Italienische Lira	0 < 1,00		1			6	7
	1,00 < 2,00		3	1	3	6	13
	2,00 < 3,00	3	6		2		11
	3,00 < 4,00		1		3		4
	4,00 u. größer	9	1	11	4		25

Fortsetzung von Tab. 7: Häufigkeitsverteilung der Swapsatzschwankungen 1974 - 1978 für die wichtigsten Welthandelswährungen

	Größenklassen	1974	1975	1976	1977	1978	
f) Schweizer Franken	0 < 1,00		4	9	6	9	28
	1,00 < 2,00	6	6	3	6	3	24
	2,00 < 3,00	3	1				4
	3,00 < 4,00	2	1				3
	4,00 u. größer	1					1
g) sämtliche Währungen	0 < 1,00	4	19	23	29	25	100
	1,00 < 2,00	19	31	20	23	30	123
	2,00 < 3,00	21	15	7	12	10	65
	3,00 < 4,00	11	3	3	4	3	24
	4,00 u. größer	17	4	19	4	4	48
		72	72	72	72	72	350

Quelle: Eigene Berechnungen

1 Definiert als maximale Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten 3-Monats-Swapsatz am Frankfurter Markt in % p.a. im Laufe eines Monats; die Swapsätze werden seit 1974 in den Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, Die Währungen der Welt 1974/2 veröffentlicht.

Daraus ergibt sich, daß die Unsicherheit der Swapsatzentwicklung sehr viel geringer ist, als die Unsicherheit über die Kassakursentwicklung. Von 360 Beobachtungen waren 48 größer als 4 % p.a. Bei 3-Monatsswapsätzen entspricht dies einem Gewinn bzw. einem Verlust von 1 % ¹. Nimmt man zum Vergleich der einzelnen Währungen die Anzahl der Swapsatzschwankungen von über 4 % heran, dann gilt bei jeweils 60 Beobachtungen die Italienische Lira mit 25 als die Währung mit der größten Unsicherheit in der Swapsatzentwicklung, gefolgt von dem Französischen Franc mit 13, dem Englischen Pfund mit 4, dem

¹ Vgl. auch Axel Schütz, a.a.O., S. 398

US-Dollar und dem Holländischen Gulden mit 3. Die sicherste Währung in bezug auf die Swapsatzentwicklung ist nach unserer Beurteilungsweise der Schweizer Franken, dessen 3-Monatsswapsatz im Monatsverlauf von 1974 bis 1978 nur einmal um mehr als 4 % p.a. schwankte.

Die extremsten Schwankungen wurden bei der Italienischen Lira festgestellt. Sie gingen mehrfach über die 10 % p.a. hinaus (11,55, 16,07, 12,34, 11,61, 12,52, 10,33, 18,21, 10,37, 17,70).

Dennoch sollte das Swapsatzrisiko wegen der geringeren Swapsatzschwankungen nicht unterschätzt werden¹, weil die Summe der offenen Terminengagements einer Bank, die praktisch für jeden in der Zukunft liegenden Arbeitstag bestehen können, sehr viel größer sein werden als die offene Kassaposition. Die geringen Swapsatzschwankungen werden durch einen größeren Betrag an offenen Terminpositionen überkompensiert.

d) Ungewißheit über die Entwicklung der Devisenhandelsposition (Positionsänderungsrisiko)

Dieser Sachverhalt bleibt in der Diskussion der Devisenhandelsrisiken meist unberücksichtigt. Es scheint zunächst auch unverständlich, daß für die Leitung einer Devisenhandelsabteilung die Devisenhandelsposition eine nicht beliebig regulierbare und kalkulierbare Größe darstellt.

1. Bestimmungsfaktoren der Devisenhandelsposition

Eine offene Devisenposition entsteht dann, wenn eine Bank von einem Kunden oder einer anderen Bank Fremdwährung kauft oder an Kunden und andere Banken Fremdwährung verkauft. Der Kauf eines Devisenbetrages führt zu einer Aktiv- oder Plusposition und der Verkauf zu einer Passiv- oder Minusposition.

¹ Schütz betrachtet das Swapsatzrisiko als relativ gering, vgl. Axel Schütz, a.a.O., S. 402

Bei einer Vielzahl von An- und Verkäufen entsteht eine Plusposition, wenn die gekauften Fremdwährungsbeträge die Verkäufe übersteigen. Die Minusposition entsteht dann, wenn ein Devisenhändler insgesamt von einer Fremdwährung mehr verkauft als er besitzt.¹ Die offenen Positionen werden in der Regel sofort durch ein Gegengeschäft geschlossen, um das Währungsrisiko auszuschalten². Für das Abweichen von diesem klassischen Prinzip des Devisenhandels kann es zwei Gründe geben. Der erste besteht darin, daß eine Position bewußt nicht geschlossen wird, weil das zuständige Geschäftsleitungsmitglied entweder in einem einzelnen Fall durch besondere Anweisung oder im Regelfall durch Vorgabe von Limiten will, daß die Kursentwicklung zur Gewinnerzielung genutzt wird. Bei diesem Sachverhalt handelt es sich um eine Gestaltungsmöglichkeit der Geschäftsleitung; sich daraus ergebende Risiken sind nicht unter den über-, sondern im Rahmen der innerbetrieblichen Risiken zu diskutieren (vgl. S. 46 ff.). Der zweite Grund, weshalb die offene Devisenposition nicht sofort geschlossen wird, liegt in der Ungewißheit über die Entwicklung der Devisenhandelsposition begründet, die sich aus der Funktion des bankmäßigen Devisenhandels und den Devisenmarktusancen ergibt.

2. Ungewißheit über den zeitlichen und artmäßigen Geschäftsanfall aus dem Kundengeschäft

Eine Devisenabteilung hat in erster Linie Dienstleistungsaufgaben zu erfüllen. Sie muß ihrer Außenhandelskundschaft u.a. Fremdwährungsbeträge aus Exporterlösen in die Inlandswährung tauschen oder für Wareneinfuhren die entsprechenden Fremdwährungsbeträge beschaffen. Sie muß außerdem das Kurssicherungsbedürfnis ihrer Kundschaft durch den Abschluß von Devisenterminkäufen und -verkäufen in verschiedenen Währungen und über unterschiedliche Laufzeiten erfüllen.

¹ Vgl. Roger M. Kubarych, Foreign Exchange Markets in the United States, New York 1978, S. 22

² Vgl. Oswald Hahn, Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 49 ff.

Der zeitliche und artmäßige Anfall dieser Kundengeschäfte ist nicht prognostizierbar. Dies ist die erste Komponente für die Ungewißheit über die Entwicklung der Devisenhandelsposition. Das Ausmaß dieses Risikos wird ersichtlich, wenn wir den durchschnittlichen Tagesumsatz im deutschen Außenhandel heranziehen, der in Fremdwährung fakturiert wird. Er betrug 1976 täglich rund 650 Millionen Deutsche Mark ¹. Berücksichtigt man, daß je nach Kursentwicklung der Tausch dieser 650 Millionen über Tage hinweg vor- oder nachverlagert werden kann, wird die Ungewißheit über die Positionsentwicklung verständlich. Diese sogenannten "leads" und "lags" haben nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen stark zugenommen ². Daraus resultiert ein höheres Positionsänderungsrisiko, soweit es das Devisenkundengeschäft betrifft.

3. Ungewißheit über die Entwicklung der Devisenhandelsposition aus dem Eigengeschäft

Der Dienstleistungsfunktion gedanklich nachgelagert folgt der sogenannte Eigenhandel in Devisen. Funktion des Eigenhandels ist zunächst, die aus dem Kundengeschäft offengebliebenen Devisenpositionen im Handel unter den Banken durch Gegengeschäfte auszugleichen. Diese Aufgabe kann eine Bank um so besser

1 Tagesumsatz in Fremdwährung = a) + b) = rd. 650 Mio DM

a)
$$\frac{\text{Exportvolumen}^+ 1976 \times \text{Fremdwährungsanteil}^{++}}{250 \text{ Tage}}$$

$$= \frac{256.642 \text{ Mio DM} \times 13 \%}{250 \text{ Tage}} = \text{rd. } 133 \text{ Mio DM}$$

b)
$$\frac{\text{Importvolumen}^+ 1976 \times \text{Fremdwährungsanteil}^{++}}{250 \text{ Tage}}$$

$$= \frac{222.173 \text{ Mio DM} \times 58 \%}{250 \text{ Tage}} = \text{rd. } 515 \text{ Mio DM}$$

⁺ vgl. Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte ..., Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik;

⁺⁺ Vgl. Hans-Eckart Scharrer u.a., Währungsrisiko ..., a.a.O., S. 141 f. bzw. 218 f.)

2 Vgl. Robert Wittgen, Der klassische Spekulant ist heute an dem Devisenmarkt seltener, in: Handelsblatt vom 30. März 1977, Beilage Banken International, S. 6 u. 10

erfüllen, je stärker sie im Deviseneigenhandel unter den Banken engagiert ist.

aa) Zunehmende Ungewißheit wegen Verlängerung der Kurs-
sicherungsketten

Nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen hat das Positionsänderungsrisiko - soweit es aus dem Eigenhandel resultiert - zugenommen, weil die Zahl der an der Kurssicherung bzw. an dem Arbitrageprozeß beteiligten Banken angestiegen ist. Das Devisenhandelssystem benötigte insgesamt eine größere Anzahl von Geschäftsabschlüssen und ein größeres Umsatzvolumen bis für einen Devisenbetrag von einem echten Abgeber - z.B. Exporteur - ein echter Abnehmer - z.B. Importeur - gefunden wird¹. Wegen der großen Schwankungsintensität der Devisenkurse konnte keine Bank lange darauf warten, bis sich in ihrem Kundenkreis für einen Devisenbetrag ein Abnehmer fand². Der Betrag wurde im Interbankenhandel sofort weitergereicht. Dieser Sachverhalt wurde vielfach etwas solopp mit der 'Heißen-Kartoffel-Theorie' umschrieben.

Durch diese größere Umschlagshäufigkeit mußte für die einzelne Bank die Entwicklung der Devisenposition unsicherer werden. Sie konnte sich diesem Prozeß nicht durch eine ungünstigere Kursstellung entziehen, weil dies sehr bald zu einem negativen Devisenmarkt-Standing geführt hätte.

bb) Zunehmende Ungewißheit wegen der Konzentration des
internationalen Devisenmarktgeschehens

Während für das Devisengeschäft deutscher Banken mit ihrer Kundschaft primär das in Fremdwährung fakturierte Außenhandelsvolumen die Größenordnung bestimmt, wird das Devisenhandelsvolumen am Interbankenmarkt durch die Wertschätzung bestimmt, die eine Währung international genießt; dies ist gleichbedeutend mit dem Anteil der grenzüberschreitenden Zahlungen in einer bestimmten Währung am gesamten internationalen Zahlungsverkehr. Zu diesen Währungen mit einem großen Anteil an grenz-

¹ Vgl. Rüdiger von Treschkow, Devisenhandel heute, in: Internationales Bankgeschäft '75, Sonderbeilage zur Börsenzeitung vom 1. November 1975, S. 5

² Vgl. ebenda

überschreitenden internationalen Zahlungsverkehr gehören der US-Dollar, die Deutsche Mark, das Englische Pfund und der Schweizer Franken. Grenzüberschreitende Geschäfte, die in diesen Währungen abgeschlossen werden, führen nur außerhalb von deren Währungsgebiet zu Devisengeschäften zwischen Banken und Nichtbanken. Die Glättstellung dieser Geschäfte erfolgt jedoch zu einem erheblichen Teil am Interbankenmarkt in den entsprechenden Währungsgebieten ¹. Eine geringe Anzahl von Banken in nur wenigen Ländern muß deshalb die Devisenhandelsbedürfnisse des gesamten Welthandels erfüllen ².

Da außerdem am Ende der Kurssicherungsketten vielfach keine "echten" Abnehmer oder Abgeber von Devisenbeträgen gefunden werden (vgl. S. 40), konzentriert sich das Positionsänderungsrisiko auf nur wenige Devisenhandelszentren und den dort agierenden Banken. Hierzu gehören London, New York, die Bundesrepublik mit ihren wichtigsten Bankplätzen und auch die Schweiz.

e) Ergebnis

Wir haben festgestellt, daß beide Elemente des Devisenhandelsrisikos, soweit sie überbetrieblich beeinflußt werden, nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität stark zugenommen haben. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß nach unserer Untersuchung das Kursänderungsrisiko im Verlauf der zurückliegenden sieben Jahre nicht generell abgenommen hat. In bezug auf das zweite Element des überbetrieblich bestimmten Devisenhandelsrisikos kann festgehalten werden, daß die Banken in der Bundesrepublik Deutschland wegen der Konzentration des internationalen Devisenmarktgeschehens im starken Umfang zusätzlich Risiken übernehmen mußten.

1 Diese Feststellung trifft Treschkow nur für den deutschen Devisenmarkt (vgl. Rüdiger von Treschkow, a.a.O., S. 5); es ist jedoch gerechtfertigt, diese Aussage für die wichtigsten Welthandelswährungen einschließlich des Schweizer Franken zu generalisieren.

2 Vgl. Hans Bär, Verblässer der Heiligenschein des Bankplatzes Schweiz, in: Feuuertaufe für das Floating, Zürich 1975, S. 44

Vor der genauen Kenntnis der zwischen- und innerbetrieblichen Risikoquellen kann die Bedeutung der überbetrieblichen Risikosphäre für die bekannt gewordenen Devisenhandelsverluste nicht abschließend beurteilt werden. Es darf jedoch vorab festgestellt werden, daß ohne das neue Wechselkurssystem mit den damit verbundenen starken Kursbewegungen Verluste in dem unten genannten Ausmaß nicht möglich gewesen wären.

III. Zwischenbetriebliche Risikoquellen im Devisengeschäft

a) Ungewißheit über die zukünftige Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Devisenhandelspartner

Der zwischenbetriebliche Bereich ¹ umfaßt im Devisenhandel sämtliche Umsatzvorgänge einer Bank mit ihren Devisenhandelspartnern (Banken und Kunden). Die erfolgreiche Abwicklung der Devisenumsätze liegt nur teilweise im Ermessen der Geschäftsleitung. Es beschränkt sich im wesentlichen auf die Entscheidung, ob und in welchem Umfang mit einer Bank oder einem Kunden eine Geschäftsverbindung eingegangen wird.

Ist die Entscheidung für die Geschäftsverbindung gefallen, bleibt die erfolgreiche Abwicklung noch von der zukünftigen Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Devisenhandelspartners abhängig. Die zwischenbetriebliche Risikoquelle ist deshalb mit der Ungewißheit über die zukünftige Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Devisenhandelspartners gleichzusetzen.

Wird ein Devisenhandelspartner zahlungsunfähig, kann er seiner Leistung aus dem Devisengeschäft nicht mehr nachkommen. Die Leistung und Gegenleistung bedeutet im Devisengeschäft, daß ein Kreditinstitut zu einem bestimmten Zeitpunkt die Abnahme- bzw. Lieferverpflichtung in Devisen erfüllen muß. Wird die Leistung einseitig nicht erfüllt, entsteht für die Bank eine offene Devisenposition ². Man könnte deshalb von dem zwischen-

¹ Vgl. Bernhard Hartmann, a.a.O., S. 14

² Wenn man davon ausgeht, daß der Devisenbetrag sofort weitergehandelt wurde, was i.d.R. anzunehmen ist.

betrieblichen Positionsänderungsrisiko sprechen, weil die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners einen Unsicherheitsfaktor für die Devisenhandelsposition darstellt. Es wird für diesen Sachverhalt allgemein jedoch die Bezeichnung Bonitäts-¹ oder Ausfallrisiko² im Devisengeschäft verwendet.

Die Beurteilung der zwischenbetrieblichen Risiken verlangt die Unterscheidung zwischen Devisengeschäften, die sich schon in der Abwicklung befinden, d.h. Devisenkassageschäfte und fällige Devisentermingeschäfte, und noch nicht fälligen Devisentermingeschäften. Im ersten Fall kann die Leistung schon einseitig erfüllt sein, während im zweiten Fall Leistung und Gegenleistung noch nicht erfüllt sind³. Wir verwenden dafür die Begriffe Kreditausfall- und Margenrisiko⁴.

b) Kreditausfallrisiko bei der Abwicklung von fälligen Devisengeschäften unter Banken

Dieses Risiko wurde bis zum Zusammenbruch des Bankhauses I.D. Herstatt unterschätzt bzw. überhaupt nicht erkannt⁵. Lipfert schrieb hierzu 1967: "Im Devisenkassageschäft der Banken untereinander wird das Risiko (Bonitätsrisiko, d. Verf.) bei bekannten Adressen allgemein als nicht existent angesehen, weil die Anschaffung der Gegenwerte 'Valuta kompensiert' durchgeführt wird ..." ⁶. Diese Vorstellung vom Zug-um-Zug-Ausgleich bei der Abwicklung von Devisengeschäften mußte nach der Schließung des Bankhauses Herstatt für einen Großteil der Interbankengeschäfte als überholt angesehen werden. Seit diesem Zeitpunkt ist den Banken bewußt, daß bei der Abwicklung von Devisengeschäften die Gutschrift der getauschten Devisenbeträge dann nicht gleichzeitig erfolgt, wenn zwischen den Finanzzentren, an denen die Devisenbeträge jeweils anzuschaffen sind, ein Zeitgefälle besteht. Verkauft z.B. eine deutsche Bank US-Dollar an eine englische Bank gegen Deut-

1 Vgl. Axel Schütz, a.a.O., S. 398

2 Vgl. Peter Weidmann, Zur Bewertung der Devisenposition bei Kreditinstituten, in: Bank-Betrieb 1975, S. 10

3 Vgl. Axel Schütz, a.a.O., S. 398

4 Vgl. Hans-Eckart Scharrer u.a., Währungsrisiko ..., a.a.O., S. 324 f.

5 Vgl. Axel Schütz, a.a.O., S. 10

6 Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 78

sche Mark, dann muß die englische Bank den Gegenwert in Deutscher Mark in Frankfurt zur Verfügung stellen, während die deutsche Bank die US-Dollars in New York anschaffen muß. Da zwischen den ortsüblichen Abrechnungszeiträumen in Frankfurt und New York eine Differenz von sechs Stunden besteht, kann die Gutschrift in New York erst sechs Stunden später erfolgen. Es handelt sich deshalb nicht um einen Zug-um-Zug-Ausgleich der getauschten Devisenbeträge, sondern effektiv um einen Tagesgeldkredit der englischen an die deutsche Bank¹. Innerhalb dieses Zeitraumes besteht die Möglichkeit, daß der Verkäufer der US-Dollars zahlungsunfähig wird und deshalb der zuvor geleistete DM-Gegenwert verlorenggeht. Dieser Sachverhalt kennzeichnet das Kreditrisiko im Devisengeschäft.

Da praktisch bei jedem Devisengeschäft unter Banken der US-Dollar als Tauschwährung beteiligt ist (vgl. S. 3 f.), entsteht bei der Abwicklung zumindest für eine der beteiligten Banken ein Kreditrisiko. Aufgrund der oben beschriebenen Sachlage geht immer der Käufer der US-Dollars das Risiko ein, wenn diese gegen eine europäische Währung gekauft werden. Es entsteht dann nicht, wenn US-Dollars gegen Kanadische Dollars gekauft werden, weil die Abrechnungszeiten zwischen New York und Montreal nicht entscheidend differieren. Hier findet also ein Zug-um-Zug-Geschäft nach wie vor statt.

Bei der Schließung des Bankhauses Herstatt sprach man von 400 bis 600 Millionen US-Dollar, die den Devisenhandelspartnern von Herstatt nicht mehr gutgeschrieben wurden². Allein die Londoner Bank Hill Samuel verlor 21,5 Millionen US-Dollar bei der Abwicklung von fälligen Devisengeschäften mit dem Bankhaus I.D. Herstatt³.

Ein direkter Zusammenhang zwischen 'flexiblen Wechselkursen' und Kreditrisiko im Devisengeschäft ist nicht begründbar.

1 Vgl. Axel Schütz, a.a.O., S. 398

2 Vgl. o.V., 500 Millionen "Herstatt Dollars" hängen in der Luft, in: Börsenzeitung vom 6. Juli 1974

3 Vgl. o.V., Hill Samuel verhandelt mit Bundesbankpräsidenten, in: Handelsblatt vom 3. Juli 1974, S. 13; Landgericht Frankfurt, Urteil vom 11. September 1975, in: Wertpapier-Mitteilungen 1975, S. 1118

Man kann jedoch Folgendes festhalten: Erstens haben die mit dem neuen Wechselkurssystem verbundenen Erscheinungen an den Devisenmärkten (Devisenhandelsverluste in einer bisher nicht vergleichbaren Größenordnung und damit verbundene Bankinsolvenzen, vgl. S. 57 ff.) die Kreditrisiken erstmals bewußt gemacht. Zweitens sind die immer schon latent vorhandenen Risiken durch das größere Umsatzvolumen (vgl. S. 75) und durch größere Devisenhandelsbeträge stark angewachsen.

c) Margenrisiko bei Devisentermingeschäften

1. Wirtschaftliches Risiko

Dieses Risiko stellt die Gefahr dar, daß ein Devisenhandelspartner zahlungsunfähig wird, bevor ein Devisentermingeschäft abgewickelt wurde. Geht man davon aus, daß Termindevisen sofort weitergehandelt werden, dann muß im Fall der Zahlungsunfähigkeit eines Devisenhandelspartners spätestens zum Abwicklungstermin dessen Leistung aus dem Termingeschäft nachgeholt werden, weil eine offene Devisenposition entstanden ist. Das Risiko besteht darin, daß bei diesem zusätzlichen Devisenkauf (-verkauf) ein höherer (geringerer) Kurs berechnet wird als beim Durchhandeln des ursprünglichen Devisenbetrages. Wir sprechen von Margenrisiko, weil hier die Verlustgefahr bei Insolvenz des Geschäftspartners auf die Kursdifferenz beschränkt bleibt und sich nicht wie unter b) auf die gesamte Leistung aus dem Devisengeschäft erstreckt.

2. Rechtliches Risiko

Bei Devisentermingeschäften kann die Gefahr auch darin bestehen, daß der Geschäftspartner der Bank seine Leistung aus dem Devisengeschäft nicht erfüllen will. Sie besteht dann, wenn die Bank mit Nichtkaufleuten Devisentermingeschäfte abschließt. Diese Geschäftsabschlüsse sind für die Bank als termingeschäftsfähigen Kontrahenten immer verbindlich¹. Ein

¹ Vgl. Oswald Hahn, Erlaubte und verbotene Börsentermingeschäfte, in: Der Betrieb 1960, S. 974

Kunde der Bank kann jedoch unter bestimmten Umständen den Differenz- und Spieleinwand gem. §§ 764, 762 BGB ¹ und/oder den Börsentermineinwand ² geltend machen.

d) Konsequenzen zwischenbetrieblicher Risiken

Es sind keine Devisenhandelsverluste bekannt geworden, die für die Banken existenzgefährdende Folgen hatten. Die Schweizerische Bankgesellschaft mit dem größten ³ Devisenverlust, der in der zwischenbetrieblichen Sphäre entstanden war, konnte den Verlust durch die Auflösung stiller Reserven ohne Wirkung für den Reingewinn ausgleichen ⁴. Die ausländischen und inländischen Banken, die durch die Herstatt-Schließung geschädigt wurden, sind inzwischen mit 55 % ihrer Forderungen bedient worden ⁵.

IV. Innerbetriebliche Risiken als primäre Verlust- und Insolvenzursache

a) Ansatzpunkte für innerbetriebliche Devisenhandelsrisiken

Die innerbetriebliche Sphäre umfaßt sämtliche Vorgänge, die - aufgrund des Weisungsrechts - im Einfluß- und Gestaltungsbereich der Geschäftsleitung liegen ⁶. Im Devisengeschäft gehören dazu alle Tätigkeiten von dem Devisenhandelsgespräch angefangen bis zur endgültigen Abwicklung des einzelnen Devisengeschäfts. Die Verantwortung für die ordnungsmäßige Abwicklung der einzelnen Devisengeschäfte und des gesamten Devisenhandels liegt bei der Bankleitung, obwohl dieser zur Durchführung des Devisengeschäftes die Devisenabteilung zur Verfügung steht ⁷.

1 Vgl. Jörg Franke, Die rechtlichen Risiken der Devisentermingeschäfte, in: Der Betrieb 1975, S. 1543 ff.

2 Vgl. ebenda, S. 1542 f.

3 Nach Angaben im "Banker" handelt es sich um 56 Millionen US-Dollar, vgl. o.V., Even big banks can stumble, in: The Banker 1975, S. 665

4 Vgl. Schweizerische Bankgesellschaft, Geschäftsbericht für das Jahr 1974, S. 24

5 Vgl. o.V., Herstatt HV im Eiltempo, in: Handelsblatt vom 1. Februar 1978, S. 6; o.V., Abwickler: Besserungsquote von 3,7 Prozent in Aussicht, in: Handelsblatt vom 30. Januar 1980, S. 10

6 Vgl. Bernhard Hartmann, a.a.O., S. 14

7 Vgl. Erich Gutenberg, Unternehmensführung, Wiesbaden 1962, S. 107

Risikoelement im innerbetrieblichen Bereich einer Devisenabteilung ist die Devisenhandelsposition, weil durch den Aufbau einer offenen Position die Bank dem Währungsrisiko bzw. der Verlustgefahr ausgesetzt wird. Innerbetriebliche Risiken im Sinne von Risikoursachen sind also darin zu sehen, daß mit oder ohne Weisung der Geschäftsleitung offene Positionen in einem Umfang eingegangen werden können, die mit der ordnungsmäßigen Führung der Devisenabteilung nicht mehr vereinbar sind. Die Ordnungsmäßigkeit wird in jedem Fall dann überschritten, wenn die möglichen Devisenhandelsverluste nicht mehr ohne die Gefährdung von Gläubigergeldern getragen werden können (vgl. S. 144 f.).

Ansatzpunkte für eine innerbetriebliche Risikoanalyse sind deshalb alle bankbetrieblichen Einsatzfaktoren ^{1,2}, die auf das Eingehen der Devisenhandelsposition Einfluß haben können. Hierzu gehören die Geschäftsleitung und die Bankangestellten in der Devisenabteilung.

b) Kompetenzüberschreitungen der Devisenhändler

Bei den bekannt gewordenen Devisenhandelsschieflagen von Banken wurden zuallererst Kompetenzüberschreitungen der Devisenhändler als Verlustursache genannt ³.

Im Geschäftsbericht der Westdeutschen Landesbank wurde dies wie folgt formuliert: "... Durch einen einmaligen Vorfall wurden auf Rechnung der Bank Devisengeschäfte abgeschlossen, die in der Höhe, der Richtung und Laufzeit den für diese Geschäfte vom Vorstand gezogenen Rahmen bei weitem überschritten ..." ⁴.

1 Vgl.hierzu Oswald Hahn, Führung des Bankbetriebes, a.a.O., S. 107

2 Vgl. Bernhard Hartmann, Bankbetriebsanalyse, a.a.O., S. 14

3 Vgl. o.V., Gespielt, getäuscht, gemogelt, Die Anatomie der Herstatt-Pleite (II), in: Der Spiegel 1975/14, S. 106; Joseph F. Sinkey, The Collapse of Franklin National Bank of New York, in: Journal of Bank Research 1976/7, S. 114; o.V., Even big banks can stumble, a.a.O., S. 663

4 Westdeutsche Landesbank und Girozentrale, Geschäftsbericht für das Jahr 1973, S. 53

1. Der Begriff der Kompetenzüberschreitung im Devisengeschäft

Kompetenzen sind allgemein die Rechte oder Befugnisse, die einem Stelleninhaber zur bestmöglichen Erfüllung seiner Aufgaben übertragen werden ¹. Im Devisengeschäft kann man die folgenden Kompetenzregelungen ² unterscheiden:

- (1) Limitierung der Devisenposition
 - offene Gesamtposition
 - offene Position bei einzelnen Währungen
 - Devisen-Swap-Position
- (2) Limitierung der Handelsgeschäfte
 - Begrenzung der Anzahl von Geschäftspartnern
 - Laufzeitbegrenzung bei Termingeschäften
 - Betragsbeschränkung bei Einzelgeschäften.

Eine Kompetenzüberschreitung liegt im Devisengeschäft beispielsweise vor, wenn

1. der Chefdevisenhändler das Limit für die offene Gesamtposition überschreitet,
2. ein Devisenhändler mit einer Bank Geschäfte abschließt, die noch nicht als Devisenhandelspartner akzeptiert wurde,
3. Devisentermingeschäfte mit fünfjähriger Laufzeit abgeschlossen werden, obwohl ohne gesonderte Anweisung der Geschäftsleitung nur Geschäfte bis zu einer Laufzeit von einem Jahr erlaubt sind, oder wenn
4. ein Devisenhändler ein einzelnes Geschäft über 20 Millionen US-Dollar abschließt, obwohl das Limit 5 Millionen beträgt.

2. Beispiele nicht genehmigter Devisentransaktionen

Bei Herstatt wurde als Limit für die offene Devisenposition 25 Millionen DM genannt ³, d.h. die Devisenhandelsabteilung konnte im Regelfall so lange kaufen bzw. verkaufen, bis sich ein Saldo von plus/minus 25 Millionen DM ergab.

1 Vgl. Hans Ulrich, Kompetenzen, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. v. Erwin Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 852

2 Vgl. Karl-Heinz Kreissl, Prüfung des Devisen- und Geldgeschäfts bei Kreditinstituten, in: Interne Revision 1977, S. 284

3 Vgl. Landgericht Köln, Urteil vom 13. Januar 1976, in: Der Betriebs-Berater 1976, S. 762; Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 19. September 1977, in: Wertpapier-Mitteilungen 1977, S. 1435; Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Drucksache Forts. s. S. 49

Tatsächlich wurde von den Jahresabschlußprüfern festgestellt, daß Devisentermingeschäfte mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Milliarden US-Dollar nicht ordnungsgemäß erfaßt waren ¹. Durch die Nachbuchung dieser Devisentermingeschäfte ergab sich per 31.12.1973 eine offene Devisenposition von 711,3 Millionen US-Dollar ². Dieser Betrag überstieg das vorgeschriebene Limit um das Achtundzwanzigfache.

Bei der Franklin National Bank of New York wurde nachträglich festgestellt, daß an manchen Tagen die offene Devisenposition den Umfang von 400 Millionen US-Dollar annahm ³. Bei der West-deutschen Landesbank soll der Chefdevisenhändler eine Dollar-Minusposition von 1,1 Milliarden US-Dollar aufgebaut haben, obwohl laut Vorstandsbeschluß eine Dollar-Plus-Position von 100 Millionen US-Dollar als Rahmen festgelegt wurde ⁴. Bei einer 16-Mann-Auslandsniederlassung der Lloyds Bank International verkaufte der Chefdevisenhändler auf Termin 550 Millionen US-Dollar, obwohl das Limit 5 Millionen betrug; außerdem schloß er mit mindestens 15 Banken Devisengeschäfte ab, mit denen er laut Anweisung der Geschäftsleitung nicht handeln durfte ⁵.

3. Motive für Kompetenzüberschreitungen

Nimmt man an, daß die Devisenhändler tatsächlich ohne gesonderte Anweisung der Geschäftsleitung Risiken in der oben- genannten Größenordnung eingegangen sind, dann muß für die Zwecke unserer Risikoanalyse nach Motiven für dieses Verhalten gefragt werden.

Das Verhalten der Devisenhändler wird durch finanzielle und nicht-finanzielle Nutzenvorstellungen beeinflusst. Ein finanzieller Nutzen für den Devisenhändler liegt dann vor, wenn er in irgendeiner Weise an den Devisenhandelsgewinnen betei-

7/2438, Parlamentarische Anfrage zum Herstatt-Komplex, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, Berlin 1963, Kennziffer 592, S. 2 f.

1 Vgl. o.V., Gespielt, ... (II), a.a.O., S. 107 f.

2 Vgl. ebenda; Landgericht Köln, Urteil vom 13. Januar 1976, a.a.O., S. 762

3 Vgl. Eckhard Imhoff, Folgen der Zusammenbrüche, in: Kreditwesen 1975, S. 802

4 Vgl. Ludwig Poullain, Tätigkeitsbericht, Stuttgart 1979, Vorabdruck in: Wirtschaftswoche 1979/26, S. 54 f.

5 Vgl. o.V., The lugano affair - or how Mickey Mouse lost £ 32 Million, in: The Banker 1975, S. 1545

ligt ist. Im Extremfall bedeutet dies, daß ein Devisenhändler Geschäfte auf eigene Rechnung abschließen darf, wie dies bei Herstatt üblich gewesen sein soll ¹. Hier liegt die Gefahr sehr nahe, daß im Fall von Gewinnen die Geschäfte auf die eigene Rechnung und im Fall von Verlusten auf die Rechnung der Bank gehen. Von diesem Fall der persönlichen Bereicherung abgesehen, gibt es eine Reihe von Banken, die die Devisenhändler direkt an den Gewinnen ihrer Abteilung beteiligen ². In abgeschwächter Form liegt eine Gewinnbeteiligung auch dann vor, wenn ein erfolgreicher Devisenhändler von Jahr zu Jahr ein steigendes Einkommen erhält ³.

Während die Möglichkeit zum Abschluß von Devisengeschäften auf eigene Rechnung wie auch die direkte Gewinnbeteiligung den Devisenhändler u.E. ganz offensichtlich in seinem Verhalten, d.h. auch zu Kompetenzüberschreitungen, bestimmen kann, darf die Wirkung nicht unterschätzt werden, die von den nicht-finanziellen Anreizen ausgeht. Dies gilt vor allem deshalb, weil die monetären Bedürfnisse bei den Devisenhändlern durch ein hohes Gehaltsniveau - im Vergleich zu den anderen Bankangestellten - im starken Umfang als befriedigt gelten können.

Zu diesen nicht-finanziellen Nutzensvorstellungen zählt die Wirkung des eigenen Erfolgserlebnisses und das Bedürfnis nach Geltung und Selbstbestätigung ⁴. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn von der Devisenabteilung ständig steigende Gewinne erwartet werden, wie dies z.B. in dem ertragsschwachen Bankenjahr 1973 der Fall gewesen sein könnte (vgl. S. 57 ff.). Dann nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, daß der Chefdevisenhändler spekulative Aktionen auch in größerem Rahmen außerhalb seiner Kompetenz durchführt. Fallen sol-

1 Vgl. o.V., Gespielt, ... (I), in: Der Spiegel 1975/1, S. 127, 129, 132, 134

2 Vgl. Friedrich Menzel, Aktuelles Thema aus dem Devisenbereich, Vortrag vor der 'National Association of Accountants' am 28. Juni 1979 in Frankfurt

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. Friedrich Fürstenberg, Leistungsanreizsysteme, in: Handwörterbuch des Personalwesens, hrsg. v. Eduard Gaugler, Stuttgart 1975, Sp. 1159

che Geschäfte ungünstig aus, beginnt ein Teufelskreis, der scheinbar zu weiteren spekulativen Geschäften zwingt, um die schon entstandenen Verluste auszugleichen, bevor die Kompetenzüberschreitung der Geschäftsleitung bekannt wird.

Man kann festhalten, daß Motive für Kompetenzüberschreitungen vorliegen. Wenn jedoch Kompetenzüberschreitungen im obengenannten Umfang möglich sind, dann muß die Verantwortung für die Konsequenzen bei der Bankleitung gesucht werden.

c) Fehlende Ordnungsmäßigkeit bei der Führung der Devisenabteilung

Der zweite Ansatzpunkt für die innerbetriebliche Risikoanalyse ist der dispositive Faktor 'Geschäftsleitung' ¹. Die Begriffe Führung und Leitung werden in der Regel synonym verwandt ². Risikotatbestand sind hier Führungsfehler oder - was das gleiche bedeutet - eine nicht ordnungsmäßige Geschäftsführung. Die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung erfolgt anhand gesetzlicher und betriebswirtschaftlicher Normen ³.

1. Führungsproblem im Devisengeschäft der Banken

In unserem konkreten Fall stellt sich das Führungsproblem in der Frage dar, wie hätte die Bankleitung im Bereich des Devisengeschäfts auf das neue Wechselkurs-system reagieren sollen. Die Teilschritte, mit denen Führungsprobleme gelöst werden, sind die Vorbereitung (Planung), die Auswahl (Entscheidung), die Realisi-

1 Vgl. hierzu Erich Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 22. A., Berlin u.a. 1976, S. 5 ff.

2 Vgl. Ludwig Pack, Die Lehre von der Unternehmensführung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. A., Bd. 3, hrsg. von Erwin Grochla und Waldemar Wittmann, Stuttgart 1976, Sp. 4083; Edwin Rühli, Unternehmensführung und Unternehmenspolitik, Bd. I, Bern-Stuttgart 1973, S. 27 ff.

3 Vgl. Ulrich Leffson, Wirtschaftsprüfung, Wiesbaden 1977, S. 358 ff.

sierung (Ausführung) und die Überwachung (Kontrolle) ¹. Die Planung und Entscheidung kann dabei zur Willensbildung und die Anordnung und Kontrolle zur Willensdurchsetzung zusammengefaßt werden ². In diesem Zusammenhang existieren zwei grundsätzliche Fehlerquellen: Es hat eine Willensbildung über mögliche Reaktionen auf die Einführung 'flexibler Wechselkurse' stattgefunden oder sie hat nicht stattgefunden. Die letzte Möglichkeit schließt aus, daß irgendwelche Anordnungen der Geschäftsleitung zur Anpassung der Devisenhandelsorganisation an das neue System getroffen wurden. Aus der ersten Möglichkeit folgt, daß den zunehmenden Chancen und Risiken des neuen Wechselkurssystems durch mehr oder weniger zweckmäßige Anordnungen entsprochen wurde.

Unabhängig davon, ob eine Willensbildung erfolgt ist, äußert sich die Ordnungsmäßigkeit der Führung in der Art, wie das Devisengeschäft einer Bank ausgeführt und überwacht wird. Die Ausführung und Überwachung wird durch eine Vielzahl von generellen Anweisungen geregelt, die sich zur Devisenhandelsorganisation ergänzen ³. Mängel in der Devisenhandelsorganisation betrachten wir als erstes Merkmal einer nicht ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

2. Mängel in der Devisenhandelsorganisation

Die Devisenhandelsorganisation soll so beschaffen sein, daß die bankpolitischen Ziele im Devisengeschäft optimal erreicht werden können. Unter dem Risikoaspekt erfordert dies, daß die Geschäftsleitung durch die Organisation der Devisenabteilung zu jedem Zeitpunkt über das maximale Ausmaß der eingegangene Risiken informiert ist. Das wird dann der Fall sein, wenn durch eindeutige Kompetenzregelungen der Entscheidungsspielraum der Devisenhändler festgelegt ist, und wenn zweitens die Einhaltung dieser Spielräume durch ausreichende Kontrollmöglichkeiten gesichert ist.

¹ Vgl. Edwin Rühli, a.a.O., S. 25

² Vgl. ebenda, S. 26

³ Vgl. Erich Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Die Produktion, a.a.O., S. 237

aa) Devisenhandelslimit als Gefahrenquelle

Die Geschäftsleitung kann das Währungsrisiko, dem die Bank ausgesetzt ist, durch die Limitierung der offenen Devisenposition weitgehend bestimmen. Fehlende Ordnungsmäßigkeit würde in diesem Zusammenhang bedeutet haben, daß die Geschäftsleitung die bestehende Limitierung entweder beibehalten oder sogar gelockert hat. Bei einem gegebenen Risikostandard (vgl. S. 79) wäre die Limitherabsetzung eine logische Notwendigkeit gewesen.

Welche Reaktionen die Bankleitungen auf die Einführung der Wechselkursflexibilität gezeigt haben, ist nicht bekannt. Wir können deshalb nur an einem konkreten Fall die Bedeutung des Devisenhandelslimits beurteilen. Bei Herstatt wurde - wie oben schon erwähnt - ein Limit für die offene Devisenhandelsposition von 25 Millionen DM genannt. Ein Limit in dieser Größenordnung wäre nach dem heute gültigen Grundsatz Ia nicht mehr zulässig, wenn man berücksichtigt, daß das Bankhaus Herstatt ein haftendes Eigenkapital von rund 80 Millionen besaß ¹.

Eine Begrenzung der offenen Devisenhandelsposition auf 25 Millionen DM hätte eine erfolgs- und risikomäßige Steuerung der Devisenabteilung ermöglicht. Wir meinen damit, daß durch eine laufende Erfolgskontrolle mögliche Verluste sichtbar geworden wären, die bei zunehmenden Kursschwankungen eine Herabsetzung des Limits erzwungen hätten. Verluste in der unten genannten Größenordnung (vgl. S. 62) hätten bei einem 25-Millionen-DM-Limit nicht entstehen können. Es mußten also mit oder ohne Wissen der Geschäftsleitung größere offene Positionen eingegangen worden sein, als offiziell genehmigt waren.

¹ Vgl. Bankhaus I.D. Herstatt, Geschäftsbericht für das Jahr 1973, S. 21

bb) Fehlende Kontrollen und Kontrollmöglichkeiten

Die Gefahr, daß die Geschäftsleitung nicht über die tatsächlich eingegangenen Risiken informiert war, kann nur im Fehlen von Kontrollen und von Kontrollinstrumenten begründet sein. Ohne schon an dieser Stelle auf die vielfältigen Kontrollmöglichkeiten eingehen zu wollen (vgl. S.181 f.), muß die fehlende organisatorische Trennung zwischen dem Devisenhandel i.e.S. und den sonstigen mit der Abwicklung und Kontrolle des Devisengeschäfts verbundenen Abteilungen als wichtigstes Gefahrenmoment angesehen werden.

Nur in diesen Fällen konnten die Devisenhändler die Gegenbestätigung der Geschäftspartner abfangen und so nicht genehmigte Devisentermingeschäfte bis zur Fälligkeit oder noch längere Zeit geheimhalten, wenn die bei Fälligkeit entstandene offene Kassaposition durch ein Swapgeschäft wieder in eine offene Terminposition umgewandelt werden konnte.

3. Spekulatives Verhalten der Geschäftsleitung

Man wird vermuten können, daß die für das Devisengeschäft zuständigen Geschäftsleitungsmitglieder auch über das Limit für die Devisenabteilung hinaus in besonderen Situationen an den Devisenmärkten spekulativ tätig waren. Dies kann so unauffällig geschehen, daß nicht einmal die Devisenhändler eine spekulative Transaktion als solche erkennen, weil der Kauf oder Verkauf eines bestimmten Devisenbetrages auch die sonstigen grenzüberschreitenden Bankgeschäfte betreffen könnten.

Wir glauben jedoch, daß dieses Verhalten im Vergleich zu den obengenannten Gefahrenquellen weit geringer zu bewerten ist, weil der Geschäftsleitung in diesem Fall das Risiko selbst bewußt ist. Die Ordnungsmäßigkeit bleibt hier im Extremfall noch gewahrt, wenn mögliche Verluste durch das Eigenkapital getragen werden können.

4. Gewinnmanipulation durch Devisengeschäfte zu "marktabweichenden" Kursen

Devisengeschäfte zu marktabweichenden Kursen bezwecken eine bankmäßige Gewinn- und Verlustverlagerung und/oder zum zweiten eine verdeckte Geldaufnahme oder Geldanlage¹. Als nicht ordnungsmäßiges Verhalten der Geschäftsleitung betrachten wir sie, weil damit realisierte Devisenhandelsverluste den inner- und außerbetrieblichen Aufsichtsinstanzen verborgen bleiben können.

Es ist unbestritten, daß bei Herstatt schon 1973 Devisenhandelsverluste durch Manipulationen dieser Art verdeckt wurden². Bei Herstatt sprach man von sogenannten Dreiecksgeschäften, weil neben der Herstatt-Bank in Köln noch die Econ-Bank in Zürich und Herstatt Luxemburg an diesen Transaktionen beteiligt waren. Sie wurden in der folgenden Art abgewickelt³: Zuerst verkaufte Herstatt Köln per Kasse z.B. am 26.3.1974 an die Econ-Bank in Zürich kurz vor Ultimo 370 Millionen US-Dollar in mehreren Teilabschlüssen zu einem Durchschnittskurs von DM 2,90 und kaufte diesen Dollar-Betrag am gleichen Tag wieder von der Econ-Bank zu einem Durchschnittskurs von DM 2,50 zurück. Die amtliche Notiz für den US-Dollar betrug am 26.3.1974 in Frankfurt jedoch DM 2,5475. Der manipulierte Gewinn für Herstatt Köln und der manipulierte Verlust für die Econ-Bank aus dieser Devisentransaktion betrug 150 Millionen Deutsche Mark.

Die Verbuchung der DM-Beträge aus den einzelnen Devisengeschäften erfolgte in den Konten bei Herstatt Köln. Bei Fälligkeit der Devisenkassageschäfte zwei Tage später am 28.3.74 erhielt die Econ-Bank einen Geldmarktkredit von Herstatt-Luxemburg über 150 Millionen Deutsche Mark. Da dieser Kredit

¹ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 30. März 1977, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, München, Stand Juni 1979, Ziff. 4.147

² Vgl. Landgericht Köln, Urteil vom 13. Januar 1976, a.a.O., S. 762

³ Vgl. o.V., Gespielt, ... (II), a.a.O., S. 116 f.

ebenfalls über Herstatt Köln verbucht wurde, war das Konto der Econ-Bank bei Herstatt-Köln wieder ausgeglichen. Statt dessen entstand eine Forderung von Herstatt-Köln an Herstatt-Luxemburg in Höhe von 150 Millionen Deutscher Mark. Insgesamt verbesserte sich für Herstatt-Köln die Liquiditätssituation über den Ultimo hinweg um diesen Betrag.

Nach dem Ultimotermine am 1.4.1974 wurden, wie oben, manipulierte Devisengeschäfte nur mit umgekehrten Vorzeichen zwischen Herstatt-Köln und der Econ-Bank Zürich abgeschlossen, die für die Econ-Bank Zürich einen Gewinn ergaben, mit dem sie die 150 Millionen zuzüglich Zinsen für den Geldmarktkredit an Herstatt Luxemburg zahlen konnte und der außerdem eine Provision für dieses Geschäft enthielt.

Laut Spiegel soll Herstatt seit März 1973 Devisengeschäfte zu "marktabweichenden" Kursen mit verschiedenen Banken abgewickelt haben ¹. Dabei handelte es sich nicht nur um die beschriebenen Dreiecksgeschäfte, sondern auch um zweiseitige Transaktionen ². Während bei den zweiseitigen Geschäften nur kurzfristige Effekte im obigen Sinn erreicht wurden, konnten mit den Dreiecksgeschäften die anwachsenden Devisenhandelsverluste bei Herstatt Köln in Forderungen an Herstatt Luxemburg umgewandelt werden. Bei der Franklin National Bank wurden Devisengeschäfte der gleichen Art mit der Banca Unione in Mailand und mit der Amincor Bank AG in Zürich abgeschlossen ³.

Die Verantwortung für solche Manipulationen liegt generell bei der Bankleitung, weil die mit diesen Transaktionen ver-

¹ Vgl. o.V., Gespielt, ... (II), a.a.O., S. 116

² Vgl. ebenda; o.V., Schweizer Händler machte Geschäfte mit Danny Dattel, in: Handelsblatt vom 12. Dezember 1979, S. 7; Bundesgerichtshof, Urteil vom 15.10.1979, in: Der Betrieb 1980, S. 153 ff.

³ Vgl. Sanford Rose, What really went wrong at Franklin National, in: Fortune 1974/10, S. 226

bundenen Veränderung der Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage der Bankleitung nicht verborgen bleiben kann. Zum zweiten werden hier die Möglichkeiten der Devisenhändler überschritten, da sie nur in begrenztem Umfang liquiditätswirksame Geschäfte abschließen können, ohne daß die Geldhandelsabteilung davon Kenntnis erhält. Diese wiederum wird sich nur mit dem Einverständnis oder auf Anordnung der Bankleitung an diesen Transaktionen beteiligen. Das gleiche gilt für die Beteiligung der anderen Banken.

d) Bestimmungsfaktoren und Konsequenzen der Führungsfehler im Devisengeschäft

Der Ursachenbereich einer unsoliden Geschäftsführung muß weit gefaßt werden. Wir sehen in der Fehleinschätzung der Devisenhandelsrisiken nach Einführung 'flexibler Wechselkurse' und der unzureichenden Vermögens- und Ertragslage der einzelnen Banken die wesentlichsten Bestimmungsfaktoren für die Führungsfehler im Devisengeschäft.

1. Fehlendes Risikobewußtsein der Geschäftsleitung

Es wird von Bankenvertretern selbst behauptet, daß in den Vorstandsetagen vieler Banken nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität das notwendige Risikobewußtsein nicht vorhanden war ¹. Ein Risiko wird einem dann nicht bewußt, wenn man den Gefahrenbereich entweder nicht kennt oder wenn man die Wirkung von Datenänderungen auf den Gefahrenbereich falsch einschätzt. In unserem Fall würde dies bedeuten, daß es in den Bankleitungen an dem Sachverstand ² zur Führung einer Devisenabteilung fehlte oder daß die Konsequenzen des neuen Wechselkurssystems falsch beurteilt wurden.

¹ Vgl. Alois K. Erbprinz zu Löwenstein, Der Devisenhandel der Banken, in: Währungsordnung und Konjunkturpolitik, Baden-Baden 1977, S. 39

² Vgl. ebenda, S. 39

Der notwendige Sachverstand bei der Geschäftsleitung war oft deshalb nicht vorhanden, weil das geringere Gewinn- und Verlustpotential im Bretton-Woods-System keinen Anreiz zur intensiveren Beschäftigung mit dem Devisenhandel bot.¹ Unabhängig von der vorhandenen Sachkenntnis führte das neue Wechselkurssystem zu einer vollkommen veränderten Datenkonstellation, die nicht unbedingt vorhersehbar war. Das führte dazu, daß die Bankleitungen mit der Entwicklung an den Devisenmärkten und in der eigenen Devisenabteilung nicht sofort Schritt

Die fehlerhafte Beurteilung der neuen Datenkonstellation bezog sich erstens auf das Ausmaß der kurzfristigen Devisenkursschwankungen, zweitens auf die mittel- bis langfristige Kursentwicklung (vgl. S. 29 ff.), drittens auf das Temperament und die charakterlichen Eigenschaften der Devisenhändler (vgl. S. 47 ff.) und viertens auf das Wachstum des Devisenhandelsvolumens (vgl. S. 75). Eine Fehleinschätzung dieser neuen Sachlage an den Devisenmärkten führte dann auch nicht zur Einführung oder Erweiterung organisatorischer Kontrollmöglichkeiten oder zum Verzicht auf riskante Devisengeschäfte.

2. Zusammenhang zwischen Ertragslage und Devisenhandelsverlusten in den Jahren 1973 und 1974

Im Jahre 1973 mußten die Banken spürbare Ertragseinbußen im ordentlichen Geschäft hinnehmen. Dies kommt zwar in der Ertragsspanne³ für sämtliche Banken nicht eindeutig zum Vorschein. Wählt man jedoch die Banken aus, die primär für das Devisengeschäft in Frage kommen, dann liegt das Ertrags-tief, gemessen an dieser Kennziffer, nahezu eindeutig im Jahr

1 Vgl. o.V., Jeder Großbanker muß heute ein Abs sein, in: Handelsblatt vom 3. Januar 1978, S. 3

2 Vgl. Hans Bär, a.a.O., S. 44

3 Definiert als Betriebsergebnis in Prozent des Geschäftsvolumens, vgl. Deutsche Bundesbank, Ertragslage der Banken im Jahre 1977, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1978/10, S. 20

1973 (vgl. Tab. 8). Nur bei den Privatbankiers, den Zweigstellen ausländischer Banken und den Girozentralen lag das prozentuale Betriebsergebnis in den Jahren 1971 bzw. 1970 noch unter dem des Jahres 1973.

Tabelle 8: Betriebsergebnis in Prozent des durchschnittlichen Geschäftsvolumens nach Bankengruppen ¹

Zeit	Großbanken	Regionalbanken u. sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Privatbankiers	Girozentralen	Genossenschaftliche Zentralbanken
1968	0,49	0,77	0,77	1,11	0,60	0,58
1969	0,66	0,84	0,87	1,36	0,50	0,54
1970	0,53	0,58	0,50	0,92	0,24	0,32
1971	0,28	0,54	0,80	0,61	0,33	0,47
1972	0,26	0,62	0,91	0,70	0,41	0,58
1973	0,14	0,42	1,06	0,63	0,31	0,19
1974	0,77	0,78	0,91	0,85	0,34	0,42
1975	0,86	0,87	0,76	0,87	0,43	0,98
1976	0,56	0,75	0,44	0,52	0,37	0,67
1977	0,61	0,67	0,43	0,50	0,41	0,53

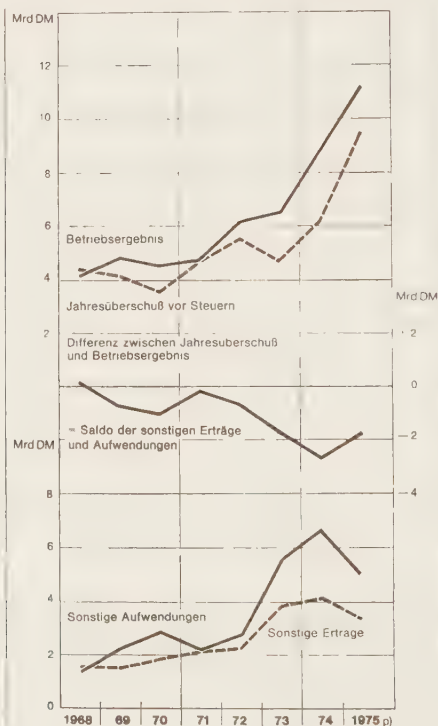
Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 1978/10, S. 30

Zum Ausgleich dieser Ertragseinbußen im ordentlichen Geschäft verstärkten die Banken auch ihre Aktivitäten an den Devisenmärkten. Dazu zählt das spekulative und risikolose Devisenmarktverhalten (vgl. S. 68). Wie zu begründen sein wird, handelte es sich dabei nicht um Einzelfälle. ¹

¹ Vgl. auch Wilfried Guth, Geschäftsbanken zwischen Liquiditätsklemme und wachsenden Kreditrisiken, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1975, S. 8; Helmut Lipfert, Der Geldmarkt, 8. A., Frankfurt 1975, S. 89

Die Banken gingen 1973 generell größere Risiken ein. Dies geht aus der Entwicklung des Saldos der sonstigen Aufwendungen und Erträge hervor, die in Abbildung 2 beschrieben wird. Dieser Saldo beschreibt die Differenz zwischen dem Betriebsergebnis und dem Jahresüberschuß vor Steuern. Ein im Vergleich zum Jahresüberschuß stärker ansteigendes Betriebsergebnis bei weitgehend problemfreiem Bankgeschäft - wie z.B.

Abbildung 2: Ertragsentwicklung bei den Banken



Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 1976/11, S. 17

im Jahr 1969 - spricht dafür, daß die Banken im starken Umfang stille Reserven gebildet haben. Das starke Auseinanderklaffen - wie im Jahre 1973 - ist dagegen ein starkes Indiz für die Verluste, die die Banken im Kreditgeschäft, im Devisengeschäft oder durch Abschreibungen auf Wertpapiere

erlitten haben.¹

Die Verluste aus dem Devisengeschäft kommen wegen fehlender Kompensationsmöglichkeit in der Entwicklung der Position "übrige sonstige Aufwendungen" ziemlich klar zum Ausdruck (vgl. Tab. 9).

Tabelle 9: Entwicklung der "übrigen sonstigen Aufwendungen" der Banken

Zeit	in Mio DM
1968	542
1969	562
1970	676
1971	690
1972	612
1973	1374
1974	1793
1975	1268
1976	1642

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1976/11
S. 20 und 1978/10, S. 24

Die Position der "übrigen sonstigen Aufwendungen", wie sie von der deutschen Bundesbank verwendet wird², ist identisch mit dem Begriffsinhalt der sonstigen Aufwendungen laut Bilanzierungsrichtlinien³. Im folgenden gebrauchen wir nur noch den Begriff der sonstigen Aufwendungen. Er umfaßt alle Aufwendungen, die einer anderen Aufwandsposition nicht zugeordnet werden können. Dies sind Verluste im Zusammenhang mit

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Ertragsentwicklung im Bankgewerbe, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1976/11, S. 19

² Vgl. ebenda, S. 20, Fußnote 2 in Tabelle 2

³ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung Nr. 1/68 i.d.F. vom 16. November 1976 (Bundesanzeiger Nr. 238), Richtlinien für die Aufstellung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute und das Muster für die Anlage zur Jahresbilanz der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft, ausgenommen Zentralkassen; im folgenden zitiert als Bilanzierungsrichtlinien, abgedruckt in: Conbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 16

der Veräußerung von Vermögensgegenständen, sonstige soziale Leistungen (z.B. Zuschüsse zum Betriebssport, Aufwendungen für die Betriebsbücherei, für Betriebsausflüge usw.), Aufwendungen betriebsfremden Charakters (z.B. Sachaufwendungen für Küchen und Kantinen) und weitere Aufwendungen (z.B. Kassenfehlbeträge, Fehlbestände im Wertpapierverkehr). ¹

Größere Veränderungen sind vom Charakter der aufgezählten Aufwendungen nur bei den Verlusten im Zusammenhang mit der Veräußerung von Vermögensgegenständen möglich. Hierunter fallen neben Verlusten aus der Veräußerung von Beteiligungen, Grundstücken und Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung in erster Linie Kursverluste im Devisenhandel ². Da sich diese Position gerade nach der Einführung der Wechselkursflexibilität im Jahre 1973 und in den folgenden Jahren verdoppelt oder mehr als verdoppelt hat, scheint es gerechtfertigt, die Veränderung weitgehend auf Kursverluste im Devisenhandel zurückzuführen. Dies kann im Fall der Westdeutschen Landesbank exemplarisch begründet werden.

Tabelle 10: Entwicklung der "sonstigen Aufwendungen" bei der Westdeutschen Landesbank und Girozentrale

Zeit	in Millionen DM
1968	0,797
1969	6.554
1970	8.759
1971	7.685
1972	6.950
1973	277.146
1974	62.588
1975	19.550
1976	60.230
1977	52.129
1978	81.244

Quelle: Westdeutsche Landesbank und Girozentrale, Geschäftsbericht für die Jahre 1968 - 1978

¹ Vgl. Heinrich Birck und Heinrich Meyer, Die Bankbilanz, 3. A., 2. Teillieferung, Wiesbaden 1977, IV. Abschnitt, S. 72 f.

² Vgl. ebenda, S. 72

Bei dieser Bank erhöhten sich die sonstigen Aufwendungen von durchschnittlich 6 - 7 Millionen in den Jahren 1969 - 1972 auf 277 Millionen im Jahre 1973. In den folgenden Jahren betrug die Position dann 60 - 70 Millionen. Diese außergewöhnliche Erhöhung im Jahre 1973 stellt die Gegenseite zu der Bilanzposition Rückstellungen dar, die sich bei der Westdeutschen Landesbank von 1972 auf 1973 um 252 Millionen auf 487 Millionen DM erhöhte. Nach den Angaben im Geschäftsbericht war darin ein Rückstellungsbedarf für Verluste aus Devisengeschäften in Höhe von 270 Millionen enthalten ¹.

Berücksichtigt man, daß 1973 nur die Westdeutsche Landesbank Devisenhandelsverluste in der Höhe von ca. 250 Millionen DM öffentlich bekanntgab, dann verbleiben zusätzlich noch 512 Millionen DM, um die sich die Position 'sonstige Aufwendungen' von 1972 auf 1973 (vgl. Tab. 9, S. 60) veränderte. Ein ähnlich hoher Betrag von 561 Millionen bleibt ungeklärt, wenn man von der Position 'sonstige Aufwendungen' im Jahr 1974 in Höhe von 1.793 Millionen 612 Millionen im Jahr 1972 und einen bekanntgegebenen Devisenhandelsverlust bei Herstatt von 620 Millionen ² in Abzug bringt.

Nach diesen Überlegungen müßten weit mehr Banken in den Jahren 1973 und 1974 größere Devisenhandelsverluste erlitten haben, als bekanntgeworden ist. Daß diese außergewöhnliche Veränderung der 'sonstigen Aufwendungen' auf andere gesamtwirtschaftliche Datenänderungen zurückgeführt werden müßte, besteht kein begründeter Anlaß.

3. Der Zusammenhang zwischen Vermögenslage und existenzgefährdenden Verlusten aus dem Devisengeschäft

Daß diese enormen Verluste aus dem Devisengeschäft nicht in einer größeren Zahl bekanntgeworden sind, spricht für die gute Vermögenslage der Banken. Ein Durchschlagen auf den Jah-

¹ Vgl. Westdeutsche Landesbank und Girozentrale, Geschäftsbericht für das Jahr 1973, S. 79

² Vgl. Landgericht Frankfurt, Urteil vom 11. September 1975, a.a.O., S. 1118

resüberschuß konnte durch die Auflösung stiller Reserven verhindert werden ¹. Dies zeigt die Entwicklung der sonstigen Erträge ². Dahinter wird primär die offene Auflösung stiller Reserven vermutet ³. Diese Position enthält jedoch auch Kursgewinne aus dem Devisenhandel, die ab 1973 - wie die Verluste auf der anderen Seite - stark angestiegen sind ⁴.

Umgekehrt lagen die Verhältnisse bei dem Bankhaus I.D. Herstatt. Diese Bank konnte keine stillen Reserven auflösen. Die Position 'sonstige Erträge ...' enthielt nämlich "überwiegend die Erträge aus dem Handel mit Devisen und Edelmetallen" ⁵. Der Devisenhandel war damit noch die einzige legale, jedoch nicht ordnungsmäßige Möglichkeit, die Bank vor der Insolvenz zu retten. Die schlechte Vermögenslage in Verbindung mit der schlechten Ertragslage führte zu dem oben beschriebenen Fehlverhalten und damit zu den riesigen Verlusten und zur Insolvenz des Bankhauses I.D. Herstatt.

e) Zusammenfassung

Die schlechte Ertragslage des Jahres 1973 in Verbindung mit dem fehlenden Risikobewußtsein der Bankleitungen im Devisengeschäft nach Einführung flexibler Wechselkurse waren die zentralen Bestimmungsfaktoren für eine nicht mehr ordnungsmäßige Führung der Devisenabteilungen, die zu weit mehr Verlusten im Devisenhandel geführt haben, als bekannt wurden.

1 Vgl. Deutsche Bundesbank, Ertragsentwicklung im Bankgewerbe, a.a.O., S. 19

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. ebenda

4 Für das Jahr 1976 hat die Deutsche Bank erstmals bekanntgegeben, welchen Umfang die Erträge aus dem Eigenhandel in Devisen und Wertpapieren haben können; es wurde zusammen ein Betrag von 377 Millionen genannt: das waren 0,63 % der durchschnittlichen Bilanzsumme. Vgl. Winfried Gies und Friedhelm Schaperjahn, Ertragsstrukturen der Großbanken und Sparkassen, in: Betriebswirtschaftliche Blätter 1977, S. 151

5 Bankhaus I.D. Herstatt, Geschäftsbericht für das Jahr 1973, S. 15

Verluste von existenzgefährdender Größenordnung entstanden allerdings nur bei Banken, deren unzureichende stille Vermögensreserven einen Fehler in der Führung der Devisenabteilung nicht mehr ausgleichen ließen. In diesen Fällen war bei einem allgemein ertragschwachen ordentlichen Bankgeschäft die Devisenspekulation die einzige Möglichkeit, Verluste aus dem Devisenhandel selbst zu kompensieren. Als diese Spekulationen keinen Erfolg mehr hatten, wurde der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang um ein weiteres Glied der Devisenmanipulation verlängert, die eine Verschleierung der realisierten Devisenhandelsverluste und weitere Spekulationen möglich machte. Erst dadurch konnten Verluste in einer Größenordnung wie bei Herstatt entstehen.

C. Gesamtwirtschaftliche Risiken des bankmäßigen Devisenhandels

Die Notwendigkeit zur Beschäftigung mit den gesamtwirtschaftlichen Risiken des bankmäßigen Devisenhandels ergibt sich aus der Aufgabenstellung der Bankenaufsicht (vgl. S. 99) und auch direkt aus § 6 Abs. 2 KWG, wonach das Bundesaufsichtsamt Mißständen im Kreditwesen entgegenzuwirken hat, "die eine ordnungsmäßige Durchführung des Bankgeschäfts beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen". Beide Gefährdungstatbestände bzw. Risiken liegen u.E. dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Kreditwesens allgemein oder der Devisenmärkte (vgl. I. - V.) durch die Devisenhandelsaktivitäten der Banken beeinträchtigt werden.

In einem umgekehrten Sinn ist die Beschäftigung mit der Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte für die späteren Abschnitte von Bedeutung, weil auch die Bankaufsichtsmaßnahmen die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte nicht beeinträchtigen sollen.

I. Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte

Es wurde schon vor der Einführung 'flexibler Wechselkurse' vermutet, daß die Änderung des Wechselkurssystems ein Chaos an den Devisenmärkten zur Folge haben könnte ¹.

¹ Vgl. Paul Einzig, What Bankers know, or Ought to know, about Foreign Exchange Theory, in: Banca Nazionale del Lavoro (Hrsg.), Quarterly Review 1964, S. 313

Da - am Umsatzvolumen gemessen - das Devisengeschäft zum überwiegenden Teil zwischen den Banken abgewickelt wird (vgl. S. 9), scheint es naheliegend, daß man die Verantwortung für eine Funktionsgefährdung der Devisenmärkte bei dem bankmäßigen Devisenhandel sucht ¹.

a) Merkmale für funktionsfähige Devisenmärkte

Devisenmärkte sind dann funktionsfähig, wenn sie für eine reibungs- und risikolose Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs sorgen. Diese Aufgabe wird von den Devisenkassamärkten erfüllt, wenn sie die kurzfristigen Diskrepanzen der internationalen Zahlungsströme ausgleichen (vgl. S. 10). Die kurzfristigen Ungleichgewichte bei den internationalen Zahlungsströmen resultieren aus der Unausgeglichenheit der Zahlungsrohbilanzen zwischen zwei Ländern, den kurzfristigen zeitlichen Diskrepanzen in den Dispositionen der Zahlungsverkehrsteilnehmer und den Diskrepanzen in der Wahl der Abwicklungswährung ². Wie gut oder schlecht die Devisenmärkte diese Aufgabe erfüllen, wird durch die kurzfristigen Bewegungen der Devisenkassakurse zum Ausdruck gebracht.

Grundsätzlich sind im System 'flexibler Wechselkurse' die Bewegungen der Devisenkurse "solange wünschbar und ... unvermeidbar, als sie Verschiebungen in den realen Austauschverhältnissen zwischen verschiedenen Währungen widerspiegeln, ..." ³. Neben diesen mittel- bis langfristigen Kursbewegungen müssen wir im kurzfristigen Bereich die funktionsnotwendigen von den funktionslosen Bewegungen der Devisenkurse unterscheiden. Während die funktionsnotwendigen Bewegun-

1 Vgl. o.V., Der Devisenhandel als Sündenbock, in: Blick durch die Wirtschaft vom 12. März 1979, S. 1; Fritz Leutwiler, "Sündenböcke" für die Wechselkursentwicklung? in: Neue Zürcher Zeitung vom 24. Oktober 1978, S. 33

2 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 154; derselbe, Nationaler und internationaler Zahlungsverkehr, a.a.O., S. 128

3 O.V., Manipuliertes Floating, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. Juli 1977, S.9

gen Antrieb der systemeigenen Ausgleichskräfte darstellen, können die funktionslosen Schwankungen zu Übertreibungen in der Kursbildung führen und die Ausgleichskräfte gefährden. Die Übertreibung in der Kursbildung können im Endstadium die Devisenmärkte zum Zusammenbruch bringen. Das ist dann der Fall, wenn bei fallenden Devisenkursen keine Nachfrage und bei steigenden Devisenkursen kein Angebot mehr an die Devisenmärkte gelangt. In diesen Situationen kann der Devisenhandel seine Ausgleichsfunktion nicht mehr erfüllen.

Die Devisenterminmärkte sind funktionsfähig, wenn sie die einseitigen Kurssicherungswünsche des Außenhandels zum Ausgleich bringen (vgl. S. 10). Das ist der Fall, wenn die Außenhandelskundschaft mit ihren Banken jederzeit Devisentermingeschäfte abschließen kann, die in der Betragshöhe, in der Währung und Laufzeit ihren Vertragsabschlüssen mit dem Ausland entsprechen ¹; die Kostengünstigkeit betrachten wir nicht gesondert als Merkmal der Funktionsfähigkeit, weil die Kosten hauptsächlich von den Zinsdifferenzen zwischen zwei Währungsgebieten bestimmt werden und nicht im wesentlichen Umfang von der Marke zwischen Geld- und Briefkursen ².

b) Bestimmungsfaktoren der Funktionsfähigkeit

Die Beschäftigung mit der Funktionsfähigkeit war in der jüngsten Vergangenheit solange von geringer Bedeutung, wie die Notenbanken der generellen Interventionspflicht unterlagen. In dieser Zeit wurden die Devisenmärkte durch systemfremde Eingriffe ³ funktionsfähig erhalten. Für diese Zeit galt auch die Feststellung von Lipfert, daß die Verbesserung

1 Vgl. Hans Eckart Scharrer u.a., Währungsrisiko ..., a.a.O., S. 316

2 Vgl. hierzu ebenda, S. 336 ff.

3 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 166 ff.

der Funktionsfähigkeit durch eine Ausweitung der Devisenhandelsumsätze und durch die Umgestaltung der Marktorganisation nicht notwendig sei ¹. Auch nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen wurden Notenbankinterventionen zur Erhaltung funktionsfähiger Devisenmärkte wieder für notwendig angesehen (vgl. S. 16 f.).

1. Bestimmungsfaktoren in der Literatur

Erst nach fünfjähriger Erfahrung mit der Wechselkursflexibilität wurde von Bankenseite aus die Hypothese aufgestellt, daß der Devisenhandel seine volkswirtschaftliche Aufgabe am besten erfüllt, wenn er über Fachkräfte mit charakterlicher Integrität verfügt und wenn er möglichst groß und frei ist ².

Die charakterlichen und fachlichen Eigenschaften der Devisenhändler, die Zahl der Marktteilnehmer und die Beschränkungen des Devisenhandels- und des internationalen Zahlungsverkehrs stellen demnach Bestimmungsfaktoren der Funktionsfähigkeit dar.

2. Die Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz als Bestimmungsfaktoren

Eine vollständigere Erfassung und Systematisierung der Bestimmungsfaktoren ermöglicht jedoch der Rückgriff auf die theoretische Konzeption des "vollkommenen Marktes" ³ und auf die Marktformenlehre ⁴. Dies liegt deshalb nahe, weil gerade bei den Devisenmärkten die Modellbedingungen des vollkomme-

1 Vgl. Helmut Lipfert, Um eine bessere Devisenmarktstruktur, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1967, S. 706

2 Vgl. o.V., Devisenhandel im Brennpunkt, in: Wirtschaftsnotizen 1976/11, hrsg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft, S. 9; o.V., Plädoyer für einen freien Devisenmarkt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Oktober 1978, S. 9

3 Vgl. Erich Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2. Bd.: Der Absatz, 10. A., Berlin u.a. 1967, S. 182

4 Vgl. Alfred Ott, Marktformen, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 13. Lfg., hrsg. von W. Albers, Stuttgart 1978, S. 104-113; Rainer Willeke, Marktformen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., hrsg. von E. Beckerath u.a., Stuttgart u.a. 1961, S. 136-147

nen Marktes allgemein als erfüllt angesehen werden ¹. Hahn hat dies im einzelnen begründet ².

Wir gehen im folgenden davon aus und wollen dies speziell für den Devisenmarkt begründen, daß die Funktionsfähigkeit um so besser gewährleistet ist, je eindeutiger die Bedingungen des vollkommenen Marktes und der vollkommenen Konkurrenz erfüllt sind. Wir erhalten dann die folgenden Bestimmungsfaktoren, die für das Verständnis der späteren Ausführungen kurz erläutert werden müssen ³:

- Gewinnmaximales Verhalten der Devisenmarktteilnehmer,
- Homogenität des Gutes Devisen,
- Fehlen von Zugangsbeschränkungen,
- vollkommene Markttransparenz,
- unendlich große Reaktionsgeschwindigkeit der Devisenmarktteilnehmer,
- Anzahl und Marktanteil der Devisenmarktteilnehmer.

Verhalten der Marktteilnehmer: Die Vollkommenheit des Devisenmarktes erfordert zunächst, daß die Teilnehmer nach dem Gewinnmaximum streben ⁴. Das gewinnmaximale Verhalten kann - wie in jedem anderen Tätigkeitsbereich einer Bank - auch im Devisenhandel unterstellt werden, weil die Aktivitäten am Devisenmarkt und die dadurch verursachten Kosten nur durch das Gewinnstreben gerechtfertigt sind. Die Gewinnmaximierung bedeutet jedoch bei langfristiger Ausrichtung, daß die Liquiditätslage, die Risikosituation und die Notwendigkeit zur Adressenpflege berücksichtigt werden ⁵. Zur Analyse der Konsequenzen flexibler Wechselkurse werden wir die Devisenmarktaktivitäten der Banken in eine risikolose und eine spekulative Komponente unterteilen. Risikolos ist definitionsgemäß die Devisenarbitrage. Spekulativ ist das Devisenmarktverhalten dann, wenn eine offene Devisenposition eingegangen wird.

¹ Vgl. z.B. Heinrich Rittershausen, Die Zentralnotenbank, Frankfurt 1968, S. 263; Hans Strasser, Bankplatz Schweiz heute, in: Bankverein-Heft Nr. 16, S. 20; Scott E. Pardee, How well are the exchange markets functioning?, in: Federal Reserve Bank of New York, Quarterly Review, 1979/1, S. 49

² Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 46 ff.

³ Vgl. neben Gutenberg auch Artur Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. A., München 1976, S. 140

⁴ Vgl. Erich Gutenberg, Der Absatz ..., a.a.O., S. 182; Artur Woll, a.a.O., S. 140

⁵ s. S. 69

Homogenitätsgrad der Devisen: Das Homogenitätskriterium verlangt, daß die auf einem Markt angebotenen und nachgefragten Güter gleichartig sind ¹. Die Gültigkeit der Homogenitätsbedingung wird für die Devisenmärkte akzeptiert, da Guthaben in einer bestimmten Fremdwährung grundsätzlich untereinander substituierbar sind ². Diese Beurteilung war solange richtig, wie ein Bonitätsrisiko für bekannte Devisenhandelsadressen nicht angenommen wurde ³. Daß in diesem Zusammenhang mit der Insolvenz des Bankhauses I.D. Herstatt ein Wandel eingetreten war, hatten wir unter dem Aspekt der zwischenbetrieblichen Risiken des Devisengeschäfts diskutiert (vgl. S. 42 ff.). Daraus folgt, daß der Grad der Marktvollkommenheit je nach Bonitätsbeurteilung der Devisenhandelsbanken abnehmen kann. Die Aufweichung der Homogenitätsbedingung durch die Bildung persönlicher Präferenzen steht in engem Zusammenhang zu dem erstgenannten Bestimmungsfaktor (Risikopolitische Komponente des Devisenmarktverhaltens) und zum letztgenannten Bestimmungsfaktor (Anzahl der Devisenmarktteilnehmer).

Beschränkung der Devisenmärkte: Die Theorie verlangt, daß der Marktzugang für alle Teilnehmer offen sein muß, sofern sie die Neigung hierzu besitzen ⁴. Engt man diese Bedingung auf Branchenmitglieder ein, dann kann man die Vollkommenheit des Devisenmarktes unter diesem Aspekt grundsätzlich ⁵ bejahen ⁶. Man wird jedoch fragen müssen, ob die Bedingung des freien Marktzutritts auch für das Gut "Devisen" selbst gilt. Eine Beschränkung in diesem Sinne wären sämtliche Kapitalverkehrskontrollen.

5 Vgl. Helmut Lipfert, Psychologie ..., a.a.O., S. 316 ff.; Robert Wittgen, Gewinnoptimierung im Devisen-Eigengeschäft, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1968, S. 137 ff.

1 Vgl. Erich Gutenberg, Der Absatz ..., a.a.O., S. 182; Artur Woll, a.a.O., S. 140

2 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 46

3 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 78

4 Vgl. Artur Woll, Allgemeine ..., a.a.O., S. 140

5 Eine Ausnahme war bis vor kurzem der Londoner Devisenmarkt. Vgl. o.V., Britische Devisenhändler sollen kein exklusiver Club mehr sein, in: Handelsblatt vom 12. Dezember 1978, S. 9; o.V., Klage über Kartell im Londoner Devisenhandel, in: Handelsblatt vom 13. Dezember 1977, S. 9; o.V., Competition Law in EEC (3), in: The Banker 1978, S. 103; o.V., Sarabex in London jetzt doch zum Devisenhandel zugelassen, in: Handelsblatt vom 16. August 1979, S. 9

6 Vgl. Oswald Hahn, Geld- und Devisenhandel, a.a.O., S. 46

Reaktionsgeschwindigkeit: Die Theorie des vollkommenen Marktes verlangt viertens, daß die Reaktionsgeschwindigkeit der Marktteilnehmer auf inner- und außerbetriebliche Datenänderungen unendlich groß ist ¹. Die Devisenmarktteilnehmer kommen dieser Forderung ziemlich nahe, d.h. sie können Devisenkäufe und -verkäufe durch den Einsatz modernster Nachrichtenmittel in Sekundenschnelle ausführen, um sich an eine neue Datenkonstellation oder an sinkende bzw. steigende Devisenkurse anzupassen. Die hohe Reaktionsgeschwindigkeit der Devisenmärkte wird auch durch die Möglichkeit des Devisenhandelssystems begünstigt, kurzfristig Devisen produzieren und vernichten zu können ², was an anderen Märkten wegen der Produktionsdauer und der ungünstigeren Informationsbedingungen nicht möglich ist.

Markttransparenz: Die fünfte Bedingung für einen vollkommenen Markt ist der Grad der Markttransparenz. Markttransparenz bedeutet an den Devisenmärkten, daß eine Devisenabteilung zu einem gegebenen Zeitpunkt über sämtliche Kursrelationen informiert ist, die von den anderen Banken genannt werden. Diese Bedingung wird nicht nur an den Devisenbörsen, sondern weitgehend auch am Devisenmarkt i.w.S. durch den Einsatz modernster nachrichtentechnischer Kommunikationsmittel gewährleistet.

Nicht bedeuten kann die Bedingung der Markttransparenz, daß die Marktteilnehmer sicheres Wissen über künftige Daten oder sogar über künftige Devisenkursrelationen besitzen ³. Das Verhalten gegenüber der zukünftigen unsicheren Datenkonstellation findet seinen Niederschlag in der Zielsetzung oder allgemein im Verhalten der Marktteilnehmer.

1 Vgl. Erich Gutenberg, Der Absatz ..., a.a.O., S. 182

2 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 159 ff.

3 Vgl. Artur Woll, a.a.O., S. 141

Die Anzahl und der Marktanteil der Devisenmarktteilnehmer: Neben den qualitativen Bedingungen wird das Marktgeschehen durch die quantitative Besetzung der beiden Marktseiten bestimmt. Üblicherweise wird unterschieden, ob auf einer Marktseite ein großer, wenige mittlere oder viele kleine Marktteilnehmer auftreten. Wir erhalten dann das folgende Marktformenschema: ¹

Nachfrager Anbieter	einer	wenige	viele
einer	Bilaterales Monopol	Beschränktes Monopol	Monopol
wenige	Beschränktes Monopson	Bilaterales Oligopol	Oligopol
viele	Monopson	Oligopson	Bilaterales Polypol

Durch die Eigenart der Devisenmarktbeziehungen fallen an den Devisenmärkten die beiden Marktseiten zusammen, d.h. eine Bank kann zu jedem Zeitpunkt entweder als Nachfrager oder als Anbieter von Devisen auftreten. Die entsprechende Marktform für den Devisenmarkt wäre demnach das bilaterale Polypol. Diese Einteilung erfolgt jedoch unter der sogenannten Symmetrieannahme, d.h. man geht davon aus, daß sich die Marktteilnehmer in ihrer Größe nicht wesentlich unterscheiden. Eine Zunahme der Teilnehmerzahl führt dann zu einem abnehmenden Marktanteil der einzelnen Marktteilnehmer ².

Die unterschiedlichen Marktanteile in anderen Geschäftsbereichen lassen vermuten, daß auch im Devisengeschäft die Symmetrieannahme nicht gilt. An den nationalen Devisenmärkten wird man deshalb in der Regel das sogenannte bilaterale Teiloligopol antreffen, das dann vorliegt, wenn wenige große und viele mittlere bis kleinere Marktteilnehmer den Gesamtumsatz unter sich aufteilen ³.

¹ Vgl. Alfred Eugen Ott, Marktformen, a.a.O., S. 107 f.

² Vgl. ebenda, S. 107

³ Vgl. ebenda

Das internationale Devisenmarktgeschehen wird dagegen in quantitativer Hinsicht weitgehend dem Typ des bilateralen Polypols entsprechen. Dies ergibt sich einerseits aus der Gesamtzahl von 1000 Banken, die weltweit das Devisengeschäft betreiben ¹, und zum zweiten aus der starken weltweiten Aufteilung des gesamten Devisenhandelsumsatzes (vgl. Tab. 11). Berücksichtigt man dabei, daß z.B. Institute wie die Deutsche Bank und die Westdeutsche Landesbank- und Girozentrale trotz ihrer Bedeutung im internationalen Bankgeschäft nicht zu der Gruppe der größten Devisenhandelsbanken gehören, wird die starke Dezentralisierung des internationalen Devisenmarktgeschehens noch deutlicher.

Tabelle 11: Geschätzte Marktanteile der zwanzig größten internationalen Devisenhandelsbanken in Prozent

Rang	Name des Kreditinstituts	geschätzter Marktanteil in %
1	Citibank	9,08
2	Chase Manhattan	5,50
3	Morgan Guaranty	4,93
4	Continental Illionois	4,85
5	Bank of America	4,25
6	Harris Trust and Savings Bank	3,23
7	Standard Chartered Bank	2,48
8	Dresdner Bank	2,38
9	European American	2,25
10	First National Bank of Chicago	2,20
11	Lloyds Bank	1,95
12	Bankers Trust	1,90
13	Toronto Dominion	1,80
14	Barclays Bank	1,75
15	Mellon Bank	1,65
16	Crédit Industriel et Commercial	1,63
17	Hill Samuel & Co.	1,38
18	Bank of Tokoyo	1,13
19	Banque Nationale de Paris	1,10
20	Manufacturers Hanover Trust	1,08
Gesamter Marktanteil der 20 Banken		56,50 %

Quelle: Richard Ensor/Pamela Clarke/Simon Proctor/David Lascelles/Quek Peck Lim, Choose the world's best foreign exchange dealer, in: Euromoney 1979/4, S. 11

¹ Vgl. o.V., World-Wide Foreign-Exchange Volume ..., a.a.O.

II. Zusammenhang zwischen der Wechselkursflexibilität, der Devisenarbitrage und der Funktionsfähigkeit

Der Übergang zur Wechselkursflexibilität bewirkte eine Zunahme der Kursschwankungen (vgl. S. 32). Die Kursschwankungen stellen an sich zunehmende Arbitragemöglichkeiten für die Banken dar. Geht man davon aus, daß die gewinnbringende Ausnutzung von Kursdifferenzen zur Aufgabenstellung einer Devisenabteilung gehört, müßte die Arbitragetätigkeit an den Devisenmärkten zugenommen haben.

a) Die Möglichkeiten zunehmender Arbitragetätigkeit an den Devisenmärkten

1. Zeitliche, intensitätsmäßige und quantitative Anpassung an die zunehmenden Devisenkursbewegungen

Fassen wir die zunehmenden Bewegungen der Devisenkurse als erhöhte Beschäftigungslage einer Devisenabteilung auf, können wir nach Gutenberg drei verschiedene Anpassungsmöglichkeiten einer Devisenabteilung unterscheiden, die dann zu einer höheren Ausbringungsmenge in Form zunehmender Arbitragetätigkeit führen: zeitliche Anpassung, intensitätsmäßige Anpassung und die quantitative Anpassung ¹.

Die wichtigste Anpassungsart stellt im Bereich des Devisenhandels die Intensivierung der menschlichen und maschinellen Leistungsabgabe dar. Diese Feststellung galt zwar auch schon für das System fester Wechselkurse. In Wechselkursflexibilität waren die Bewegungen der Wechselkurse jedoch häufiger und größer. Dies führt dazu, daß die Arbitragetätigkeit unter diesem Aspekt stärker zugenommen hat als dies im Bretton-Wood-System notwendig war. Die intensitätsmäßige Anpassung läßt sich unschwer an der zunehmenden Hektik in einer Devisenabteilung erkennen, wenn eine wichtige kursbestimmende Nachricht die Wechselkurse in Bewegung bringt.

¹ Vgl. Erich Gutenberg, Die Produktion ..., a.a.O., S. 354 ff.; Oswald Hahn, Die Führung ..., a.a.O., S. 101 f.

Möglich ist auch eine zeitliche Ausweitung der Handelstätigkeit. Sie würde dann vorliegen, wenn eine Devisenabteilung über die handelsüblichen Zeiten an ihrem Devisenhandelsplatz hinaus mit einem anderen Devisenmarktzentrum Arbitragegeschäfte abschließt, z.B. eine deutsche Bank handelt noch nach 17.00 Uhr mit einer amerikanischen Bank, für die - wegen der Zeitverschiebung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten - noch eine handelsübliche Zeit vorliegt.

Daß eine zeitliche Zunahme der Devisenhandelstätigkeit stattgefunden hat, wird durch die Tendenz zum sogenannten 24-Stunden-Devisenmarkt ¹ bestätigt, an der sich auch die deutschen Devisenmakler beteiligen. Danach wird die Handelstätigkeit in New York begonnen, wenn in Europa die Banken ihre Handelszeit beenden. Am New Yorker Devisenmarkt wird wiederum gehandelt bis morgens die asiatische Handelszeit beginnt ³.

Die Möglichkeiten zur quantitativen Anpassung ⁴ an die zunehmenden Kursbewegungen sind für die Devisenabteilung weniger geeignet als im ordentlichen Bankgeschäft, da sich hier keine Regelmäßigkeiten wie tägliche, wöchentliche oder monatliche Spitzenbelastungen feststellen lassen. Die zunehmenden Kursbewegungen nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen brachten vielmehr ein Wachstum der Abteilungsgröße mit sich.

2. Anpassung der Abteilungsgröße an die zunehmenden Kursbewegungen

Die Ausweitung der Devisenabteilung einer Bank erscheint unter dem Rentabilitätsaspekt dann gerechtfertigt, wenn sich an einem Devisenmarkt Arbitragemöglichkeiten bieten, und diese von den Devisenhändlern und ihren technischen Kommuni-

1 Vgl. o.V., Geschäfte rund um die Uhr, in: Handelsblatt vom 26. April 1979, S. 9; o.V., Schweiz will Bankenüberwachung verstärken, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. April 1979, S. 30

2 Vgl. o.V., Jetzt auch in New York, in: Handelsblatt vom 19. Oktober 1978, S. 9

3 Vgl. Kurt F. Viermetz, Mit der Unruhe um den Dollar wurde die Bedeutung New Yorks größer, in: Finanzzentrum New York, Beilage zum Handelsblatt vom 15./16. Dezember 1978, S. II

4 Vgl. Oswald Hahn, Die Führung ..., a.a.O., S. 101

kationsmöglichkeiten nicht mehr gewinnbringend genutzt werden können. Man wird vermuten können, daß die Abteilungsgrößen im Devisenhandel zugenommen haben. Zunehmende Abteilungsgrößen im Devisenhandel bedeuten dann auch eine zunehmende Arbitragetätigkeit, da eine Abteilung mit mehr Devisenhändlern mehr Abschlüsse tätigen kann. Die Anpassung der Abteilungsgröße kann aber auch unter dem Aspekt der abnehmenden Markttransparenz notwendig geworden sein (vgl. S. 91).

b) Zahlenmäßige Begründung zunehmender Arbitragetätigkeit

Das Zahlenmaterial zur Begründung unserer These zunehmender Arbitragetätigkeit an den Devisenmärkten ist nur sehr unvollständig. So konnte die Deutsche Bank 1973 ihren Umsatz im Devisengeschäft um 50 % gegenüber 1971 auf DM 778 Milliarden (vgl. S. 9) steigern. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Umsätze bei der Commerzbank um 47 %, und die Dresdner Bank konnte ihren Devisenhandelsumsatz sogar im Laufe eines Jahres (1972 - 1973) um 50 % erhöhen.¹ Diese Zahlen begründen zumindest für die deutschen Großbanken die Vermutung zunehmender Arbitragetätigkeit nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität.

Für die amtliche Düsseldorfer Devisenbörse ist bekannt, daß die Umsätze von 7,2 Milliarden im Jahre 1970 auf 10 bis 12 Milliarden im Jahre 1973 angestiegen sind². Diese Angaben sind jedoch für den Gesamtmarkt nicht repräsentativ, da nur ein geringer Umsatzanteil an den Devisenbörsen umgesetzt wird und insbesondere der Terminhandel am amtlichen Markt nicht durchgeführt wird. Von einem Frankfurter Devisenmakler wurde uns jedoch bestätigt, daß sich die Umsätze allgemein vervielfacht haben³, was auch nach unseren Ausführungen zum erhöhten Positionsänderungsrisiko verständlich erscheint (vgl. S. 39 ff.).

1 Vgl. o.V., Chance und Risiko des Devisenhandels, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Juni 1974, S. 24

2 Vgl. o.V., Devisenbörsen ein getreues Spiegelbild der Wirtschaft, a.a.O., S. 27

3 Vgl. Schreiben an den Verfasser vom 8.9.1978

c) Die Bedeutung zunehmender Arbitrage-tätigkeit für die Funktionsfähigkeit

Zunehmende Arbitrage-tätigkeit an den Devisenmärkten bedeutet bei einem bestimmten Ausmaß von Diskrepanzen im allgemeinen internationalen Zahlungsverkehr, daß die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte zunimmt, d.h. die bestehenden Diskrepanzen können mit geringeren Kursausschlägen und mit einem geringeren Risiko für das gesamte Devisenhandelssystem ausgeglichen werden.

Ein besserer Ausgleich der bestehenden Zahlungsverkehrsdiscrepanzen kommt deshalb zustande, weil die in räumlicher Hinsicht isolierten Teildevisenmärkte zu einem einheitlichen Markt zusammengefaßt werden, an dem das gesamte Devisenangebot und die gesamte Devisennachfrage aufeinandertreffen¹. Je intensiver die Arbitrage-tätigkeit der Banken abläuft, um so stärker werden die an den isolierten Teildevisenmärkten notwendigerweise bestehenden Nachfrage- und Angebotsüberhänge ausgeglichen. Da ein kleinerer Angebots- und Nachfrageüberhang zu einer geringeren Kursveränderung führt als ein größerer Angebots- oder Nachfrageüberhang, hat die zunehmende Arbitrage-tätigkeit geringere Kursausschläge zur Folge.

Der umfassendere Ausgleich zwischen dem Devisenangebot und der Devisennachfrage bedeutet außerdem, daß die Aufgabe des Devisenhandelssystems mit einem geringeren Risiko für die beteiligten Banken ausgeführt werden kann, weil die Banken im geringeren Umfang gewollt oder ungewollt zum Ausgleich offene Devisenpositionen eingehen müssen. Zunehmende Arbitrage kann also gleichzeitig zu einer abnehmenden Spekulation an den Devisenmärkten führen.

Aufgrund dieser Überlegungen muß bestritten werden, daß das zunehmende Umsatzvolumen an den Devisenmärkten, das ja primär aus dem Arbitrageprozeß resultiert, für die starken kurzfristigen Kursfluktuationen verantwortlich gemacht werden

¹ Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 92

kann; dies wird auch von Untersuchungen der Schweizerischen Nationalbank bestätigt, wonach eine systematische Beziehung zwischen den Devisenumsätzen und den Kursbewegungen nicht besteht ¹.

III. Zusammenhang zwischen der Wechselkursflexibilität, der Devisenspekulation und der Funktionsfähigkeit

Gegen die Wechselkursflexibilität wurde vielfach das Argument vorgebracht, daß bei diesem System destabilisierende Devisenspekulationen auftreten ². Wir untersuchen hier nur einen Teilaspekt, d.h. die Frage, wie sich die Devisenspekulation des bankmäßigen Devisenhandels unter dem Einfluß des neuen Wechselkurssystems entwickelt hat und welche Bedeutung diese Spekulation für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte haben kann.

a) Devisenspekulation des bankmäßigen Devisenhandels

Kennzeichen der Devisenspekulation gegenüber der Devisenarbitrage ist die offene oder unausgeglichene Devisenposition ³, die objektiv unsichere Kurserwartung im Zeitablauf und die Möglichkeit von Kursverlusten, wenn die für den Spekulant günstige Kurserwartung nicht eingetreten ist.

Der Kreis der Devisenspekulation wird, insbesondere in der volkswirtschaftlichen "Theorie der Devisenspekulation" ⁴, sehr weit gezogen ⁵. Devisenspekulation können danach alle Betei-

1 Vgl. Fritz Leutwiler, a.a.O., S. 33

2 Vgl. Heinrich Rittershausen, a.a.O., S. 599 f.

3 Vgl. Werner Schwilling, Die kursbildenden Faktoren am Devisenmarkt, Diss. Köln 1962, S. 242; Egon Sohmen, Wechselkurs und Währungsordnung, Tübingen 1973, S. 60

4 Vgl. z.B. Egon Sohmen, a.a.O., S. 59 ff., S. 95 ff.

5 Vgl. Werner Schwilling, a.a.O., S. 241

ligten am Außenwirtschaftsverkehr betreiben. Ein Exporteur spekuliert z.B. dann, wenn er für einen Zahlungsanspruch in fremder Währung keine Kurssicherung vornimmt. Das gleiche gilt umgekehrt auch für den Importeur, der seine künftige Zahlungsverpflichtung in einer anderen Währung nicht - z.B. durch einen Devisenterminkauf - absichert. Der Importeur spekuliert außerdem, wenn er in Abhängigkeit von seiner Kurs-erwartung die Begleichung seiner Zahlungsverpflichtung in Devisen verzögert oder vorwegnimmt.

Diese Formen der Devisenspekulation, die dem allgemeinen internationalen Zahlungsverkehr¹ zugeordnet werden können, betrachten wir in unseren Überlegungen nur insofern, als diese die kurzfristigen zeitlichen Diskrepanzen im internationalen Zahlungsverkehr verändern und somit die Ausgleichs- und Stabilisierungsfunktion des Devisenhandelssystems der Banken erschweren oder erleichtern können.

Wir beschränken uns auf das spekulative Verhalten der Devisenhändler nicht nur, weil die Banken primär mit der Devisenspekulation in Zusammenhang gebracht werden², sondern weil nur am Devisenmarkt unter Banken zwischen den Marktpartnern nahezu die gleichen Voraussetzungen gegeben sind, die es rechtfertigen, von einem nahezu "vollkommenen Markt" zu sprechen. Gemeint ist damit, daß die Geschäftsverbindungen und -möglichkeiten des bankmäßigen Devisenhandels besser organisiert sind, und so schnellere und unauffälligere spekulative Transaktionen abgewickelt werden können als dies z.B. Import- und Exporteuren möglich ist³. Es kommt hinzu, daß der besondere internationale Zahlungsverkehr, der sich aus der Devisenarbitrage und -spekulation zusammensetzt, ein Mehrfaches der Umsätze ausmacht, als aufgrund der Zahlungsbilanzsituation zwischen verschiedenen Ländern zu erwarten wäre⁴.

1 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 48 f.

2 Vgl. Werner Schwillling, a.a.O., S. 240

3 Vgl. ebenda, S. 241 f.

4 Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 48

b) Einfluß der Wechselkursflexibilität auf die Devisen- spekulation

Das Ausmaß der Devisenspekulation einer Bank kann sich in Abhängigkeit der zunehmenden Devisenkursschwankungen entweder vergrößern, verkleinern oder gleichbleiben. Wie die Spekulation sich tatsächlich entwickelt, hängt davon ab, welche Zielsetzung die Geschäftsleitung vorgibt, wie sich diese Zielsetzung nach der Einführung flexibler Wechselkurse verändert hat und außerdem davon, wie die Devisenhändler im Rahmen dieser Zielsetzung spekulativ tätig werden oder die Möglichkeit haben, unautorisiert Devisenspekulation zu betreiben.

Die Zielsetzung bezieht sich allgemein auf das Gewinnstreben, die Risikominimierung, die Liquiditätssicherung und das Ansehen der Bank am Devisenmarkt. Eine direkte Wirkung hat die Wechselkursflexibilität auf die Devisenspekulation zunächst nur über das Gewinnstreben und die Risikominimierung.

1. Risikominimierung führt bei zunehmenden Wechselkurs- schwankungen zu abnehmender Devisenspekulation

Die Minimierung des Währungsrisikos erfolgt bei den Banken durch die Begrenzung der offenen Devisenposition. Da mögliche Kursverluste durch das Eigenkapital getragen werden, muß zwischen dem Eigenkapital, der größtmöglichen Kursschwankungsbreite und der offenen Devisenposition ein optimales Verhältnis bestehen, das sich in einem bestimmten Risiko-
standard formelmäßig ausdrücken läßt: ¹

$$\text{Risikostandard} = \frac{\text{offene Devisenposition} \times \text{max.proz.Kursschwankungsbreite}}{\text{Eigenkapital}}$$

¹ Vgl. analoge Anwendung der Überlegung von Oberparleiter mit anderer Begriffswahl. Karl Oberparleiter, Risiko, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, hrsg. v. H. Seischab und K. Schwantag, 3. A., Stuttgart 1960, Sp. 4696; Hermann-Josef Dudler, Kurzfristige Kapitalbewegungen, Frankfurt 1966, S. 131, Fußnote 1

Durch den Übergang zur Wechselkursflexibilität und den damit verbundenen starken Wechselkursschwankungen ist das Währungsrisiko bei einem gegebenen Limit für offene Devisenpositionen größer geworden. Beim Festhalten eines bestimmten Risikostandards im Devisenhandel müßte dies bedeuten, daß das Limit für offene Devisenpositionen zurückgenommen wird. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Einschränkung des spekulativen Spielraumes für die Tätigkeit der Devisenhändler und mit einem Rückgang der Devisenspekulation überhaupt, soweit sie von den Banken an den Devisenmärkten durchgeführt wird.

2. Gewinnstreben führt bei zunehmenden Devisenkurs- schwankungen zur Ausweitung der Devisenspekulation

Bei der These zunehmender Devisenspekulation müssen wir unterscheiden zwischen der möglichen Wirkung auf die Devisenkassa- bzw. -terminspekulation, weil bei der Devisenkassaspekulation zusätzlich Kosten- und Liquiditätsüberlegungen für die Ausweitung maßgeblich sind. Grundsätzlich können wir vorab feststellen, daß unter dem Gewinnstreben die Spekulation zugenommen haben muß, weil die Häufigkeit und das Ausmaß der Kursschwankungen nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität zugenommen hat und damit gleichzeitig die Gewinnchancen der Devisenspekulation vergrößert wurden.

aa) Spekulation an den Kassamärkten

Unter Berücksichtigung von effektiven und kalkulatorischen Zinskosten kann die Devisenspekulation im Kassageschäft nur für eine bestimmte Zeitdauer durchgehalten werden ¹. Diese Höchstgrenze wurde nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität ausgedehnt, weil auch nach längeren Zeiträumen durch die größeren Schwankungsmöglichkeiten der Devisenkurse eine Kostendeckung bzw. eine Gewinnrealisierung möglich wurde.

¹ Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 162

Die größere Schwankungsintensität der Devisenkurse führte andererseits dazu, daß die spekulativen Positionen schneller wieder abgebaut werden konnten, weil die effektiven bzw. die kalkulatorischen Zinskosten schneller verdient werden, d.h. die Gewinnschwelle wird früher erreicht.

Durch die kürzere Spekulationsdauer mit der damit verbundenen geringeren Liquiditätsbelastung und den größeren Gewinnchancen wurde das Spekulationspotential nach dem Übergang in Wechselkursflexibilität erheblich ausgeweitet.

bb) Spekulation an den Terminmärkten

Der Liquiditätsentzug und die Zinskosten haben für die Devisenterminspekulation keine Bedeutung. Aus diesem Grund wurde die Devisenterminspekulation in sehr viel stärkerem Umfang ausgeweitet als die Devisenkassaspekulation. Die bekannt gewordenen Devisenhandelsverluste waren meist auf die Devisenterminspekulation zurückzuführen. Diese konnten auch nicht- autorisiert durchgeführt werden, weil nicht sofort ein Liquiditätsentzug eintrat, der der Geschäftsleitung i.d.R. sofort bekannt geworden wäre. Eine Begrenzung der Devisenterminspekulation bestand nur in der Gefahr einer Standingschädigung durch zu große Devisenterminengagements einer Bank an den Devisenmärkten.

Nach diesen Überlegungen könnte man annehmen, daß nur die Devisenterminspekulation wegen ihrer Liquiditäts- und Kostenvorteile ausgeweitet wurde. Dem steht allerdings der Vorteil der Kassaspekulation gegenüber, daß hiermit sehr viel schneller liquiditätswirksame Gewinne erzielt werden, die im Vergleich zu den nichtrealisierten Gewinnen aus dem Devisentermingeschäft im gleichen Jahr noch in der Gewinn- und Verlustrechnung erscheinen.

c) Zahlenmäßige Begründung zunehmender Devisenspekulation

Das Ausmaß, mit dem die Banken dem Währungsrisiko ausgesetzt sind, bzw. in welchem Umfang sie an den Devisenmärkten spekulativ engagiert sind, wird bei der Kassamarktspekulation durch den Saldo bestimmt, der sich aus der Differenz der Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten mit einer Fälligkeit von $t_0 + 2$ Werkstage errechnet.

Der Umfang der Devisenterminspekulation ergibt sich aus den Differenzen zwischen den Abnahme- und Lieferverpflichtungen aus Devisentermingeschäften einerseits und den Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten mit den gleichen Terminfälligkeiten andererseits. Terminfälligkeiten sind alle in der Zukunft liegenden Arbeitstage.

Angaben über die Entwicklung dieser Salden vor und nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität sind von den Banken erwartungsgemäß nicht zu erhalten, und im Rahmen der monatlichen Bilanzstatistik sind die Banken erst seit Juli 1974 verpflichtet, Angaben zu machen, die eine Aussage über die Fremdwährungsspekulation der Banken zulassen (vgl. S. 163 ff.). Die These zunehmender Devisenspekulation bei flexiblen Wechselkursen kann also nicht zahlenmäßig, sondern nur aufgrund der oben ausgeführten Plausibilitätsüberlegungen begründet werden.

Versucht man die beiden Tendenzen "abnehmende Devisenspekulation aus Risikoüberlegungen" und "zunehmende Devisenspekulation aus Gewinnüberlegungen" einander gegenüberzustellen, wird man insbesondere für die Jahre 1973 und 1974 wegen des ertragschwachen ordentlichen Bankgeschäftes (vgl. S. 56 ff.), der größeren Schwankungsintensität der Devisenkurse (vgl. S. 29 ff.) und wegen der riesigen Devisenhandelsverluste (vgl. S. 60 ff.) auf eine starke Zunahme der Devisenspekulation schließen müssen.

d) Bedeutung der zunehmenden Devisenspekulation für die
Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte

1. Positive Wirkung der Devisenspekulation

In der volkswirtschaftlichen Theorie der Devisenspekulation wird überwiegend die Ansicht vertreten, daß die gewinnbringende Devisenspekulation stabilisierend wirkt, d.h. in unserer Ausdrucksweise, daß sie einen positiven Einfluß auf die Funktionsfähigkeit hat, wenn die Devisenspekulation Gewinne erwirtschaftet ¹. Spekulative Gewinne werden nur dann erzielt, wenn Devisen zu einem geringeren Kurs gekauft und zu einem höheren Kurs verkauft werden oder umgekehrt, wenn man sich zu einem höheren Kurs in einer Währung verschuldet und zu einem geringeren Kurs die Schuld zurückbezahlt. Verhalten sich die Devisenspekulanten so, dann führt der Verkauf der Devisen bei steigenden Devisenkursen zu einer Umkehrung in der Kursentwicklung und umgekehrt, d.h. die positive Wirkung wäre erfüllt ².

Richtig ist, daß die Devisenspekulanten Gewinne erzielen wollen; richtig ist aber auch, daß sie gerade in einem System flexibler Wechselkurse durch eine Reihe von Umständen zumindest tendenziell daran gehindert werden können. Diese negativen Umstände werden jedoch in den Modellen derjenigen Vertreter durch Annahmen ausgeschlossen, die der Devisenspekulation eine stabilisierende Wirkung zubilligen. So wird praktisch angenommen ³, daß bei den Spekulanten eine weitgehend gute Voraussicht besteht. Zweitens unterstellt man, daß die gemachten Aussagen nur bei langfristig gleichen Umweltbedingungen gelten und drittens nur bei vollkommenem Wettbewerb für sämtliche am Devisenmarkt tätigen Gruppen. Greift man diese Bedingungen an, werden auch negative bzw. destabilisierende Wirkungen der Devisenspekulation sichtbar.

1 Vgl. Milton Friedman, The case for flexible exchange rates, in: Essays in Positive Economics, Chicago 1953, S. 174 ff.

2 Vgl. Egon Sohmen, a.a.O., S. 62

3 Vgl. stellvertretend ebenda, S 61 ff.

2. Gegenbeispiele zur ausschließlich positiven Wirkung

aa) Erstes Gegenbeispiel

Die positive Wirkung der gewinnbringenden Spekulation verlangt nach Sohmen eine einigermaßen richtige Voraussicht ¹ der Spekulanten. Diese Bedingung war zumindest in der Anfangsphase der Wechselkursflexibilität nicht erfüllt; dies ergibt sich aus den zum Teil riesigen bekanntgewordenen Devisenhandelsverlusten namhafter Bankadressen und aus den von uns vermuteten übrigen Devisenhandelsverlusten (vgl. S. 60 ff.). Verluste in dem beschriebenen Ausmaß mußten in dieser Zeit tendenziell einen destabilisierenden Einfluß auf die Devisenmärkte gehabt haben, d.h. kurzfristig war das Damoklesschwert des Bankrotts kein verläßliches Instrument der Selbstregulierung; Sohmen versteht darunter die Tatsache, daß Banken, die immer Verluste machen und damit destabilisierend auf die Devisenkurse wirken, irgendwann einmal aus dem Markt ausscheiden müssen ².

bb) Zweites Gegenbeispiel

Die Begründung der stabilisierenden Wirkung der Devisenspekulation erfolgt weiter unter der Bedingung, daß die langfristigen Umweltbedingungen konstant bleiben ³.

Wir meinen, daß die Änderung der langfristigen Umweltbedingungen gerade in einem System flexibler Wechselkurse in starkem Umfang sofort, d.h. auch mit Überreaktion an den Devisenmärkten vorweggenommen werden. Die unterschiedliche Bewertung dieser Umweltänderungen durch die verschiedenen Devisenmarktteilnehmer im weitesten Sinn kann zu voneinander abweichenden hypothetischen Gleichgewichtskursen führen. Für diese Fälle kann begründet werden, daß eine gewinnbringende Spekulation auch negativ auf die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte wirkt ⁴.

1 Vgl. Egon Sohmen, a.a.O., S. 70

2 Vgl. ebenda, S. 62

3 Vgl. ebenda, S. 61

4 Vgl. Murray C. Kemp, The pure theory of international trade, Englewood Cliffs 1964, S. 256 ff.

Diese Möglichkeit schließt Friedman zwar nicht aus, wenn er folgendes bemerkt: Berufsspekulanten können im Durchschnitt bei ihrer Spekulation Gewinne machen, während eine wechselnde Gruppe von Amateuren große Beträge verliert ¹. Trotzdem mißt er dieser Möglichkeit keine grundsätzliche Bedeutung bei.

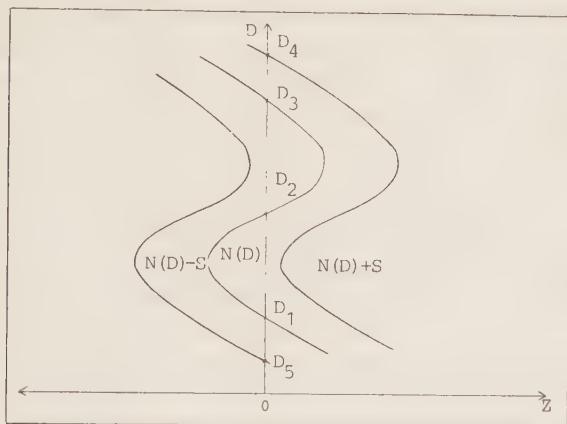
Bei der Begründung nehmen wir die Unterscheidung von Friedman zwischen berufsmäßigen Spekulanten und Amateurspekulanten zu Hilfe. Der Begriff der Amateurspekulanten wird bei Friedman zwar nicht näher erläutert. Es erscheint jedoch plausibel, daß wir hierunter die Devisenspekulation von Importeuren und Exporteuren verstehen. Amateurhaft könnte man die Spekulation dieser Gruppe bezeichnen, weil sie nicht in dem Umfang über das Geschehen an den Devisenmärkten informiert ist oder sein kann wie die Devisenhändler der Banken. Sie wird diesen berufsmäßigen Spekulanten im Informationsstand über die Kursentwicklung hinterherhinken. Diese Auslegung erlaubt es uns dann auch, das Modell von Kemp ² zu übernehmen, der nicht von "amateurs", sondern von "late-coming speculators" spricht.

Wir nehmen an, daß die Zusatznachfrage der Amateurspekulanten nach Devisen nur vom Devisenkurs abhängig ist und die in Abbildung 3 gezeigte grafische Form $N(D)$ aufweist. Wir nehmen weiter an, daß bei Abwesenheit des Berufsspekulanten drei mögliche Gleichgewichtskurse D_1 , D_2 und D_3 existieren, von denen D_2 ein nichtstabiles Gleichgewicht darstellt.

¹ Vgl. Milton Friedman, a.a.O., S. 175

² Vgl. im folgenden Murray C. Kemp, a.a.O., S. 256 ff.;
vgl. auch die deutsche Wiedergabe von Gunter Steinmann,
Theorie der Spekulation, Tübingen 1970, S. 54 ff.

Abbildung 3: Destabilisierende Wirkung der bankmäßigen Devisenspekulation (S)



- Z = Zusätzliche Nachfrage nach Devisen
 D = Devisenkurs
 $N(D)$ = Vom Devisenkurs abhängige Nachfrage der Amateurspekulanten
 S = Devisennachfrage der Berufsspekulanten

Der in Abbildung 3 skizzierte Verlauf bedeutet, daß die Nachfrage nach Devisen mit steigendem Devisenkurs zunächst sinkt, anschließend für ein bestimmtes Kursintervall steigt und dann ab einer bestimmten Kurshöhe wieder abnimmt¹. Kemp gibt zwar keine Begründung für diesen Verlauf der Überschußnachfrage, er ist jedoch dann einleuchtend, wenn er das Verhalten der sogenannten "late-coming speculators" oder des spekulierenden Außenhandels beschreiben soll. Es gehört nämlich zu den gängigen Erfahrungen, daß z.B. ein Importeur in Erwartung weiter steigender oder weiter fallender Devisenkurse seinen Devisenbedarf zeitlich vor- oder nachverlagert (vgl. S. 38 f.). Der in Kemps Modell zugrunde gelegte Verlauf der zusätzlichen vom Devisenkurs abhängigen Nachfrage stellt deshalb keine Ausnahme dar, wie dies Steinmann vermutet².

¹ Vgl. Gunter Steinmann, a.a.O., S. 54 ff.

² Vgl. ebenda, S. 56

Die destabilisierende Wirkung der gewinnbringenden Devisenspekulation läßt sich nun folgendermaßen begründen. In der Ausgangssituation von D_1 - bisherige Nachfragekurve $Z = N(D)$ - tritt aufgrund einer plötzlichen Datenänderung eine spekulative Nachfrage nach Devisen auf, die das Gleichgewicht am Devisenmarkt zerstört. Die gesamte Zusatznachfrage wird nun durch die neue Nachfragekurve

$$Z = N(D) + S$$

beschrieben, die rechts von der alten Nachfragekurve liegt. Wir nehmen dabei an, daß die spekulative Nachfrage so stark ist, daß die Devisenkursachse erst bei dem Devisenkurs D_4 von der Zusatznachfrage geschnitten wird. Dieser Devisenkurs wird jedoch nicht erreicht, weil die berufsmäßige Spekulation nach Überschreiten von D_2 ihre Käufe einstellt. Die Nachfragekurve wird wieder in ihre ursprüngliche Lage verschoben. Die Kurssteigerung kommt jedoch noch nicht zur Ruhe, weil die weniger informierten Spekulanten aufgrund der steigenden Devisenkurse weiter steigende Kurse erwarten und ihre Käufe erst bei D_3 einstellen. Nimmt man nun an, daß die berufsmäßigen Spekulanten bei D_3 ihre spekulativen Gewinne realisieren, dann lautet die neue Nachfragefunktion nach Devisen

$$Z = N(D) - S.$$

In unserer Abbildung schiebt sich die Nachfragefunktion nach links. Die Auflösung der spekulativen Positionen wirkt am Devisenmarkt so stark, daß die Kursachse erst bei einem Wechselkurs D_5 zum Stillstand kommt. Die spekulativen Verkäufe werden jedoch schon bei Überschreiten von D_2 eingestellt, so daß sich die Nachfragekurve in ihre ursprüngliche Stellung zurückschiebt. Trotzdem sinkt der Devisenkurs weiter, weil die Amateurspekulanten den Wegfall des spekulativen Angebots noch nicht erkannt haben und sie auf weiter fallende Devisenkurse spekulieren. Der fallende Devisenkurs kommt erst bei D_1 zum Stillstand. Bei diesem Devisenkurs könnte der Prozeß von neuem beginnen.

Als Ergebnis können wir festhalten, daß die berufsmäßige Spekulation Gewinne erzielt hat, weil sie Devisen zu einem Preis unter oder gleich D_2 eingekauft hat und sie zu einem Preis gleich oder über D_2 verkauft. Trotz dieser spekulativen Gewinne trat eine Destabilisierung an den Devisenmärkten ein, weil der Devisenkurs nicht auf den stabilen Gleichgewichtskursen von D_1 oder D_3 beharrte, sondern durch die Berufsspekulanten inisiert über die Gleichgewichtskurse hinausschoß. Wir haben damit eine mögliche Erklärung der für die Wechselkursflexibilität inzwischen typischen Kursübertreibungen und die wahrscheinliche Beteiligung des bankmäßigen Devisenhandels gefunden.

3. Spekulative Beeinflußbarkeit der Devisenkurse durch einzelne Banken

Es wurde behauptet, daß einzelne Banken bewußt Devisenkurse manipuliert hätten, um Spekulationsgewinne zu erzielen ¹. Im Fall amerikanischer Banken wurde sogar eine Untersuchung des Justizministeriums eingeleitet. Den Banken wird vorgeworfen, daß sie den Dollarkurs durch gemeinsame Aktionen manipuliert hätten. Die Banken bestreiten jedoch, daß die stark angestiegenen Gewinne ² im Devisengeschäft auf die Manipulationen gegen den US-Dollar zurückgeführt werden könnten ³. Wir wollen mit unserem schon verwendeten Instrumentarium die Frage beantworten, ob eine Manipulation von Devisenkursen durch eine einzelne oder durch eine Gruppe von Banken überhaupt möglich ist und ob dadurch eine Gefährdung der Devisenmärkte eintreten kann.

Wir hatten unter 2 bb festgestellt, daß sich trotz spekulativer Gewinne der Berufsspekulanten (hier: bankmäßiger Devisenhandel) eine Gefährdung der Devisenmärkte in Form einseitiger Kursübertreibungen einstellen kann (vgl. S. 87 f.). Unter-

1 Vgl. o.V., Henry, wirf 20 Millionen gegen die Mark ..., in: Handelsblatt vom 30. August 1978, S. 1; o.V., Großer Devisenspekulationen beschuldigt, in: Blick durch die Wirtschaft vom 18. April 1974, S. 6

2 Vgl. zur genauen Höhe der Gewinne o.V., Konspiration gegen den Dollar am Devisenmarkt? in: Neue Zürcher Zeitung vom 18. April 1979, S. 11

3 Vgl. o.V., Manipulierten Banken den Dollarkurs? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 1979, S. 13

scheiden wir zusätzlich im bankmäßigen Devisenhandel eine einzelne oder eine Gruppe von Banken, die den Kurs einer bestimmten Währung manipulieren möchte und den übrigen Teil der am Devisenhandel beteiligten Banken, denen die manipulierten Transaktionen als solche nicht bekannt sind. Dann können wir das Ergebnis unter 2 bb und dessen Begründung grundsätzlich auch für diese Fragestellung übernehmen. D.h. es ist grundsätzlich möglich, daß eine einzelne Bank oder eine Gruppe von Banken Gewinne erzielt, und die anderen am Devisenmarkt i.w.S. tätigen Banken und die Außenwirtschaft würden Verluste bei ihren An- und Verkäufen erzielen, die dann nach obiger Erklärung zu Kursübertreibungen führen.

Dabei bleibt allerdings fraglich, ob eine einzelne oder eine Gruppe von Banken die Marktstimmung durch ihre Transaktionen beeinflussen können. Grundsätzlich steht den genannten Banken mit den Eurogeldmärkten das geeignete Instrumentarium zur Verfügung, um sich in ausreichendem Umfang Gelder für ihre Transaktionen zu beschaffen ¹.

Daß die Marktmeinung durch den Einsatz hoher Beträge für ein, zwei oder sogar drei Tage in gewissem Umfang beeinflußt werden kann, wird z.B. auch von Poullain vermutet ². Diese Vermutung wird außerdem durch die Behauptung unterstützt, daß die beteiligten amerikanischen Banken ihren Großkunden diskrete Empfehlungen für Dollartransaktionen gegeben hätten ³, durch die ihre eigenen Manipulationen unterstützt wurden.

Es scheint allerdings sehr zweifelhaft, ob die übrigen Marktteilnehmer, insbesondere die anderen Banken, diese willkürlichen An- und Verkäufe an den Devisenmärkten nicht als solche erkennen und sich ihrerseits an den Transaktionen beteiligen, um an der manipulierten Kursbewegung mitzuverdienen.

1 Vgl. zur Abwicklung solcher vermuteten Transaktionen o.V., Henry, wirf 20 Millionen gegen die Mark, a.a.O., S. 1

2 Vgl. Ludwig Poullain, Tätigkeitsbericht (II), Ein Scheck für Mazedonien, Vorabdruck, in: Wirtschaftswoche 1979/26, S. 55

3 Vgl. o.V., Henry, wirf 20 Millionen gegen die Mark, a.a.O., S. 1

Da der Informationsfluß an den Devisenmärkten sehr schnell abläuft und die anderen Banken schnell reagieren müssen, um selbst Gewinne zu erzielen, wird es schwer sein, einer einzelnen Bank oder einer Gruppe von Banken die Verantwortung für ein Überschießen der Devisenkurse anzulasten ¹.

Besondere Bedeutung kommt dem Prozeß der Kursübertreibung jedoch bei engen nationalen Devisenmärkten zu. Ein enger Devisenmarkt liegt dann vor, wenn die beteiligten Devisenhandelsbanken ein spekulatives Devisenangebot oder eine spekulative Devisennachfrage aufgrund ihres Arbitrage- und Spekulationspotentials nicht sofort ohne größere Kursbewegungen aufnehmen können.

Wenn man davon ausgeht, daß sich die Devisenspekulation vielfach in dem Währungsdreieck US-Dollar - Deutsche Mark - Schweizer Franken bewegt, dann wird es verständlich, daß es in der Schweiz zu besonders starken Kursfluktuationen kommt, weil die Spekulation hier auf den engsten Devisenmarkt trifft ². Man spricht hier von dem sogenannten 'Mokka-Tassen-Effekt' ³.

IV. Die Wirkung der Wechselkursflexibilität auf die sonstigen Bestimmungsfaktoren und deren Bedeutung für die Funktionsfähigkeit

a) Zusammenhang zwischen Wechselkursflexibilität, Markttransparenz und Funktionsfähigkeit

Markttransparenz bedeutet, daß die Marktteilnehmer zu einem bestimmten Zeitpunkt über sämtliche Kursrelationen informiert sind (vgl. S. 70). Da die Informationsbeschaffung über die Kursrelationen Zeit beansprucht, die ein Devisenhändler

1 Der amerikanische Notenbankchef konnte deshalb bei der letzten Währungskrise keine Beweise vorbringen, daß amerikanische Banken an Dollarmanipulationen beteiligt waren. Vgl. o.V., US-Notenbankchef: Keine Beweise für Dollar-Manipulationen, in: Handelsblatt vom 20. November 1978, S. 10

2 Vgl. Hans Sieber, a.a.O., S. 52 f.

3 Vgl. Oswald Hahn, Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Wechselkursrisiken, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 1979, Kontaktstudium 31, S. 179; Hans Sieber, a.a.O., S. 53

benötigt, um einen Devisenmarktkontakt herzustellen, wird man annehmen können, daß der Vollkommenheitsgrad der Markttransparenz eines Devisenhändlers, einer Devisenabteilung oder an einem Devisenmarkt allgemein abnimmt, wenn die Intensität der Kursschwankungen bei gegebener Ausstattung einer Devisenabteilung oder eines Devisenmarktes mit Kommunikationsmöglichkeiten und mit Devisenhändlern zunimmt.

Da die Intensität der Kursschwankungen nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen zugenommen hat, können wir daraus schließen, daß die Markttransparenz sich verminderte. Es spricht allerdings sehr viel dafür, daß sich die Devisenabteilungen an diese neuen Bedingungen in mehrfacher Hinsicht anpaßten (vgl. Abschnitt zunehmende Arbitragemöglichkeiten). Außerdem konnten in stärkerem Umfang freie Devisenmakler in das Devisenmarktgeschehen eingeschaltet werden, durch die die Markttransparenz erhöht wurde^{1,2}.

Wir müssen unsere Aussage in der Weise relativieren, daß die Markttransparenz direkt nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen zwar stark zurückgegangen ist, daß dieser Rückgang in der Folgezeit durch personelle und sachliche Investitionen in den Devisenabteilungen und durch die stärkere Beteiligung der Devisenmakler am Devisenmarktgeschehen ausgeglichen wurde.

Eine negative Wirkung auf die Funktionsfähigkeit über eine Verminderung der Markttransparenz könnte höchstens in den Jahren 1973 und 1974 feststellbar gewesen sein. Die Beeinträchtigung der Markttransparenz hätte für die Devisenarbitrage zur Folge, daß viele Kursdifferenzen überhaupt nicht erkannt werden können. Für die Devisenspekulation würde die mangelnde Markttransparenz bedeuten, daß die Spekulation zu Übertreibungen in der Kursbildung führt, weil die weniger informierten Devisenmarktteilnehmer zu spät spekulative

-
- 1 Zur Funktion der freien Devisenmakler vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 68 ff.
 - 2 Vgl. Genehmigung internationaler Devisenmaklertätigkeit am New Yorker Platz, in: Handelsplatz vom 15./16. Dezember 1978, Beilage Finanzzentrum New York, S. III; o.V., US-Devisenbroker beteiligt sich an deutscher Gesellschaft, in: Handelsblatt vom 17. Dezember 1979, S. 7

Positionen öffnen und dadurch den spekulativen Prozeß zeitlich ausdehnen und übertreiben, so daß der Prozeß der Kursbremsung durch die Spekulation eine geringere Wirksamkeit besitzt.

b) Zusammenhang zwischen Wechselkursflexibilität, Reaktionsgeschwindigkeit und Funktionsfähigkeit

Wir hatten oben begründet (vgl. S. 70), daß die Reaktionsgeschwindigkeit an den Devisenmärkten unter Banken nahezu unendlich groß ist. Da in einem System flexibler Wechselkurse die potentielle Wirkung einer weltwirtschaftlichen Datenänderung auf den Devisenkurs nicht durch die Bandbreiten beschränkt wird, ergeben sich für die Devisenhändler erhebliche Bewertungsschwierigkeiten, die in der Hektik bzw. der großen Reaktionsgeschwindigkeit im Devisenmarktgeschehen zu Überreaktionen führen können, die sich durch starke Kursausschläge dokumentieren.

Die Überreaktion der Devisenhändler mit den negativen Folgen für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte wurde u.a. von der Carter-Administration als Ursache für die übertriebenen Kursbewegungen des US-Dollars verantwortlich gemacht. Daß diese Behauptung nicht ohne Grund geäußert wurde, beweist folgendes Übereinkommen bei der internationalen Devisenhändler-Tagung im Jahre 1978: "... Die Devisenhändler-Vereinigung, ..., hat sich ... dafür ausgesprochen, mehr Selbstsicherheit und Selbständigkeit in der Beurteilung der jeweiligen Währungssituation walten zu lassen. Die Händler wollen nicht mehr hektisch auf jede Nachricht aus den technischen Kommunikationsmitteln 'eines kurzfristigen Vorteils wegen' reagieren ..." ¹.

¹ O.V., Devisengeschäft soll weniger hektisch reagieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. Juni 1978, S. 15

c) Zusammenhang zwischen Wechselkursflexibilität, quantitativer Devisenmarktstruktur und Funktionsfähigkeit

Die Anzahl der Devisenmarktteilnehmer stellt aus zwei Gründen einen Bestimmungsfaktor für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte dar. Einmal bedeutet die zunehmende (abnehmende) Teilnehmerzahl, daß der Marktanteil des einzelnen Teilnehmers abnimmt (zunimmt) und so der Wettbewerb größer (kleiner) wird. Wettbewerb stellt das Verhalten der Marktteilnehmer dar, nach der diese ständig bemüht sind, anstelle des Mitbewerbers zum Vertragsabschluß zu gelangen¹. Starker Wettbewerb bedeutet auch, daß bei Datenänderungen die Kursbewegungen nicht so stark ausfallen und/oder schneller auf ein neues Gleichgewicht hinführen.

Zum zweiten wird das Potential der Marktkräfte mit steigender Teilnehmerzahl größer, d.h. zwischen mehr Teilnehmern sind mehr Devisenmarktkontakte möglich und mehr Banken können bei gleichem Risiko für den Gesamtmarkt in größerem Umfang offene Devisenpositionen zum Ausgleich der Zahlungsverkehrsdiskrepanzen eingehen.

Wie sich die Teilnehmerzahl an den Devisenmärkten entwickelt hat, können wir allerdings nur vermuten, da keine Statistiken hierfür vorliegen. Trotz der bekannten Fälle, die sich aus dem Markt zurückziehen mußten (Herstatt und Franklin National Bank), können wir grundsätzlich auf eine Zunahme der Marktteilnehmer schließen, weil man annehmen kann, daß die zunehmenden Kursschwankungen an den Devisenmärkten mit den damit verbundenen Gewinnchancen den Einstieg in das Interbankengeschäft erleichtert haben.

Zu denken ist hier an die kleineren und mittleren Banken, die bisher nur auf einen ungefähren Ausgleich ihrer Position bedacht waren, die durch die Devisenein- und -ausgänge ihrer Außenhandelskundschaft entstehen². Von großer Bedeutung ist das

¹ Vgl. Artur Woll, a.a.O., S. 140

² Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 76

Devisengeschäft auch für alle Geschäftsbanken, die sich an einem internationalen Bankplatz einrichten möchten. Hier gilt die Vermutung, daß das Devisenhandelsgeschäft seit dem Übergang zur Wechselkursflexibilität neben dem Geldgeschäft eine Geschäftssparte darstellt, mit der Anfangsverluste einer Auslandsniederlassung weitgehend durch schnelle Gewinne reduziert werden können, sofern die Muttergesellschaft über ein entsprechendes Devisenmarktstanding verfügt ¹.

Wenn diese Beurteilung bejaht wird, ergibt sich aus der Verdoppelung der Zahl unselbständiger Auslandsniederlassungen der privaten deutschen Banken von 1973 - 1978 auf 54 mit Schwerpunkt an den wichtigsten Finanzplätzen wie London, New York und Tokio ² gleichzeitig eine Zunahme der Devisenmarktteilnehmer. So wird auch angenommen, daß gerade Auslandsbanken in starkem Umfang zu dem Wachstum des New Yorker Devisenmarktes beigetragen haben ³.

V. Latente Gefährdung der Devisenkassamärkte und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Devisenterminmärkte (Ergebnis der Abschnitte II. bis IV.)

Wir hatten oben im einzelnen begründet, daß das Ausgleichspotential des bankmäßigen Devisenhandels nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität zugenommen hat. Trotzdem konnten an den Devisenkassamärkten immer wieder enorme Kursausschläge festgestellt werden, die in einem funktionsfähigen Markt nicht möglich sein sollten. Dies kommt insbesondere in der starken Kursschwankungsintensität des Jahres 1978 noch zum Ausdruck (vgl. S. 33).

1 Vgl. z.B. o.V., Continental Bank zufrieden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Mai 1979, S. 16; o.V., Bayerische Vereinsbank in Tokio, in: Handelsblatt vom 8. Februar 1979, S. 6; o.V., Commerzbank-Tochter in Singapur, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Januar 1979, S. 30

2 Vgl. Bundesverband deutscher Banken, Internationalisierung des Bankgeschäfts: Deutsche Banken weltweit aktiv, in: Informationen des Bundesverbandes Deutscher Banken vom 13. November 1978, S. 1; o.V., Deutsche Banken weltweit aktiv, in: Blick durch die Wirtschaft vom 1. September 1978, S. 6

3 Vgl. o.V., Invasion von Auslandsbanken in den USA, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23. November 1977, S. 9

Als zentrale Ursache betrachten wir hierfür die derzeitige Weltwirtschaftslage mit den damit verbundenen Zahlungsbilanzungleichgewichten, internationalen Preisniveau- und Zinsdivergenzen und der Ungewißheit über deren zukünftige Entwicklung, die eine ständige Veränderung in den Kursvorstellungen mit sich bringt. Diese starke Variabilität der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzt über die Spekulation der Banken und anschließend über die Außenhandelsunternehmen den Prozeß von Kursübertreibungen in Gang, der inzwischen zu den Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen gehört. Die Kursübertreibungen können soweit gehen, daß die Devisenmärkte zusammenbrechen. Dies geschah z.B. im Juli 1973, als am Nachmittag überhaupt keine Nachfrage mehr nach US-Dollars bestand ¹.

Die starke Instabilität an den Devisenmärkten hat aber auch dazu geführt, daß die Kapitalverkehrskontrollen vor allem bei den Industrieländern zugenommen haben ², die über die Beschränkung des Devisenhandelssystems (vgl. S. 69) dessen Funktionsfähigkeit weiter reduziert.

Nach diesen Überlegungen kommen wir zu dem gleichen Ergebnis wie die Deutsche Bundesbank. Sie führt aus, daß die Banken in währungspolitisch relativ ruhigen Zeiten die Zahlungsbilanz im Bereich des kurzfristigen Kapitalverkehrs selbst ausgleichen, während sie in hektischen Zeiten für keinen Ausgleich sorgen ³.

Das Gegenteil gilt für die Funktionsfähigkeit der Devisenterminmärkte. Sie können nach einer umfassenden Untersuchung ⁴ als nachfragegerecht und damit funktionsfähigkeit der Devisenterminmärkte mit dem größeren und regelmäßigen Kurssicherungsbedürfnis der Außenhandelskundschaft - sowohl der Export- als auch der Importseite -

1 Vgl. o.V., Interview mit Otmar Emminger, Dann kommt vielleicht der Kater, in: Der Spiegel, 1978/21, S. 32

2 Vgl. o.V., Gefahren der Proliferation des Protektionismus, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. August 1978, S. 5

3 Vgl. Deutsche Bundesbank, Neuere Entwicklungen im Auslandsgeschäft der deutschen Kreditinstitute, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1978/3, S. 21 f.

4 Vgl. Hans-Eckart Scharrer (u.a.), Währungsrisiko ..., a.a.O., S. 344

nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität begründen ¹. Bei einem größeren Marktpotential kommt es dann, wie oben schon begründet (vgl. S. 76), zu einem besseren Ausgleich an den Devisenterminmärkten.

VI. Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Bankensystems

"Die wesentliche volkswirtschaftliche Aufgabe des Kreditapparates ist es, die verfügbaren Gelder als Einlagen zu sammeln und die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen." ² Die Fähigkeit des Kreditgewerbes zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde durch die einzelwirtschaftlichen Gefahren, die von dem neuen Wechselkurssystem ausgingen, schwer geprüft.

Der Verlust von Gläubigergeldern beim Zusammenbruch des Bankhauses I.D. Herstatt und zuvor die Devisenhandelsverluste bei der Westdeutschen Landesbank haben der deutschen Öffentlichkeit die mögliche Gefährdung der Bankeinlagen durch den bankmäßigen Devisenhandel vor Augen geführt. Besonders im Fall Herstatt wurde deutlich, daß die möglichen Insolvenzursachen nicht auf einen Geschäftsbereich begrenzt sind ³. Die Untersuchung der Nachkriegsinsolvenzen im deutschen Bankengewerbe hatte bisher zum Ergebnis, daß die Ursachen für Bankenzusammenbrüche hauptsächlich im Bereich des Kreditgeschäfts lagen ⁴. Schwierigkeiten eines einzelnen Kreditinstituts können dazu führen, daß die Öffentlichkeit das Vertrauen auch in andere Kreditinstitute oder allgemein in das Kreditgewerbe verliert. Das Vertrauen der Gläubiger in die Sicherheit und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des gesamten Gewerbes stellt eine notwendige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Bankenapparates dar. Geht das Vertrauen in die si-

1 Vgl. Diskussionsbeiträge zum Vortrag Paul Funk, in: Probleme der Kurssicherung im Exportgeschäft, hrsg. v. der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1974, S. 100

2 Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 1

3 Vgl. Bruno M. Kübler, Die deutschen Nachkriegsinsolvenzen im Bankensektor - Ursachenanalyse - Konsequenzen, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1975, S. 176

4 Vgl. Johann Heinrich von Stein, Insolvenzen privater Banken und ihre Ursachen, München 1969, S. 216; Bruno M. Kübler, a.a.O., S. 175 f.

chere Geldanlage verloren, nimmt die Bereitschaft ab, den Banken Gelder anzuvertrauen. Dieser Vertrauensverlust kann sogar zu Einlagenabzügen und weiter zu dem gefürchteten "Run" auf die Bankschalter führen, der dann schwere volkswirtschaftliche Schäden zur Folge hätte.¹

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 2 f.

3. Abschnitt: BEAUFSICHTIGUNG DES BANKMÄSSIGEN DEVISEN- HANDELS BIS ZUR SCHLIESSUNG DES BANKHAU- SES I.D. HERSTATT

Die Bankenaufsicht befand sich Anfang 1974 nach Meinung des damaligen Präsidenten des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen in einem Dilemma ¹. Auf der einen Seite zeichneten sich an den Devisenmärkten gefährliche Entwicklungen ab ², und auf der anderen Seite fehlten die aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten ³, um dagegen vorzugehen. Hier soll gefragt werden, ob diese Kluft zwischen aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten und gefährlichen Entwicklungen an den Devisenmärkten bestanden hat.

Zum Zweck dieser Beurteilung müssen wir in Punkt A. das System der Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland kurz darstellen. Im Anschluß daran sollen drei Fragen beantwortet werden: Welche Möglichkeiten hatte das Bundesaufsichtsamt, aufgrund der vorhandenen Informationsinstrumente über die Risiken des bankmäßigen Devisenhandels bei den einzelnen Kreditinstituten unterrichtet zu werden (B.I.). Welchen Entscheidungsspielraum hatte das Bundesaufsichtsamt im Fall Herstatt, und wurde dieser ausgeschöpft, um die Risiken des Herstatt-Devisengeschäfts zu minimieren (B.II.). Welchen Entscheidungsspielraum hatte das Bundesaufsichtsamt drittens, um das Aufsichtssystem nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität zu verbessern (C.).

A. Das Aufsichtssystem in der Bundesrepublik Deutschland

Zur Charakterisierung des Aufsichtssystems können wir drei wesentliche Elemente unterscheiden, die in ihren Grundzügen im 'Gesetz über das Kreditwesen' ⁴ niedergeschrieben sind:

1 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, in: Sparkasse 1975, S. 218

2 Vgl. Helmut Geiger, Bankpolitik, Stuttgart u.a. 1975, S. 150

3 Vgl. Hans Bär, a.a.O., S. 44 f.

4 Vgl. Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, in: Bundesgesetzblatt I, S. 881 ff. bzw. Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1976, in: Bundesgesetzblatt I, S. 1121 ff.; im folgenden verwenden wir die Abkürzung KWG a.F. bzw. KWG n.F., wenn in den zitierten Paragraphen eine Änderung eingetreten ist.

erstens den Orientierungsrahmen, zweitens die Organisation und drittens das Instrumentarium der Bankenaufsicht ¹.

I. Orientierungsrahmen für die Bankenaufsicht

Der Bankenaufsicht wird die Aufgabe übertragen, das Kreditwesen wegen seiner zentralen volkswirtschaftlichen Bedeutung funktionsfähig zu erhalten ². Aus dieser zentralen Aufgabenstellung ³ lassen sich folgende Teilaufgaben ableiten, die entweder eigenständige Ziele ⁴ und/oder nur Gefährdungstatbestände ⁵ für ein funktionsfähiges Kreditwesen sein können: "Mißständen entgegenzuwirken, die die Sicherheit der den Kreditinstituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die die ordnungsmäßige Durchführung der Bankgeschäfte beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können" (§ 6 Abs. 2 KWG).

Die Zielerreichung der Bankenaufsicht findet ihre Grenzen in den anderen ordnungspolitischen Vorstellungen eines Wirtschaftssystems ⁶. Daraus folgt im Fall der Bundesrepublik Deutschland, daß die Erhaltung eines funktionsfähigen Kreditwesens unter geringstmöglicher Beeinträchtigung des Ban-

-
- 1 Vgl. zu einer ähnlichen Untergliederung Leo Schuster, Zentralbankpolitik und Bankenaufsicht in den EWG-Staaten, Köln und Opladen 1963, S. 41 ff.
 - 2 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 3
 - 3 Vgl. Ludwig Schork, Gesetz über das Kreditwesen, Köln u.a. 1965, S. 129
 - 4 Dies gilt besonders für die Frage, ob es zur Aufgabe der Bankenaufsicht gehört, einzelne Gläubiger vor Verlusten zu schützen. Vgl. zu diesem Problem u.a. Dirk Schmidt, Einlegerschutz ist zunächst Sache des Kreditgewerbes, in: Handelsblatt vom 7. Juni 1979, S. 9; Heinz Christian Hafke, 'Wetterstein'-Urteil und Bankenaufsicht, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1979, S. 626 ff.; derselbe, Zum 'Herstatt-Sparer'-Urteil des BGH, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1979, S. 1000 ff.
 - 5 Der Zusammenhang zwischen diesen Aufgaben wird begründet in: Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 2
 - 6 Vgl. Günter Dürre, Kann das Aufsichtsamt Bankinsolvenzen verhindern, in: Österreichisches Bank-Archiv 1974, S. 187 f.

kenwettbewerbs und der autonomen Geschäftspolitik der Banken erreicht werden soll ¹. Hierzu gehört auch die Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei dem Einsatz aufsichtsrechtlicher Maßnahmen ².

II. Aufbau und Ablauforganisation der Bankenaufsicht

Betrachten wir die Bankenaufsicht als organisatorische Einheit, können wir zwischen der Aufbau- und Ablauforganisation unterscheiden ³. Während die Aufbauorganisation die Zuordnung der verschiedenen Aufgabenkomplexe an bestimmte Instanzen und die Koordination zwischen diesen Stellen wiedergibt, zeigt die Ablauforganisation die raum-zeitliche Struktur der Arbeitsabläufe auf ⁴. Für unser weiteres Vorgehen ist diese Differenzierung zweckmäßig, weil wir dann beurteilen können, ob die einzelnen Aufgabenträger die ihnen vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben erfüllt haben oder ob sie diese überhaupt unter den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten erfüllen konnten, und zweitens, ob der Arbeitsablauf so organisiert war, daß der kürzeste Durchlaufweg ⁵ für den Informationsfluß realisiert wurde.

a) Aufgabenträger im Rahmen der Bankenaufsicht

Als Aufgabenträger i.w.S. kann man erstens das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (gem. § 6 KWG), die Deutsche Bundesbank (gem. § 7 KWG), die Jahresabschlußprüfer (gem. § 27 ff. KWG) und die Kreditinstitute selbst (gem. § 24 ff. KWG) bezeichnen.

1 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 3

2 Vgl. Ludwig Schork, Gesetz über das Kreditwesen, a.a.O., S. 128

3 Vgl. Erich Kosiol, Aufbauorganisation, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. von E. Grochla, Stuttgart 1973, Sp. 173 f.

4 Vgl. ebenda

5 Vgl. zu anderen Fragestellungen im Rahmen der Ablauforganisation Erich Kosiol, a.a.O., S.173

Während die Kreditinstitute auf der untersten Stufe primär Information in Form von Anzeigen (§ 24 KWG), Monatsausweisen (§ 25 KWG), Jahresabschluß, Geschäfts- und Prüfungsberichte (§ 26 KWG) zur Verfügung stellen müssen, erfolgt auf der nächsten Stufe eine Beurteilung der von den Banken gelieferten Informationen durch die Bundesbank (vgl. u.a. § 25 Abs. 2 KWG) und durch die Jahresabschlußprüfer (vgl. § 27 Abs. 1 KWG). Die Beaufsichtigung (i.e.S.) auf der obersten Stufe durch das Bundesaufsichtsamt kann in die folgenden Teilaufgaben gegliedert werden: ¹

- (1) "Die Sammlung von Informationsmaterial (Entgegennahme von Anzeigen, Monatsausweisen, Jahresabschlüssen, Prüfungsberichten etc.; Verfolgung der Wirtschaftspresse, Führung von Informationsgesprächen)".
- (2) "Die Auswertung des Materials und die interne Meinungsbildung - gegebenenfalls Abstimmung mit der Bundesbank".
- (3) "Maßnahmen nach außen".

b) Ablauf der Aufsichtstätigkeit

Der Erfolg der Aufsichtstätigkeit ist neben der Aufgabenerfüllung durch die einzelnen Aufgabenträger auch von dem schnellstmöglichen Ablauf der Aufsichtsmaßnahmen abhängig. Im Falle der Bankenaufsicht kommt es primär auf die schnellstmögliche Weitergabe von Informationen an das Bundesaufsichtsamt an. Wir können dabei verschiedene Abläufe unterscheiden, je nachdem, welches Informationsinstrument (vgl. III.d) betrachtet wird.

III. Bankenaufsicht als ursachenbezogene Risikopolitik

"Die Bankenaufsicht soll durch vorbeugende Überwachung allgemein das Entstehen von Schäden im Kreditwesen ... verhindern, also vorwiegend gefahrenabwendend wirken." ²

1 Ludwig Schork, Gesetz über das Kreditwesen, a.a.O., S. 127

2 Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 14

Die Betriebswirtschaftslehre spricht in diesem Zusammenhang von der "ursachenbezogenen" Risikopolitik ¹. Ursache für sämtliche aufsichtsrechtlichen Risikotatbestände ist die nicht ordnungsmäßige Geschäftsführung in einzelnen Kreditinstituten oder im Kreditwesen allgemein. Zur Gewährleistung dieser Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung oder allgemein der Ordnung im Kreditwesen stehen dem Bundesaufsichtsamt verschiedene Instrumente zur Verfügung, die wir einem Konzessionssystem, einem Normativsystem, einem Informationssystem und einem System von Eingriffsmöglichkeiten zuordnen können ².

a) Konzessionssystem

Eine vorbeugende Überwachung zur Vermeidung der aufsichtsrechtlichen Risikotatbestände verlangt, "daß nur solche Unternehmen Bankgeschäfte betreiben dürfen, die personell und finanziell die Gewähr für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung bieten" ³. Aus diesem Grund ist zum Betreiben eines Kreditinstituts eine staatliche Erlaubnis notwendig (gem. § 32 Abs. 1 KWG). Diese setzt voraus, daß haftendes Eigenkapital ausreichend zur Verfügung steht und die Geschäftsleitungsmitglieder die erforderliche persönliche und fachliche Eignung besitzen (§ 33 Abs. 1 KWG).

b) Normativsystem

Die Ordnungsmäßigkeit der laufenden Geschäftsführung ist nach dem KWG dann gewährleistet, wenn bestimmte Strukturnormen für die Eigenkapitalausstattung, die Liquidität sowie Vorschriften für die sinnvolle Kreditgebarung ⁴ erfüllt werden ⁵. Dabei handelt es sich um abstrakte Verhaltensregeln, die auf bankwirtschaftlichen Erkenntnissen beruhen und deren Beachtung die typischen Gefahren im Bankgeschäft vermeiden

1 Vgl. Fritz Philipp, a.a.O., S. 72 ff.

2 Vgl. O.-Ernst Starke, Probleme einer umfassenden Reform der Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Betriebswirtschaft 1978, S. 170 f.; Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 14 f.

3 Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 14

4 Die weiteren Vorschriften für den Sparverkehr sind für unsere Zwecke nicht weiter von Bedeutung.

5 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 9 ff.

soll ¹.

c) Informationssystem

Das Bundesaufsichtsamt kann seine Aufgabe im Sinne einer ursachenbezogenen Risikopolitik nur dann erfüllen, wenn es über Informationen verfügt, die gefährliche Entwicklungen bei den einzelnen Kreditinstituten oder allgemein im Kreditwesen anzeigen ². Dem Bundesaufsichtsamt stehen hierzu verschiedene Informationsinstrumente zur Verfügung. So soll erstens die Beachtung der Normativbestimmungen durch die Verpflichtung zur Einreichung von Monatsausweisen, zur Anzeige bestimmter Sachverhalte und zur Auskunftserteilung überwacht werden können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditinstitute sollen zweitens regelmäßig anhand der Jahresabschlüsse und der Prüfungsberichte kontrolliert werden können, die von den einzelnen Kreditinstituten dem Bundesaufsichtsamt einzureichen sind ³.

d) System von Eingriffsmöglichkeiten

Ein System von Eingriffsmöglichkeiten bei Pflichtverletzungen der Kreditinstitute und beim Eintritt von Gefahrensituationen vervollständigen das Instrumentarium der Bankenaufsicht ⁴. Die möglichen Eingriffe des Bundesaufsichtsamtes reichen hier von der Erlaubniserücknahme (nach § 35 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 33 I Nr. 2 oder 3) über die Abberufung von Geschäftsleitern (§ 36 I) und Maßnahmen nach den §§ 45 - 47 bis zur einfachen brieflichen und persönlichen Kontaktaufnahme ⁵.

1 Vgl. Günter Dürre, Die Problematik der Bankenaufsicht, in: Neuzeitliche Bankpolitik, hrsg. von Robert Wittgen, Frankfurt 1974, S. 127 f.; derselbe, Bankenaufsicht, in: Handwörterbuch der Finanzwirtschaft, hrsg. von Hans E. Büschgen, Stuttgart 1976, Sp. 88 f.

2 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 15

3 Vgl. ebenda; Günter Dürre, Bankenaufsicht, a.a.O., Sp. 89

4 Vgl. Günter Dürre, Bankenaufsicht, a.a.O., S. 89

5 Vgl. Reischauer/Kleinhans, a.a.O., § 6 Anm. 10 a

B. Beaufsichtigung des Devisengeschäfts einzelner Kreditinstitute

Bei der Beurteilung der Bankaufsichtsmaßnahmen unterscheiden wir die Aufsicht über einzelne Kreditinstitute (B.) und die Aufsicht über das gesamte Devisenmarktgeschehen (C.) analog § 6 Abs. 1 und Abs. 2 KWG.

Wenngleich das Devisengeschäft nicht in dem Katalog der aufsichtspflichtigen Bankgeschäfte enthalten ist ¹, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Aufsichtsmaßnahmen auch darauf zu erstrecken haben ²; es wurde bisher unter andere Tatbestände dieses Katalogs subsumiert ³.

I. Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft als Engpaßfaktor der Bankenaufsicht

Die Schwäche des Aufsichtssystems nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen und vor dem Herstatt-Zusammenbruch konnte nicht in den fehlenden Eingriffsmöglichkeiten des Bundesaufsichtsamtes begründet sein; sie reichten - wie oben schon erwähnt - von der Erlaubnisrücknahme zum Betreiben des Bankgeschäfts bis hin zur einfachen persönlichen Kontaktaufnahme (vgl. S. 103).

Sie war zunächst auch nicht darin begründet, daß zu diesem Zeitpunkt keine Verhaltensnorm für das Devisengeschäft existierte (analog dem später eingeführten Grundsatz I a, vgl. S. 155 ff.). Sie hatte ihre Ursache primär darin, daß dem Bundesaufsichtsamt mit den laufenden Informationsmöglichkeiten (Jahresabschlüsse, Prüfungsberichte und Monatsausweise) keine ausreichenden Informationen bereitgestellt wurden, die der Besonderheit des bankmäßigen Devisenhandels nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität gerecht wurden. Bevor dies

1 Vgl. O.-Ernst Starke, a.a.O., S. 181

2 Vgl. Hans-Jochem Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, in: Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage 1977/1, S. 15

3 Vgl. O.-Ernst Starke, a.a.O., S. 181

im einzelnen begründet wird, soll der Informationsbedarf der Bankenaufsicht über das Devisengeschäft ermittelt werden.

a) Informationsbedarf über das Devisengeschäft

1. Anforderungen aufgrund der gesetzlichen Eingriffsmöglichkeiten

Der Informationsbedarf des Bundesaufsichtsamtes wird zunächst durch die Tatbestandsvoraussetzungen bestimmt, bei deren Vorliegen die verschiedenen Eingriffsmöglichkeiten zulässig sind. Das Kreditwesengesetz verlangt bei der Erlaubnisrücknahme (§ 35 Abs. 1 Ziff. 3 u. 4), bei der Abberufung von Geschäftsleitern (§ 36 Abs. 1) und bei den sonstigen Maßnahmen (§ 46 Abs. 1), daß entweder die Sicherheit der den Kreditinstituten anvertrauten Vermögenswerte gefährdet ist und/oder daß dem Bundesaufsichtsamt Tatsachen bekannt geworden sind, aus denen auf den Mangel an Zuverlässigkeit und erforderlicher fachlicher Eignung der Geschäftsleitung geschlossen werden muß (§ 33 Abs. 1 Ziff. 2 u. 3).

Eingriffe durch das Bundesaufsichtsamt sind also dann möglich, wenn die finanziellen und personellen Voraussetzungen eine ordnungsmäßige Geschäftsführung nicht mehr gewährleisten. Ursachen und Konsequenzen fehlender Ordnungsmäßigkeit bei der Führung einer Devisenabteilung hatten wir bei der Behandlung der innerbetrieblichen Devisenhandelsrisiken kennengelernt (vgl. S. 51 ff.). Der Informationsbedarf des Bundesaufsichtsamtes bezog sich deshalb auf alle Anzeichen, die über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft Aufschluß geben konnten.

2. Allgemeine Anforderungen an ein Informationssystem

Da das Bundesaufsichtsamt primär ursachenbezogene Risikopolitik betreiben soll (vgl. S. 101), müssen die Informationen bzw. die Informationsmöglichkeiten über die fehlende Ordnungsmäßigkeit im Devisengeschäft bestimmte Anforderungen erfüllen,

die allgemein auch an ein betriebliches Frühwarnsystem ¹ gestellt werden. Danach verlangt eine wirksame Beaufsichtigung des Devisengeschäfts, daß dem Bundesaufsichtsamt rechtzeitig Informationen über Tatsachen (Indikatoren) zur Verfügung stehen, die frühzeitig, eindeutig und vollständig ² eine nicht ordnungsmäßige Führung der Devisenabteilung erkennen lassen, damit es die geltenden Eingriffsmöglichkeiten der Dringlichkeit und auch dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprechend voll ausschöpfen kann. Die genannten Kriterien sind zu ergänzen um die Forderung nach ökonomischer Vertretbarkeit der Informationsbeschaffung ³ und um die Forderung nach Sicherheit bzw. Zuverlässigkeit der Information ⁴.

Erklärungsbedürftig erscheint vorab nur der Unterschied zwischen der Rechtzeitigkeit und Frühzeitigkeit der Informationen. Während wir unter Rechtzeitigkeit verstehen, daß die Informationen dem Bundesaufsichtsamt so schnell wie möglich verfügbar gemacht werden, nachdem die Mißstände entstanden oder nachdem sie einer Aufsichtsinstanz bekanntgeworden sind, bedeutet Frühzeitigkeit der Information, daß eine gefährliche Entwicklung im Devisengeschäft in einem sehr frühen Stadium angezeigt wird ⁵.

b) Jahresabschluß und Prüfungsberichte als Informationsinstrument über das Devisengeschäft

Wir unterscheiden im folgenden die Beurteilung des Jahresabschlusses und des Prüfungsberichts anhand sachlicher und zeitlicher Kriterien. Während unter zeitlichem Aspekt nur gefragt

1 Zum Begriff des Frühwarnsystems vgl. Dietger Hahn und Ulrich Krystek, Betriebliche und überbetriebliche Frühwarnsysteme für die Industrie, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 1979, S. 76-88; Richard Kühn und Marius Walliser, Problemdeckungssystem mit Frühwarneneigenschaften, in: Die Unternehmung 1978, S. 223-257

2 Vgl. Dietger Hahn und Ulrich Krystek, a.a.O., S. 81 f.

3 Vgl. ebenda, S. 82

4 Vgl. Richard Kühn und Marius Walliser, a.a.O., S. 230

5 Vgl. allgemein Dietger Hahn und Ulrich Krystek, a.a.O., S. 81

wird, ob die Informationen dem Bundesaufsichtsamt rechtzeitig zugehen, wird in sachlicher Hinsicht gefragt, ob das Bundesaufsichtsamt mit dem Jahresabschluß und dem Prüfungsbericht zuverlässige, eindeutige, vollständige und frühzeitige Indikatoren über eine nicht mehr ordnungsmäßige Führung des Devisengeschäfts erhalten konnte.

1. Beurteilung in sachlicher Hinsicht

Die Eignung des Jahresabschlusses und des Prüfungsberichtes zur Information über gefährliche Tendenzen im Devisengeschäft der Banken wird im entscheidenden Umfang von den Prüfungs- und Berichtspflichten der Abschlußprüfer bestimmt. Je eindeutiger festgelegt wird, was und wie geprüft oder über was und wie berichtet werden muß, um so wertvoller sind unter sachlichen Gesichtspunkten die Informationsmöglichkeiten für das Bundesaufsichtsamt.

aa) Prüfungs- und Berichterstattungspflichten

Die Prüfungs- und Berichterstattungspflichten im Rahmen der Jahresabschlußprüfung von Kreditinstituten waren in den §§ 27, 29 KWG a.F. festgelegt. In nahezu wörtlicher Anlehnung an § 162 Abs. 1 AktG wurde gemäß § 27 Abs. 1 KWG verlangt, daß der Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts zu prüfen ist. Über das Ergebnis der Prüfung war nach § 166 Abs. 1 AktG, der nach § 27 Abs. 2 auch für alle anderen privatrechtlich organisierten Kreditinstitute galt, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.¹

Einzelheiten über die Prüfungsdurchführungen und den Inhalt des Prüfungsberichts werden weder im Aktien- noch im Kreditwesengesetz geregelt². Sie müssen aus der Aufgabenstellung

¹ Vgl. Bähre/Schneider, KWG-Kommentar, 2. A., München 1976, S. 341 u. 345; in diesem Punkt hat sich das Aufssichtssystem nach der KWG-Novelle nicht geändert.

² Vgl. Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Fachgutachten 1/1967, Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlußprüfungen, in: Die Wirtschaftsprüfung 1967, S. 158

der Abschlußprüfung abgeleitet werden ¹.

i. Konkretisierung durch Richtlinien über den Inhalt des Prüfungsberichts

Speziell für Kreditinstitute folgen die Aufgabenstellung und Einheiten zur Prüfung aus den Richtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte ². Der Abschlußprüfer soll danach in einer zusammenfassenden Schlußbemerkung zu den wichtigsten Prüfungsfragen nochmals so Stellung nehmen, "daß ein Überblick über die Lage des Instituts und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, über die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gewonnen werden kann" ³. Im einzelnen muß nochmals auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Belegwesens, auf die ordnungsmäßige Bewertung der Bilanzansätze und auf die Beachtung der Anzeigevorschriften eingegangen werden ⁴.

Die Prüfungsergebnisse zu diesen wichtigen Fragen stellen die Zusammenfassung einer Vielzahl von Besprechungspunkten dar, die in den Richtlinien einzeln genannt sind.

Der Inhalt des Prüfungsberichts kann danach in die folgenden Bereiche unterteilt werden, die für unsere weitere Untersuchung bedeutsam sind: ⁵

A. Allgemeiner Teil

I. Darstellung der rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Grundlagen

II. Darstellung der geschäftlichen Entwicklung im Berichtszeitraum

III. Darstellung der Vermögenslage

1 Vgl. Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Fachgutachten 1/1967, a.a.O., S. 158

2 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung Nr. 2/68 vom 20. Dezember 1968, Richtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute (Prüfungsrichtlinien), abgedruckt in: Consrbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, Kennziffer 13.01, München, Stand 1. Juni 1979

3 Ebenda, S. 6

4 Vgl. ebenda, S. 7

5 Vgl. ebenda, S. 2 ff.

IV. Darstellung der Liquiditätslage

V. Darstellung der Ertragslage

:

VII. Darstellung des Anzeigewesens

VIII. Zusammenfassende Schlußbemerkung

:

:

B. Besonderer Teil

I. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen,
Bilanzvermerken und Posten der Gewinn- und Verlust-
rechnung

Das Bundesaufsichtsamt konnte davon ausgehen, daß ihm mit dem Prüfungsbericht Informationen zuzingen, wie sie in den Prüfungsrichtlinien festgelegt waren, weil die Kreditinstitute die Beachtung der Richtlinien durch die Abschlußprüfer zum Prüfungsauftrag machen mußten¹. Zum zweiten wurde auch in einer Stellungnahme des Bankenfachausschusses die Einhaltung des Berichtsschemas für unverzichtbar erklärt², womit gleichzeitig auch dem Berichtsinhalt zugestimmt wurde.

ii. Konkretisierung durch Fachgutachten und Stellungnahmen

Eine weitere Konkretisierung der Prüfungspflichten bringen die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlußprüfungen, die in einem Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer festgehalten sind³. Das Bundesaufsichtsamt konnte auf die Beachtung dieser Grundsätze bei der Prüfung von Kreditinstituten vertrauen, weil Fachgutachten und Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer die Berufsauffassung in Prüfungs- und Bilanzierungsfragen zum Ausdruck bringen⁴. Abweichungen von diesen Grundsätzen können den Abschlußprüfern in berufsgerichtlichen Verfahren und in Regreßfällen zum Nachteil ausgelegt werden⁵.

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung Nr. 2/68, a.a.O., S. 1

2 Vgl. Bankenfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Stellungnahme 1/1969, in: Die Wirtschaftsprüfung 1969, S. 207 ff.

3 Vgl. Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Fachgutachten 1/1967, a.a.O., S. 158 ff.

4 Vgl. ebenda, S. 159

5 Vgl. ebenda

bb) Notwendigkeit schwerpunktmäßiger Prüfungshandlungen
im Devisengeschäft

Aus den Prüfungsrichtlinien ergeben sich unmittelbar keine besonderen Prüfungs- und Berichtspflichten zum Devisengeschäft. Sie existieren nur für das Kreditgeschäft (vgl. z.B. B.II. Darstellung der bemerkenswerten Einzelengagements, die sich nur auf das Kreditgeschäft beziehen müssen ¹). Die Beachtung der allgemeinen Vorschriften hätte nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen dennoch Anlaß geboten, das Devisengeschäft einer besonderen Prüfung und Berichterstattung zu unterziehen.

Im allgemeinen Teil des Prüfungsberichtes (Pkt. A) waren damals schon bei der Darstellung der rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Grundlagen (Pkt. I), die Struktur des Bankgeschäfts, außergewöhnliche Geschäfte (vgl. I. d) bemerkenswerte Beziehungen zu anderen Unternehmen (vgl. I. f) zu besprechen ², und bei der Darstellung der Ertragslage mußten die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen und Erträge aufgegliedert und mit den Vorjahreszahlen verglichen werden; Besonderheiten waren zu erläutern ³.

i. Außerordentliche Entwicklung der Ertrags- und Geschäftsstruktur

Schon bei der Prüfung der Ertragslage hätte u.E. auf die stark zugenommene Bedeutung des Devisengeschäfts geschlossen werden können; dies wird bestätigt durch die starke Zunahme der Devisenhandelsverluste (vgl. S. 60 ff.) und auch der Devisenhandelsgewinne im Jahre 1973 ⁴.

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung Nr. 2/68, a.a.O., S. 10 f.

2 Vgl. ebenda, S. 2

3 Vgl. ebenda, S. 3

4 Diese können aufgrund der starken Zunahme der "außerordentlichen Erträge ..." im Jahre 1973 nur vermutet werden, weil in dieser Position auch Buchgewinne ausgewiesen werden; vgl. hierzu Max Kruk, Der Gewinnschwund hat fast alle Banken getroffen, in: Blick durch die Wirtschaft vom 6. August 1974, S. 5; derselbe, Kursverluste und -gewinne im Devisenhandel sollten offen ausgewiesen werden, in: Blick durch die Wirtschaft vom 7. August 1974, S. 5

Bei wesentlichen Veränderungen im Devisenhandelserfolg hätte man zum Gegenstand der Berichterstattung nicht nur die Struktur des Bankgeschäfts allgemein, sondern auch die besondere Struktur des Devisengeschäfts machen können. Dabei wäre die Unterscheidung von Hahn zweckmäßig gewesen, der das Devisengeschäft als Dienstleistungs-, Sicherungs- und Grundgeschäft begreift (vgl. S. 9 f.). Wenngleich die Aufteilung in Sicherungs- und Grundgeschäft in praxi Schwierigkeiten bereiten dürfte, so hat die Relation von Dienstleistungsgeschäft (Kundengeschäft) zu Interbankengeschäft einen ausreichend großen Informationswert, der Rückschlüsse auf die Entwicklung in der Ordnungsmäßigkeit des Devisengeschäfts zuläßt. Eine starke Veränderung dieser Strukturrelation hätte möglicherweise ein Anzeichen für eine gefährliche Entwicklung im Devisengeschäft sein können; so kann z.B. vermutet werden, daß mit der Ausweitung des Devisenhandelsumsatzes, der aus einer überproportionalen Zunahme des Interbankengeschäfts resultierte, die Kontrolleinrichtungen in den Devisenabteilungen nicht Schritt gehalten haben und so die Möglichkeit für Kompetenzüberschreitungen geschaffen wurden.

ii. Außergewöhnliche Geschäftsbeziehungen

Ein weiterer Ansatzpunkt für eine schwerpunktmäßige Prüfung des Devisengeschäfts war die Verpflichtung, in den Prüfungsrichtlinien über "außergewöhnliche Geschäfte" oder über "bemerkenswerte Beziehungen zu anderen Unternehmen" zu berichten. Nach unseren Vorstellungen liegen außergewöhnliche Geschäfte oder bemerkenswerte Beziehungen zu anderen Unternehmen vor, wenn mit einem (oder nur wenigen) Devisenmarktpartner(n) Geschäfte zu marktabweichenden Kursen und diese in einem Umfang wie bei Herstatt abgeschlossen wurden; sie führten bei Herstatt über einen normalen Monatsultimo hinweg zu einer Umsatzsteigerung von einer 3/4 Milliarde US-Dollar (vgl. S. 55).

Wir glauben, daß die Beachtung der Prüfungsrichtlinien in den genannten Punkten dem Bundesaufsichtsamt ausreichend gesicherte Informationen über gefährliche Tendenzen im Devisengeschäft zugegangen wären. Die Beschäftigung mit diesen Punkten hätte

bei den Abschlußprüfern nach Bedarf eine schwerpunktmäßige Prüfung des Devisengeschäfts auslösen müssen.

cc) Feststellung von Devisenhandelsrisiken bei der Buchführungsprüfung

Der Abschlußprüfer hatte nach den Prüfungsrichtlinien in einer Schlußbemerkung zum Prüfungsbericht nochmals gesondert auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Belegwesens einzugehen (vgl. S. 108).

i. Bedeutung der Buchführung im Devisengeschäft

Gerade im Bereich des Devisenhandels kommt der Buchführung und dem Belegwesen überragende Bedeutung zu; sie stellen das einzig sichtbare Ergebnis des Umsatzgeschehens im Devisengeschäft dar. In keinem anderen Geschäftsbereich können die Umsätze innerhalb von kurzen Zeiträumen von einzelnen Händlern so entscheidend beeinflußt werden, wie in der Devisenabteilung. Wenn also Mängel in der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung vorliegen, wird man früher als in anderen Bereichen einer Bank die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Frage stellen müssen. Der Informationswert des Prüfungsberichtes zu diesem Problem war jedoch abhängig von den Anforderungen, die damals an eine ordnungsmäßige Buchführung im Devisengeschäft gestellt werden konnten.

ii. Begriff der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

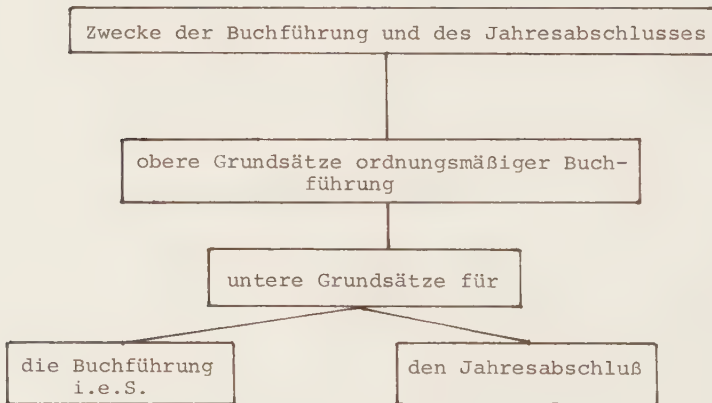
Der Begriff der "Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung" wird vom Gesetzgeber mehrfach verwendet (u.a. in den §§ 38 HGB, 149 AktG, 5 EStG)¹; es handelt sich dabei um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der im Wechselspiel zwischen Recht-

¹ Vgl. Adolf Coenenberg, Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, 4. A., München 1979, S. 42

sprechung, fachkundigen Praktikern und Vertretern der Betriebswirtschaftslehre ausgefüllt wird ¹. Nach herrschender Meinung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung direkt aus den Zwecken der Buchführung und des Jahresabschlusses abzuleiten ².

In diesem Sinn hat Leffson ein System von oberen Grundsätzen entwickelt, aus denen sich für alle praktischen Fälle untere Grundsätze ableiten lassen (vgl. Abb. 4); sie enthalten auch die Grundsätze für den Jahresabschluß (Inventur, Bilanzierung), die für uns erst in Punkt dd) bedeutsam werden.

Abbildung 4: ³ System der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung



¹ Vgl. Adolf Coenenberg, a.a.O., S. 42

² Vgl. Ulrich Leffson, Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft Bd. I, 4. A., hrsg. v. E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1974, Sp. 1012

³ In Anlehnung an Adolf Coenenberg, a.a.O., S. 43

Als Grundsätze für die Ordnungsmäßigkeit der laufenden Buchführung konnten die folgenden Forderungen angesehen werden: ¹

- (1) Der Buchführung sollte ein System zugrunde liegen; am zweckmäßigsten wird in der Regel das System der doppelten Buchführung sein.
- (2) Grundlage der Buchführung sollte ein systematischer Kontenplan sein; dies setzt eine ausreichende Gliederung und die Trennung in Erfolgs- und Bestandskonten (Vermeidung gemischter Konten) voraus.
- (3) In der Buchführung müssen die Geschäftsvorfälle einzeln, lückenlos und unverzüglich mit der eindeutigen Bezeichnung des Sachverhaltes verbucht werden.
- (4) Sämtliche Aufzeichnungen müssen belegt werden können - Belegprinzip.
- (5) Die Buchführung muß davor gesichert werden, daß nachträglich Konten entfernt und durch gefälschte ersetzt, oder daß einzelne Buchungen geändert werden können.
- (6) Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung muß durch ein internes Kontrollsystem gesichert sein.

iii. Beachtung einzelner Grundsätze im Devisengeschäft

Von der Beachtung der Grundsätze (1) und (2) über den systematischen Aufbau der Buchführung konnte auch im Devisengeschäft ausgegangen werden. Die laufenden Geschäftsvorfälle aus dem Devisenhandel werden in dreifacher Weise in der Buchhaltung einer Devisenabteilung festgehalten: in einem über DM lautenden Hauptbuchkonto, einer gesonderten Währungsbuchhaltung und einem Devisenskontro. Die Nebenbücher haben die Aufgabe, die Aufzeichnungen des Hauptbuches zu ergänzen, zu spezifizieren und zu kontrollieren.

Das Hauptbuchkonto, über das alle Devisengeschäfte verbucht werden, wird Devisenkonto genannt. Bei entsprechend großen

¹ Vgl. Ulrich Leffson, die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 2. Aufl., Düsseldorf 1970, S: 85 ff.

Umsätzen in einzelnen Währungen kann für jede dieser Währungen ein besonderes Devisenkonto geführt werden ¹. Das Devisenkonto wird als gemischtes Bestandskonto geführt ². Eine andere Vorgehensweise läßt die Eigenart des Devisenhandels nicht zu.

Eine Bank, die im Devisenhandel tätig ist, benötigt zur Durchführung ihrer Aufgaben Fremdwährungskonten bei ihren ausländischen Korrespondenzbanken. Zur Kontrolle und zu Abstimmungszwecken wird ein Konto in der entsprechenden Landeswährung geführt. Neben die DM-Buchhaltung tritt damit eine Währungsbuchhaltung. Um auch hier das System der doppelten Buchführung aufrechtzuerhalten, ist zum Ausgleich mit den Buchungen auf den Fremdwährungskonten der ausländischen Banken ein Ausgleichskonto in der jeweiligen Währung erforderlich, welches Währungskonto heißt ³.

Der dritte Bestandteil der Währungsbuchhaltung im weitesten Sinn wird Devisenskontro genannt. Das Devisenskontro hat die Aufgabe, den Gesamtbestand, der im DM-Devisenkonto ausgewiesen wird, nach verschiedenen Währungen aufzugliedern, damit die Bestände in den einzelnen Währungen mengen- und wertmäßig festgestellt werden können. Die mengenmäßige Bestandsermittlung dient einmal zur Abstimmung mit den Währungskonten und zum anderen als tägliche Dispositionsgrundlage für die Devisenhändler. Die wertmäßige Bestandsermittlung, d.h. die Umrechnung der Währungsbestände in DM anhand des Skontos nach dem Niederstwertprinzip ist erforderlich, um das Devisenkonto als gemischtes Bestandskonto abschließen zu können. Das Skontro wird in Staffelform geführt.⁴

Devisentermingeschäfte können in gleicher Weise verbucht werden, wobei dann über ein gemischtes Termin-Devisenkonto gebucht wird ⁵.

1 Vgl. Wolfgang Compter und Ludwig Markl, Bankbuchführung, Ausgabe B, 4. A., Darmstadt 1970, S. 108

2 Vgl. Erich Kasten und Bernhard Bergmann, Grundlagen der Bankbuchführung, 18. A., Rinteln und München 1967; Walter Scholz, Die Bilanzierung und Prüfung des Devisengeschäfts der Kreditinstitute, in: Die Wirtschaftsprüfung 1975, S. 26

3 Vgl. Erich Kasten und Bernhard Bergmann, Grundlagen der Bankbuchführung, a.a.O., S. 211 f.

4 Vgl. ebenda, S. 211

5 Vgl. o.V., Währungsbuchhaltung, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. II, 3. A., Frankfurt 1967/68, S. 1768

Von den verbleibenden Grundsätzen kommt der Forderung nach einem internen Kontrollsystem (6) besondere Bedeutung zu. Die Beachtung dieser Verpflichtung wird immer auch zur Erfüllung der Grundsätze (3) - (5) führen (vgl. im einzelnen S. 182 f.). Da die erforderliche Ausgestaltung des internen Kontrollsystems vom Geschäftsumfang abhängig ist ¹, hätte in Verbindung mit dem zunehmenden Umsatzvolumen im Devisengeschäft nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität Mängel in diesem Bereich vermutet werden können. Ob sie im Rahmen der Abschlußprüfung feststellbar waren, soll im folgenden untersucht werden.

iv. Zweckmäßige Prüfung der Ordnungsmäßigkeit

Ausgangspunkt für eine zweckmäßige Festlegung der Prüfungshandlungen bildet auch im Bereich des Devisenhandels die Durcharbeitung des internen Kontrollgefüges ², weil insbesondere die Fülle des Prüfungsstoffes ein planmäßiges Vorgehen verlangt ³, d.h. "für die Wirtschaftsprüfer ist es viel wichtiger, die Organisations- und Kontrolleinrichtungen ... einer kritischen Untersuchung zu unterziehen, als möglichst viele vergleichende und rechnerische Prüfungen zu machen" ⁴.

Die Prüfung des Rechnungswesens für das Devisengeschäft könnte man danach in drei Etappen durchführen: ⁵

- a) Untersuchung der beabsichtigten Organisation
- b) Vergleich der beabsichtigten mit der tatsächlichen Organisation (...)
- c) Prüfung der Stellen, die bei der Untersuchung der geplanten Organisation als gefährlich ermittelt wurden, und der Stellen, wo sich zeigte, daß beabsichtigte und tatsächliche Organisation nicht übereinstimmen (...).

1 Vgl. Ulrich Leffson, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a.a.O., S. 87

2 Vgl. Helmut Neubert, Das Internal Control System im Rahmen der Jahresabschlußprüfung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1959, S. 483

3 Vgl. Klaus-Henning Heine, Der Prüfungsplan für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1962, S. 32

4 Carl Wirtz, Prüfungsaufgabe, Prüfungsumfang und Prüferhaltung, in: Die Betriebswirtschaft 1937, S. 185, zitiert bei Pougín, Die Berücksichtigung des internen Kontrollsystems als Grundlage ordnungsmäßiger Abschlußprüfung, Düsseldorf 1959, S. 99

5 Klaus-Henning Heine, a.a.O., S. 33

Man hätte annehmen können, daß eine solche Vorgehensweise ständige Übung bei der Prüfung von Kreditinstituten war, da schon vor dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen in den Prüfungsrichtlinien wörtlich gefordert wurde, daß die Organisation des Rechnungswesens im Prüfungsbericht zu besprechen und auf wesentliche Mängel in der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens hinzuweisen war ¹. Wegen des engen Zusammenhangs zwischen der Organisation des Devisengeschäfts allgemein und der Organisation des Rechnungswesens im Devisengeschäft, mußte u.E. die Prüfung des Rechnungswesens auch das interne Kontrollgefüge umfassen, so wie es bei Neubert umschrieben wird: "Internal Control umfaßt sowohl den Organisationsplan als auch sämtliche aufeinander abgestimmten Methoden und Maßnahmen in einem Unternehmen, die dazu dienen, sei Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten ..." ²

Trotzdem wurden solche Prüfungshandlungen nicht in allen Fällen durchgeführt. Möglicherweise wurde darauf verzichtet, weil die Untersuchung des internen Kontrollgefüges in den Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlußprüfung noch nicht als Muß-Vorschrift bezeichnet war ³. Möglicherweise wurde auch das mit dem neuen Wechselkurssystem verbundene Risiko aus dem Devisengeschäft noch nicht für so bedeutend gehalten, daß man sich mit diesem Geschäftsbereich schwerpunktmäßig befassen mußte. Zum dritten verlangt gerade die Prüfung des internen Kontrollsystems den Prüfern in starkem Umfang Fachwissen ab, das im Falle des Devisengeschäfts nicht ausreichte, um das Kontrollsystem zu beurteilen ⁴.

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung Nr. 2/68, a.a.O., S. 2

2 Neubert übersetzt hier eine Umschreibung des Begriffs "Internal Control", die in einer Sonderuntersuchung des American Institute of Certificate Public Accountants enthalten ist, Helmut Neubert, Internal Control und Innenrevision im Rahmen der Abschlußprüfung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1960, S.174

3 Vgl. Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Fachgutachten 1/1967, a.a.O., S. 159

4 Auf den Aspekt des Fachwissens bei Bankprüfungen allgemein weist Puckler hin; vgl. Godehard Puckler, Zum Umfang der Prüfungspflicht der Abschlußprüfer bei Kreditinstituten, in: Der Betrieb 1975, S. 871

Das Bundesaufsichtsamt konnte deshalb nicht zuverlässig davon ausgehen, Informationen über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems zu erhalten, die weitere Rückschlüsse nicht nur auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Belegwesens, sondern allgemein auch auf die ordnungsmäßige Durchführung des Devisengeschäfts ermöglicht hätten.

dd) Feststellung von Devisenhandelsrisiken und -verlusten bei der Prüfung des Jahresabschlusses

Das Devisenhandelsergebnis wird in keiner eigenen Jahresabschlußposition zusammengefaßt wiedergegeben. Informationen darüber erhielt das Bundesaufsichtsamt - wie schon erwähnt - im Prüfungsbericht unter Punkt A. II. (Darstellung der geschäftlichen Entwicklung im Berichtszeitraum) ¹. Die Zuverlässigkeit dieser Information über mögliche Devisenhandelsgewinne oder -verluste wurde jedoch entscheidend durch die Jahresabschlußprüfung bestimmt. Dabei lassen sich für unsere Zwecke drei Prüfungsfragen unterscheiden: ²

- Prüfung, ob alle aktiven und passiven Bilanzgegenstände erfaßt und nachweisbar sind,
- Prüfung der richtigen Bewertung,
- Prüfung des richtigen Ausweises der kumulierten Geschäftsvorfälle in der Gewinn- und Verlustrechnung.

i. Prüfung der Inventarisierung von Devisengeschäften

Um die Inventarisierung der Devisengeschäfte auf ihre Ordnungsmäßigkeit hin überprüfen zu können, muß zunächst gefragt werden, welche Anforderungen das Gesetz an die Inventarisierung von Devisengeschäften stellt. Die gesetzliche Grundlage für die Erstellung eines Inventars enthält § 39 HGB ³. Ein Kaufmann hat danach alle Vermögensgegenstände und Schulden mit Angabe ihrer Werte zu verzeichnen (§ 39 Abs. 1 HGB). Von den in § 39 Abs. 1 HGB genannten Inventarpositionen ergibt

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung Nr. 2/68, a.a.O., S. 3

2 Vgl. Anton Heigl und Peter Uecker, Die aktienrechtliche Prüfung, Stuttgart 1970, S. 27; Ulrich Leffson, Die Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 309 f.

3 Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897, abgedruckt in: Schönfelder, Deutsche Gesetze, Ziff. 50

sich zunächst nur eine Aufzeichnungspflicht aus dem Devisenkassageschäft, d.h. der An- und Verkauf von Kassadevisen führt zur Veränderung in der Höhe der Forderungen und Verbindlichkeiten an ausländische Kreditinstitute. Am Jahresende müssen also die Devisenbestände aufgezeichnet werden. Die Vorschriften des HGB verlangen nicht die Inventarisierung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten und auch nicht von schwebenden Geschäften. Damit fehlt eine ausdrückliche Regelung für die Inventarisierung von Devisentermingeschäften.¹

Jedes Kreditinstitut war jedoch verpflichtet, für Risiken aus schwebenden Geschäften (gem. § 152 Abs. 7 AktG), zu denen die Devisentermingeschäfte zu rechnen sind, Rückstellungen zu bilden. Um die Notwendigkeit einer solchen Rückstellung zu erkennen, wird eine Zusammenstellung nötig sein, die einem Inventar von Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht.²

Die Überprüfung des Inventars für den Bereich des Devisengeschäfts erfolgt analog der Prüfung von Forderungen und Verbindlichkeiten anhand von sogenannten Saldenlisten³. In diesen Listen sind einmal die aus dem Devisenkassageschäft resultierenden Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten enthalten, wobei eine Ordnung nach Währungen und innerhalb der Währung nach Debitoren und Kreditoren aus Gründen der Übersichtlichkeit zweckmäßig erscheint. In den sogenannten Terminlisten sind die Lieferverbindlichkeiten und Lieferverpflichtungen aus dem Devisentermingeschäft nach verschiedenen Währungen, Geschäftssparten und zusätzlich nach verschiedenen Fälligkeitsterminen geordnet.

Mit Hilfe dieser Salden- und Terminlisten kann das Vorhandensein der Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten und auch der Lieferforderungen und Lieferverbindlichkeiten aus dem Devisengeschäft überprüft werden. Da in diesen Listen jedoch

¹ Vgl. Hans-Joachim Reichow, Devisentermingeschäfte - ihre Erfassung und Bewertung bei Banken (I), in: Der Betrieb 1977, S. 687

² Vgl. ebenda

³ Vgl. Ulrich Leffson, die Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 309

nur der Sollbestand angegeben ist, muß auch überprüft werden, ob diesen Beständen Geschäftsvorfälle zugrunde liegen. In der Regel werden hierzu Saldenbestätigungen verschickt.¹

Das Fachgutachten über die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlußprüfern aus dem Jahre 1967² sprach sich zur Einholung von Saldenbestätigungen jedoch zu ungenau aus³, insbesondere die Notwendigkeit der Saldenbestätigung aus schwebenden (hier Termin-)Geschäften wurde dort nicht angesprochen.

Die Angaben im Prüfungsbericht konnten dem Bundesaufsichtsamt deshalb keine zuverlässige Information über die ordnungsmäßige Inventarisierung der Devisengeschäfte bieten, die gefährliche Entwicklungen (drohende Verluste aus schwebenden, nicht ordnungsmäßig erfaßten Devisentermingeschäften) hätten anzeigen können.

ii. Prüfung der richtigen Bewertung von Devisengeschäften

Prüfungsobjekt ist hier die von den Kreditinstituten durchgeführte Bewertung der zum Bilanzstichtag vorhandenen Fremdwährungsaktiva und -passiva sowie der Lieferansprüche und -verpflichtungen aus dem Devisenkassa- und -termingeschäft⁴. Die Überprüfung der richtigen Bewertung der Devisenpositionen war nicht ausreichend, um die Risiken im Devisengeschäft der Banken zuverlässig anzuzeigen, weil über die richtige Bilanzierung von Devisengeschäften bei Kreditinstituten und Wirtschaftsprüfern eine gewisse Unsicherheit und vor allen Dingen unterschiedliche Auffassungen bestanden⁵.

1 Vgl. Ulrich Leffson, Die Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 309

2 Vgl. Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Fachgutachten 1/1967, a.a.O., S. 160

3 Vgl. Heribert Löw, Das Fachgutachten 1/1977 des Instituts der Wirtschaftsprüfer über die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlußprüfungen, in: Die Aktiengesellschaft 1978, S. 161

4 Vgl. Bankenfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Stellungnahme 1/75, Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute, in: Die Wirtschaftsprüfung 1975, S. 666

5 Vgl. Walter Scholz, a.a.O., S. 25

Negativ für Aufsichtszwecke war die vorherrschende Bewertungspraxis, bei der die Fremdwährungsposten (auch Terminpositionen) ohne Beachtung der Anschaffungskurse mit den Stichtagskursen bewertet wurden¹. Das stellt einen Verstoß gegen § 155 Abs. 2 AktG oder allgemein gegen das sogenannte

Niederstwertprinzip dar, wenn die Anschaffungskurse unter den Stichtagskursen liegen. Der damit verbundene Ausweis nicht realisierter Gewinne kann den Ausweis schon realisierter Devisenhandelsverluste verhindern und damit den Informationswert der Jahresabschlußangaben für den Aufsichtszweck vermindern.

Während bei unwesentlichem Geschäftsumfang, geringwertigen offenen Positionen und geringen Kursschwankungen diese Bewertungspraxis toleriert werden konnte, stellt sie nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen einen großen Unsicherheitsfaktor in den Jahresabschlußangaben dar, weil gerade mit dem Übergang zur Wechselkursflexibilität der Geschäftsumfang, die Kursschwankungen und auch das Ausmaß der offenen Positionen zugenommen haben.

iii. Prüfung des richtigen Ausweises der kumulierten Geschäftsvorfälle

Unter welche Jahresabschlußpositionen die kumulierten Geschäftsvorfälle aus dem Devisengeschäft auszuweisen sind, ist nicht direkt aus den Formblättern für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten ersichtlich, da weder in der Schlußbilanz noch in der Gewinn- und Verlustrechnung eine besondere Position für das Devisengeschäft vorgesehen ist². Einen näheren Aufschluß über die Zuordnung der kumulierten Vorfälle aus dem Devisengeschäft bringen erst die Richtlinien für die Aufstellung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute³. Danach müssen Aufwendungen und Erträge

1 Vgl. Walter Scholz, a.a.O., S. 25 f.

2 Vgl. Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten und die dazugehörigen Muster der Formblätter, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, Ziff. 14 bzw. 15

3 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bilanzierungsrichtlinien, a.a.O.

den Posten zugeordnet werden, zu denen sie ihrer Art nach gehören ¹. Da der Devisenhandel seinem Ursprung nach primär ein Dienstleistungsgeschäft darstellt, muß der Erfolg aus dem Devisen-Kundengeschäft folgerichtig unter den Posten 3 und 6 'Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften' und 'Provisionen und ähnliche Aufwendungen aus Dienstleistungsgeschäften' zusammen mit den Erfolgskomponenten anderer Dienstleistungsgeschäfte nach dem Bruttoprinzip ² ausgewiesen werden ³. Der Gewinn aus dem Devisengeschäft - soweit er nicht aus dem Dienstleistungs- oder Kundengeschäft stammt - muß unter dem Posten 4 'Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft' einbezogen werden ⁴. Ergibt sich aus dem Deviseneigenhandel ein Verlust, muß dieser unter den 'sonstigen Aufwendungen' Posten 21 ausgewiesen werden ⁵.

Der Abschlußprüfer muß hier beurteilen, ob der Einblick nicht durch falsche Zuordnung von Geschäftsvorfällen zu den Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung oder durch unstetige Zuordnung in aufeinander folgenden Perioden vermindert wird ⁶.

Eindeutige Informationen über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft kann der Jahresabschluß im Zusammenhang mit den Bilanzierungsrichtlinien nicht aufzeigen, weil eine zweifelsfreie Trennung zwischen dem Erfolg aus dem Devisenhandel als Dienstleistungs- bzw. Eigengeschäft nicht möglich ist. Die Zuweisung zu den obengenannten Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung wird deshalb je nach der tatsächlichen Erfolgs-

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bilanzierungsrichtlinien, a.a.O., S. 6

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. ebenda, S. 15 u. 16

4 Vgl. Heinrich Birck und Heinrich Meyer, Die Bankbilanz, a.a.O., S. 95

5 Vgl. ebenda, S. 72

6 Vgl. Ulrich Leffson, Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 310

entwicklung geschehen ¹. Diese verminderte Aussagefähigkeit der Jahresabschlußangaben wird jedoch dadurch ausgeglichen, daß der Abschlußprüfer nach den Prüfungsrichtlinien - wie oben schon erwähnt - die Struktur des Bankgeschäfts und die Entwicklung der Ertragslage darstellen mußte (vgl. S. 110).

2. Beurteilung der Jahresabschlußunterlagen in zeitlicher Hinsicht

Der Informationswert des Jahresabschlusses und des Prüfungsberichts muß neben sachlichem auch unter zeitlichem Aspekt betrachtet werden, weil das System der Eingriffsmöglichkeiten um so wirksamer eingesetzt werden kann, je rechtzeitig dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen Informationen über gefährliche Entwicklungen bei den einzelnen Kreditinstituten zugehen.

Der Jahresabschluß und der Prüfungsbericht mußten gem. § 26 KWG a.F. "unverzüglich" von den Kreditinstituten beim Bundesaufsichtsamt und bei der Deutschen Bundesbank eingereicht werden. Da gemäß § 27 Abs. 1 Satz 2 KWG a.F. die Aufstellung und die Prüfung des Jahresabschlusses spätestens bis zum Ablauf von fünf Monaten seit Beendigung des Geschäftsjahres vorzunehmen und anschließend noch die Feststellung des Jahresabschlusses vor der Einreichung notwendig war, betrug die maximale Frist bis zur Einreichung der Jahresabschlußangaben etwas mehr als fünf Monate ². Das Bundesaufsichtsamt konnte also Informationen über die Risiken im Devisengeschäft einer Bank, die nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität Anfang März 1973 besonders stark zugenommen haben, erst nach etwa 12 Monaten erhalten. Diese Zeitspanne war besonders für das Devisengeschäft mit seiner - im Vergleich zu anderen Bankgeschäften - überragenden Dynamik zu lang, es sei denn, daß der Prüfungsbericht Informationen enthielt, die frühzeitig auf Verlustrisiken im Devisengeschäft hinwiesen. Hierzu ge-

¹ Vgl. Max Kruk, Kursverluste und -gewinne ..., a.a.O., S. 5

² Vgl. Ludwig Schork, Gesetz über das Kreditwesen, a.a.O., § 26, Anm. 30

hören besonders im Devisengeschäft Mängel in der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens (z.B. unzureichendes internes Kontrollsystem).

Bei schwerwiegenden Mängeln in diesem Bereich, über die im Prüfungsbericht zu informieren gewesen wäre, hätte das Bundesaufsichtsamt rechtzeitig eingreifen können, weil durch diesen Indikator in einem frühen Stadium über eine mögliche Verlustgefahr bzw. über eine mögliche Gefährdung für Gläubigergelder berichtet wurde.

Wenn das Bundesaufsichtsamt erst nach fünf Monaten durch die Jahresabschlußunterlagen über Verluste aus dem Devisengeschäft Kenntnis erlangte, war der Wert dieser Information gering, weil in diesem Zeitraum weitere Verluste entstanden sein konnten.

c) Die Beurteilung der monatlichen Bilanzstatistik ¹ als Informationsinstrument

Unter dem Kriterium der Rechtzeitigkeit stellten die monatlichen Bilanzstatistiken einschließlich der monatlichen Meldungen zum 'Auslandsstatus' eine geeignetere Informationsmöglichkeit dar als die Jahresabschlußunterlagen, da sie spätestens am fünften Geschäftstag nach Ablauf eines Monats bei der zuständigen Landeszentralbank einzureichen waren ².

1. Meldungen zum Auslandsstatus

Die monatlichen Meldungen zum Auslandsstatus mußten von allen inländischen Kreditinstituten erstattet werden, die Fremdwährungskonten bei ausländischen Banken unterhalten oder für ausländische Banken führen ³. In den dafür vorgesehenen Vor-

¹ Diese gelten gemäß § 25 Abs. 1 auch als Monatsausweise

² Vgl. Deutsche Bundesbank, Anordnung gemäß § 18 Bundesbank-Gesetz vom 6. Dezember 1968, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Schneider/Bähre, Kreditwesengesetz, Kennziffer 3.04

³ Vgl. Deutsche Bundesbank, Anordnung gemäß § 18 Bundesbank-Gesetz vom 9. Dezember 1968, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, Kennziffer 3.04 c.

drucken (Auslandsstatus-Fremdwährung) ¹ mußten u.a. die täglich fälligen und die bis zu einem Jahr befristeten Fremdwährungs-Forderungen und -Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten nach Währungen getrennt wiedergegeben werden.

Diese Angaben waren jedoch zur aufsichtsrechtlichen Beurteilung des Währungsrisikos nicht ausreichend, weil darin Abnahme- und Lieferverpflichtungen aus Devisentermingeschäften nicht enthalten waren, die bestehende offene Fremdwährungspositionen ausgleichen oder auch vergrößern. Aus diesen Angaben waren höchstens ungefähre Rückschlüsse auf die Entwicklung des Umsatzvolumens an den Devisenmärkten allgemein möglich. Die ordnungsmäßige Durchführung des Devisengeschäftes bei einzelnen Kreditinstituten konnte aufgrund dieser Angaben jedoch nicht in Zweifel gezogen werden.

2. Monatliche Zwischenbilanzen

Bei der monatlichen Bilanzstatistik i.e.S. handelt es sich um Zwischenbilanzen, die nach Consbruch-Möller nur einen Einblick in die Entwicklung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eines Kreditinstitutes ermöglichten ². Da der Auslandsstatus keine direkten Informationen über das Währungsrisiko bot, wären zumindest Informationen über realisierte Devisenhandelsverluste oder Informationen über die monatliche Entwicklung der allgemeinen Ertragslage eines Kreditinstituts zweckmäßig gewesen.

Während es richtig ist, daß mit der monatlichen Bilanzstatistik kein differenzierter Einblick in die Entwicklung der Ertragslage möglich war, muß die Aussage in bezug auf die allgemeine Ertragsentwicklung widerlegt werden, weil unter den 'Sonstigen Aktiva' u.a. ein 'Aktivsaldo der Aufwands-

1 Abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, Kennziffer 365

2 Vgl. Consbruch/Möller, KWG-Kommentar, Stuttgart 1965, S. 214

und Ertragskonten' ausgewiesen werden mußte ¹. Unter dieser Position müßte z.B. ein realisierter Gesamtverlust aus dem Devisenhandel erscheinen, der allerdings nur dann zum Vorschein kam, wenn er den Passivsaldo der übrigen Aufwands- und Ertragskonten überstieg oder wenn dieser dem Jahresverlauf entsprechend ² stark rückgängig war.

Im Fall Herstatt war die Feststellung der im Jahresverlauf realisierten Devisenhandelsverluste allerdings nicht möglich, weil sie nicht unter den sonstigen Aktiva, sondern unter den Auslandsforderungen ausgewiesen wurden ³. Die Vorgehensweise bei der Manipulation der monatlichen Bilanzstatistik wurde oben schon beschrieben (vgl. S.55 ff.). Der Spielraum zur Manipulation der monatlichen Bilanzstatistik war sehr viel größer als zur Manipulation des Jahresabschlusses, weil die Zuverlässigkeit dieser Angaben nicht von einer unabhängigen Instanz überprüft wurde.

d) Zusammenfassung

Die laufenden Informationsmöglichkeiten führten zu keiner ausreichenden Unterrichtung des Bundesaufsichtsamtes über die Entwicklung der Risiken im bankmäßigen Devisenhandel nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität. Es fehlten spezielle Melde-, Prüfungs- und Berichterstattungspflichten über das Devisengeschäft.

Soweit frühzeitige Informationen über gefährliche Tendenzen im Devisengeschäft möglich gewesen wären (Ergebnis der Buchführungsprüfung über Mängel im internen Kontrollsystem einer Devisenabteilung oder außerordentliche Entwicklung der Er-

1 Vgl. Richtlinien für die Meldungen der Kreditinstitute zur "Monatlichen Bilanzstatistik", abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, Kennziffer 365, S. 36 f.

2 Es läßt sich feststellen, daß der Passivsaldo i.d.R. konstant im Jahresverlauf zunimmt und im Dezember wegen der Jahresabschlußbuchungen stark rückläufig ist. Vgl. im einzelnen Deutsche Bundesbank, Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen

3 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 218

tragslage anhand der monatlichen Zwischenbilanzen), konnte das Bundesaufsichtsamt nicht auf die Zuverlässigkeit dieser Informationen vertrauen: Zum ersten waren die Abschlußprüfer nicht eindeutig zur Feststellung von Mängeln im internen Kontrollsystem verpflichtet, und zum zweiten unterlagen die monatlichen Zwischenbilanzen generell keiner Prüfung.

Die weiteren Informationen im Rahmen des Prüfungsberichtes über die Ertragsentwicklung (realisierte Devisenhandelsverluste oder drohende Verluste aus schwebenden Devisentermingeschäften) waren unzureichend. Sie gingen dem Bundesaufsichtsamt im ungünstigsten Fall erst fünf Monate nach Beendigung des Geschäftsjahres zu. Zum zweiten war die Zuverlässigkeit dieser Angaben nicht durch eindeutige Prüfungspflichten geregelt.

II. Bankaufsichtsmaßnahmen im Fall Bankhaus I.D. Herstatt

Am Beispiel des Bankhauses Herstatt sollen im Folgenden die Entscheidungsmöglichkeiten des Bundesaufsichtsamtes untersucht werden, um sich Gewißheit über die bei Herstatt vermuteten Devisenhandelsrisiken zu verschaffen.

Bei der Beurteilung unterscheiden wir die tatsächlich durchgeführten und zum zweiten die Möglichkeiten und Grenzen der nicht ergriffenen Maßnahmen.

a) Wirksamkeit der durchgeführten Maßnahmen

1. Telefonische Rücksprachen bei Herstatt

Da bereits im Sommer 1973 Gerüchte über ein zu großes Umsatzzentrum bei Herstatt in Devisenhandelskreisen kursierten¹, hatte das Bundesaufsichtsamt nach unseren Quellen mindestens zwei-

¹ Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, in: Wertpapier-Mitteilungen 1979, S. 936

nal mit dem haftenden Gesellschafter Rücksprache gehalten ¹. Am 12. Dezember 1973 wurde dem Bundesaufsichtsamt telefonisch bestätigt, daß die offenen Devisenpositionen weiterhin auf 25 Millionen DM begrenzt seien und daß im Dezember 1973 praktisch kein Devisenhandel stattgefunden habe ². Das Bundesaufsichtsamt mußte sich mit diesen Auskünften zufrieden geben, da diese nicht aufgrund beweisbarer Tatsachen oder eindeutiger Anhaltspunkte widerlegt werden konnten ³.

Aufgrund des Sondercharakters solcher Gespräche und der faktischen Autorität der Institution Bundesaufsichtsamt konnte dieses davon ausgehen, daß angesprochene Mißstände im Devisengeschäft der Bank abgestellt worden wären, sofern sie bestanden haben sollten.

Die Autorität sehen wir darin begründet, daß Herstatt die weiteren Möglichkeiten kennen mußte, mit denen sich das Bundesaufsichtsamt über die vermuteten Devisenhandelsrisiken in seiner Bank sichere Informationen beschaffen konnte. Man wird sogar davon ausgehen können, daß das Bundesaufsichtsamt Herstatt diese Maßnahme für den Fall angedroht hatte, daß die Gerüchte an den Devisenmärkten aufgrund von Selbstbeschränkungen des Herstatt-Devisenhandels nicht nachlassen würden. Damit sind über die normale Jahresabschlußprüfung hinaus die besonderen Informationsmöglichkeiten nach § 29 Abs. 2 KWG a.F. (vgl. hierzu Punkt 2.) und die besonders schwerwiegenden Maßnahmen nach § 44 Abs. 1 Ziff. 1 - 3 KWG a.F. (vgl. hierzu Punkt b) angesprochen.

2. Anweisung des Bundesaufsichtsamtes an den Herstatt-Ab-schlußprüfer gem. § 29 Abs. 2 KWG a.F.

aa) Vorgeschehen

Anfang 1974 verdichteten sich die Gerüchte über riskante Devisentermingeschäfte bei Herstatt ⁴ und man sprach zu diesem

1 Vgl. Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 19. September 1977, a.a.O., S. 1439

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. o.V., Gespielt ... (III), in: Der Spiegel 1975/15, S. 57

Zeitpunkt schon von großen Verlusten ¹. Der Landeszentralbank Köln wurde auf Anfrage telefonisch bestätigt, das Institut habe in den letzten Monaten keine Verluste hinnehmen müssen ². Dennoch bat die Landeszentralbank am 25. Januar 1974 das Bundesaufsichtsamt, die zuständige Prüfungsgesellschaft anzuweisen, daß im Rahmen der Abschlußprüfung für das Jahr 1973 die Risiken aus den Devisentermingeschäften im Prüfungsbericht eingehend dargestellt und beurteilt werden sollten ³.

Das Bundesamt forderte dann einen Monat später am 25. 2. 1974 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Karoli unter Bezugnahme auf § 29 Abs. 2 KWG schriftlich auf, sich im Rahmen der Abschlußprüfung mit dem Devisengeschäft von Herstatt schwerpunktmäßig zu beschäftigen ⁴.

Ursächlich für die Anweisung war die Unterrichtung durch den Bundesbankpräsidenten (vgl. S. 136) ⁵.

bb) Eignung in sachlicher Hinsicht

Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes konnte sich das Bundesaufsichtsamt nicht auf diese Anweisung beschränken, weil die ihm im Januar und Februar 1974 zugegangenen Informationen ⁶ weitere Maßnahmen notwendig machten, "die geeignet waren, die für die Beurteilung des laufenden Devisentermingeschäfts bei Herstatt notwendigen Tatsachen umgehend festzustellen" ⁷. Der Bundesgerichtshof sieht es nicht als zweifelsfrei an, daß mit der schwerpunktmäßigen Prüfung des Devisengeschäfts im Rahmen der Jahresabschlußprüfung für das Jahr 1973 auch ausreichende Beurteilungsgrundlagen für die Devisenhandelspraxis des Jahres 1974 zu gewinnen waren ⁸.

1 Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 3

2 Vgl. ebenda; siehe auch o.V., Gespielt ... (III), a.a.O., S.57

3 Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 3

4 Vgl. ebenda

5 Vgl. ebenda

6 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 936

7 Ebenda

8 Vgl. ebenda

Wenn wir oben als Nachteil der Jahresabschlußprüfung besonders hervorgehoben haben, daß sich das Bundesaufsichtsamt nicht sicher sein konnte, daß trotz der Gerüchte an den Devisenmärkten eine schwerpunktmäßige Prüfung des Devisenhandels von Herstatt vorgenommen wurde, so wurde diese Unsicherheit durch die Anweisung des Bundesaufsichtsamtes an Karoli eindeutig ausgeräumt.

Zum zweiten wurden in dieser Anweisung klare Aussagen zum Prüfungsinhalt gemacht. "Hierbei interessiert besonders, welche Risiken (offene Positionen) eingegangen wurden, welche Umsätze getätigt wurden und insbesondere, ob die Organisation der technischen Abwicklung und die bestehenden Kontrolleinrichtungen gewährleisten, daß die Geschäftsleitung der Bank über Umfang und Höhe der eingegangenen Engagements und die damit verbundenen Risiken stets umfassend unterrichtet sein konnte und war." ¹

Wenn die Jahresabschlußprüfer die Organisation und die Kontrolleinrichtung im Devisengeschäft der obengenannten Fragestellung entsprechend zu untersuchen und zu beurteilen haben, betrachteten sie de facto die Organisation und Kontrolleinrichtungen zum Zeitpunkt der Prüfung. Das Bundesaufsichtsamt hätte damit also mehr als ausreichende Beurteilungsgrundlagen für die Führung des Devisenhandels Anfang 1974 erhalten können. Dort wurde auch, wie oben schon erwähnt (vgl. S. 49), eine offene Plusposition gegenüber dem US-Dollar von 711,3 Millionen US-Dollar festgestellt, die sich aus der Nachverbuchung von nicht ordnungsgemäß erfaßten Devisentermingeschäften in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar ergeben haben soll; die offene Position entsprach damit dem Achtundzwanzigfachen des von Herstatt gesetzten Limits von 25 Millionen DM.

¹ O.V., Gespielt ... (III), a.a.O., S. 57 (dort wahrscheinlich direktes Zitat der Anweisung); zum Inhalt vgl. auch Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 2

Die sichere Kenntnis dieser Mißstände, die im Prüfungsbericht enthalten waren ¹, hätten in mehrfacher Hinsicht Eingriffe des Bundesaufsichtsamtes nach § 46 KWG gerechtfertigt.

cc) Eignung in zeitlicher Hinsicht

Der Prüfungsbericht wurde schon am 11. März 1974 abgeschlossen. Dem Bundesaufsichtsamt ging er jedoch erst am 18. Juni 1974 zu ². Die sicheren Kenntnisse über eine nicht mehr ordnungsmäßige Führung des Devisengeschäfts mußte also schon vor dem 11. März zumindest den Abschlußprüfern bekannt gewesen sein.

Für uns stellen sich die beiden Fragen, warum die unter bb) genannten Informationen dem Bundesaufsichtsamt nicht schon vor dem 11. März 1974 weitergeleitet wurden, und warum sich das Bundesaufsichtsamt nicht um eine rechtzeitige Unterrichtung vor dem 18. Juni bemüht hatte.

Zu der ersten Frage wird von dem Abschlußprüfer richtigerweise vorgebracht, daß er nach damaliger Rechtslage zu einer Unterrichtung des Bundesaufsichtsamtes nicht verpflichtet war ³. Dies ergibt sich auch aus § 29 Abs. 2 KWG a.F., wonach der Abschlußprüfer nur "auf Verlangen" Auskünfte über die bei der Prüfung getroffenen Feststellungen erteilen muß. Man wird sich also nicht der Meinung des Oberlandesgerichts Köln anschließen können, daß das Bundesaufsichtsamt erwarten konnte, bei bedeutenden Feststellungen vorab informiert zu werden ⁴.

Damit wird das Problem auf die zweite Frage verlagert, warum sich das Bundesaufsichtsamt nicht selbst um eine rechtzeitige Information bemühte, was entweder durch eine Aufforderung an Herstatt zur Abgabe des Prüfungsberichts oder durch eine Auskunft gem. § 29 Abs. 2 KWG a.F. möglich gewesen wäre. Das Bundesaufsichtsamt mußte doch eine kritische Entwicklung bei Her-

1 Vgl. o.V., Gespielt ... (III), a.a.O., S. 57

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. Peter Morner, Abgehakt und blind gesiegelt, in: Manager Magazin 1975/1, S. 65

4 Vgl. Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 19. September 1977, a.a.O., S. 1439

statt vermutet oder zumindest nicht ausgeschlossen haben, nachdem es den Abschlußprüfer angewiesen hatte, den Herstatt-Devisenhandel besonders zu untersuchen ¹.

Ohne diese Fragen hier weiter untersuchen zu können, kann festgehalten werden, daß zum damaligen Zeitpunkt eine klare organisatorische Regelung für den schnellstmöglichen Informationsfluß zwischen Bundesaufsichtsamt und Abschlußprüfer fehlte. Zum zweiten lag nach den uns verwertbaren Quellen der gesetzliche Verstoß eindeutig bei der Geschäftsleitung des Bankhauses I.D. Herstatt, weil der Prüfungsbericht nicht unverzüglich gem. § 26 KWG eingereicht wurde, sondern erst rund drei Monate später.

3. Schreiben der LZB-Hauptstelle Köln an das Bankhaus Herstatt vom 14. Juni 1974

Schon vor dem Eingang des Prüfungsberichtes bei dem Bundesaufsichtsamt in Berlin ergaben sich weitere Hinweise für die bedenkliche Entwicklung im Bankhaus Herstatt. Die LZB-Hauptstelle Köln stellte bei der Überprüfung des Monatsausweises Mai fest, daß die täglich fälligen Forderungen an ausländische Kreditinstitute sehr stark angestiegen waren (im April von 283 auf 589 und im Mai um weitere 257 auf 846 Millionen) ². In einem Schreiben der LZB Köln wurde das Bankhaus Herstatt aufgefordert, diesen außergewöhnlichen Anstieg zu erläutern ³. Unter diesen Forderungen an ausländische Kreditinstitute verbargen sich die realisierten Devisenhandelsverluste von Herstatt Köln, die über Devisentransaktionen in Forderungen an Herstatt Luxemburg umgewandelt wurden (vgl. S. 55) ⁴. Die Anfrage wurde nicht mehr beantwortet ⁵.

1 Vgl. o.V., Gespielt ... (III), a.a.O., S. 57

2 Vgl. ebenda, S. 65

3 Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 3

4 Vgl. o.V., Gespielt ... (III), a.a.O., S. 65

5 Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 3

4. Stützungsverhandlungen und Schließungszeitpunkt

Nachdem die Bundesbank und das Bundesaufsichtsamt am 22. bzw. 23. Juni 1974 von Verlusten bei Herstatt durch den Finanz-Chief des Gerling Konzerns erfahren hatten, wurden schon am folgenden Tag die Stützungsverhandlungen aufgenommen ¹.

Man wollte im Rahmen dieser Stützungsverhandlungen ein Auf-fangkonsortium bilden, welches helfen sollte, den Verlust ab-zudecken und die Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten. Gerling wollte zum Ausgleich des Verlustes, der nach damaligem Kennt-nisstand auf 470 Millionen beziffert wurde, ein Schuldaner-kenntnis abgeben. Dieses Angebot zog er zurück, nachdem die von ihm hinzugezogenen Großbankenvertreter die Übernahme einer Garantie ablehnten, da die tatsächliche Verlusthöhe noch nicht zu übersehen war und für sie das Schuldanerkennntnis von Gerling keine ausreichende Sicherheit darstellte. Durch den Rückzug von Gerling war der Stützungsverhandlung die Grundlage entzo-gen. ²

Nachdem die Stützungsverhandlungen gescheitert waren, hatte das Bundesaufsichtsamt keine Entscheidungsalternative mehr. Das Bankhaus Herstatt mußte, nachdem die Überschuldung fest-stand, sofort geschlossen werden, um mögliche Regreßansprüche zu vermeiden ³. Auf die noch schwebenden Devisengeschäfte konnte keine Rücksicht genommen werden; ihre Unterbrechung wäre zu jedem anderen Schließungszeitpunkt notwendig gewor-den ⁴.

1 Vgl. o.V., Gespielt ... (III), a.a.O., S. 65

2 Vgl. ebenda und S. 67; Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 4 und 6

3 Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Parlamentarische Anfrage, a.a.O., S. 6

4 Vgl. ebenda

b) Möglichkeiten und Grenzen nicht durchgeführter Maßnahmen

1. Entscheidungsspielraum bei der Sonderprüfung

Es soll hier gefragt werden, warum das Bundesaufsichtsamt im Fall Herstatt keine Sonderprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Ziff 1 KWG a.F. durchgeführt hatte. Diese Prüfung konnte unter anderem für den Fall angeordnet werden, daß die Jahresabschlußprüfung (§ 27) nicht schnell genug durchgeführt wurde oder das Prüfungsergebnis nicht ausreichend war ¹. Zur Durchführung der Prüfung konnten die Bediensteten des Bundesaufsichtsamtes die Räume des Kreditinstituts betreten (§ 44 Abs. 1 Ziff. 1 KWG).

aa) Problem der Erforderlichkeit der Sonderprüfung

Sonderprüfungen konnten nicht willkürlich vorgenommen werden ²; sie waren nur zulässig, wenn sie erforderlich waren (§ 44 Abs. 1 Ziff 1 KWG). Damit wurde im Gesetz zum Ausdruck gebracht, daß bei dem Einsatz der Sonderprüfung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Zweck beachtet werden mußte ³. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung zu diesem Problem verstößt das Bundesaufsichtsamt dann nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Durchführung einer Sonderprüfung, wenn es hinreichend verlässliche Informationen erhalten hat, daß eine Bank durch Spekulationen an den Devisenmärkten sein ganzes oder einen wesentlichen Teil seines haftenden Eigenkapitals gefährdet. Bei dieser Sachlage ist es zum Schutz der Gläubigergelder verpflichtet, die Prüfungsrechte nach § 44 KWG a.F. auszuüben, wenn andere Mittel keine sichere Information über die Devisenspekulation gewährleisten. ⁴

1 Vgl. Consbruch/Möller, KWG-Kommentar, a.a.O., S. 313

2 Vgl. Ludwig Schork, Gesetz über das Kreditwesen, a.a.O., S. 427

3 Vgl. ebenda, S. 430

4 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 936

Daraus ergeben sich zwei Fragen: Hatte das Bundesaufsichtsamt hinreichend verlässliche Informationen darüber erhalten, daß durch das Geschäftsgebaren im Devisenhandel bei Herstatt Gläubigergelder gefährdet sein konnten und/oder waren nicht andere weniger schwerwiegende Informationsmöglichkeiten ebenso wie die Sonderprüfung geeignet, um sichere Kenntnis über die fehlende Ordnungsmäßigkeit im Devisenhandel bei Herstatt zu erlangen?

bb) Das Problem hinreichend verlässlicher Informationen

In einem Prozeß gegen die Bundesrepublik Deutschland wurde von einer Interessengemeinschaft von Herstatt-Sparern die Ansicht vertreten, das Bundesaufsichtsamt hätte bei Herstatt aufgrund der folgenden Informationen eine Sonderprüfung durchführen müssen: ¹

(1) Das Bundesaufsichtsamt habe frühzeitig erfahren, daß andere Banken den Devisenhandel mit Herstatt abgebrochen hätten;

(2) es habe 1973 von täglichen Devisenumsätzen in einer Größenordnung von 200 bis 500 Millionen US-Dollar erfahren;

(3) es habe gehört, daß die Devisenhändler bei Herstatt zu freie Hand hätten;

(4) am 25. Januar 1974 sei ihm von der Landeszentralbank Informationen über Verluste bei Herstatt zugegangen;

(5) Mitte Februar habe es von dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank laut Angaben ausländischer Notenbanken über unvertretbar hohe Devisenpositionen bei Herstatt erfahren;

(6) zuletzt habe es auch Informationen erhalten, daß bei Herstatt über Deckadressen gehandelt würde.

¹ Vgl. Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 19. September 1977, a.a.O., S. 1436

Da für den Einsatz der Sonderprüfung hinreichend verlässliche Informationen über eine nicht ordnungsmäßige Führung des Devisengeschäftes erforderlich waren, kommt nach Auffassung des Bundesgerichtshofes der Mitteilung des Bundesbankpräsidenten wegen des Inhalts und wegen der Gewährsleute besondere Bedeutung zu ^{1, 2}.

Bei der rechtlichen Beurteilung dieser Nachricht durch den Bundesgerichtshof muß zugestimmt werden, daß Bankfachleute, wenn sie von unvertretbaren Positionen im Devisenhandel sprechen, die dadurch heraufbeschworenen Gefahren andeuten ³. Man kann diesen Informationen jedoch nicht nur deshalb das Prädikat "hinreichend verlässlich" zuerkennen, weil sie von ausländischen Zentralbanken abgegeben wurden. Diese hatten zur Jahreswende 1973/74 genauso wenig wie die deutsche Notenbank und das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen die Möglichkeit, eine hinreichend verlässliche Feststellung zum Umfang des Devisentermingeschäftes und erst recht nicht zur Höhe der eingegangenen Devisenpositionen einzelner Banken zu treffen.

Angaben über die offene Devisenposition konnten nur im Rechnungswesen der einzelnen Banken ermittelt werden. Die Informationen der ausländischen Zentralbanken konnten deshalb nur vermutet werden und/oder aus Gerüchten unter ausländischen Banken entstanden sein. Daß Gerüchte unter Banken als "hinreichend verlässliche" Informationen betrachtet werden, scheint u.E. äußerst bedenklich, wenn man sich an die Gerüchte um Devisenhandelsverluste bei der Dresdner Bank Anfang 1978 erinnert ⁴.

1 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 936

2 Zur ablehnenden Beurteilung der übrigen Informationen vgl. Oberlandesgericht, Urteil vom 19. September 1977, a.a.O., S. 1439 f.

3 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 936

4 Vgl. o.V., "Eine erfreulich positive Entwicklung", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Januar 1978, S. 9; o.V., Keine Verluste, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 1978, S. 11; o.V., Banken-Kontrolleure fanden bei der Dresdner Bank keine Verluste, in: Handelsblatt vom 10. Januar 1978, S. 5; o.V., "... dürfen wir nicht einmal zucken", in: Die Zeit vom 14. April 1978, S. 31

Die Verlässlichkeit dieser Mitteilung wird u.E. auch nicht durch die unstrittige Tatsache erhöht, daß die Deutsche Bundesbank im Jahre 1973 den Devisenhandel mit Herstatt abgebrochen oder zumindest vermindert hat ¹. Dieses Verhalten muß als natürliche risikopolitische Reaktion einer Devisenabteilung auf Gerüchte an den Devisenmärkten angesehen werden. Wir kommen deshalb zu dem Schluß, daß die Mitteilung des Bundesbankpräsidenten Anfang 1974 keine hinreichend verlässliche Information darstellte, die eine Prüfung nach § 44 Abs. 1 KWG a.F. mit ihrer negativen Wirkung gerechtfertigt hätte.

Dem Vorteil der sicheren Sachverhaltsermittlung stand nämlich der erhebliche Nachteil gegenüber, daß das Bundesaufsichtsamt beim Einsatz dieser Maßnahme einen Vertrauensverlust des betroffenen Kreditinstituts in der Öffentlichkeit befürchten mußte ², der gleichermaßen wie die vermuteten Devisenspekulationen zu einer Gefährdung der Gläubigergelder führen konnte.

2. Einberufung des Aufsichtsrates als mildeste Alternative zur Sonderprüfung

Diese Gefahr der Vertrauensschädigung macht die Untersuchung notwendig, ob nicht eine weniger schwerwiegende Maßnahme als die Sonderprüfung möglich gewesen wäre, um sichere Informationen über die mangelnde Ordnungsmäßigkeit im Devisengeschäft bei Herstatt zu erlangen.

Da der Bundesgerichtshof alle anderen von den Aufsichtsinstanzen durchgeführten Maßnahmen (vgl. Pkt. a) in diesem Sinne nicht für geeignet hält ³, sieht er die mildeste Alternative zur Sonderprüfung in Maßnahmen nach § 44 Abs. 1 Ziff. 2 und 4 KWG ⁴. Das Bundesaufsichtsamt war danach befugt, die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung zu verlangen (Ziff. 3), in der es den Aufsichtsrat so über das Devisengeschäft bei Her-

1 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 935

2 Vgl. Bähre/Schneider, KWG-Kommentar, a.a.O., S. 460 f.

3 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 936 f.

4 Vgl. ebenda, S. 934 und 937

statt informieren konnte, wie es unter anderen Banken dargestellt wurde ¹.

Aufgrund dieser Maßnahme war es nach Meinung des Bundesgerichtshofes zumindest nicht ausgeschlossen, daß

1. die innerbetrieblichen Kontrollorgane in Gang gesetzt werden,
2. die riskante Devisenhandelstätigkeit aufgedeckt wird,
3. eine Selbstbeschränkung im Devisengeschäft eintritt, oder daß
4. dem Bundesaufsichtsamt Maßnahmen nach § 46 KWG möglich werden.²

Wir betrachten die Einberufung des Aufsichtsrates im Fall Herstatt wie die Sonderprüfung für unverhältnismäßig; dies ergibt sich aus einem Vergleich der alternativen Maßnahmen 'Einberufung des Aufsichtsrates' und 'Anweisung an den Abschlußprüfer'.

Während feststeht, daß durch die Anweisung an den Abschlußprüfer die Mißstände im Devisengeschäft bei Herstatt festgestellt und darüber im Prüfungsbericht informiert wurde, besteht für die Unterrichtung aufgrund der ersten Alternative nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Wenn es überhaupt zu einer Aktivierung der innerbetrieblichen Kontrollorgane gekommen wäre, müßte immer noch zweifelhaft bleiben, ob diese im Vergleich zu den Abschlußprüfern die notwendige persönliche Unabhängigkeit und die notwendige fachliche Eignung zur Feststellung von Mängeln im Devisenhandel besessen hätten.

Zum zweiten muß vermutet werden, daß die Einberufung des Aufsichtsrates durch das Bundesaufsichtsamt wegen ihres außergewöhnlichen Charakters bei Bekanntwerden in der Öffentlichkeit wie die Sonderprüfung zu einer Vertrauensschädigung des betroffenen Kreditinstituts geführt hätte. Im Gegensatz dazu konnte die Anweisung an den Abschlußprüfer ohne Aufsehen vorgenommen werden, weil sie die laufende Abschlußprüfung betraf.

¹ Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 937

² Vgl. ebenda

c) Zusammenfassung

Im Fall Herstatt wurde deutlich, daß die Sonderprüfung ein zu schwerfälliges Informationsinstrument darstellte. Dem Vorteil der sicheren Sachverhaltsermittlung stand zur damaligen Zeit der erhebliche Nachteil gegenüber, daß bei einem Bekanntwerden dieser Maßnahme ein Vertrauensverlust des betroffenen Kreditinstituts befürchtet werden mußte.

Unter Berücksichtigung dieses Nachteils sieht der Bundesgerichtshof als mildeste Alternative die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung durch das Bundesaufsichtsamt an. Wir sehen den Verzicht auch auf diese Maßnahme für gerechtfertigt an, weil das Bundesaufsichtsamt bei dieser Maßnahme wegen ihres außerordentlichen Charakters die gleiche vertrauensschädigende Wirkung für das betroffene Kreditinstitut befürchten mußte und weil durch die Anweisung an den Abschlußprüfer ohne negative Nebenwirkungen der Informationszweck tatsächlich erreicht wurde, d.h. es wurden sichere Informationen über die riskante Devisenhandelstätigkeit bei Herstatt gewonnen, die wiederum Maßnahmen nach § 46 ermöglicht hätten.

Unverständlich bleibt allerdings die Tatsache, daß sich das Bundesaufsichtsamt nicht um die rechtzeitige Unterrichtung über diese Mißstände bemühte, was durch ein entsprechendes Auskunftsverlangen gegenüber dem Abschlußprüfer nach § 29 Abs. 2 KWG a.F. möglich gewesen wäre.

C. Beaufsichtigung des gesamten inländischen Devisenmarktgeschehens

I. Erkenntnismöglichkeiten aufgrund § 6 Abs. 2 KWG

Neben der Überwachung der KWG-Normen bei den einzelnen Kreditinstituten (gem. § 6 Abs. 1 KWG) obliegt dem Bundesaufsichtsamt zusätzlich die laufende Überwachung der allgemeinen Entwicklung im Kreditwesen (gem. § 6 Abs. 2 KWG), damit Mißstände, die dem Gesetzeszweck entgegenstehen (vgl. auch § 6 Abs. 2 KWG) rechtzeitig erkannt und bekämpft werden können¹.

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 23

Im KWG-Entwurf ging man davon aus, daß die ständige Beobachtung mit den oben schon beurteilten Informationsmöglichkeiten nicht nur Mißstände bei den einzelnen Kreditinstituten, sondern im gesamten Kreditwesen rechtzeitig erkennen lassen ¹. Da oben schon festgestellt wurde, daß die laufenden Informationsmöglichkeiten Mißstände im Devisengeschäft einzelner Banken nur sehr unzureichend anzeigten, muß diese Aussage erst recht für das gesamte Devisenmarktgeschehen gelten, weil keine zusätzlichen Informationsmöglichkeiten verfügbar waren.

II. Allgemeine Maßnahmen der Bankenaufsicht wegen Mißständen an den Devisenmärkten

a) Überblick über die allgemeinen Maßnahmen

Damals bestand schon allgemein Einigkeit darüber, daß aufgrund von § 6 Abs. 2 KWG keine hoheitlichen Befugnisse des Bundesaufsichtsamtes gegenüber der Kreditwirtschaft möglich sind ². In der Gesetzesbegründung ³ wie auch in den Kommentaren ⁴ geht man davon aus, daß das Bundesaufsichtsamt zunächst Maßnahmen zur Einwirkung auf die einzelnen Kreditinstitute ergreift. Wenn jedoch eine zu große Anzahl von Kreditinstituten an den Devisenmärkten spekulativ tätig wird, kann die Ordnung im Kreditwesen bzw. an den Devisenmärkten nur mit allgemeinen Maßnahmen hergestellt werden.

1 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 23

2 Vgl. Hans-Jochem Lüer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 15; Wolfgang Tormann, Die Anordnungsbefugnisse des Bundesaufsichtsamtes gegenüber Kreditinstituten, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977, S. 376; Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 6 Anm. 1

3 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 23

4 Vgl. z.B. Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 6 Anm. 11

Mit allgemeinen Maßnahmen oder Äußerungen kann sich das Bundesaufsichtsamt an alle oder an eine bestimmte Gruppe von Kreditinstituten wenden ¹. Hierzu wird es im Fall der Eigenkapitalgrundsätze (§ 10 Abs. 1 Satz 2, § 11 Satz 1 KWG) ausdrücklich verpflichtet ². Es können sich im Kreditwesen jedoch gefährliche Entwicklungen abzeichnen, die dem Bundesaufsichtsamt Veranlassung geben, einen größeren Kreis von Kreditinstituten auch ohne besondere gesetzliche Regelung auf diese Mißstände hinzuweisen ³.

Wir können nach Schork drei Formen allgemeingültiger Äußerungen des Bundesaufsichtsamtes unterscheiden: Rechtsverordnungen, Bekanntmachungen und Mitteilungen ⁴. Dem Erlaß von Rechtsverordnungen durch das Bundesaufsichtsamt kommt in unserem Zusammenhang keine Bedeutung zu, da er nur für wenige im Gesetz ausdrücklich genannte Sachverhalte möglich ist ⁵. Erst wenn die beiden anderen Möglichkeiten ohne Erfolg ausgeschöpft wurden, sind Maßnahmen der Bundesregierung oder des Gesetzgebers anzuregen ⁶.

b) Mitteilungen zur Begrenzung der Devisenhandelsrisiken

Bei den Mitteilungen unterscheiden wir für die anschließende Beurteilung mündliche und schriftliche Äußerungen des Bundesaufsichtsamtes.

1. Mündliche Appelle auf dem 12. Deutschen Bankentag

Anfang März 1974 nahmen die damaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank und des Bundesaufsichtsamtes zum ersten Mal

1 Vgl. Ludwig Schork, Die allgemeinen Maßnahmen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, in: Der Bank-Betrieb 1964, S. 35

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. ebenda

5 Verordnung für einen Haftsummenzuschlag für Kreditgenossenschaften (§ 10 Abs. 2 Nr. 3), Verordnungen über Zinsen und Provisionen (§ 23 Abs. 1 KWG), Befreiungsverordnung (§ 31 Abs. 1)

6 Vgl. Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf ..., a.a.O., S. 22

in allgemeiner Form zu den Vorgängen an den Devisenmärkten Stellung ¹.

Klasen stellte dort fest, man sei von dem alten Grundsatz abgekommen, daß eine gut geleitete Bank nicht in Devisen spekuliert und auch keine nennenswerten offenen Positionen unterhält. Es sollen auch Institute des privaten Bankengewerbes spekulative Geschäfte in einem Umfang betrieben haben, von denen man im Ausland annimmt, daß sie nicht gut gehen können. Klasen gab zu bedenken, daß bei einem solchen Geschäftsgebaren die schönen kurzfristigen Gewinne gegenüber der Adressenschädigung nur einen Augenblickserfolg darstellen können. ²

Dürre mahnte auf derselben Veranstaltung, nicht neben den traditionellen Geschäften neue Ertragsquellen erschließen zu wollen; dies gelte insbesondere für das Devisengeschäft, welches durch das Floating besonders attraktiv geworden war. Solche Versuche endeten teilweise schon im Abseits und können daher nicht zur Nachahmung empfohlen werden. Es sei jedoch schwierig, Verhaltensregeln für diesen Geschäftsbereich zu entwickeln ³, wie sie z.B. für den Bereich des Kreditgeschäfts im Kreditwesengesetz schon institutionalisiert sind ⁴.

In beiden Äußerungen wird der Mißstand "Devisenspekulation" angesprochen. Klasen beruft sich dabei auf Hinweise ausländischer Zentralbanken während der vergangenen sechs Monate ⁵. Dürre wurde zu dieser Mahnung neben den Hinweisen von Klasen zweitens wohl auch durch die außerordentliche Ertragsentwicklung für das Geschäftsjahr 1973 veranlaßt, wie sie zum damaligen Zeitpunkt in den Jahresabschlüssen und Prüfungsberichten ⁶ oder im Fall der Westdeutschen Landesbank in einer besonderen Verlautbarung zu ihren Devisenhandelsverlusten vorzeitig bekannt wurden.

1 Vgl. o.V., Haben die deutschen Banken zuviel Macht? in: Finanz und Wirtschaft vom 13. April 1974, S. 3

2 Vgl. Begrüßungsansprache von Karl Klasen, in: Bundesverband Deutscher Banken (Hrsg.), Banken im Fortschritt von Wirtschaft und Gesellschaft, XII. Deutscher Bankentag 1974, Köln 1974, S. 30 f.

3 Vgl. Begrüßungsansprache von Günter Dürre, in: Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.), Banken im Fortschritt ..., a.a.O., S. 36 f.

4 Vgl. Günter Dürre, Bankenaufsicht, a.a.O., S. 88 f.

5 Vgl. Begrüßungsansprache von Karl Klasen, a.a.O., S. 30 f.

6 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 218

U.E. kann eine Mahnung nur wirksam sein, wenn ihre Einhaltung kontrollierbar ist und wenn für den Fall ihrer Mißachtung eine realisierbare Drohung ausgesprochen wird. Beide Bedingungen waren in der Mahnung Dürres nur unzureichend bzw. überhaupt nicht erfüllt. Für den angesprochenen Mißstand der Devisenspekulation galt damals, daß er nur mit großer Verzögerung als Devisenhandelsgewinn oder -verlust feststellbar war.

Die zweite Bedingung konnte überhaupt nicht als erfüllt angesehen werden. Man muß sogar sagen, daß das Bundesaufsichtsamt der Devisenspekulation offenbar ohnmächtig gegenüberstand, weil Dürre eine Normierung des Devisenhandels durch Verhaltensregeln zum damaligen Zeitpunkt für recht schwierig ansah ¹. Von einer realisierbaren Drohung und einer dadurch begründeten Hoffnung auf Beseitigung des Mißstandes Devisenspekulation konnte also nicht gesprochen werden.

Unabhängig von der weiteren Überlegung, ob die Äußerung nicht zu spät gemacht wurde, war diese Maßnahme deshalb ungeeignet, den Aufsichtszweck zu erfüllen, d.h. im Sinne von § 6 Abs. 2 KWG dem Mißstand Devisenspekulation entgegenzuwirken.

2. Schreiben des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 6. Mai 1974 ²

In einem Schreiben vom 6. Mai 1974 wiederholt das Bundesaufsichtsamt u.a. die Mahnung, "nicht in Devisen zu spekulieren" ³. Sie unterschied sich allerdings von der ersten Mahnung darin, daß eine im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten realisierbare Drohung ausgesprochen wird, wenn die Devisenspekulation ein bedenkliches Ausmaß annimmt ⁴. Ein bedenkliches Ausmaß nimmt die Devisenspekulation nach damaliger Ansicht des Bundesaufsichtsamtes dann an, wenn das äußerst kalkulierbare Risiko nicht mehr in jedem Fall ohne Gefährdung der Gläubigergelder

¹ Vgl. Begrüßungsansprache von Günter Dürre, a.a.O., S. 37

² Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 6. Mai 1974, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, Ziff. 4.113

³ Ebenda

⁴ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 6. Mai 1974, a.a.O.

getragen werden kann ¹. Für diesen Fall spricht das Bundesaufsichtsamt die Drohung aus, daß die Zuverlässigkeit der Geschäftsleitung in Zweifel gezogen werden könnte ². Die entsprechende Konsequenz wäre die Abberufung von Geschäftsleitern (§ 36 Abs. 1 KWG) oder die Rücknahme der Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften (§ 35 Abs. 2 Ziff. 4 a KWG).

Wenn in diesem Schreiben außerdem gefordert wird, daß der Geschäftsleiter durch organisatorische Vorkehrungen eine effektive Kontrolle des Devisenhandels zu gewährleisten hat ³, dann muß diese Androhung auch für den Fall gelten, daß die organisatorischen Vorkehrungen fehlen.

Zur effizienteren Kontrolle der ordnungsmäßigen Geschäftsführung im Devisenhandel durch das Bundesaufsichtsamt wurde die Mahnung an die Banken durch eine Mitteilung an die Abschlußprüfer ergänzt. Die Abschlußprüfer werden in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß sie im Prüfungsbericht über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, über die Entwicklung und die Risiken der Fremdwährungsgeschäfte einer Bank eingehende Aussagen zu machen hätten ⁴.

Während durch diese schriftliche Mahnung zum ersten Mal eine Eingriffsmöglichkeit wegen Mißständen im Devisengeschäft der Banken aufgezeigt und angedroht wurde, besaß diese Maßnahme noch den Nachteil, daß mögliche Devisenhandelsrisiken nur einmal jährlich im Rahmen der Jahresabschlußprüfung feststellbar waren. Zum Zeitpunkt der Mitteilung waren die Jahresabschlußprüfungen jedoch weitgehend abgeschlossen, so daß dem Bundesaufsichtsamt bedeutsame Informationen über das Devisengeschäft der Banken erst ein Jahr später, d.h. Anfang 1975, zugehen konnten.

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 6. Mai 1974, a.a.O.

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. ebenda

c) Verzicht auf eine Bekanntmachung zur Begrenzung des
Währungsrisikos

Nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Herstatt wurde dem Bundesaufsichtsamt vielfach ¹ vorgeworfen, daß es nicht vor dem 26. Juni 1974² durch eine Bekanntmachung das Währungsrisiko bei den Banken begrenzt habe. Wir fragen hier nicht nach der rechtlichen Verpflichtung des Bundesaufsichtsamtes gegenüber den Gläubigern einer Bank ³, sondern nach dem Entscheidungsspielraum für eine solche Maßnahme gegenüber einem relevanten Kreis von Kreditinstituten vor dem 26. Juni 1974.

1. Entscheidungsspielraum zur Begrenzung des Währungs-
risikos

Zur Beantwortung der Frage, warum das Bundesaufsichtsamt nicht schon vor dem Zusammenbruch des Bankhauses Herstatt den Grundsatz I a (vgl. S. 155 ff.) eingeführt hatte, gibt es zwei Hypothesen. Man kann erstens die Ansicht vertreten, daß sich das Bundesaufsichtsamt zur Jahreswende 1973 auf 1974, als man zum ersten Mal zusammen mit der Deutschen Bundesbank Gedanken über eine Beaufsichtigung des Devisentermingeschäfts anstellte ⁴, der Möglichkeit noch nicht bewußt war, durch eine Bekanntmachung zu den Grundsätzen das Währungsrisiko der Banken begrenzen zu können. Wahrscheinlicher ist aber die Vermutung, daß das Bundesaufsichtsamt nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel erst weniger drastische Maßnahmen ergreifen wollte, wie die schon diskutierten allgemeinen Mitteilungen (vgl. S. 142 ff.) und die noch zu beurteilende Meldepflicht für Fremdwährungsgeschäfte (vgl. S. 147 ff.).

1 Vgl. z.B. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 934

2 An diesem Tag wurde Herstatt die Erlaubnis zur Fortführung von Bankgeschäften entzogen.

3 Vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, a.a.O., S. 935

4 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 218

In jedem Fall wäre eine Begrenzung des Währungsrisikos ohne Mitwirkung der Bundesregierung oder des Gesetzgebers nach dem in § 10 Abs. 1 Satz 2 beschriebenen Verfahren in einem relativ kurzen Zeitraum möglich gewesen. Gegen einen zu schnellen Einsatz sprachen allerdings die kurzfristig nicht absehbaren negativen Konsequenzen (vgl. S. 173) einer solchen Bekanntmachung.

2. Meldepflicht für Fremdwährungsgeschäfte als Alternative zur Begrenzung

aa) Rechtliche Grundlagen der Meldepflicht

Da - wie oben untersucht - die Monatsausweise bzw. die "Monatliche Bilanzstatistik", was materiell dasselbe bedeutet ¹, keine eindeutigen und vollständigen Informationen über die Devisenkassa- und Devisentermingeschäfte boten (vgl. S.125 ff.) ², wurde im Rahmen der monatlichen Bilanzstatistik gem. § 18 Bundesbank-Gesetz ³ am 5. Juni 1974 mit Wirkung vom 31. Juli 1974 eine Meldepflicht für Fremdwährungspositionen angeordnet ⁴.

Danach haben "... Kreditinstitute, die zur monatlichen Meldung Auslandsstatus ... herangezogen werden, ... im Rahmen der bilanzstatistischen Erhebungen außerdem monatlich (auf Anforderung auch zu einem zusätzlichen Termin während des Monats) eine Meldung über ihre Devisenterminengagements und ihre Fremdwährungsaktiva und -passiva abzugeben ..." ⁵. Hierbei sind die von der Bundesbank vorgeschriebenen Vordrucke ⁶ zu verwenden und deren hierzu erlassenen Richtlinien ⁷ zu beachten.

1 Vgl. Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 25 Anm. 4; Spindler/Becker/Starke, Die Deutsche Bundesbank, 4. A., Stuttgart u.a. 1973, S. 374

2 Vgl. auch Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 218

3 Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, Bundesgesetzblatt I, S. 745

4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Mitteilung Nr. 8002/74 vom 5. Juni 1974, in: Bundesanzeiger 1974/106 vom 11. Juni 1974

5 Ebenda

6 Vordruck 10229 - Anhang L zur Monatlichen Bilanzstatistik, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, Kennziffer 365, S. 20 a

7 Vgl. ebenda, S. 54

bb) Wirkung der Meldepflicht

Die Meldepflicht konnte als behutsame ¹ Alternative zur direkten Beschränkung angesehen werden. Die Aufsichtsinstanzen wurden durch die monatlichen Meldungen in die Lage versetzt, die Entwicklung der Währungsrisiken bei den Banken in kürzeren Zeiträumen als bisher mit Hilfe des Prüfungsberichtes zu überwachen. Gefahrenabwehrende Maßnahmen konnten damit rechtzeitiger ergriffen werden.

Zum zweiten konnte von der Meldepflicht eine indirekte Beschränkung des Währungsrisikos ausgehen. "Es ist eine Erfahrung des täglichen Lebens, daß Menschen sorgfältiger und genauer handeln, wenn sie damit rechnen müssen, daß ihr Handeln oder doch wenigstens die Ergebnisse ihres Handelns überprüft und sie für etwaige Fehler und Nachlässigkeiten zur Rechenschaft gezogen werden." ² Eine direkte Begrenzung des Währungsrisikos wäre damit möglicherweise überflüssig geworden.

cc) Kritik am Einführungszeitpunkt

Ausgehend von der letztgenannten Überlegung wird man unterstellen können, daß die Meldepflicht für Fremdwährungs- und Devisentermingeschäfte zu spät eingeführt wurde. Eine Reihe von möglichen Anlässen für die Einführung der Meldepflicht wurde von dem damaligen Präsidenten des Bundesaufsichtsamtes nachträglich selbst genannt:

- Privatisierung des Währungsrisikos mit dem Übergang zur Wechselkursflexibilität im März 1973;
- starke Zunahme der Devisenhandelsaktivitäten im gleichen Jahr;
- Gerüchte an den Devisenmärkten seit dem Sommer 1973, daß verschiedene Banken an den Devisenmärkten ein zu 'großes Rad' drehen ³.

¹ Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 218

² Erich Loitlsberger, Die Bankenpublizität der Kreditinstitute, in: Aktuelle Probleme zum Recht des Kreditwesens, hrsg. von Konrad Fuchs, Hellmuth Slaik, Erich Schinner, Wien 1978, S. 260

³ Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 218

- Außerdem mußten ihm seit Januar 1974 die Gerüchte über die Devisenhandelsverluste bei der Westdeutschen Landesbank bekannt gewesen sein ¹.

Aufgrund dieser Anhaltspunkte erscheint es nachträglich unverständlich, daß die Meldepflicht erst 17 Monate nach der Einführung flexibler Wechselkurse wirksam werden konnte. Die Einführung der Meldepflicht zu jedem Zeitpunkt vor dem 31. Juli 1974 hätte zumindest die stark zunehmende Entwicklung der Devisenhandelsrisiken durch eine Selbstbeschränkung der Kreditinstitute früher zum Stillstand bringen können. Die Devisenhandelsverluste wären dann möglicherweise in Abhängigkeit vom Einführungszeitpunkt geringer ausgefallen.

Der Zusammenbruch des für die Bankenaufsicht bedeutsamsten Falles des Bankhauses I.D. Herstatt mit seinen Gefahren für Funktionsfähigkeit des Kreditsektors wäre damit wahrscheinlich nicht zu verhindern gewesen. Dies ergibt sich aus der Höhe der Devisenhandelsverluste, die das haftende Eigenkapital um ein Mehrfaches überstiegen. Zweitens folgt dies aus der Tatsache, daß bei Herstatt Devisentermingeschäfte im bedeutsamen Umfang nicht im Rechnungswesen enthalten waren; sie konnten dann auch nicht in den monatlichen Meldungen erscheinen. Drittens muß vermutet werden, daß bei Herstatt auch diese Zahlen manipuliert worden wären, wie dies im Fall der monatlichen Zwischenbilanzen geschehen ist.

III. Zusammenfassung

Wir kommen zu dem Schluß, daß die Aufsichtsinstanzen aufgrund ihrer gesetzlichen Möglichkeiten grundsätzlich die geeigneten Maßnahmen (Schreiben des Bundesaufsichtsamtes und Meldepflicht für Fremdwährungsgeschäfte) ergriffen haben, um dem Mißstand der Devisenspekulation im Kreditwesen entgegenzuwirken.

¹ Vgl. Ludwig Poullain, a.a.O., S. 58

Allerdings konnte damit nur die Entstehung weiterer Devisenhandelsrisiken verhindert werden. Bestehende Risiken und realisierte Devisenhandelsverluste wurden damit nicht rückgängig gemacht. So hätte auch durch eine frühzeitigere Einführung der Meldepflicht für Fremdwährungsgeschäfte der Zusammenbruch des Bankhauses Herstatt nicht vermieden werden können.

4. Abschnitt: AUFSICHTSRECHTLICHE GESTALTUNG DES DEISEN- HANDELS NACH DEM HERSTATT-ZUSAMMENBRUCH

Nach dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank folgten Änderungen in den gesetzlichen und behördlichen Rahmenbedingungen, unter denen das deutsche Bankgewerbe arbeitet.

Wir beschränken uns der Themenstellung entsprechend auf die Maßnahmen, soweit sie das Devisengeschäft der Banken tangieren. Hierzu gehören zunächst die Maßnahmen, von denen eine Gestaltung des Devisengeschäfts ausgeht. Es handelt sich dabei besonders um den "Grundsatz I a" (vgl. B) und die "Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften" (vgl. D). In Punkt A. und C. untersuchen wir die Zweckmäßigkeit von Maßnahmen, die nicht zum geltenden deutschen Aufsichtssystem gehören.

A. Notwendigkeit zur Konzessionierung der Devisenhandels- tätigkeit

Es soll kurz untersucht werden, ob es zweckmäßig wäre - wie nach schweizerischen Vorstellungen¹ - das Konzessionssystem (vgl. S. 102) der deutschen Bankenaufsicht durch eine besondere Bewilligungspflicht für den gewerbsmäßigen Devisenhandel zu ergänzen.

I. Vorstellungen der Schweizerischen Nationalbank

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank vertritt die Meinung, daß die Ausübung der Devisenhandelstätigkeit einer Ordnung bedarf, wie dies in der Schweiz auch für andere Berufe gilt, die im besonderen Maße Verantwortung gegen-

¹ Vgl. o.V., Schweiz erweitert Devisenkontrollen? in: Deutsche Sparkassenzeitung vom 28. September 1976, S. 2; Fritz Leutwiler, "Sündenböcke" für die Wechselkursentwicklung, a.a.O., S. 33

über die Allgemeinheit tragen ¹. Diese Ordnung sollte durch eine Bewilligungspflicht für den gewerbsmäßigen Devisenhandel ² geschaffen werden. Die Bewilligungspflicht soll sich einerseits auf die Unternehmen beziehen, die gewerbsmäßig den Devisenhandel betreiben (allgemeine Geschäftsbewilligung) und zum zweiten auf die Person der einzelnen Devisenhändler, die nach den Vorstellungen der Nationalbank im Besitz einer Berufsausübungsbewilligung sein sollten ³.

Die Geschäftsbewilligung soll u.a. nur dann erteilt werden, wenn die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit besteht und wenn das Unternehmen im Devisengeschäft von einer Person vertreten wird, die die persönliche Berufsausübungsbewilligung besitzt ⁴. Letztere wird u.a. dann erteilt, wenn der Antragsteller einen guten Ruf besitzt und eine mindest zweijährige praktische Tätigkeit im Devisenhandel nachweist ⁵.

Die Bewilligung kann auf bestimmte oder unbestimmte Zeit entzogen werden, wenn der Devisenhändler gegen verschiedene Pflichten verstößt; hierzu gehören die Einhaltung von Limiten der Geschäftsleitung, Verbot von Eigengeschäften, wenn der Devisenhändler nicht selbst Firmeninhaber ist, und das Verbot für die Entgegennahme irgendwelcher Gewinnbeteiligungen oder Provisionen von dritter Seite ⁶.

1 Vgl. Fritz Leutwiler, "Sündenböcke" für die Wechselkursentwicklung? a.a.O., S. 33

2 Vgl. ehemals geplanter Bundesbeschluß über den gewerbsmäßigen Devisenhandel; ein Entwurf dieses Beschlusses wurde "nur den interessierten Stellen zur Vernehmlassung zugestellt. Eine Veröffentlichung hat nicht stattgefunden." (Schreiben der Schweizerischen Nationalbank vom 14. Februar 1977 an den Verfasser). Wir beziehen uns deshalb im folgenden auf einen Artikel der Deutschen Sparkassenzeitung, o.V.: Schweiz erweitert Devisenkontrollen? in: Deutsche Sparkassenzeitung vom 28.2.1976, S. 2; inzwischen existiert eine etwas modifizierte Fassung für diesen Entwurf, vgl. Fritz Leutwiler, "Sündenböcke" ..., a.a.O., S. 33

3 Vgl. o.V., Schweiz erweitert Devisenkontrollen, a.a.O., S. 2

4 Vgl. Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bundesbeschluß über den gewerbsmäßigen Devisenhandel, modifizierter unveröffentlichter Entwurf vom 5. April 1976

5 Vgl. ebenda

6 Vgl. ebenda

II. Beurteilung im Rahmen des deutschen Aufsichtssystems

a) Besondere Geschäftsbewilligung für Devisenhandelsbanken

Zunächst ist im Sinne der deutschen Bankenaufsicht zu bestätigen, was auch gegen das Bewilligungsverfahren in der Schweiz vorgebracht wurde. Es ist nicht verständlich, warum die allgemeine Bankenüberwachung von dem Bundesaufsichtsamt (bzw. in der Schweiz von der Bankenkommission) wahrgenommen wird und die Konzessionierung des Devisenhandels den Notenbanken übertragen werden soll ¹. Zum zweiten gilt für die deutsche Bankenaufsicht, daß ein besonderes Erlaubnisverfahren bzw. Konzessionssystem für den gewerbsmäßigen Devisenhandel wegen der bestehenden aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten nicht notwendig erscheint. Das allgemeine Konzessionssystem rechtfertigt - wie unten noch erwähnt wird - die Erlaubnisrücknahme und/oder die Absetzung von Geschäftsleitern (vgl. S. 179 f.), wenn diese die Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften nicht befolgen; da diese Mindestanforderungen nach unserer Untersuchung geeignet sind, das Vermögen einer Bank zu sichern - soweit es durch den innerbetrieblichen Bereich des Devisengeschäfts gefährdet scheint -, ist in dem deutschen Aufsichtssystem kein Raum für eine besondere Konzessionierung des bankmäßigen Devisenhandels.

b) Besondere Geschäftsbewilligung für freie Devisenmakler

Luer sieht in der Tätigkeit der Devisenmakler einen aufsichtsfreien Bereich, der beseitigt werden müßte ².

In diesem Punkt streben auch die Initiatoren des geplanten schweizerischen Bundesbeschlusses eine Ausweitung der Aufsichtstätigkeit an, weil dort zu dem gewerbsmäßigen Devisenhandel auch die Devisenbroker- bzw. -maklerfirmen gerechnet werden ³.

1 Vgl. o.V., Schweiz erweitert Devisenkontrollen? a.a.O., S.2

2 Vgl. Hans-Jochem Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 16

3 Vgl. Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bundesbeschluß über den gewerbsmäßigen Devisenhandel

Wir sehen keine Notwendigkeit und Möglichkeit, die freien Devisenmakler der Bankenaufsicht dadurch zu unterstellen, daß Devisengeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 KWG in den rechtlichen Katalog der Bankgeschäfte aufgenommen werden, wie das Luer vorschlägt ¹. Erstens besteht die Maklertätigkeit nur in der Vermittlung und nicht im Abschluß von eigenen Devisenkontrakten. Damit besteht keine Rechtfertigung, die Maklertätigkeit im Sinne von § 1 Abs. 1 KWG als Bankgeschäft zu bezeichnen, weil dies der Gesetzeszweck ² nicht erfordert. Die Maklertätigkeit bringt grundsätzlich nur Vorteile für die Gesamtwirtschaft, und eine Gefährdung von Vermögenswerten kann bei der reinen Vermittlung nicht eintreten.

Man kann höchstens der Ansicht sein, daß die von Luer genannten Mißstände ("die Undurchsichtigkeit des über freie Devisenmakler vermittelten und abgewickelten Geschäfts" und "die fast unüberschaubaren Manipulationsmöglichkeiten" ³) die ordnungsmäßige Durchführung der Bankgeschäfte - hier der Devisengeschäfte - beeinträchtigen. Dieser Gefährdung wird jedoch durch die laufende Beaufsichtigung der Banken nach dem Herstatt-Zusammenbruch ausreichend Rechnung getragen. Zum zweiten wurden die Kreditinstitute in einem Schreiben der Deutschen Bundesbank vom 20. Mai 1976 ⁴ über derartige Mißstände im Devisenhandel unterrichtet und aufgefordert, Maßnahmen zu ihrer Abstellung zu ergreifen. Dieser Forderung sind die privaten und öffentlichen Banken durch Leitsätze für das Verhalten auf den Devisen- und Auslandsgeldmärkten ⁵ bzw. durch Verhaltensnormen für Kreditinstitute am deutschen Devisenmarkt ⁶ nachgekommen.

1 Vgl. Hans-Jochen Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 16

2 Vgl. die Ausprägungen des Gesetzeszwecks in § 6 Abs. 2 KWG

3 Hans-Jochen Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 16

4 Abgedruckt in Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Ziff. 196, S. 7

5 Vgl. Verband öffentlicher Banken, Leitsätze ..., Anhang

6 Vgl. Bundesverband deutscher Banken e.V., Sonderrundschreiben an die Geschäftsleitungen der Banken vom 9. Februar 1979, Verhaltensnormen ..., Anhang

c) Persönliche Berufsausübungsbewilligung

Die Berufsausübungsbewilligung für Devisenhändler halten wir für unzweckmäßig und im Rahmen des deutschen Aufsichtssystems für rechtlich bedenklich, weil die Überprüfungen, die einer solchen Bewilligung vorausgehen, sehr viel effizienter und quasi kostenlos für die Bankenaufsicht durch die einzelnen Banken ausgeführt werden. Die laufende persönliche Überwachung erfolgt durch die internen Kontrollmaßnahmen im Devisengeschäft (vgl. S. 181 ff.).

B. Begrenzung des Währungsrisikos im bankmäßigen Devisenhandel durch den Grundsatz I a

In diesem Abschnitt soll beurteilt werden, ob die Einführung des Grundsatzes I a die geeignete allgemeine Maßnahme war, um das Aufsichtssystem den neuen Umweltbedingungen an den Devisenmärkten anzupassen.

I. Grundsatz I a als Ergänzung des Normativsystems

Mit dem Grundsatz I a wurde das Normativsystem der Bankenaufsicht durch eine Verhaltensnorm für das Devisengeschäft der Banken ergänzt. Solche Verhaltensnormen werden in Form von Grundsätzen formuliert, nach denen das Bundesaufsichtsamt im Regelfall beurteilt, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gewährleistet ist oder konkreter, ob ein Kreditinstitut über ein angemessenes haftendes Eigenkapital oder über eine ausreichende Liquidität verfügt ¹.

¹ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 1/69 vom 20. Januar 1969, Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute, zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 30. August 1974 (Bundesanzeiger Nr. 166), abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.01, S. 1

Grundsätze dieser Art werden gem. §§ 10 Abs. 1 S. 3 und 11 Abs. 1 Satz 3 KWG vom Bundesaufsichtsamt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank aufgestellt. Die bestehenden Grundsätze I - III¹ unterscheiden sich dadurch, daß Grundsatz I das Kreditrisiko und die Grundsätze II und III die Liquidität der Kreditinstitute normieren.

Da der Zweck und der Inhalt des Kreditwesengesetzes nicht ausschließlich und ausdrücklich eine Begrenzung des Kreditrisikos verlangen, konnte nach dem in § 10 Abs. 1 Satz 2 u. 3 KWG beschriebenen Verfahren ohne Einschaltung des Gesetzgebers eine Verhaltensnorm für das Devisengeschäft der Banken aufgestellt werden.

Nach dem Grundsatz I a² sollen die offenen Devisenpositionen eines Kreditinstituts, definiert als Unterschiedsbetrag zwischen Aktiv- und Passivdevisenpositionen, täglich bei Geschäftsschluß

- unabhängig von den Fälligkeiten der einzelnen Aktiv- und Passivdevisenpositionen 30 % (Abs. 1)
- aus Aktiv- und Passivpositionen, die innerhalb eines Kalendermonats fällig werden 40 % (Abs. 2)
- und aus Aktiv- und Passivpositionen, die innerhalb eines halben Jahres fällig werden, 40 % (Abs. 3)

des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten.

II. Zweckmäßigkeit des Grundsatzes I a³

Die Zweckmäßigkeit einer Verhaltensnorm zur Minimierung der Devisenhandelsrisiken hängt davon ab, ob sie sachgerecht formuliert und kontrollierbar ist. Nicht zuletzt wegen der Kontrollierbarkeit (vgl. 5. Abschnitt) muß die aufsichtsrechtliche Risikopolitik ein quantitatives Verhältnis der Geschäftsrisiken (hier: Devisenhandelsrisiken) mit dem "Risikodeckungs-

¹ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Grundsätze ..., a.a.O., S. 1 a ff.

² Vgl. ebenda

³ Vgl. zur Konzeption dieser Beurteilung bei den Grundsätzen allgemein Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen und ihre Wirkung auf das Bankgeschäft, in: Kredit und Kapital 1975, S. 533 ff.

mittel" ¹ angeben. Die Beurteilung des Grundsatzes I a kann aber nicht darauf beschränkt bleiben, das quantitative Verhältnis auf seine Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Vielmehr muß in einem ersten Schritt überprüft werden, ob eine sachgerechte und vollständige Erfassung der sicherungsrelevanten Tatbestände des Devisenhandels vorgenommen wurde (Pkt. a)). Handelt es sich um komplexe Risikotatbestände, wie im Devisengeschäft, muß die sachgerechte Verknüpfung mit dem Risikodeckungsmittel beurteilt werden (Pkt. b)). Erst im letzten Schritt gilt es, das quantitative Verhältnis des "I a" zwischen den verschiedenen Risikoelementen und dem Risikodeckungsmittel zu untersuchen (Pkt. c)).

a) Sachgerechte und vollständige Erfassung der sicherungsrelevanten Tatbestände

1. Vollständigkeit der erfaßten Gefährdungstatbestände

Der Grundsatz I a erfaßt und begrenzt die Devisenhandelsrisiken (vgl. 2. Abschnitt) nicht vollständig. Unberücksichtigt bleiben die zwischenbetrieblichen und teilweise auch innerbetrieblichen Gefahrenquellen. Die Notwendigkeit zur Begrenzung der zwischenbetrieblichen Risiken diskutieren wir gesondert unter Punkt C. Die innerbetrieblichen Gefahren, die sich einer sachgerechten quantitativen Begrenzung entziehen, werden gesondert in Punkt D behandelt.

2. Sachgerechte Erfassung der Währungsrisiken

aa) Berücksichtigung der Kursschwankungen

Vorschriften zur Begrenzung des Währungsrisikos setzen voraus, daß die Risiken gemessen werden können. Nach Krümmel berücksichtigen die Risikobegrenzungsvorschriften des Kreditwesengesetzes - hier insbesondere der Grundsatz I a - nicht die mit den Eintrittswahrscheinlichkeiten gewichteten Vermögensverlustrisiken, sondern nur Bilanzbestände als Risikorepräsentanten ².

¹ Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen ..., a.a.O., S. 534
² Vgl. ebenda

Die Begrenzung des Währungsrisikos würde dementsprechend verlangen, daß neben der Begrenzung der offenen Positionen auch die Wahrscheinlichkeiten der möglichen Kursschwankungen einzelner Währungen berücksichtigt werden. Hierzu wurden bisher noch keine Überlegungen angestellt. Das Problem wird damit auf die Beurteilung der quantitativen Relation zwischen Risikoelement und - deckungsmittel verlagert (vgl. S. 163 ff.).

bb) Berücksichtigung sämtlicher Fremdwährungsgeschäfte

Das zweite Element des Währungsrisikos - die offene Devisenposition - wird im Rahmen des Grundsatzes I a der ökonomischen Sachlage entsprechend berücksichtigt.

Anfänglich stand zur Diskussion, daß das Währungsrisiko und hierfür stellvertretend im Rahmen des Grundsatzes I a die offenen Devisenpositionen nur auf der Grundlage der Devisentermingeschäfte ermittelt werden sollte, weil für den Zusammenbruch des Bankhauses Herstatt die umfangreichen offenen Positionen im Devisentermingeschäft ursächlich waren. Dieser Vorstellung stand jedoch entgegen, daß es für das Ausmaß des Währungsrisikos unmaßgeblich ist, ob eine Bank einen Zahlungsanspruch in Valuta aus einem Kredit, einem Wechsel, einem Wertpapier oder ob sie einen Anspruch auf Lieferung von Devisen hat. Dasselbe gilt für Valutaverbindlichkeiten und Lieferverpflichtungen aus Devisengeschäften. Diese Ansicht wird durch die Praxis der Kreditinstitute bestätigt, in der nicht nur Termingeschäfte abgesichert werden, sondern auch die sonstigen Valutapositionen. ¹

Die Notwendigkeit zur Berücksichtigung sämtlicher Fremdwährungspositionen ergibt sich auch daraus, daß die durchgeführten Kurssicherungsgeschäfte für die nicht erfaßten Währungspositionen ansonsten unbegründeterweise als offene Devisenpositionen in Erscheinung treten würden. Alternativ hierzu wäre

¹ Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 219

gewesen, bei der Absicherung nichterfaßter Aktiva bzw. Passiva den Kreditinstituten Ermessensfreiheit einzuräumen und die hierfür getätigten Gegengeschäfte im Grundsatz I a nicht zu berücksichtigen ¹. "Das aber hätte einen Verschiebepbahnhof ergeben, mit dem die Obergrenze beliebig ausgehöhlt werden konnte." ²

Die Aktiv- und Passivdevisenpositionen, die zur Berechnung der offenen Devisenpositionen heranzuziehen sind, werden im Grundsatz I a Abs. 1 aufgeführt:

A. Aktivpositionen

1. Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sowie Forderungen aus Währungskonten bei der Deutschen Bundesbank,
2. Wechsel,
3. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
4. Wertpapiere, ausgenommen Aktien und sonstige Beteiligungspapiere,
5. Lieferansprüche aus Devisenkassa- und Devisentermingeschäften,
6. Ansprüche und Eventualansprüche auf Rückgabe von in Pension gegebenen Gegenständen der Aktivpositionen Nummern 1 bis 5, soweit diese Gegenstände nicht in diesen Aktivpositionen erfaßt sind;

B. Passivpositionen

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern,
2. Schuldverschreibungen,
3. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf,
4. Lieferverpflichtungen aus Devisenkassa- und Devisentermingeschäften,
5. Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zur Rückgabe von in Pension genommenen Gegenständen der Aktivpositionen Nummern 1 bis 5, soweit diese Gegenstände in diesen Aktivpositionen erfaßt sind.

Nicht angesetzt werden müssen Beteiligungen in ausländischer Währung und Sortenbestände ³. Auf letztere wurde nach Anhörung der Spitzenverbände des Kreditgewerbes verzichtet, weil diese nicht der Devisenspekulation, sondern vorwiegend dem Reiseverkehr dienen. Außerdem entfiel hiermit sehr viel Verwaltungsarbeit bei kleinen und mittleren Instituten ⁴.

1 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 219

2 Ebenda

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. Reischauer/Kleinhaus, Kreditwesengesetz, a.a.O., §§ 10 und 11, Anm. 21 f.

Seit dem 1. Februar 1980 müssen neben den Aktiv- und Passiv-devisenpositionen auch offene Positionen aus dem Edelmetall-geschäft im Grundsatz I a berücksichtigt werden; sie liegen dann vor, wenn eine Bank mehr Edelmetalle (Gold, Silber und Platin) verkauft als eingekauft hat bzw. umgekehrt.¹

b) Sachgerechte Verknüpfung der sicherungsrelevanten Tatbestände

Wir fragen hier, ob die Begrenzung der zulässigen Nettoposition zweckmäßigerweise - wie bei dem Grundsatz I a - an dem haftenden Eigenkapital ansetzt, und ob der Komplexität des Währungsrisikos im Grundsatz I a Rechnung getragen wird.

1. Haftendes Eigenkapital als Risikodeckungsmittel

Der Maßstab, der für die Zulässigkeit von Geschäftsrisiken in den westlichen Industrienationen herangezogen wird, ist das Haftungskapital der Banken². Hier ist zu überlegen, ob sich die Begrenzung der offenen Devisenposition nur an dem haftenden Eigenkapital gem. § 10 KWG orientieren soll, oder ob nicht auch eigenkapitalähnliche Positionen berücksichtigt werden könnten³. So sind im haftenden Eigenkapital die stillen Reserven nicht enthalten, die bei jedem Kreditinstitut im Rahmen der geltenden Bewertungsnormen gebildet werden können⁴. Für die Berücksichtigung würde die Tatsache sprechen, daß die Banken nach Betriebsunfällen z.B. im Devisengeschäft⁵ zuerst stille Reserven auflösen⁶. Dagegen spricht zum ande-

¹ Vgl. o.V., Bundesaufsichtsamt erweitert Grundsätze, in: Handelsblatt vom 21. Januar 1980, S. 13; o.V., Goldgeschäft eingengt, in: Handelsblatt vom 3. Oktober 1979, S. 9; Christe-Marie Müller, Gold in den Grundsatz I a, in: Handelsblatt vom 16./17. November 1979, S. 10

² Vgl. Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen ..., a.a.O., S. 533; Walter Hadding/Uwe K. Schneider, Nachrangiges Haftkapital bei Kreditinstituten in ausländischen Rechtsordnungen, in: Sparkasse 1977, S. 390

³ Vgl. Hans-Jochem Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 10

⁴ Vgl. Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen ..., a.a.O., S. 533

⁵ Die Westdeutsche Landesbank hat ihren Verlust aus Devisengeschäften durch die Auflösung stiller Reserven kompensiert, vgl. Westdeutsche Landesbank und Girozentrale, Geschäftsbericht 1973, S. 53

⁶ Vgl. o.V., Kredit - Quantität und Qualität, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977, S. 1203

ren, daß keine allgemeingültige Regel für eine "gleichmäßige Dotierung der stillen Reserven" ¹ existiert ^{2, 3}. Zum zweiten wäre der Arbeitsaufwand für die Bankenaufsicht zu groß, müßte sie die stillen Reserven auf ihre Werthaltigkeit überprüfen ⁴. Für die definitionsmäßige Beschränkung des "Haftungskapitals" gem. § 10 KWG kann auch angeführt werden, daß man hierbei auf schon vorhandene Rechenwerke, wie die Handelsbilanz, zurückgreifen kann ⁵. Im Grundsatz I a scheint es auch deshalb sinnvoll, die Begrenzung der offenen Positionen auf das haftende Eigenkapital zu beziehen, weil die anderen Risikobegrenzungsvorschriften des KWG ebenfalls diesen Deckungstatbestand enthalten.

2. Berücksichtigung der Teilrisiken

Die sachgerechte Verknüpfung der sicherungsrelevanten Tatbestände hängt jedoch nicht nur von der Zweckmäßigkeit des Deckungsmittels ab, sondern wir müssen bei komplexen Risikotatbeständen - wie dem Währungsrisiko der Banken - auch die Verknüpfung der Teilrisiken mit dem Risikodeckungsmittel beurteilen.

Die Teilrisiken ergeben sich aus der Zusammensetzung der Gesamtdevisenposition einer Bank aus Aktiv- und Passivdevisenpositionen verschiedener Währungen und mit unterschiedlichen Fälligkeiten.

aa) Risiken einzelner Währungen

Der Grundsatz I a enthält richtigerweise ein Saldierungsverbot für die offenen Devisenpositionen verschiedener Währungen.

1 Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen ..., a.a.O., S. 533

2 Vgl. ebenda

3 Ein Ansatzpunkt wäre die Methode zur Berechnung des effektiven Eigenkapitals durch die Schweizer Bankenrevisoren. Vgl. Godehard Puckler, Stille Reserven im Prüfungsbericht der Schweizer Bankenrevisoren, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1979, S. 738 ff.

4 Vgl. Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen ..., a.a.O., S. 533

5 Vgl. ebenda

Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Salden aus den Aktiv- und Passivdevisenpositionen "getrennt nach Währungen" zu ermitteln sind und ohne Beachtung des Vorzeichens addiert werden (vgl. S. 226). Damit ist gewährleistet, daß das Teilrisiko pro Währung gesondert berücksichtigt und in direkte Beziehung zum haftenden Eigenkapital gesetzt wird.

Im Gegensatz dazu wäre durch die Saldierungsmöglichkeit zwischen Plus- und Minuspositionen verschiedener Währungen das Risiko nur unzureichend zum Ausdruck gekommen; man kann nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität nicht mehr annähernd davon ausgehen, daß sich bei der Aufwertung der Inlandswährung der Gewinn aus der Minusposition einer Fremdwährung A mit dem Verlust aus der Plusposition einer Fremdwährung B ausgleichen wird, wie dies früher bei einer Paritätsänderung der Inlandswährung angenommen werden konnte¹. Dies kommt eindeutig in Abbildung 1 (vgl. S. 27) zum Ausdruck, wo die unterschiedliche Entwicklung der bilateralen DM-Außenwerte gegenüber den wichtigsten Welthandelswährungen dargestellt wird.

bb) Kursänderungs- und Swapsatzrisiken

Geht man zunächst davon aus, daß die Aktiv- und Passivdevisenpositionen je Währung betragsmäßig, nicht jedoch der Fälligkeit nach übereinstimmen, verbleibt das sogenannte Swapsatzrisiko (vgl. S. 34).

Es wird im Grundsatz I a Abs. 2 und 3 dadurch berücksichtigt, daß nur Aktiv- und Passivpositionen bestimmter Fälligkeitszeiträume miteinander saldiert werden dürfen². Die damit ermittelten Teil- bzw. Swapsatzrisiken kommen als offene Devisenpositionen pro Fälligkeitszeitraum zum Ausdruck und werden direkt zu dem haftenden Eigenkapital in Beziehung gesetzt. Im Grundsatz I a Abs. 2 werden die Swapsatzrisiken begrenzt, die sich im Monatsverlauf nicht ausgleichen und in Abs. 3 die Swapsatzrisiken, die sich im Halbjahresverlauf nicht

¹ Vgl. Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 50

² Vgl. mit anderer Erklärung Günter Dürre, Devisengeschäft und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 219 f.

ausgleichen. In beiden Fällen werden die Swapsatzrisiken durch die Begrenzung der offenen Devisenpositionen pro Kalendarmonat oder -halbjahr auf 40 % des haftenden Eigenkapitals eingeschränkt.

Die offenen Positionen, die sich auch ohne Beachtung der Fälligkeit nicht ausgleichen, repräsentieren das Kursänderungsrisiko i.e.S. Sie werden durch Abs. 1 auf 30 % des haftenden Eigenkapitals begrenzt.

Wir kommen zu dem Schluß, daß im Grundsatz I a der Komplexität des Währungsrisikos durch die isolierte Verknüpfung der Teilrisiken mit dem haftenden Eigenkapital Rechnung getragen wird.

c) Sachgerechte qualitative Relation des Grundsatzes I a

Die Begrenzung der offenen Devisenpositionen im Grundsatz I a Abs. 1 ¹ auf 30 % des haftenden Eigenkapitals ist dann sachgerecht, wenn sie einerseits zur größtmöglichen Sicherung der Gläubigergelder beiträgt und andererseits die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte als Minimalziel nicht beeinträchtigt.

Die Konsequenzen für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte sind davon abhängig, in welchem Umfang der von den Banken durchschnittlich wünschbare oder notwendige Spekulationsspielraum durch den Grundsatz I a begrenzt wurde.

1. Anhaltspunkte über die Ausschöpfung des Grundsatzes I a

Obwohl man in der Begründung zur KWG-Novelle von einer engen Begrenzung des Devisengeschäfts durch den Grundsatz I a sprach ², wird inzwischen allgemein angenommen, daß die im Grundsatz I a vorgesehenen Grenzen nicht annähernd ausgeschöpft

1 Die Relationen nach Abs. 2 und 3 des Grundsatzes I a (vgl. S. 156) werden nicht gesondert diskutiert; für sie gelten die gleichen Überlegungen.

2 Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Drucksache 7/3657, Entwurf eines Zweiten Gesetzes über das Kreditwesen, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 582, S. 11

werden ¹.

aa) Eigene Berechnungen

Während für die Grundsätze I - III die Durchschnittskennziffern, d.h. ihre durchschnittliche Ausschöpfung, berechnet und veröffentlicht werden ², ist offiziell nicht bekannt, in welchem Umfang der Spekulationsspielraum nach dem Grundsatz I a tatsächlich genutzt wird.

i. Vorgehensweise

Um diesen Mangel auszugleichen, versuchen wir in einer Näherungsrechnung die durchschnittliche Ausschöpfung des Grundsatzes I a zu berechnen. Als Indikator für die offenen Devisenpositionen der Banken verwenden wir den Saldo, der sich aus der Differenz der Abnahme- und Lieferverpflichtungen aus Devisentermingeschäften einerseits und der Differenz der kurzfristigen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten der inländischen Kreditinstitute gegenüber dem Ausland andererseits berechnet. Die monatlichen Salden seit Juli 1974 werden in Tabelle 12 wiedergegeben.

In dem zweiten Schritt unserer Näherungsrechnung wird dieser monatliche Indikator für die offenen Devisenpositionen des gesamten deutschen Bankengewerbes (Tabelle 12, Saldo III) zu dem haftenden Eigenkapital der potentiellen Devisenhandelsbanken ³ in Beziehung gesetzt. Als Ergebnis erhalten wir in Tabelle 13 monatliche Kennzahlen, die näherungsweise die Durchschnittskennziffer für den Grundsatz I a Abs. 1 angeben.

1 Vgl. Szagunn/Neumann/Wohlschies, Kreditwesengesetz, Berlin u.a. 1976, §§ 10 und 11, Anm. 18

2 Vgl. Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1978, S. 65

3 In der Terminologie der Deutschen Bundesbank zählen wir hierzu die Kreditbanken, die Girozentralen und die Zentralkassen (einschließlich der Deutschen Genossenschaftsbank).

Tabelle 12: Indikator für die offenen Devisenpositionen deutscher Banken seit Juli 1974 in Mio DM

Salden aus den kurzfristigen Fremdwährungs- geschäften			Salden aus Fremdwährungs- und Devisenterminge- schaften				
	Forderun- gen (1)	Verbindlich- keiten (2)	Saldo I (1) - (2) = (3)	Annahmeverpfl. (4)	Lieferverpfl. (5)	Saldo II (4) - (5) = (6)	Saldo III (3) + (6)
<u>1974</u>							
Juli	13.444	15.041	- 1.597	150.147	148.549	1.698	101
Aug.	13.853	14.352	- 499	137.734	137.547	1.187	688
Sept.	14.773	15.298	- 525	132.851	131.949	902	377
Okt.	15.139	15.497	- 358	127.777	127.528	249	- 109
Nov.	15.590	15.167	+ 423	111.504	111.121	383	40
Dez.	16.185	15.427	+ 758	102.917	102.796	121	637
<u>1975</u>							
Jan.	15.279	14.698	+ 581	99.213	99.112	101	682
Feb.	16.287	15.294	+ 993	97.539	99.101	- 562	431
März	16.303	15.364	+ 939	94.295	94.125	170	1.009
April	16.971	15.424	+ 1.547	92.130	92.191	- 61	1.486
Mai	16.918	15.104	+ 1.814	82.745	83.111	- 366	1.448
Juni	18.102	16.220	+ 1.882	83.965	83.384	- 319	1.591
Juli	18.292	16.888	+ 1.404	99.797	100.319	- 522	982
Aug.	19.624	17.076	+ 2.548	107.240	108.585	- 1.345	1.203
Sept.	19.365	17.292	+ 2.073	112.457	114.232	- 1.775	299
Okt.	19.208	17.804	+ 1.404	111.989	112.981	- 992	412
Nov.	18.907	18.531	+ 376	110.542	110.439	103	479
Dez.	20.508	20.096	+ 412	109.187	110.090	- 903	- 591

[illegible]

Fortsetzung Tabelle

Salden aus den kurzfristigen Fremdwährungs- geschäften			Salden aus Fremdwährungs- und Devisenterminge- schäften				
	Forderun- gen	Verbindlich- keiten	Saldo I	Annahmever- pflichtungen	Lieferver- pflichtungen	Saldo II	Saldo III
1978							
Jan.	25.055	23.877	+ 1.178	158.626	159.329	- 703	+ 475
Feb.	24.039	22.681	+ 1.358	159.788	161.791	- 2.003	- 645
März	23.642	22.642	+ 1.000	165.317	166.338	- 1.063	- 63
April	23.257	21.276	+ 1.981	164.088	165.191	- 1.103	+ 878
Mai	24.283	22.102	+ 2.181	167.888	170.220	- 2.332	- 151
Juni	25.770	23.408	+ 2.362	170.233	172.006	- 1.773	+ 589
Juli	25.052	22.873	+ 2.179	175.707	177.245	- 1.538	+ 641
Aug.	26.258	23.301	+ 2.957	177.044	179.788	- 2.744	+ 213
Sept.	24.966	23.097	+ 1.869	174.425	176.468	- 2.043	- 174
Okt.	23.961	22.556	+ 1.405	163.773	165.616	- 1.843	- 438
Nov.	26.624	24.264	+ 2.360	189.415	190.420	- 1.005	+ 1.355
Dez.	27.429	27.280	+ 149	176.876	176.400	+ 476	+ 625
1979							
Jan.	25.871	25.378	+ 493	174.330	173.662	+ 668	+ 1.161
Feb.	25.061	23.985	+ 1.031	172.117	171.512	+ 605	+ 1.636
März	25.930	25.134	+ 796	186.624	184.934	+ 1.690	+ 2.468

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihfte ... , Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik;
dieselbe, Statistische Angaben über das Devisentermingeschäft der Kreditinstitute
(unveröffentlicht); eigene Berechnungen

Tabelle 13: Durchschnittliche Kennziffern (näherungsweise)
für den Grundsatz I a nach § 10 KWG

Jahr	Indikator für offene Devisen- positionen x 100 :	Haftendes Eigenka- pital	Kennzahl analog Grundsatz I a Abs. 1
<u>1974</u>			
Juli	101.00	: 20.342	0.49
Aug.	688.00	: 20.481	3.36
Sept.	377.00	: 20.603	1.83
Okt.	109.00	: 20.598	0.53
Nov.	40.00	: 20.641	0.19
Dez.	637.00	: 21.264	2.99
<u>1975</u>			
Jan.	682.00	: 21.426	3.18
Feb.	431.00	: 21.742	1.98
März	1.009.00	: 22.185	4.55
April	1.486.00	: 22.382	6.64
Mai	1.448.00	: 23.085	6.27
Juni	1.591.00	: 23.171	6.87
Juli	982.00	: 23.162	4.24
Aug.	1.203.00	: 23.196	5.19
Sept.	299.00	: 23.271	1.28
Okt.	412.00	: 22.409	1.76
Nov.	479.00	: 23.714	2.02
Dez.	591.00	: 24.008	2.46
<u>1976</u>			
Jan.	- 431.00	: 24.345	1.77
Feb.	- 954.00	: 24.454	3.90
März	- 1.398.00	: 24.435	5.72
April	- 1.650.00	: 25.761	6.41
Mai	- 576.00	: 26.055	2.19
Juni	- 1.315.00	: 26.133	5.01
Juli	- 2.059.00	: 26.191	7.86
Aug.	- 2.131.00	: 26.435	8.06
Sept.	- 2.085.00	: 26.838	7.77
Okt.	- 2.111.00	: 26.861	7.86
Nov.	- 955.00	: 26.966	3.54
Dez.	- 1.060.00	: 27.172	3.90

Forts. Tabelle

Jahr	Indikator für offene Devisen- positionen x 100	:	Haftendes Eigen- kapital	Kennzahl analog Grundsatz Ia Abs. 1
<u>1977</u>				
Jan.	- 938.00	:	27.336	3.43
Feb.	- 550.00	:	27.447	2.00
März	- 1.396.00	:	27.828	5.02
April	- 1.082.00	:	27.976	3.87
Mai	- 1.477.00	:	28.174	5.24
Juni	- 737.00	:	28.245	2.61
Juli	- 1.881.00	:	28.505	6.60
Aug.	- 1.459.00	:	28.545	5.19
Sept.	- 1.268.00	:	28.939	4.38
Okt.	- 1.444.00	:	28.965	4.99
Nov.	- 1.644.00	:	29.384	5.59
Dez.	- 1.512.00	:	30.319	4.99
<u>1978</u>				
Jan.	+ 475.00	:	30.483	1.56
Feb.	- 645.00	:	30.614	2.11
März	- 63.00	:	30.960	0.20
April	+ 878.00	:	30.990	2.83
Mai	- 151.00	:	31.255	0.48
Juni	+ 589.00	:	31.351	1.88
Juli	+ 641.00	:	31.852	2.01
Aug.	+ 213.00	:	31.856	0.67
Sept.	- 174.00	:	32.045	0.54
Okt.	- 438.00	:	32.140	1.36
Nov.	+ 1.355.00	:	32.445	4.18
Dez.	+ 625.00	:	32.588	1.92
<u>1979</u>				
Jan.	+ 1.161.00	:	32.756	3.54
Feb.	+ 1.636.00	:	32.839	4.98
März	+ 2.486.00	:	33.299	7.46

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte ..., Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen

ii. Beurteilung der Ergebnisse

Nach unseren Berechnungen kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Obergrenze des Grundsatzes I a Abs. 1 in Höhe von 30 % des haftenden Eigenkapitals aufgrund einer pauschalen Berechnung für das gesamte deutsche Bankengewerbe nicht annähernd ausgeschöpft wird. Die stärkste risikomäßige Belastung des haftenden Eigenkapitals durch offene Devisenpositionen ergab sich im August 1976 mit 8,06 %. Für die zurückliegenden Jahre berechneten wir im Durchschnitt die folgenden Kennzahlen: 1974 - 1,565 %, 1975 - 3,87 %, 1976 - 5,33 %, 1977 - 4,49 % und 1978 nur 1,645 %.

Bemerkenswert sind die durchschnittlichen Kennzahlen der Jahre 1974 und 1978. Die geringe Ausschöpfung des Spekulationsspielraums im Jahre 1974 wird man mit den Nachwirkungen auf den Zusammenbruch des Bankhauses Herstatt begründen können. Die geringe Auslastung des Jahres 1978 könnte mit der Vermutung im Zusammenhang stehen, daß die deutschen Banken in zunehmendem Ausmaß risikoträchtige Geschäfte - wie den Devisenhandel - in aufsichtsfreie Regionen verlagert haben (vgl. S. 175).

Im Gegensatz zu unseren Ergebnissen gibt Dicken für die Commerzbank eine durchschnittliche Belastung des haftenden Eigenkapitals durch offene Devisenpositionen in Höhe von 10 % an ¹.

Wenn unsere Berechnungen - im Vergleich zu Angaben eines 'Großbanken-Vertreters' - auf eine geringere Auslastung des Grundsatzes I a schließen lassen, ist dies aus mehreren Gründen verständlich. Zum ersten gehören die Großbanken zu den führenden Devisenhandelsbanken mit einem entsprechend großen Marktanteil im Devisengeschäft. Zum zweiten können sich bei der Be-

¹ Vgl. Hans E. Büschgen (Hrsg.), Mitteilungen und Berichte des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, Abteilung Bankwirtschaft 1978/9, S. 32

rechnung der offenen Devisenpositionen für das gesamte deutsche Bankengewerbe Kompensationen ergeben haben. Und zum dritten werden in unserer Berechnung Eigenkapitalanteile von Banken enthalten sein, die praktisch keine offene Devisenpositionen eingehen.

Für uns sind jedoch weniger die genauen Prozentsätze von Bedeutung, als die Tatsache, daß der Grundsatz I a Abs. 1 zu weniger als einem Drittel ausgeschöpft wird.

bb) Überschreitungen des Grundsatzes I a

Einen weiteren Anhaltspunkt über die Begrenzung des notwendigen bzw. aus Sicht der Banken wünschbaren Spekulationsspielraumes stellen Informationen über Verstöße gegen den Grundsatz I a dar. Aus Tabelle 14 wird ersichtlich, daß bei einer Gesamtzahl von 413 Banken, die Meldungen zum Grundsatz I a einreichen müssen, die Überschreitungen relativ gering waren. Die generelle Feststellung über die minimale Ausschöpfung des Grundsatzes I a wird damit nicht widerlegt.

Tabelle 14 : Zahl der Kreditinstitute, die den Grundsatz Ia überschritten haben

Im Jahres- durchschnitt	Abs. 1	Abs. 2	Abs. 3
1975	7	5	4
1976	4	3	2
1977	3	2	1
1978	3	3	2

Quelle: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1978, S. 65

Dennoch könnte man vermuten ¹, daß die im Devisenhandel tätigen Privatbankiers den Grundsatz I a im Durchschnitt voll ausschöpfen oder sogar dagegen verstoßen müssen, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Für die deutschen Privatbankiers, die nach dem Hambros Dealer 1977 ² im Devisengeschäft tätig waren, ergab sich eine Spanne für das haftende Eigenkapital von 40 - 162 Millionen (vgl. Tab. 15).

Tabelle 15 : Haftendes Eigenkapital deutscher, im Devisenhandel tätiger Privatbankiers in Mio.

Bankhaus Lampe, Düsseldorf	31
Oppenheim (Sal.) jr. & Cie, Düsseldorf und Frankfurt	110
Trinkaus & Burkhard, Düsseldorf	162
Effektenbank Warburg, Frankfurt	
Schröder, Münchmeyer, Hengst, Hamburg	75
MM Warburg-Brinckmann, Wirtz, Hamburg	100
Joh. Berenberg, Gosslar	40

Quelle: Hambros Dealer 1977, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977

Geht man davon aus, daß eine Privatbank mit einem haftenden Eigenkapital von 40 - 160 Millionen offene Positionen nur in Höhe von rund 12 - 52 nach Abs. 1 und 16 - 64 nach Abs. 2 und 3 Millionen eingehen darf, dann kann man daraus schließen, daß eine solche Bank bei den derzeitigen Größenordnungen im Auslandsgeschäft mit den damit für den Devisenhandel verbundenen Anschlußgeschäften nicht mehr voll konkurrenzfähig sein kann. Wenn wir also unter aa) die generelle Aussage getroffen

1 Vgl. o.V., Einigung über Termingeschäfte, in: Börsenzeitung vom 13. Juli 1974; o.B., Beschränkungen des Grundsatz I a gemäß KWG, in: Bank-Betrieb 1974, S. 422; ebenso für die Schweiz Hans Bär, Verblässerender Heiligenschein ..., a.a.O., S. 46

2 Vgl. Hambros Bank Limited (Hrsg.), Foreign Exchange and Bullion Dealers Directory 1977, London, S. 108 ff.

haben, daß der Grundsatz I a zu großzügig formuliert sei, wird man diese Aussage für im Devisenhandel tätige Privatbankiers relativieren müssen.

2. Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit

Die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte würde dann durch den Grundsatz I a beeinträchtigt werden, wenn die offenen Devisenpositionen soweit beschränkt werden, daß sie nach erfolgter Devisenarbitrage nicht mehr zum Ausgleich des Devisenangebots und der Devisennachfrage ausreichen. Die Folge wären stärkere Kursausschläge und fehlende Kurssicherungsmöglichkeiten für den Außenhandel.

Da die Obergrenzen des Grundsatzes I a im Durchschnitt höchstens zu einem Drittel ausgenützt wurden, kann man davon ausgehen, daß zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage an den Devisenmärkten kein höherer Betrag an offenen Devisenpositionen notwendig war. Eine Funktionsstörung durch die Begrenzung der Spekulationsspielräume durch den Grundsatz I a ist deshalb grundsätzlich nicht zu befürchten. Eine gewisse Beeinträchtigung oder Herabsetzung der Funktionsfähigkeit wäre allerdings dann gegeben, wenn kleinere Privatbankiers, die sich auf das Devisen- und Auslandsgeschäft spezialisiert haben, wegen unzureichender Spekulationsmöglichkeiten (vgl. S. 171 ff.) aus dem Markt ausscheiden müßten (vgl. S. 93).

Auf der anderen Seite kann man sich vorstellen, daß die nicht genutzten Spekulationsspielräume kurzfristig von den Banken voll genutzt werden und damit der Mechanismus der Kursüberreibung in Gang gesetzt wird (vgl. S. 84 ff.). In diesem Fall führt die zu großzügige Relation des Grundsatzes I a zu einer Funktionsgefährdung an den Devisenmärkten.

3. Auswirkungen auf den Gläubigerschutz

Unter dem Aspekt des Gläubigerschutzes kann als einzig zuverlässige Norm die Forderung nach dem vollständigen Ausgleich der Devisenpositionen bei Geschäftsschluß gelten. Von diesem Grundsatz sollte nur in dem Ausmaß abgewichen werden, d. h. es sollten nur in dem Umfang offene Devisenpositionen zugelassen werden, als dies für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte notwendig erscheint.

Diese Forderung muß deshalb aufgestellt werden, weil eine praktikable und fundierte Bestimmung des absoluten Sicherungsniveaus auch im Devisengeschäft nicht möglich ist; dies würde voraussetzen, daß die Vermögensverlustrisiken des Gesamtinstituts oder bestimmter Einzelengagements, wie hier z.B. die Vermögensverlustrisiken aus dem Devisengeschäft gemessen werden könnten. ¹

Unrealistisch waren in diesem Zusammenhang die Überlegungen der Spitzenverbände des deutschen Bankengewerbes. Sie rechneten den Aufsichtsinstanzen vor, daß selbst bei extremen Kursschwankungen von 25 % und bei einer Begrenzung der offenen Devisenpositionen auf 20 % des haftenden Eigenkapitals ² für letzteres nur ein effektives Risiko von 5 % in Rechnung zu stellen sei ³. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, daß für das Durchhandeln von Devisen im Tagesverlauf keine Gewinngarantie besteht, daß Kursschwankungen und Geschäftsumschlag in kürzeren Zeiträumen als einem Jahr erfolgen und daß das haftende Eigenkapital nicht nur Risikoträger für das Devisengeschäft darstellt, sondern in weit größerem Umfang Kreditrisiken absichern muß ⁴.

1 Vgl. Hans-Jacob Krümmel, Bankpolitische Normen ..., a.a.O., S. 534

2 Die Aufsichtsgremien schlugen zunächst vor, die offenen Positionen auf 20 % des haftenden Eigenkapitals zu begrenzen. Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 219; o.V., Einigung über Termingeschäfte, a.a.O., S. 1

3 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 219

4 Vgl. ebenda

Aus diesen Gründen muß geschlossen werden, daß die quantitative Begrenzung des Währungsrisikos im Grundsatz I a nicht zur größtmöglichen Sicherung der Gläubigergelder beiträgt. Darüber hinaus wurde festgestellt, daß die Obergrenze für offene Devisenpositionen bis auf rund 10 % des haftenden Eigenkapitals herabgesetzt werden könnte, ohne dadurch die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte wesentlich zu beeinträchtigen.

Die positive Wirkung des Grundsatzes I a wird auch durch die zunehmende Tendenz abgeschwächt, daß die offenen Positionen im Gold- und Devisengeschäft auf Tochterbanken in Währungsgebiete verlagert werden, in denen das Devisen- und Edelmetallgeschäft überhaupt nicht oder nur sehr großzügig von den Aufsichtsinstanzen geregelt wird.¹

Aufgrund des rechtlichen und faktischen Haftungszusammenhangs zwischen Mutter- und Tochterinstitut müßten Devisenhandelsverluste der Tochter im Extremfall von der deutschen Mutterbank getragen werden.²

4. Änderungsvorschläge und Fazit

Da das Minimalziel funktionsfähiger Devisenmärkte nicht beeinträchtigt wird, wenn die offenen Devisenpositionen auf rund 10 % des haftenden Eigenkapitals begrenzt bleiben, müßte die Obergrenze im Grundsatz I a entsprechend der Forderung nach größtmöglicher Sicherung der Gläubigergelder auf diesen Prozentwert herabgesetzt werden. Damit wäre gleichzeitig der Vorteil verbunden, daß die Ausschöpfung der verbleibenden Spekulationsspielräume in Krisenzeiten nicht den Prozeß der Kursübertreibung in Gang setzt. Es handelt sich dabei um keine unrealistische Forderung, weil sie erst in jüngster Zeit auch von der Bank of England aufgestellt wird.³

1 Vgl. o.V., Beim ersten großen Meeting diskutierten Kontrolleure über die Risiken, in: Handelsblatt vom 9. September 1979, S. 7

2 Vgl. Bericht der Studienkommission, Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft, Bonn 1979, S. 354, Tz. 1126

3 Vgl. o.V., Devisenhandel soll begrenzt werden, in: Handelsblatt vom 12. Februar 1980, S. 6

Um Nachteile für kleinere Banken auszuschalten, sollten diese in größerem prozentualen Umfang offene Devisenpositionen eingehen dürfen, jedoch nur unter der von Hahn vorgeschlagenen Bedingung, daß die offenen Devisenpositionen von dem haftenden Eigenkapital abgezogen werden ¹. Damit wird die Konkurrenzfähigkeit kleinerer Privatbanken nicht beeinträchtigt, die sich auf das Auslands- und Devisengeschäft spezialisiert haben, und auf der anderen Seite wird dem Gläubigerschutz in größtmöglichem Umfang Rechnung getragen, weil der verbleibende Eigenkapitalanteil in geringerem Umfang das Engagement in anderen Geschäftsbereichen zuläßt.

C. Besondere Begrenzung zwischenbetrieblicher Gefahrenquellen

I. Ungewöhnliche Geschäftsausweitung als Ansatzpunkt aufsichtsrechtlicher Maßnahmen

Luer sieht als Ansatzpunkt für aufsichtsrechtliche Eingriffe im Devisengeschäft die "ganz ungewöhnliche Geschäftsausweitung" ²; nach seiner Vorstellung kann in diesen Fällen die fachliche Eignung der Geschäftsleitung in Zweifel gezogen werden ³. Geschäftsausweitung kann sich in unserem Zusammenhang nur auf das Umsatzvolumen im Devisenhandel beziehen. Demnach müßte eine Verhaltensnorm (ähnlich dem Grundsatz I a) gesucht werden, die angibt, bei welchem Devisenhandelszuwachs die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Zweifel gezogen werden muß.

Eine solche Norm lehnt Luer dann jedoch an anderer Stelle mit den folgenden Gründen ab ⁴, "daß im Regelfall geschlossene Positionen der Banken keine dem Devisengeschäft eigenartige, zusätzliche Risiken bilden" ⁵ und daß die Banken die zusätz-

1 Vgl. Oswald Hahn, Sowohl bürokratisch als auch liberal, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1978, S. 14

2 Hans-Jochem Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 15

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. ebenda, S. 8

5 Ebenda

lichen Erträge aus der Geschäftsausweitung für die ebenfalls dadurch bedingten zusätzlichen Kontrolleinrichtungen benötigen¹. U.E. rechtfertigen diese beiden Gründe noch keinesfalls die Ablehnung einer solchen Norm, weil wir erstens die Ansicht vertreten, daß gerade im bankmäßigen Devisenhandel geschlossene Positionen ein besonderes Risikoproblem darstellen (vgl. 2. Teil, B III). Zweitens kann das einzelwirtschaftliche Gewinnstreben nicht das alleinige Kriterium bilden, anhand dessen die Zweckmäßigkeit einer aufsichtsrechtlichen Maßnahme beurteilt wird.

II. Zweckmäßigkeit einer Begrenzung des Devisenhandelsvolumens

Wir werden im Gegensatz zu Luer die Zweckmäßigkeit einer Verhaltensnorm zur Begrenzung zwischenbetrieblicher Risiken des Devisenhandels mit den oben schon verwendeten Kriterien überprüfen (sachgerechte Erfassung des sicherungsrelevanten Tatbestandes, Wirkung auf die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte, Prinzip der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz aufsichtsrechtlicher Maßnahmen).

U.E. repräsentiert der gesamte Devisenhandelsumsatz nur sehr ungenau den Tatbestand eines Devisenhandelsrisikos und hier im besonderen ein zwischenbetriebliches Risiko. Sehr viel eindeutiger wird dieses zwischenbetriebliche Risiko durch die Verteilung des Umsatzvolumens auf die einzelnen Devisenhandelspartner und durch die Größe der einzelnen Devisengeschäfte angezeigt. Bei einer größeren Anzahl von Devisenhandelspartnern und einer entsprechend starken Aufteilung des gesamten Umsatzvolumens nimmt dieses Risiko ab. Das gleiche gilt für die Aufteilung des gesamten Umsatzvolumens auf eine größere Anzahl von Einzelgeschäften. Indikator für das zwischenbetriebliche Risiko ist also weniger das gesamte Umsatzvolumen, als die Umsatzverteilung bzw. die Umsatzstruktur.

¹ Vgl. Hans-Jochem Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 9

Unabhängig davon wäre eine Begrenzung des Devisenhandelsumsatzes wegen seiner Wirkung auf die einzel- und gesamtwirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Devisenhandels negativ zu beurteilen. Eine solche Begrenzung müßte dazu führen, daß eine Bank, die an ihre Umsatzgrenze gestoßen ist, ihre Devisenmarktaktivitäten einstellt. Dies würde bedeuten, daß eine Bank ab diesem Zeitpunkt keine Kundengeschäfte mehr annehmen könnte. Wenn ihr der Abschluß des Kundengeschäftes noch möglich war, müßte sie vielleicht eine offene Devisenposition eingehen. In diesem Fall könnte es sogar zu einer Kollision mit dem Grundsatz I a kommen. Außerdem haben wir schon festgestellt, daß mit dem Übergang zu flexiblen

Wechselkursen wegen des damit verbundenen zunehmenden Währungsrisikos die Kurssicherungsketten länger geworden sind (vgl. S.40). Deshalb mußte das Devisenhandelsvolumen besonders auch bei den deutschen Geschäftsbanken zwangsläufig anwachsen. Eine Begrenzung des Umsatzvolumens hätte zu einer abnehmenden Arbitrage- und Spekulationstätigkeit geführt, die negative Konsequenzen für die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte bewirkt.

Die Beurteilung unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aufsichtsrechtlicher Maßnahmen begründet keine Notwendigkeit für die Begrenzung der zwischenbetrieblichen Risiken im Devisengeschäft, weil im Vergleich zu den primär innerbetrieblich bedingten Devisenhandelsverluste keine Fälle bekannt wurden, bei denen zwischenbetriebliche Devisenhandelsrisiken zu Verlusten mit existenzgefährdender Größenordnung führten (vgl. S. 46). Hinzu kommt, daß sich die deutschen Geschäftsbanken offensichtlich schon vor dem Herstatt-Zusammenbruch der zwischenbetrieblichen Risiken bei Devisengeschäften mit Herstatt bewußt waren, weil keine dieser Banken durch die Insolvenz des Bankhauses Herstatt wesentliche Devisenhandelsverluste tragen mußte. Sie hatten also ohne besondere aufsichtsrechtliche Normierung Maßnahmen zur Begrenzung zwischenbetrieblicher Devisenhandelsrisiken ergriffen.

D. Besondere Begrenzung innerbetrieblicher Gefahrenquellen
durch Mindestanforderungen an bankinterne Kontrollmaßnahmen

Im folgenden soll untersucht werden, ob durch die "Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften ..." ¹ das Aufsichtssystem verbessert wurde.

I. Aufsichtsrechtliche Bedeutung der Mindestanforderungen

Die Mindestanforderungen wurden den Spitzenverbänden der Kreditinstitute im Schreiben vom 24. Februar 1975 durch das Bundesaufsichtsamt mitgeteilt ². In der Regel werden durch Mitteilungen des Bundesaufsichtsamtes wichtige Auslegungsgrundsätze bekanntgegeben ³. Wenngleich darauf im oben bezeichneten Schreiben nicht hingewiesen wurde, so kann man doch in Verbindung mit einem früher datierten Schreiben ⁴ vermuten, daß bei Mißachtung der "Mindestanforderungen ..." die Zuverlässigkeit der Geschäftsleitung in Zweifel gezogen werden könnte.

Da die "Zuverlässigkeit" der Geschäftsleitung eine notwendige Voraussetzung für die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften darstellt (§ 33 Abs. 2 Ziff. 2 KWG), bedeutet die Einführung der "Mindestanforderungen ..." eine Konkretisierung ⁵ des Konzessions- und Normativsystems (vgl. S. 102) mit seinen

¹ Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 24. Februar 1975, Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften - Kassa und Termin, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 4.120

² Vgl. ebenda

³ Ludwig Schork, Die allgemeinen Maßnahmen ..., a.a.O., S. 37

⁴ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 6. Mai 1974, a.a.O.

⁵ Vgl. auch Beispiele einer persönlichen Unzuverlässigkeit, Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 33, Anm. 10

aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten der Erlaubnisrücknahme (§ 35 Abs. 2 Ziff. 4 KWG) und der Abberufung von Geschäftsleitern (§ 36 Abs. 1 KWG).

II. Inhaltliche Übereinstimmung zwischen den Mindestanforderungen und einem internen Kontrollsystem

Die Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen stimmen inhaltlich mit dem überein, was als internes Kontrollsystem bezeichnet wird. Man kann deshalb auch von Mindestanforderungen an ein bankinternes Kontrollsystem bei Devisengeschäften sprechen. Diese Klarstellung erscheint zweckmäßig, weil das 'interne Kontrollsystem' inzwischen als ein wesentliches Prüfungsobjekt der Jahresabschlußprüfung angesehen werden muß (vgl. S. 216 f.).

Das interne Kontrollsystem ist ein Teilsystem der betrieblichen Organisation ¹. Wie auch die anderen Führungsaufgaben kann die Kontrolltätigkeit in vielen Fällen nicht mehr von der Geschäftsleitung selbst wahrgenommen werden. Sie wird deshalb durch Anordnungen der Geschäftsleitung geregelt. Die Gesamtheit dieser Anordnungen stellt dann die Kontrollorganisation oder das Kontrollsystem einer Unternehmung dar. Dieses Kontroll- oder Überwachungssystem kann in ein ordnungsorientiertes und in ein ziel- oder ergebnisorientiertes internes Überwachungssystem untergliedert werden ².

Die Unterscheidung ergibt sich primär aus den Zielen ³, die mit einem betriebsinternen Kontroll- oder Überwachungssystem verfolgt werden: ⁴

1 Ähnlich Claus Freiling, Systeme unternehmensinterner Überwachung, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1978, S. 297

2 Vgl. Erich Frese, Kontrolle der Organisation, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. v. Erwin Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 874; Claus Freiling, Systeme unternehmensinterner Überwachung, a.a.O., S. 298

3 Die Kontrollaufgaben bzw. Ziele des 'Verrechnungswesens' werden schon bei Linhardt angesprochen. Vgl. Hanns Linhardt, Die Kontrolle im Bankbetrieb, Stuttgart 1926, S. 142 ff.

4 Vgl. Helmut Neubert, Internal Control, Düsseldorf 1959, S. 9; derselbe: Das Internal Control System im Rahmen der Abschlußprüfung, a.a.O., S. 491

- (1) Sicherung der vorhandenen Vermögenswerte vor Verlusten;
- (2) Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten;
- (3) Steigerung des betrieblichen Wirkungsgrades durch Auswertung der Abrechnungsdaten;
- (4) Unterstützung für die Befolgung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik.

Während die Aufgabenstellungen (1) und (2) in erster Linie den ordnungsorientierten Überwachungssystemen vorgegeben werden¹, sind die Ziele (3) und (4) von dem ziel- oder ergebnisorientierten Überwachungssystem zu befolgen. Die ordnungsorientierte Überwachung ist damit identisch mit dem internen Kontrollsystem wie es Leffson umschreibt:² "... die Gesamtheit aller in betriebliche Prozesse eingebaute Überwachungsmethoden und -verfahren, die das Vermögen der Unternehmung sichern und die Richtigkeit und Zuverlässigkeit des Rechnungswesens garantieren sollen."

III. Beurteilung der bankinternen Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften

Die bankinternen Kontrollmaßnahmen sollen danach beurteilt werden, ob sie eine "ordnungsmäßige Durchführung"³ der Devisengeschäfte ermöglichen; dies ist gleichbedeutend mit der Frage, ob sie die Richtigkeit und die Zuverlässigkeit des Rechnungswesens gewährleisten und eine Gefährdung der Gläubiger Gelder durch das Devisengeschäft verhindern können.

1 Vgl. auch Eberhard Spieth, Vergleichende Gegenüberstellung und Wertung der wichtigsten Abschlußprüfungshandlungen in der amerikanischen und deutschen Wirtschaftsprüferarbeit, Düsseldorf 1962, S. 31 f.

2 Ulrich Leffson, Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 212

3 Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 24. Februar 1975, a.a.O.

a) Kontrollfunktion des Arbeitsablaufes im Devisengeschäft

Grundlegender Bestandteil eines internen Kontrollsystems stellt eine festgefügte Ordnung des Geschäftsablaufes dar ¹. Aufgrund der "Mindestanforderungen ..." muß der Ablauf im Devisengeschäft folgendermaßen festgelegt werden: ²

- (1) "Für jedes abgeschlossene Devisengeschäft hat der Devisenhändler einen Händlerzettel ... auszufüllen..."
- (2) "Jedes Devisengeschäft ist sofort im Handel zur Ermittlung der jeweiligen Position zu erfassen ..."
- (3) "Danach sind die Händlerzettel an die (Devisen-)Abwicklungsabteilung zur Eintragung in die Devisenposition und zum Ausschreiben der Abrechnungen weiterzugeben."
- (4) "Jedes Devisengeschäft (per Kassa und Termin) ist bei Abschluß im Rechnungswesen zu erfassen."
- (5) "Es ist sicherzustellen, daß die Bearbeitung der ... eingehenden Gegenbestätigungen für Kassa- und Termingeschäfte in keinem Fall durch den Handel erfolgt."
- (6) "Der fristgerechte Eingang der Gegenbestätigungen ist zu überwachen; Reklamationen sind gegebenenfalls unverzüglich vorzunehmen."

Durch diese Anforderungen an die Ablauforganisation erhält das Devisengeschäft eine Zwangsläufigkeit, die selbst schon gefahrenabwehrend wirkt. Dies hat zwei Gründe: Zum ersten bietet die individuelle und häufig wechselnde Erledigung gleichartiger Vorfälle durch verschiedene Personen wesentlich mehr Möglichkeiten für unbewußtes aber auch für bewußtes Fehlverhalten ³. Zum zweiten macht dieser Zwangsablauf erst die Schaffung von weiteren Kontrollvorgängen möglich ⁴.

¹ Vgl. Ulrich Leffson, Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 212

² Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 24. Februar 1975, a.a.O., Ziff. 1

³ Vgl. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Hrsg.), Wirtschaftsprüferhandbuch, Düsseldorf 1977, S. 1030

⁴ Vgl. Ulrich Leffson, Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 212

Eine erste Kontrollmöglichkeit ergibt sich aus Mindestanforderung (5) in Verbindung mit den Gegenbestätigungen, die von den Banken nach Geschäftsabschluß an die Kontrahenten verschickt werden. Die Wirksamkeit dieser automatischen Kontrolle ist erst dann gewährleistet, wenn im Devisengeschäft das Prinzip der Funktionstrennung befolgt wird. Dieser Grundsatz verlangt, daß bestimmte Funktionen unter dem Aspekt der Kontrolle streng auseinanderzuhalten sind, also nicht in einer Person oder einer Abteilung vereinigt sein dürfen¹. Getrennt werden sollen immer die vollziehenden (z.B. Ein- und Verkauf), die verbuchenden und die verwaltenden Funktionen².

In den Mindestanforderungen wird deshalb folgerichtig verlangt, daß eine "klare funktionale Trennung von a) Handel, b) Abwicklung, Überwachung und Kontrolle, c) Verbuchung" sichergestellt werden muß.

Die Durchsetzung der bisher genannten Anforderungen gewährleisten grundsätzlich die Richtigkeit und die Zuverlässigkeit des Rechnungswesens oder speziell für das Devisengeschäft die Richtigkeit und die Zuverlässigkeit der Angaben über die offenen Kassa- und Terminpositionen, weil durch die eindeutige Reihenfolge im Arbeitsfluß jede Unterabteilung als Kontrollinstanz für die andere Abteilung wirkt.

b) Kontrollfunktion der für das Devisengeschäft zuständigen Geschäftsleitungsmitglieder, des Leiters der Devisenabteilung und anderer Instanzen

Die Beachtung der Funktionstrennung beinhaltet die erste Möglichkeit, den Aufbau einer Devisenabteilung unter dem Kontrollaspekt zu gestalten. Zu der Aufbauorganisation gehören dann

1 Vgl. Ulrich Leffson, Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 214

2 Vgl. Institut der Wirtschaftsprüfer (Hrsg.), Wirtschaftsprüferhandbuch 1977, a.a.O., S. 1030

3 Vgl. ebenda

aber auch die Anordnungen, daß ein Aufgabenträger neben anderen Tätigkeiten bestimmte Kontrollaufgaben zu übernehmen hat. Das Bundesaufsichtsamt nennt als Kontrollinstanzen die für das Devisengeschäft zuständigen Geschäftsleitungsmitglieder, den Leiter der Devisenabteilung und andere Instanzen, die für die Beurteilung von Risiken aus Termingeschäften zuständig sind ¹.

Auf dieser zweiten Ebene des internen Kontrollsystems geht es im wesentlichen um die laufende Überwachung der Währungsrisiken, die bei Beachtung der Mindestanforderungen an die Ablauforganisation und bei Beachtung der Funktionstrennung aus den Zahlen des Rechnungswesens richtig und zuverlässig hervorgehen. An die Überwachung der Devisenhandelsrisiken stellt das Bundesaufsichtsamt die folgenden Forderungen ². Den zuständigen Geschäftsleitungsmitgliedern müssen täglich die Devisenpositionen (Ziff. 2) und in regelmäßigen Zeitabständen die Terminengagements mit den einzelnen Geschäftspartnern (Ziff. 4) vorgelegt werden. Letztere sind auch von einer anderen Stelle zu überwachen, die für die Beurteilung derartiger Risiken zuständig ist (Ziff. 4); damit kann bei Kundentermingeschäften die Kreditabteilung und bei Interbankgeschäften das Auslandssekretariat gemeint sein. Die Einhaltung der Aufsichtsbestimmungen (z.B. des Grundsatzes I a aber auch der Mindestanforderungen) und der internen Anweisungen (Kompetenzen der Händler, Limite usw.) sind von dem Leiter der Devisenabteilung und einer anderen Instanz in der Bank zu überwachen (Ziff. 3); damit wird in der Regel die interne Revision betraut sein (vgl. c).

Durch diese Anforderungen kann u.E. auch die zweite Aufgabe des internen Kontrollsystems weitgehend erreicht werden, weil die Einhaltung des Grundsatzes I a und die noch restriktiveren internen Anweisungen eine Gefährdung der Gläubiger-

¹ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 24. Februar 1975, Ziff. 2-4

² Vgl. ebenda

gelder nahezu ausschließen.

c) Kontrollfunktion der Innenrevision

Auf der dritten und obersten Ebene des internen Kontrollsystems ist die Überwachung durch die Innenrevision angesiedelt. Die Innenrevision hat mit den bisher genannten Kontrollinstanzen gemeinsam, daß sie durch Anordnung der Geschäftsleitung geschaffen wird, um Kontrollaufgaben zu erfüllen, die die Geschäftsleitung aus Zeitgründen selbst nicht mehr wahrnehmen kann. Daß sie im Vergleich zu den anderen Kontrollinstanzen ausschließlich Kontrollfunktionen ausführt, berechtigt nicht, sie als eigenständige Kontrollinstanz neben dem internen Kontrollsystem zu betrachten. Sie stellt vielmehr eine systemeigene Überwachungseinrichtung dar ¹, die Mängel im Kontrollsystem feststellt, und die die Geschäftsleitung zur Beseitigung der Mängel anhalten soll (vgl. S. 186). Die "Mindestanforderungen ...", die wir ja auch mit "Mindestanforderungen an ein internes Kontrollsystem" gleichgesetzt haben, verlangen deshalb folgerichtig, daß im Devisengeschäft in unregelmäßigen Zeitabständen bankinterne Revisionen durchzuführen sind (Ziff. 5) und einmal jährlich die schwebenden Devisengeschäfte mit den Kontrahenten abzustimmen sind (Ziff. 6).

Die Anforderungen für die Ausgestaltung der Innenrevision für das Bankgeschäft insgesamt wurden in einem Schreiben des Bundesaufsichtsamtes vom 28. Mai 1976 näher erläutert ². Für uns bedeutet dieses Schreiben in einigen Punkten eine Konkretisierung der "Mindestanforderungen ...".

Das Bundesaufsichtsamt fordert in diesem Schreiben als Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Innenrevision eine schriftlich fixierte Ordnung des gesamten Bankbetriebes, deren Einhaltung die Innenrevision zu kontrollieren hat ³. In dieser Ordnung muß - wie für sämtliche Teilbe-

1 Vgl. Eberhard Spieth, Interne Revision und Abschlußprüfung, in: Interne Revision 1979, S. 42

2 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 28. Mai 1976, in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 4.129

3 Vgl. ebenda, Ziff. 1

reiche einer Bank - generell auch im Devisengeschäft schriftlich festgelegt werden, welche Kompetenzen die einzelnen Bankangestellten bzw. Devisenhändler besitzen und wie der Arbeitsablauf gestaltet ist ¹.

Die schriftliche Fixierung der Organisation allgemein geht in sachlicher und formeller Hinsicht über die "Mindestanforderungen ..." hinaus. Insbesondere die schriftliche Fixierung der Devisenhandelsorganisation trägt u.E. tatsächlich zu einer größeren Wirksamkeit der Innenrevision und damit gleichzeitig zu einer größeren Effizienz des internen Kontrollsystems bei, weil unabhängig von der fachlichen Urteilsfähigkeit des einzelnen Innenrevisors festgestellt werden kann, ob eine ordnungsmäßige Durchführung des Devisengeschäfts gesichert ist.

Eine weitere Konkretisierung der Mindestanforderungen und damit des internen Kontrollsystems stellt die normierte Vorgehensweise bei Beanstandungen durch die Innenrevision dar. Die Anforderungen für die Ausgestaltung der Innenrevision ² verlangen, daß die Erledigung von Beanstandungen mit Hilfe von Aktennotizen zu überwachen sind. Werden beanstandete Abweichungen von der fixierten Ordnung nicht berücksichtigt, ist das zuständige Geschäftsleitungsmitglied schriftlich zu informieren. Bei schwerwiegenden Feststellungen gegen Mitglieder der Geschäftsleitung selbst muß der gesamten Geschäftsleitung schriftlich Bericht erstattet werden. Diese wiederum muß den Bericht der Innenrevision ohne Verzug dem Vorsitzenden des Aufsichtsorgans vorlegen.

¹ Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 28. Mai 1976, a.a.O., Ziff. 1

² Vgl. ebenda, Ziff. 8

IV. Zusammenfassung zu D

Die Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften stellen indirekt eine Gestaltung der Devisenhandelsorganisation einer Geschäftsbank durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen dar, weil die Bankenaufsicht bei Mißachtung dieser Mindestanforderungen die Zuverlässigkeit der Geschäftsleitung in Zweifel ziehen könnte (vgl. Pkt. I). Die Beurteilung ergab, daß bei Beachtung der "Mindestanforderungen ..." die Aufgabenstellung für ein internes Kontrollsystem erfüllt werden. Dies bedeutet gleichzeitig, daß durch die "Mindestanforderung ..." die Gefährdung der Gläubigergelder durch das Devisengeschäft entscheidend vermindert wird.

Da eine solide Bankleitung die Zielsetzungen, die mit einem internen Kontrollsystem angestrebt werden, immer schon verfolgt haben wird, erübrigt sich die Frage, ob durch die Gestaltung der Devisenhandelsorganisation nach dem Muster der Mindestanforderungen eine unzweckmäßige Beschränkung der Geschäftspolitik vorliegt.

5. Abschnitt: AUFSICHTSRECHTLICHE INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN
ÜBER DAS DEWISENGESCHÄFT NACH DEM HERSTATT-
ZUSAMMENBRUCH

Wir hatten oben festgestellt (vgl. S. 127 f.), daß die laufenden Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft im Sinne einer ursachenbezogenen Risikopolitik unzureichend waren, weil die Informationen über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft einer Bank dem Bundesaufsichtsamt entweder überhaupt nicht und/oder nicht rechtzeitig zuzugingen oder zuzugehen konnten.

An dieser Sachlage würde auch die Gestaltung und Normierung des bankmäßigen Devisenhandels wenig geändert haben, wenn das Bundesaufsichtsamt keine zusätzlichen Möglichkeiten geschaffen oder erhalten hätte, die Einhaltung dieser Normen oder allgemein die ordnungsmäßige Durchführung des Devisengeschäfts zu überprüfen.

Eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft ergab sich nach dem Herstatt-Zusammenbruch in mehrfacher Hinsicht. Wir unterscheiden im Bereich der laufenden Aufsicht den zunehmenden Informationswert der Prüfungsberichte (Pkt. A), die zusätzlichen Informationspflichten der Geschäftsleitung (Pkt. B) und das verbesserte Sonderprüfungsrecht gem. § 44 KWG n.F. (Pkt. C).

A. Zunehmender Informationswert der Prüfungsberichte über
das Devisengeschäft

Wir hatten oben begründet, daß der Prüfungsbericht in sachlicher Hinsicht schon vor dem Herstatt-Zusammenbruch grundsätzlich geeignet gewesen wäre, dem Bundesaufsichtsamt Informationen über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft der Banken aufzuzeigen. Dennoch verbleiben auf allen Stufen im Prüfungsprozeß Entscheidungsspielräume für die Abschlußprüfer,

so daß der größtmögliche Informationswert des Prüfungsberichtes unter dem Kriterium der Vollständigkeit, der Eindeutigkeit und der Zuverlässigkeit in der Regel nicht erreicht wurde.

I. Maßnahmen zur Erhöhung des Informationswertes

Nach herrschender Auffassung stellt die Abschlußprüfung bzw. der Prüfungsprozeß allgemein eine Vielzahl von Vergleichshandlungen dar, bei denen das vom Gesetzgeber 'gesollte' (Soll-Objekt) den betrieblichen Sachverhalten (Ist-Objekt) gegenüber gestellt wird ¹. Die Abweichungen sind die Basisinformationen für den Prüfungsbericht ². Danach kann die Prüfung, die mit der Abfassung des Prüfungsberichtes endet, durch die folgenden Maßnahmen im einzelnen geregelt werden: ³

- Ermittlung und Festlegung der Sollobjekte (Pkt. II)
- Festlegung der verschiedenen Prüfungs- bzw. Vergleichshandlungen (Pkt. III a)
- Festlegung des Berichtsinhaltes (Pkt. III b).

Auf jeder dieser Entscheidungsebenen wird durch den Abschlußprüfer der Informationswert des Prüfungsberichtes durch Ausübung seiner Entscheidungsspielräume bewußt oder unbewußt beeinflusst. Umgekehrt kann durch die Beschneidung der Entscheidungsspielräume der Informationswert des Prüfungsberichtes erhöht werden.

Die Entscheidungsspielräume bei der Prüfung von Kreditinstituten können durch den Gesetzgeber, das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (vgl. S.108 f.) und durch das Institut der

1 Vgl. Klaus von Wysocki, Was prüft der Prüfer (und was nicht)? in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1978, S. 219 und die dort zitierten Literaturstellen

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. zu den folgenden Teilprozessen der Prüfung Friedrich W. Selchert, Zur Diskussion um das Erkenntnisobjekt des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1972, S. 104 ff.

Wirtschaftsprüfer (vgl. S. 109) begrenzt werden. Die bedeutendste Maßnahme in diesem Sinn war die Stellungnahme des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Banken ¹. Wir betrachten die Stellungnahme des Bankfachausschusses als Bankaufsichtsmaßnahme, weil damit eine der wichtigsten Informationsmöglichkeiten im Aufsichtssystem (vgl. S. 103) tangiert wird und weil die Abschlußprüfer zu den Bankaufsichtsinstanzen im weitesten Sinn gehören (vgl. S. 100).

Als Bankaufsichtsmaßnahme des Gesetzgebers zur vorliegenden Problemstellung zählen wir die Novellierung der §§ 24 Abs. 1, 29 Abs. 2 KWG ².

II. Konkretisierung der Soll-Objekte für die Prüfung von Devisengeschäften

Der Informationswert des Prüfungsberichts wird zunächst auf der untersten Ebene des Prüfungsprozesses durch den Genauigkeitsgrad der Normen bestimmt, aus denen die Merkmalsausprägungen der Soll-Objekte abgeleitet werden müssen. Ungenaue Normen führen zu Fehlerunschärfen ³. Diese können zwei Ursachen haben. Entweder die Norm selbst ist ungenau und mehrdeutig formuliert oder die Ableitung des Soll-Objektes aus der abstrakten Norm ist nicht ohne Schwierigkeiten möglich. Beispiele der ersten Art sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung gem. § 149 Abs. 1 AktG. Beispiele für Prüfungsnormen der zweiten Art sind besonders die Bewertungsvorschriften gem. §§ 155 Abs. 1 und 156 Abs. 4 AktG. In beiden Fällen können dann Abweichungen bzw. Übereinstimmungen zwischen den Merkmalsausprägungen der Soll- und Istobjekte nicht eindeutig festgestellt werden, weil der Prüfer dem Ist-Objekt kein eindeutig definiertes Soll-Objekt gegenüberstellen kann. ⁴

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O.

2 Vgl. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen, a.a.O.

3 Vgl. Klaus von Wysocki, Was prüfte der Wirtschaftsprüfer ..., a.a.O., S. 222

4 Vgl. ebenda

Diese Aussage galt besonders auch für die Prüfung der Devisengeschäfte bei Banken. Im folgenden soll beurteilt werden, ob durch die Stellungnahme des Bankenfachausschusses zur Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute ¹ ab 1975 eine Konkretisierung der Prüfungsnormen in Form eindeutiger Grundsätze bewirkt wurde.

Wir unterscheiden die Grundsätze für die Bewertung (vgl. Pkt. a) und weitere Grundsätze zur Rechnungslegung im Devisengeschäft (vgl. Pkt. b).

a) Grundsätze für die ordnungsmäßige Bewertung von Devisengeschäften

Mit dem Bereich der ordnungsmäßigen Bewertung hat sich der Bankenfachausschuß im Vergleich zu den sonstigen Problemen der Rechnungslegung über das Devisengeschäft besonders eingehend beschäftigt. Das Ergebnis wurde in Form von Grundsätzen wiedergegeben. Sie beziehen sich im einzelnen auf

- den Gegenstand und die Aufgaben der Bewertung
- die vorläufige Bewertung
- die endgültige Bewertung
- die gesondert erfaßten Swapgeschäfte.

1. Gegenstand und Aufgaben der Bewertung nach der Stellungnahme

Der Gegenstand der Bewertung geht über das eigentliche Devisengeschäft hinaus; er umfaßt auch alle Bestandspositionen aus den sonstigen Fremdwährungsgeschäften einer Bank. Die Stellungnahme bezieht sich dabei auf die Aktiv- und Passivdevisenpositionen, wie sie im Grundsatz I a aufgeführt sind ². Entsprechend den Ausführungen zum Grundsatz I a (vgl. S. 157 ff.) können wir festhalten, daß die Stellungnahme von einer vollständigen Informationsbasis zur Bewertung des Devisengeschäfts ausgeht.

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666 f.

2 Vgl. ebenda, S. 664 f.

Nach der Stellungnahme hat das Bewertungsverfahren die folgenden Aufgaben: "... die Bemessung der

- nach Maßgabe der Kursentwicklung bzw. zum Bilanzstichtag erkennbar gewordenen Währungsrisiken aus offenen Positionen
- drohenden Verluste aus den schwebenden Geschäften, die eine geschlossene Position bilden." ¹

Zur Beurteilung der Bewertungsgrundsätze in der Stellungnahme müssen wir auf ein höhergestelltes Ziel der Bewertung zurückgreifen, weil die Bewertungszwecke der Stellungnahme keine originären Aufgaben der Rechnungslegung darstellen. Hauptziel der Bilanzierung und damit auch der Bewertung ist der Interessenschutz von Personen oder Institutionen, die einen Anspruch gegen das bilanzierende Unternehmen erworben haben oder deren Informationsrecht gesetzlich geregelt ist ². Im Rahmen unserer Themenstellung ist dabei der Gläubigerschutz als Oberziel der Bewertung primär von Bedeutung, der die Erhaltung des haftenden Eigenkapitals und die Bereitstellung von Informationen über die Entwicklung der Haftungsgrundlage verlangt ³.

Da die Erhaltung des haftenden Eigenkapitals nicht nur durch Verluste zukünftiger Perioden (Währungsrisiken aus offenen Positionen und drohende Verluste aus schwebenden Devisengeschäften), sondern auch durch im Bilanzierungszeitraum realisierte Währungsverluste gefährdet sein kann, werden wir die Bewertungsgrundsätze daran beurteilen, ob damit eindeutige Informationen über den Erfolg im Devisengeschäft ermittelt werden können.

2. Vorläufige Bewertung der Bilanz- und Terminpositionen je Währung

Wir sprechen hier von vorläufiger Bewertung, weil in diesem Bewertungsschritt noch keine endgültigen Informationen über

¹ Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

² Vgl. Franz Xaver Bea, Handels- und steuerrechtliche Bewertung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. A., Bd. 1, hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1974, Sp. 822

³ Vgl. ebenda

den Erfolg aus dem Devisengeschäft ermittelt werden. Sie erfolgt getrennt für die verschiedenen aktiven und passiven Posten der Bilanz- und Terminpositionen je Währung.

aa) Begriff der Bilanz- und Terminpositionen

Die Bilanzposition je Währung umfaßt sämtliche Fremdwährungs-Bilanzpositionen gem. Grundsatz I a (vgl. S. 159) abzüglich der Lieferansprüche und Lieferverpflichtungen aus Devisenkassa- und Devisentermingeschäften, die zu Terminpositionen pro Währung und Fälligkeitsjahr zusammengefaßt werden¹. Wenn für Fremdwährungs-Bilanzpositionen, die im Grundsatz I a nicht erfaßt werden - wie Beteiligungspapiere und Sortenbestände -², Kurssicherungsgeschäfte abgeschlossen wurden, sollen diese zusammen mit der entsprechenden Bilanzposition als Einheit bewertet werden³.

bb) Bewertung der Bilanzpositionen

Die aktiven und passiven Bilanzpositionen werden zunächst unabhängig von ihrer Fälligkeit mit dem Kassamittelkurs des Bilanzstichtages bewertet⁴. Dieses vorläufige Bewertungsergebnis ergibt je Währung - wenn wir uns der Einfachheit halber auf die Bewertung der Positionen aus dem Devisenkassageschäft beschränken - den Erfolg aus dem Devisengeschäft, der sich aus dem Handelserfolg des Jahres und - wenn eine offene Position am Jahresende besteht - aus dem Erfolg der Wertänderung zusammensetzt. Vorausgesetzt eine Bank hätte nur Devisenkassageschäfte betrieben und die Devisenposition wäre am Jahresende ausgeglichen, dann würde durch das beschriebene Bewertungsverfahren die Entwicklung der Vermögenslage der Bank, soweit sie vom Devisengeschäft beeinflusst wird, richtig wiedergegeben. Handelsgewinne und Handelsverluste kommen eindeutig zum Ausdruck.

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

2 Vgl. Günter Dürre, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 219

3 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

4 Vgl. ebenda

Besteht allerdings eine offene Devisenposition, ist der ausgewiesene Devisenhandelserfolg und damit die eindeutige Darstellung der Vermögens- und Ertragslage von dem Anschaffungskurs der offenen Devisenposition und der zukünftigen Kursentwicklung abhängig. Wenn die Stichtagskurse über den Anschaffungskursen bei einer aktiven bzw. unter den Einstandskursen bei einer passiven Devisenposition liegen, dann führt die vorläufige Bewertung zum Ausweis nichtrealisierter Gewinne und damit zu einer unsicheren Darstellung der Vermögens- und Ertragslage. Die Unsicherheit ist dabei um so größer, je umfangreicher die offenen Positionen und je stärker die zukünftigen Kursschwankungen sein können. Diese Unsicherheit wird erst im Rahmen der endgültigen Bewertung berücksichtigt.

cc) Bewertung der Terminpositionen

Die Bewertung der Terminpositionen je Jahr und Währung stellt ebenfalls eine Erfolgsermittlung dar. Den Bemerkungen zum Entwurf der Stellungnahme wurde im Anhang ein Berechnungsbeispiel beigelegt ¹, das in Tabelle 16 wiedergegeben wird.

In der endgültigen Stellungnahme werden zur Erfolgsermittlung aus der Terminposition jedoch nur die folgenden Anweisungen gegeben: "Die Erfolge aus den Terminkäufen und Terminverkäufen werden durch einen Vergleich der abgeschlossenen Kurse mit den für die jeweilige Fälligkeit maßgeblichen Terminmittelkursen des Bilanzstichtages gesondert für jedes Jahr ermittelt." ² Sie reichen nicht aus, um das in Tabelle 16 dargestellte Berechnungsverfahren eindeutig zu erklären. Es fehlt in der Stellungnahme insbesondere ein Hinweis auf die getrennte monatliche Erfolgsermittlung und auf die Kompensation der monatlichen Ergebnisse (vgl. Tabelle 16).

¹ Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., S. 26

² Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

Tabelle 16: Ermittlung des Ergebnisses der Terminposition einer Währung zum 31. Dezember 1973

Termin	Käufe		Verkäufe		Nettoposition		Bewertung der Netto-Währungsposition		Gewinn (+) Verlust (x)
	Kauf-Währung	DM-Gegenwert	Verkauf-Währung	DM-Gegenwert	Währung	DM-Gegenwert			
	US- $\text{\$}$ in Tausend (1)	TDM (2)	US- $\text{\$}$ in Tausend (3)	TDM (4)	US- $\text{\$}$ in Tausend (5)	TDM (6)	Kurs (7)	TDM (8)	TDM (9)
1/74	36 596	104 613	36 700	104 914	104 (S)	301 (C)	2,3795	247 (D)	54 +
2/74	27 000	77 846	20 100	59 190	6 900 (L)	18 656 (D)	2,3760	16 394 (C)	2 262 x
3/74	10 500	27 743	10 500	27 764	—	21 (C)	—	—	21 +
4/74	25 300	68 917	18 700	52 684	6 600 (L)	16 233 (D)	2,3690	15 635 (C)	598 x
5/74	13 620	36 355	13 620	36 517	—	162 (C)	—	—	162 +
6/74	2 500	6 263	2 500	6 275	—	12 (C)	—	—	12 +
7/74	7 000	15 820	3 500	8 937	3 500 (L)	6 883 (D)	2,3585	8 255 (C)	1 372 +
8/74	2 800	8 512	5 200	15 798	2 400 (S)	7 286 (C)	2,3555	5 653 (D)	1 633 +
9/74	28 000	84 818	24 000	72 737	4 000 (L)	12 081 (D)	2,3525	9 410 (C)	2 671 x
10/74	4 450	10 477	10 570	26 414	6 120 (S)	15 937 (C)	2,3490	14 376 (D)	1 561 +
11/74	5 387	16 770	5 387	16 772	—	2 (C)	—	—	2 +
12/74	12 000	37 556	12 000	37 560	—	4 (C)	—	—	4 +
	<u>175 153</u>	<u>495 690</u>	<u>162 777</u>	<u>465 562</u>	<u>12 376 (L)</u>	<u>30 128 (D)</u>		<u>29 418 (C)</u>	<u>710 x</u>

Erläuterung der Symbole:

Spalte (5): S = short; d. h. Bank hat mehr Währung verkauft als gekauft

L = long; d. h. Bank hat mehr gekauft als verkauft

Spalte (6): D = Debet; d. h. Nettoposition in DM hat einen Sollsaldo

C = Credit; d. h. Nettoposition in DM hat einen Habensaldo

Spalte (8): D = DM-Gegenwert der noch zu beschaffenden Währungsbeträge

C = DM-Gegenwert der noch zu verkaufenden Währungsbeträge

Quelle: Walter Scholz, Die Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., S. 19

Unabhängig davon unterliegen die pro Jahr und Währung ermittelten vorläufigen Devisenhandelserfolge aus dem Termingeschäft derselben Unsicherheit wie das Bewertungsergebnis aus der Bilanzposition, wenn zu den künftigen Bilanzstichtagen nach dem Kenntnisstand zum Bewertungszeitpunkt offene Terminpositionen gehalten werden. Es besteht die Gefahr, daß die Bewertung der offenen Terminpositionen zum Ausweis von nichtrealisierten Gewinnen führt. Durch diese können drohende Verluste aus den durchgehandelten Devisentermingeschäften nicht zum Vorschein kommen, die in dem betrachteten Zeitraum realisiert wurden. Auch diese Unsicherheit wird erst im Rahmen der endgültigen Bewertung berücksichtigt.

3. Endgültige Bewertung

Die Stellungnahme spricht in diesem zweiten Bewertungsschritt von der "Aussonderung nichtrealisierter Gewinne aus offenen Positionen" ¹. Diese Überschrift charakterisiert den Sachverhalt nur sehr ungenau, der in diesem zweiten Bewertungsgang beschrieben wird.

Für die Beurteilung der Bewertungsmethode insgesamt ist es sehr viel wichtiger, daß teilweise parallel zur Aussonderung der nichtrealisierten Gewinne aus den offenen Positionen (vgl. cc) ein zweiter Arbeitsgang abläuft, der entsprechend den Bemerkungen zum Entwurf der Stellungnahme als 'Ergebnisverrechnung innerhalb der geschlossenen Positionen' bezeichnet werden könnte ².

Beide Bewertungsschritte stellen zusammen die Ermittlung des Devisenhandelserfolges dar, der als Information über die Entwicklung der Haftungsgrundlage von Bedeutung ist.

aa) Beispiel für die Erfolgsermittlung im Devisengeschäft

Die Berechnungsmodalitäten gehen aus der endgültigen Stellungnahme nicht hervor. Sie können nur im Zusammenhang mit den Erläuterungen zur endgültigen Stellungnahme ³ und mit den Bemerkungen zum Entwurf ⁴ nachvollzogen werden. In Anlage II zu den Bemerkungen wurde das Berechnungsverfahren an einem Beispiel zahlenmäßig dargestellt. Es wird hier in Tabelle 17 wiedergegeben. Wir haben das Beispiel um Zahlenangaben ergänzt, die wir aufgrund der Erläuterungen zur endgültigen Stellungnahme ⁵ berechnet haben (-) bzw. die sich nach Diehl ⁶ bei Beachtung des Prinzips der Einzelbewertung ermitteln lassen.

¹ Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

² Vgl. Walter Scholz, Bilanzierung und Prüfung von Devisengeschäften für Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., S. 27

³ Vgl. derselbe, Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Erläuterungen zur Stellungnahme), in: Die Wirtschaftsprüfung 1975, S. 645 ff.

⁴ Vgl. derselbe, Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., S. 25 ff.

⁵ Vgl. derselbe, Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Erläuterungen ...), a.a.O., S. 646

⁶ Vgl. Wolfram Diehl, Die Bilanzierung von Devisengeschäften durch Kreditinstitute, in: Betriebs-Berater 1977, S. 292

Tabelle 17: Erfolgsermittlung im Devisengeschäft

(1) Währung	(2) Ergebnis der Bilanzposition Mio DM	(3) Ergebnis der Terminposi- tion 1 Mio DM	(4) Verbleibender Bilanzposi- tion Mio DM	(5) Verlust aus Terminposi- tion 1 Mio DM	(6) Verbleibender Bilanzpo- sition Mio DM	(7) Gewinn aus Terminposi- tion 1 Mio DM
1	+ 2,5	-	-	-	+ 2,5	-
2	-	./.. 1,0	-	./.. 1,0	-	-
3	+ 1,0	./.. 1,0	-	-	-	-
4	+ 1,5	+ 0,4	-	-	+ 1,5	+ 0,4
5	./.. 5,5	./.. 1,0	./.. 5,5	./.. 1,0	-	-
6	+ 2,0	./.. 0,7	-	-	+ 1,3	-
7	./.. 2,3	+ 1,0	./.. 1,3 (./.. 2,3)	-	-	- (+ 1,0)
8	+ 1,0	./.. 2,0	-	./.. 1,0	-	-
9	./.. 1,0	+ 4,5	- (./.. 1,0)	-	-	+ 3,5 (+ 4,5)
[./.. 8,7]		[./.. 5,7]	./.. 6,8 (./.. 8,8)	./.. 3,0	+ 5,3	+ 3,9 (+ 5,9)
			+ 5,3	+ 3,9 (0)		
			./.. 1,5 (./.. 3,5)	- (./.. 3,0)		

Quellen: Walter Scholz, ... (Bemerkungen zum Entwurf), a.a.O., S. 29;
 Eigene Berechnungen;
 Wolfram Diel, Die Bilanzierung von Devisengeschäften durch Kreditinstitute, a.a.O.,
 S. 292

Die in den Spalten (2) und (3) pro Währung berechneten Devisenhandelserfolge ergeben sich einmal aus der von uns genannten "vorläufigen Bewertung" (vgl. 2.). Man wird weiter unterstellen müssen, daß diese Ergebnisse auch schon um die nicht-realisierten Gewinne aus den offenen Positionen bereinigt sind (vgl. cc). In der ursprünglichen Beispielsrechnung wurde dieses Problem mit dem Hinweis ausgeklammert, daß alle Gesamtpositionen geschlossen sind ¹.

Wenngleich die weiteren Rechenschritte erst bei der Kritik besprochen werden, soll vorab noch auf die unterschiedlichen Ergebnisse hingewiesen werden, die sich nach den verschiedenen Bewertungsmethoden ergeben. Während sich noch nach dem Entwurf zur Stellungnahme nur ein Devisenhandelsverlust von 1,5 Millionen berechnet (vgl. Tabelle 17, Spalte 4, unterste Zahl), ergibt sich nach der endgültigen Stellungnahme aufgrund derselben Basisinformationen ein Verlust von 6,5 Millionen (ebenda, Zahlenangabe in Klammern) und nach den Vorstellungen von Diehl ein Verlust in Höhe von 14,5 Millionen (Summe aus der untersten Zahl in Spalte (2) und (3)). Aus diesen Differenzen und der Tatsache, daß die Devisenhandelsergebnisse der deutschen Banken in der Regel sehr viel höher ausfallen (vgl. S. 213), wird deutlich, daß dem Bewertungsverfahren im Hinblick auf den Informationswert der Jahresabschlußangaben und der Prüfungsberichte erhebliche Bedeutung zukommt.

bb) Ergebnisverrechnung innerhalb der geschlossenen Positionen

In der Stellungnahme wird dieses Problem - bis auf die Definition der "geschlossenen Position" - selbst nicht angesprochen, d.h. es wird kein Grundsatz aufgestellt, daß und wie eine Ergebnisverrechnung innerhalb einer geschlossenen Posi-

¹ Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., Anlage II, S. 29

tion vorgenommen werden muß; es wird nur in den Kommentierungen zum Entwurf der Stellungnahme ¹ und zur endgültigen Stellungnahme ² erwähnt und diskutiert.

i. Der Begriff der geschlossenen Position in der Stellungnahme

Eine geschlossene Position wird nach der Stellungnahme "dann als gegeben angenommen, wenn sich die innerhalb des gleichen Geschäftsjahres fälligen Aktiv- und Passivposten aus der Bilanz- und Terminposition je Währung im Betrag ausgleichen" ³. Gegen diese Definition der geschlossenen Position wurde vorgebracht, daß sie willkürlich und nicht vorsichtig genug sei. Die Kritik richtet sich zunächst gegen die so definierte geschlossene Position als Bewertungseinheit und die damit verbundene Berechnung des Devisenhandelserfolges, was einen Verstoß gegen das Prinzip der Einzelbewertung (§ 39 Abs. 1 HGB) darstelle und allgemein nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung bzw. nach den entsprechenden aktienrechtlichen Vorschriften nicht gerechtfertigt sei. ⁴

ii. Zulässige Verrechnungsmöglichkeiten

Die unterschiedlichen Devisenhandelsergebnisse werden zunächst durch die Verrechnungs- und Saldierungsverbote bzw. durch die Saldierungs- und Verrechnungsmöglichkeiten bestimmt. Diese wiederum ergeben sich aus dem Begriffsumfang der Bewertungseinheit. Eine weiter oder enger gefaßte Bewertungseinheit bietet im größeren bzw. geringeren Umfang Saldierungsmöglichkeiten.

1 Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und die Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., S. 25 ff.

2 Vgl. derselbe, Die Bilanzierung und die Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Erläuterungen zur Stellungnahme), a.a.O., S. 645 ff.

3 Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 665

4 Vgl. ebenda, S. 645; Wolfram Diehl, Die Bilanzierung von Devisengeschäften durch Kreditinstitute, a.a.O., S. 291

Nach der von Diehl vertretenen Einzelbewertung von aktiven und passiven Bilanzposten und Terminkäufen und - verkäufen umfaßt die Bewertungseinheit höchstens die einzelnen Bilanzposten bzw. die Terminposten pro Währung ¹. Bewertungseinheiten sind dagegen nach der Stellungnahme neben den offenen Positionen (vgl. cc) die Bilanzposition pro Währung, die zusammen mit den Terminpositionen der gleichen Fälligkeitsjahre eine geschlossene Position bilden. Für diese Positionen können die Ergebnisse aus der vorläufigen Bewertung oder aus den Spalten (2) und (3) übernommen und unter Beachtung des Realisations- und Imparitätsprinzips ausgeglichen werden, d.h. es sind nur Verluste aus der Terminposition mit Gewinnen aus der Bilanzposition pro Währung und Fälligkeitsjahr ausgleichsfähig (vgl. hierzu Spalten (2) und (3) für die Währung 3, 6, 8) ². Nicht ausgleichsfähig sind dagegen Verluste aus der Bilanzposition mit Gewinnen aus der Terminposition (vgl. hierzu Spalten (2) und (3) für die Währungen 7 und 8) ³. Diese Aufrechnung war nach dem 'Entwurf zur Stellungnahme' zwischen Bewertungsverlusten aus der Bilanzposition und Bewertungsgewinnen aus der Terminposition noch möglich (vgl. Spalte 4 für die Währungen 7 und 9). Sie wurde in der 'Stellungnahme' nicht mehr zugelassen, weil bei zahlreichen Kreditinstituten mit umfangreichem Devisengeschäft eine hinreichend zuverlässige Trennung von Handels- und Bewertungsergebnissen nicht möglich ist. Wenn sie aber nicht durchführbar ist, kann es zu einem Verstoß gegen das Realisationsprinzip kommen ⁴, weil dann realisierte Devisenhandelsverluste mit nichtrealisierten -gewinnen aus dem Termingeschäft ausgleichsfähig wären, was einem Ausweis nichtrealisierter Gewinne gleichgekommen wäre.

1 Vgl. Wolfram Diehl, Die Bilanzierung von Devisengeschäften durch Kreditinstitute, a.a.O., S. 292

2 Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und die Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Erläuterungen zur Stellungnahme ...), a.a.O., S. 646

3 Vgl. ebenda

4 Vgl. ebenda

Neben dieser Saldierungsmöglichkeit wurde nach der endgültigen 'Stellungnahme' auch der Erfolgsausgleich zwischen den Terminpositionen verschiedener Währungen (vgl. Spalte (5) und (7)) nicht mehr zugelassen¹. Durch diese Saldierungsmöglichkeit wäre auch der Umfang der Bewertungseinheit inkonsequenterweise auf sämtliche Währungen ausgeweitet worden.

Bevor wir die generelle Zulässigkeit dieser Saldierungsmöglichkeiten gegenüber der strengen Einzelbewertung von Diehl rechtfertigen, müssen wir auf die Ermittlung des Gesamtverlustes von 14,5 Millionen DM bei Diehl eingehen. Er berechnet sich aus den Verlusten der Bilanz- und Terminposition je Währung (vgl. Spalten (2) und (3)). Nach unserem Verständnis der Diehlschen Berechnungen kann es dann aber niemals zu einem Ausweis von Devisenhandelsgewinnen kommen. Wenn schon eine Bewertungseinheit gem. Stellungnahme aus handelsrechtlichen Gründen nicht für zulässig angesehen wird, dann müssen konsequenterweise Gewinne aus der Bilanzposition berücksichtigt werden, die zum überwiegenden Teil Handelserfolge aus dem Devisenkassageschäft, aber auch aus den fällig gewordenen Termingeschäften enthalten. Dann aber reduziert sich der Verlust aus der Bilanzposition auf 0,8 Millionen und der Gesamtverlust auf 6,3 Millionen DM im Vergleich zu 6,5 Millionen nach der Stellungnahme (vgl. Spalten (4) und (5)). Hier liegt eine gewisse Schwäche in der Diehlschen Kritik. Seine Bewertungskonzeption kann damit aber noch nicht verworfen werden, weil bei der von ihr vertretenen Einzelbewertung der offenen Bilanzpositionen nach dem Niederstwertprinzip möglicherweise höhere Verluste entstanden wären.

iii. Begründung der Verrechnungsmöglichkeiten

Zur abschließenden Rechtfertigung der Verrechnungsmöglichkeiten bzw. der Definition der Bewertungseinheit nach der Stellungnahme gehen wir davon aus, daß das vorgeschlagene Berech-

1 Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und die Prüfung des Devisengeschäfts der Kreditinstitute (Erläuterungen zur Stellungnahme ...), a.a.O., S. 646

nungsverfahren eine Methode zur Bemessung von drohenden Verlusten aus Devisentermingeschäften darstellt. Die Vorstellungen von Diehl können wir als alternative Methode zur Erreichung derselben Zielsetzung ansehen.

Die Notwendigkeit zur Berücksichtigung drohender Verluste aus schwebenden Devisengeschäften in der Bilanz ergibt sich entweder direkt aus § 152 Abs. 7 S. 1 AktG oder allgemein aus dem Imparitätsprinzip. Drohende Verluste aus Devisentermingeschäften können aber wegen der Unsicherheit der zukünftigen Kursentwicklung nicht exakt bestimmt werden; die Bewertung ist deshalb immer mit einem Schätzungs- oder Ermessensspielraum verbunden ¹. Dieser Spielraum findet seine untere Grenze im sogenannten Vorsichtsprinzip, wonach im Interesse der Eigentümer und Gläubiger die Vermögens- und Ertragslage einer Unternehmung eher zu ungünstig als zu günstig dargestellt werden soll ². Eine Obergrenze wird für Aktiengesellschaften in § 156 Abs. 4 AktG festgelegt ³; Rückstellungen sind danach nur in der Höhe zulässig, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

Im folgenden soll deshalb beurteilt werden, welche der in Tabelle 17 dargestellten Methoden zur Ermittlung drohender Verluste aus dem Devisentermingeschäft mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung und/oder direkt mit § 156 Abs. 4 AktG vereinbar ist. Dieses Problem läßt sich auf die Frage reduzieren, was bei der Bemessung von Verlustrückstellungen als Bewertungseinheit mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung noch vereinbar ist. Vertritt man die Ansicht, daß Verlustrückstellungen auf der Basis des kleinstmöglichen Sachverhalts zu bilden sind, der nach der Verkehrsauffassung als selbständig realisierbar gilt ⁴, dann muß der Methode von Diehl gefolgt werden, weil Devisen-

1 Vgl. Werner Schubert, Rückstellungen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. A., hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann, Bd. 3, Stuttgart 1976, Sp. 3471

2 Vgl. u.a. Franz Xaver Bea, Handels- und Steuerrechtliche Bewertung, a.a.O., Sp. 823

3 Vgl. Werner Schubert, Rückstellungen, a.a.O., Sp. 3471

4 Vgl. Rainer Ludewig, Bildung von Rückstellungen für die drohenden Verluste aus dem Auftragsbestand, in: Der Betrieb 1974, S. 103

termingeschäfte grundsätzlich selbständig realisierbar sind. In Tabelle 17 (Spalte 3) ergibt sich danach ein Rückstellungsbedarf von 5,7 Millionen ¹. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, daß Devisentermingeschäfte im Wirtschaftsleben keine originären Geschäftsabschlüsse darstellen. Sie dienen keinem Selbstzweck ², sondern nahezu ausschließlich der Kursicherung. Damit ist folgerichtig, daß eine Bilanzposition, die zusammen mit der Terminposition der gleichen Fälligkeit eine geschlossene Position bildet, als Bewertungseinheit betrachtet wird, und deshalb die Ergebnisse aus diesen Positionen unter Beachtung des Realisations- und Imparitätsprinzips ausgleichsfähig sind (vgl. S. 200). So wie die Terminposition das Währungsrisiko für die Bilanzposition ausschließt, schließt die Bilanzposition auch das Währungsrisiko für die Terminposition aus.

Der Ausschluß des Währungsrisikos bedeutet aber nichts anderes, als daß ein drohender Verlust aus dem schwebenden Devisentermingeschäft nicht eintreten kann. Nach dieser "vernünftigen kaufmännischen Beurteilung" ist dann aber die Bildung einer Rückstellung nicht mehr notwendig (§ 156 Abs. 4 AktG), soweit ein Verlust aus der Terminposition mit einem Gewinn aus der Bilanzposition verrechnet werden kann, wie dies in Tabelle 17 bei den Währungen 3, 6 und teilweise bei 8 der Fall ist. Damit ist die Bemessung der Rückstellungen nach der Stellungnahme zumindest für Kreditinstitute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft zulässig. Da es für andere Rechtsformen keine obere Begrenzung für die Bemessung der Rückstellungen analog dem § 156 Abs. 4 AktG gibt, ist bei alternativen Bewertungsmethoden nur diejenige mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vereinbar, die den Informationswert des Jahresabschlusses nicht weiter vermindert ³. Dies ist jedoch bei der Methode von Diehl der Fall, weil nach dieser - wie schon begründet - Rückstellungen gebildet werden, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung nicht not-

1 Vgl. auch direkt bei Wolfram Diehl, Die Bilanzierung von Devisengeschäften durch Kreditinstitute, a.a.O., S. 292

2 Im Falle der Devisenterminspekulation entsteht definitionsgemäß eine offene Terminposition, die dann nach dem Niederstwertprinzip (vgl. cc) zu bewerten ist.

3 Vgl. Ulrich Leffson, Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a.a.O., Sp. 1012

wendig sind. Eine Bewertungsmethode führt aber nicht schon wegen einer übertriebenen Vorsicht zu einem höheren Informationswert; sie vermindert ihn sogar.

iv. Berücksichtigung von Swapsatzrisiken

Wenn man wie wir die geschlossene Position als Bewertungseinheit grundsätzlich für zulässig ansieht, dann erscheint der Zeitraum von einem Kalenderjahr, innerhalb dessen Bilanz- und Terminpositionen zu einer geschlossenen Position aufgerechnet werden dürfen, zu lang, weil damit die sogenannten Swapsatzrisiken (vgl. S. 34) nicht in vollem Umfang im Devisenhandelserfolg zum Ausdruck kommen. Bei der Anhörung zum Entwurf der Stellungnahme wurde in einem Fall die Verkürzung des Zeitraums auf drei Monate gefordert und in einem anderen Fall wurde sogar verlangt, daß nur dann eine geschlossene Position angenommen werden könne, wenn die Aktiv- und Passivpositionen je Währung dem Betrag und der täglichen Fälligkeit nach übereinstimmen¹.

Wenngleich nur bei Beachtung der letztgenannten Forderung das Swapsatzrisiko bei der Bewertung eindeutig berücksichtigt wird, so wäre möglicherweise auch hier dem Vorsichtsprinzip über Gebühr Rechnung getragen oder aber das Rechnungswesen der Banken wäre hiermit überfordert. Demgegenüber sprechen die folgenden Gründe dafür, daß der Zeitraum von einem Kalenderjahr unnötig lang ist.

Der Jahresabschluß bezweckt auch eine Selbstinformation der Bankleitung über die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage. Wenn sich die Geschäftsleitung bei der Beurteilung der eingegangenen Währungsrisiken auf Informationen stützt, die die Währungsrisiken wie oben pauschal nur für die in der Zukunft liegenden 12-Monatszeiträume zum Ausdruck bringen, dann kann sie damit die Auswirkungen des Devisengeschäfts auf die

¹ Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Erläuterungen zur Stellungnahme ...), a.a.O., S. 645

Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage nicht zuverlässig im Sinne einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung beurteilen. Hierzu sind mindestens Informationen notwendig, die nur dann eine geschlossene Position unterstellen, wenn sich die im gleichen Monat fällig werdenden Aktiv- und Passivpositionen ausgleichen. Daß eine Bemessung der Währungsrisiken unter diesen Anforderungen möglich erscheint, wird mit Tabelle 16 angedeutet, die die monatsweise Ergebnisermittlung einer Terminposition darstellt, wie sie in der Praxis angetroffen wurde¹.

Zum zweiten verlangt die Beachtung des Grundsatzes I a Abs. 2, daß die Banken täglich bei Geschäftsschluß, also auch am Bilanzstichtag, über die offenen Devisenpositionen informiert sind, die sich im Monatsverlauf nicht ausgleichen und die die sogenannten Swapsatzrisiken repräsentieren (vgl. S. 162 f.).

cc) Aussonderung nichtrealisierter Gewinne aus offenen Positionen

Das unter bb) beschriebene Rechenverfahren führt nur dann zu eindeutigen Informationen über den Erfolg aus dem Devisengeschäft, wenn der Unsicherheitsfaktor nichtrealisierter Gewinne aus offenen Positionen ausgeschaltet ist. Deshalb sind die nach der Zuordnung der Bilanz- und Terminposten pro Währung und Fälligkeitsjahr verbleibenden offenen Positionen nach dem Niederstwertprinzip zu bewerten.

Können die Anschaffungskurse der verbleibenden offenen Posten nicht ermittelt werden, soll es zulässig sein, daß der durchschnittliche Anschaffungskurs und der durchschnittliche Fälligkeitstermin der Berechnung zugrunde gelegt werden. Die Berichtigung um die nichtrealisierten Gewinne erfolgt entweder bei dem vorläufigen Bewertungsergebnis der Bilanz- oder Terminpositionen, je nachdem, aus welchem Bereich die offene Position stammt.²

¹ Vgl. Walter Scholz, Die Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), a.a.O., S. 26

² Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

4. Gesondert erfaßte Swapgeschäfte

Swapgeschäfte sollen nach dem oben beschriebenen Bewertungsverfahren der Stellungnahme ausgeklammert bleiben, sofern sie gesondert erfaßt werden. Ihre Kassakomponente soll mit den Anschaffungskursen und die Terminkomponente mit den Erfüllungskursen bewertet werden ¹. "Deports und Reports sind, soweit sie Zinscharakter haben, zeitanteilig abzugrenzen." ²

Diese isolierte Behandlung der Swapgeschäfte halten wir für einen unnötigen und unzumutbaren Arbeitsgang, der außerdem gegen die anderen Bewertungsgrundsätze der Stellungnahme verstößt. Der Ausschuß läßt dabei die Funktionen und auch die Wirkung von Swapgeschäften außer acht. Swapgeschäfte dienen der Kurssicherung bei internationalen Geldmarktgeschäften und dem Ausgleich der Devisenpositionen verschiedener Fälligkeiten ³.

Die zweite Funktion des Swapgeschäftes kann an einem häufig anzutreffenden Verhalten der Devisenhändler demonstriert werden: "Wenn sie bei ausgeglichener Terminposition z.B. von einem Exporteur eine Summe Devisen per drei Monaten hereinnehmen müssen (Solo-Geschäft) und am Terminmarkt unter Banken nicht sogleich einen Kontrahenten finden können, der diese Termineisen übernimmt, entsteht eine offene Händler-Terminposition. Die Devisenhändler verkaufen den betreffenden Devisenbetrag zunächst (Solo) am Kassamarkt, um damit ihre Händler-Gesamtposition wieder auszugleichen. Danach sind sie bemüht, einen Partner für ein Swapgeschäft zu finden, dem sie den Devisenbetrag per Termin überlassen können und von dem sie gleichzeitig den Devisenbetrag per Kassa erhalten. Auf diese Weise werden 'ohne Veränderung der Händler-Gesamtposition' die Händler-Terminposition und die Händler-Kassaposition wieder ausgeglichen." ⁴

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 666

2 Ebenda

3 Vgl. Werner Albrecht, Wechselkurssicherung, Hamburg 1977, S. 123

4 Helmut Lipfert, Internationaler Devisen- und Geldhandel, a.a.O., S. 61, Fußnote 15

Wenn das der Kurssicherung dienende Swapgeschäft ausgesondert wird, entsteht nach den oben beschriebenen Bewertungsgrundsätzen eine offene Position. Sie zeigt ein Währungsrisiko an, obwohl die Verlustgefahr durch den Abschluß eines Swapgeschäfts ausgeschlossen wurde. Für den Fall, daß das Swapgeschäft dem Fälligkeitsausgleich von Devisenpositionen dient, würden durch die Aussonderung des Swapgeschäfts in Verbindung mit den Bewertungsgrundsätzen Währungs- und Zinsänderungsrisiken zum Ausdruck kommen, die gerade durch das Swapgeschäft ausgeschlossen wurden.

Wird dagegen auf die gesonderte Bewertung der Swapgeschäfte verzichtet, werden die aus diesen Geschäften resultierenden Termin- und Bilanzpositionen bei der endgültigen Bewertung den Fremdwährungs- bzw. Terminpositionen zugeordnet, zu deren Kurssicherung die Swapgeschäfte abgeschlossen wurden. Für die Berechtigung dieser Vorgehensweise gilt die unter 3 bb) iii. vorgebrachte Begründung analog.

Zum Problem der zeitanteiligen Abgrenzung der Depots und Reports aus den Swapgeschäften gibt es eine einfache Lösungsmethode, wie sie zum Beispiel bei der Commerzbank praktiziert wird. Nimmt man an, daß die Zinsdifferenz für 1-Jahres-Gelder zwischen dem US-\$ und der DM 7 % beträgt, dann ergibt sich bei einem US-\$-Kassakurs von DM 1,80 für den 12-Monats-Terminkurs ein Abschlag von 1,6 Pfennigen. Würde man zu diesen Zinsbedingungen 100.000 US-\$ kursgesichert leihen, müßte das folgende Swapgeschäft abgeschlossen werden: Verkauf von US-\$ 100.000 zum Preis von DM 180.000 per Kasse und Rückkauf per Termin US-\$ 100.000 zu DM 167.400. Daraus ergibt sich eine Swapprämie von DM 12.600. Die Swapprämien werden durch eine besondere Kennzeichnung der Swapgeschäfte automatisch auf dem in DM geführten Devisenkonto belastet und dem Zinsertragskonto zeitanteilig gutgeschrieben ¹.

¹ Vgl. Bernhard Hafner, EDV-orientierte Abwicklung des Devisengeschäfts, in: Die Bank 1979, S. 598

5. Ergebnis

Bis auf den Grundsatz zur Ausklammerung gesondert erfaßter Swapgeschäfte halten wir die in der Stellungnahme vorgeschlagene Bewertungsmethode für geeignet, um damit eindeutige Informationen über den Erfolg aus dem Devisengeschäft zu ermitteln. Von zentraler Bedeutung sind die Grundsätze über die Aussonderung nichtrealisierter Gewinne aus offenen Positionen und die Verrechnungsmöglichkeiten innerhalb geschlossener Positionen.

Die Kritik an den Verrechnungsmöglichkeiten halten wir zumindest in unserem Zusammenhang für unberechtigt, weil unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zusammenhänge im Devisengeschäft der maximal mögliche bzw. drohende Verlust ermittelt wird.

b) Weitere Grundsätze zur Rechnungslegung im Devisengeschäft

Der nach der Bewertungsmethode unter a) ermittelte Erfolg aus dem Devisengeschäft führt jedoch nur dann zu einer verbesserten Information der Aufsichtsinstanzen, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung gewährleistet ist, wenn eine ordnungsmäßige Inventur durchgeführt wurde und wenn der Erfolg anschließend richtig ausgewiesen wird.

1. Grundsätze für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Devisengeschäft

Dieses Problem wurde schon oben (vgl. S. 112 ff.) angesprochen; Die Feststellung von Mängeln in der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung durch die Abschlußprüfer scheiterte vielfach an der Tatsache, daß eine konkrete Vorstellung von dem fehlte, was man unter Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Devisenhandel der Banken zu verstehen habe. Man könnte auch sagen, es fehlte die Kenntnis von Merkmalen, die je nach Ausprägung im konkreten Fall die Verneinung oder Bejahung der Ordnungsmäßigkeit der Devisenhandelsbuchführung zur Folge haben.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Grundsatz, daß die Buchführung durch ein internes Kontrollsystem gesichert sein sollte. In der Stellungnahme wird auf dieses Problem nur ungenau und am Rande eingegangen. In dem einschlägigen Gliederungspunkt Erfassung der Devisengeschäfte im Rechnungswesen wird dort zwar pauschal gefordert, daß organisatorische Vorkehrungen geschaffen werden müssen, die "eine vollständige und richtige Erfassung sämtlicher Devisengeschäfte sofort bei deren Abschluß gewährleisten." ¹ Es fehlt jedoch ein Soll-Objekt in der Form von eindeutigen Merkmalen, anhand derer die Kontrollorganisation einer Devisenabteilung beurteilt werden könnte.

Die zusätzlichen Hinweise stellen nach dem Kriterium der Vollständigkeit und Genauigkeit keinen ausreichenden Forderungskatalog dar, um im Rahmen eines Soll-Ist-Vergleiches die Effizienz eines internen Kontrollsystems für eine Devisenabteilung zu überprüfen. Mit den zusätzlichen Hinweisen sind die Forderungen gemeint, daß telefonische Abschlüsse von den Geschäftspartnern schriftlich zu bestätigen sind, daß schwelende Geschäfte mindestens einmal im Jahr mit dem Kontrahenten durch Saldenbestätigung abzustimmen sind und daß mit den Buchungsunterlagen ohne Schwierigkeiten der Gesamtbetrag der Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie der Lieferansprüche und -verpflichtungen aus Kassa- und Termingeschäften nach Währungen und Fälligkeiten gesondert nachgewiesen werden können ².

Dabei bleibt unverständlich, warum der Bankenfachausschuß in seiner Stellungnahme im Punkt "Erfassung der Devisengeschäfte im Rechnungswesen" nicht auf das schon besprochene Schreiben des Bundesaufsichtsamtes verwies, in dem ein in sich geschlossener Katalog von "Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften - Kassa und Termin" vorgestellt wurde (vgl. S. 179 ff.).

¹ Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 665

² Vgl. ebenda

Wir haben oben im einzelnen begründet, daß bei Beachtung dieser Mindestanforderungen erstens die vollständige und richtige Erfassung der Devisengeschäfte gewährleistet ist, wie es der Bankenfachausschuß verlangt. Zweitens kann das Kreditinstitut vor Vermögensverlusten geschützt werden, soweit eine solche Gefährdung vom Devisengeschäft ausgeht. Es handelt sich dabei um die beiden Ziele, die ein internes Kontrollsystem erfüllen sollte (vgl. S. 181).

Es ist festzuhalten, daß die Stellungnahme das Soll-Objekt "internes Kontrollsystem" nicht ausreichend konkretisiert hat. Dadurch wurde auch der Entscheidungsspielraum des Abschlußprüfers bei der Ermittlung und Festlegung des Soll-Objektes nicht ausreichend eingeschränkt. Der verantwortliche Abschlußprüfer oder das Bundesaufsichtsamt kann deshalb nicht davon ausgehen, daß die Beachtung oder Nichtbeachtung bestimmter Mindestanforderungen an ein internes Kontrollsystem bei Devisengeschäften im darauffolgenden Soll-Ist-Vergleich festgestellt wird, die dann auch nicht im Prüfungsbericht berücksichtigt werden können.

Damit wird der größtmögliche Informationswert der Prüfungsberichte über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Devisengeschäft nicht erreicht.

2. Grundsätze für die Ordnungsmäßigkeit der Inventurarbeiten im Devisengeschäft

Bei der Ermittlung und Festlegung des Soll-Objektes "Inventurarbeiten im Devisengeschäft" wurde das Ermessen bzw. der Entscheidungsspielraum durch die Stellungnahme weitgehend beschränkt. Es wird dort gefordert, daß schwebende Devisengeschäfte mindestens einmal jährlich durch Einholung von Saldenbestätigungen mit den Geschäftspartnern abzustimmen sind¹. U.E fehlt jedoch auch hier ein Hinweis, auf Pkt. 6 der "Mindestanforderungen ...", wonach zu gewährleisten ist, daß dieses Bestätigungsverfahren über die bankinterne Revisionsabteilung abgewickelt wird², da die Inventurangaben ansonsten mit einer gewissen Unsicherheit behaftet sind.

¹ Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 665

² Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 25. Februar 1975, a.a.O., Ziff. 6

3. Grundsätze für den ordnungsmäßigen Ausweis von Devisengeschäften

Der sichere Einblick in die Vermögens- und Ertragslage eines Kreditinstituts kann entweder durch eine falsche oder durch eine unstetige Zuordnung der kumulierten Devisenhandelsgeschäfte in aufeinanderfolgenden Perioden vermindert werden ¹. Wir sehen zwei Bereiche, die Gewinn- und Verlustrechnung und die monatliche Bilanzstatistik, in denen der richtige bzw. ordnungsmäßige Ausweis der Devisenhandelsgeschäfte im Rahmen unserer Themenstellung von Bedeutung ist.

aa) Der richtige Ausweis in der monatlichen Bilanzstatistik

Wir hatten oben erwähnt (vgl. S. 127), daß im Fall Bankhaus I.D. Herstatt im Jahresverlauf realisierte Devisenhandelsverluste nicht unter den sonstigen Aktiva, sondern unter Forderungen an ausländische Kreditinstitute ausgewiesen wurden. Der richtige Ausweis hätte dem Bundesaufsichtsamt sehr viel früher die Gefahr einer Überschuldung bzw. eine Gefährdung der Gläubigergelder anzeigen können.

Dem richtigen Ausweis in der monatlichen Bilanzstatistik kommt durch die erweiterte Anzeigepflicht gem. § 24 Abs. 1 Nr. 5 KWG n.F. eine noch größere bzw. konkretere Bedeutung zu. Es wird dort verlangt, daß Verluste in Höhe von 25 % des haftenden Eigenkapitals unverzüglich anzuzeigen sind. Verluste dieser Größenordnung werden, wenn nicht schon früher, bei der Zusammenstellung der monatlichen Bilanzstatistik sichtbar (vgl. S. 126 f.). "Unverzüglich" kann unter Berücksichtigung der Informationsmöglichkeit "monatliche Bilanzstatistik" nur heißen, daß dem Bundesaufsichtsamt bzw. der zuständigen Landeszentralbank nach Ablauf des Monats, in dem ein Verlust in Höhe von 25 % des haftenden Eigenkapitals realisiert wurde, noch vor Einreichung der monatlichen Bilanzstatistik eine Anzeige gem. § 24 Abs. 1 Nr. 5 KWG n.F. zugehen muß.

¹ Analog Ulrich Leffson, Die Wirtschaftsprüfung, a.a.O., S. 310

Der richtige Ausweis der kumulierten Geschäftsvorfälle aus dem Devisengeschäft erfordert deshalb bei Kreditinstituten, daß das Devisenkonto monatlich abzuschließen ist. Zum zweiten impliziert der richtige Ausweis in der monatlichen Bilanzstatistik ein Verbot ¹ von Devisengeschäften zu deutlich vom Markt abweichenden Kursen, weil damit der Ausweis von anzeigepflichtigen Devisenhandelsverlusten verhindert werden kann.

bb) Der richtige Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung

Wir hatten oben festgestellt, daß die Banken beim Ausweis des Devisenhandelserfolges in den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung einen Ermessensspielraum besitzen (vgl. S.122 f.). Daß dieser Spielraum auch tatsächlich genutzt wird, folgt aus einer Anmerkung im Geschäftsbericht der Commerzbank AG für das Jahr 1973: "Vor Erläuterung der weiteren Positionen weisen wir darauf hin, daß wir in der Gewinn- und Verlustrechnung eine Umgliederung vorgenommen haben. Hiervon werden 'Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften' sowie 'Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft' betroffen ... Es handelt sich um Devisenkursgewinne aus dem Zahlungsverkehr in ausländischen Währungen, die wir jetzt als Erträge aus Dienstleistungsgeschäften ausweisen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden entsprechend geändert." ²

Die Commerzbank begründet diese Veränderung mit der Bilanzierungspraxis vergleichbarer Institute ³.

¹ Eine Ausnahmeregelung besteht hierzu nur dann, wenn Devisentermingeschäfte prolongiert werden, denen ein Waren- oder Dienstleistungsgeschäft in Fremdwährung zugrunde liegt; vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 20. Juli 1978, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 4.163

² Commerzbank AG, Geschäftsbericht 1973, S. 62

³ Vgl. ebenda

U.E. fehlt in der Stellungnahme des Bankenfachausschusses ein Hinweis auf dieses Problem oder sogar ein Vorschlag, wie nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung bei der Verteilung des Devisenhandelserfolges zu verfahren sei, da ansonsten ein sicherer Einblick in die Ertragslage nicht gewährleistet und desgleichen für den einzelnen Prüfer eine Aufgliederung in ordentliche und außerordentliche Erträge und Aufwendungen nicht möglich ist, die nach den Prüfungsrichtlinien gefordert wird (vgl. S. 110).

Im Grunde wird dieser Mangel durch die Bilanzierungsrichtlinien und durch die Formblattverordnung für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten festgeschrieben (vgl. S. 121 f.). Diese werden der Bedeutung des Devisengeschäfts nach dem Übergang zur Wechselliersflexibilität nicht mehr gerecht. U.E. wäre der gesonderte Ausweis des Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäftes in einer eigenen Position die Antwort auf das zunehmende devisenbestimmte Bankenrisiko ¹. Diese Forderung wird damit begründet, daß die Banken an anderen wichtigen internationalen Devisenmärkten den Erfolg aus dieser Geschäftssparte immer schon gesondert ausweisen mußten ². Zum zweiten bewirkt eine Offenlegung der Devisenhandelserfolge eine Dämpfung der spekulativen Geschäftsabsichten ³ oder allgemein eine Verbesserung der Geschäftsführung ⁴. Zum dritten ist man im deutschen Bankgewerbe inzwischen schon zu der Empfehlung gelangt, daß man über die relative Veränderung des gesamten Betriebsergebnisses, d.h. einschließlich der Erfolge aus dem Wertpapier- und Deviseneigenhandel berichtet ⁵. Die Commerzbank AG gab sogar für das Jahr 1976 den genauen Erfolg aus dem Deviseneigenhandel in Höhe von 38,4 Millionen an ⁶.

1 Vgl. auch Max Kruk, Kursverluste und -gewinne im Devisenhandel sollten auch offen ausgewiesen werden, a.a.O., S. 5

2 Vgl. z.B. die Geschäftsberichte schweizerischer, US-amerikanischer und italienischer Banken

3 Vgl. Max Kruk, Kursverluste und -gewinne im Devisenhandel sollten offen ausgewiesen werden, a.a.O., S. 5

4 Vgl. Erich Loitsberger, Die Bilanzpublizität der Kreditinstitute, a.a.O., S. 260 ff.

5 Vgl. Klaus Martin, Ergebnisstrukturen des Kreditgewerbes, in: Die Bank 1977/2, S. 4

6 Vgl. o.V. Commerzbank überschreitet 50 Milliarden Mark Bilanzsumme, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. April 1978, S.18

c) Ergebnis

Wir kommen zu dem Schluß, daß mit der Stellungnahme des Bankenfachausschusses das Sollobjekt für die Prüfung von Devisengeschäften in starkem Umfang konkretisiert wurde und damit der Informationswert des Prüfungsberichts zum Devisengeschäft auf dieser Stufe des Prüfungsprozesses erhöht wurde.

Dies gilt besonders für den Bereich der Bewertung, wo nur bis auf kleine Einschränkungen eine eindeutige Berechnung des Devisenhandelserfolges festgelegt wird. Eine weitergehende Konkretisierung des Sollobjektes wäre im Bereich 'Ordnungsmäßigkeit der Buchführung' und '... der Inventurarbeiten' durch einen Verweis auf die Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen des Bundesaufsichtsamtes möglich gewesen.

Für den Bereich 'richtiger Ausweis von Devisengeschäften' leiteten wir aus dem neuen § 24 Abs. 1 Ziff. 5 KWG die Forderung nach dem monatlichen Abschluß der Devisenkonten und das Verbot für Devisengeschäfte zu vom Markt abweichenden Kursen ab. Über die derzeitige Regelung hinaus begründeten wir die Notwendigkeit für den gesonderten Ausweis des Erfolges aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft.

III. Veränderungen in den Prüfungs- und Berichterstattungspflichten zum Devisengeschäft

a) Grundsätze für die Prüfung von Devisengeschäften

Eine positive Wirkung auf den Informationswert kann sich auf dieser zweiten Stufe des Prüfungsprozesses entweder durch eine Ausweitung und/oder durch eine Konkretisierung der Prüfungspflichten ergeben. Wir unterscheiden dabei die Wirkung der für Kreditinstitute allgemein gültigen Prüfungspflichten, wie sie in den §§ 27, 29 Abs. 1 KWG festgelegt sind und die Wirkung der speziellen Prüfungspflichten für das Devisengeschäft, die sich aus der Stellungnahme des Bankenfachausschusses ergeben ¹.

¹ Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667 ff.

1. Die Wirkung der generellen Prüfungspflichten nach dem KWG

Nimmt man zunächst an, daß die Soll-Objekte für die Prüfung von Devisengeschäften der obigen Diskussion entsprechend in der Stellungnahme des Bankenfachausschusses festgelegt worden sind, dann würde in Zusammenhang mit § 27 KWG auch er Ermessensspielraum bei den Prüfungspflichten soweit eingegrenzt sein, daß davon eine positive Wirkung auf den Informationswert ausgeht. Da die Sollobjekte für die Prüfung des Devisengeschäfts jedoch nicht in allen Fällen ausreichend verbessert wurden, kann sich daraus in Verbindung mit § 27 KWG auch keine Konkretisierung der Prüfungspflichten für das Devisengeschäft ergeben.

Eine positive Wirkung auf den Informationswert geht auf dieser Stufe des Prüfungsprozesses jedoch von einer indirekten Ausweitung der Prüfungspflichten gem. § 29 Abs. 1 KWG aus, soweit danach festzustellen ist, ob die Kreditinstitute der Anzeigepflicht gem. § 24 nachgekommen sind. Indirekt ergibt sich die Ausweitung deshalb, weil nicht § 29 Abs. 1 KWG in diesem Punkt geändert wurde, sondern weil § 24 Abs. 1 KWG auf einen zusätzlichern Tatbestand ausgeweitet wurde.

Die Anzeigepflicht nach § 24 Abs. 1 Ziff. 5 gilt nach der KWG-Novelle nicht mehr nur für Kapitalveränderungen, die in öffentlichen Registern eingetragen werden müssen, sondern jetzt auch für Verluste in Höhe von 25 % des haftenden Eigenkapitals. Da die Erfüllung dieser Anzeigepflicht nicht nur nach den Verhältnissen am Bilanzstichtag, sondern auch deren Beachtung im Laufe des Jahres nachzuprüfen ist ¹, und eine Überprüfung tatsächlich anhand der monatlichen Bilanzstatistik möglich ist, müssen die Abschlußprüfer die monatliche Bilanzstatistik überprüfen, soweit daraus ein Verlust in Höhe von 25 % des haftenden Eigenkapitals festgestellt werden kann. Aus unseren obigen Ausführungen (vgl. S. 212) ergibt sich speziell auf das Devisengeschäft

¹ Vgl. Reischauer/Kleinhaus, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 29, Anm. 5

bezogen, daß die monatlichen Abschlüsse der Devisenkonten zu überprüfen sind. Dabei ist insbesondere im angemessenen Umfang festzustellen, ob das monatliche Devisenhandelsergebnis nicht durch Devisengeschäfte zu grob marktabweichenden Kursen manipuliert wurde.

2. Besondere Prüfungsnormen für das Devisengeschäft

Wie oben schon angesprochen, führten die allgemeinen Prüfungspflichten in Verbindung mit den Soll-Objekten der Stellungnahme nicht zur größtmöglichen Steigerung des Informationswertes auf der zweiten Stufe des Prüfungsprozesses. Diese Schwäche kann dadurch ausgeglichen werden, daß in der Stellungnahme des Bankenfachausschusses die Prüfungshandlungen eindeutig und vollständig festgelegt werden.

aa) Prüfung des internen Kontrollsystems

Nach der Stellungnahme gehört zur Prüfung des Devisengeschäfts als Bestandteil der Abschlußprüfung zunächst die Prüfung des internen Kontrollsystems ¹.

Dabei soll geprüft werden, ob die durchgeführten Devisengeschäfte nach der Satzung oder dem Gesellschaftsvertrag zuverlässig sind und ob die Abwicklung der Devisengeschäfte mit den besonderen Geschäftsanweisungen, Zuständigkeitsregelungen und sonstigen Anordnungen übereinstimmen ².

Die zweite Prüfungshandlung wird insoweit konkretisiert, als auf die besondere Bedeutung einiger Anweisungen im Devisenhandel hingewiesen wird. Hierzu zählt man die Anweisungen

- "über die Höhe der zulässigen Ankäufe und Verkäufe",
- "über das Offenhalten von Währungspositionen nach Höhe und Zeitdauer",
- über "Beschränkungen auf bestimmte Währungen",
- über "die Begrenzung des Handels mit bestimmten Geschäftspartnern",
- "zur Prüfung der Bonität der Geschäftspartner"
- "über die Bestätigung telefonisch getroffener Abschlüsse"
- zu der Frage, "ob Angestellte Devisengeschäfte für eigene Rechnung abschließen dürfen." ³

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

2 Vgl. ebenda

3 Ebenda

Die Bedeutung der genannten Prüfungsgrundsätze sind nicht geeignet, die Effizienz eines internen Kontrollsystems im Devisengeschäft der Banken zu überprüfen, weil sie de facto dazu führen müssen, daß möglichst viele Devisengeschäfte bzw. die entsprechenden Belege auf ihre Übereinstimmung mit den besonderen Geschäftsanordnungen überprüft werden. Wir hatten jedoch oben schon erwähnt, daß bei umfangreichem Prüfungsstoff, wie er durch das Devisengeschäft anfällt, die kritische Untersuchung der Organisations- und Kontrolleinrichtungen der reinen Belegprüfung vorzuziehen ist (vgl. S. 116).

Daraus folgt, daß bei der Prüfung des Devisengeschäfts nicht der Vergleich der einzelnen Geschäfte mit den verschiedenen Anordnungen im Vordergrund zu stehen hat, sondern die Beurteilung der einzelnen Anordnungen, die sich zu einem wirksamen Kontrollsystem ergänzen sollen.

Wir hatten schon im einzelnen begründet, daß durch die Umsetzung der "Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften ..." in besondere Anordnungen der Geschäftsleitung für das Devisengeschäft ein wirksames internes Kontrollsystem geschaffen wird (vgl. S. 187). Eine effiziente Prüfung des internen Kontrollsystems bei Devisengeschäften würde deshalb u.E. verlangen, daß die Beachtung der "Mindestanforderungen ..." zu überprüfen wäre. Als einzige in diesem Sinne konkrete Prüfungshandlung wird in der Stellungnahme gefordert, daß "das Prinzip der Funktionstrennung beim Abschluß der Geschäfte, deren technischen Abwicklung sowie ihrer Erfassung in Buchhaltung und Bilanz beachtet worden ist"¹. Wir kommen zu dem Schluß, daß die in der Stellungnahme enthaltenen Grundsätze nicht in vollem Umfang geeignet erscheinen, die Wirksamkeit eines Kontrollsystems zu überprüfen.

bb) Weitere Prüfungshandlungen

Der weitere Verlauf der Prüfung ist nach der Stellungnahme abhängig von dem bisherigen Prüfungsergebnis und den Feststellungen der internen Revision. Im einzelnen wird die Einholung von Saldenbestätigungen (Prüfung der Inventur), die Prüfung der Bewertung und die Prüfung zur Feststellung von

¹ Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

Devisengeschäften zu grob marktabweichenden Kursen genannt¹. Die Empfehlung zur Einholung von Saldenbestätigungen und die Pflicht, in angemessenem Umfang zu prüfen, ob Devisengeschäfte zu marktabweichenden Kursen getätigt wurden, stellen eine wesentliche Konkretisierung der allgemeinen Prüfungspflichten in bezug auf das Devisengeschäft dar. Die letztgenannte Prüfungsnorm hatten wir schon im Zusammenhang mit der Prüfung nach § 29 Abs. 1 i.V.m. § 24 Abs. 1 Ziff. 5 KWG abgeleitet.

3. Ergebnis

Der Informationswert des Prüfungsberichts wird auf dieser zweiten Stufe des Prüfungsprozesses gegenüber dem bisherigen Stand erhöht. Diese Wirkung bezieht sich einmal auf das Kriterium der Eindeutigkeit, weil für den Bereich der Buchführungs- wie auch für die Jahresabschlußprüfung i.e.S. konkrete Prüfungsaufgaben speziell für das Devisengeschäft vorgegeben werden und dadurch genauere Prüfungsergebnisse erzielt werden können.

Unter dem Kriterium der Vollständigkeit brachte die Ausweitung der Anzeigepflicht gem. § 24 Abs. 1 Ziff. 5 KWG eine Erhöhung des Informationswertes, weil die Überprüfung dieser Anzeigepflicht u.a. die Überprüfung der monatlichen Devisenhandelsergebnisse notwendig macht. Verbessert werden sollten die Normen zur Überprüfung des internen Kontrollsystems, weil Mängel in diesem Bereich einerseits sehr frühzeitig gefährliche Tendenzen im Devisengeschäft anzeigen und andererseits hier die eigentlichen Ursachen der Devisenhandelsverluste lagen und noch liegen, wenn ein Abschlußprüfer nicht durch besondere Fachkenntnis diese Mängel erkennt und darüber berichtet.

¹ Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

b) Grundsätze für die Berichterstattung über das Devisengeschäft

1. Spezielle Berichtsnormen für das Devisengeschäft

Eine positive Wirkung auf den Informationswert des Prüfungsberichtes kann von der Stellungnahme des Bankenfachausschusses auf dieser Ebene des Prüfungsprozesses ausgehen, wenn dort weitergehende und genauere Berichtspflichten festgelegt werden, als sie nicht schon zum Berichtsinhalt nach den Prüfungsrichtlinien (vgl. auch schon S. 110 ff.) gehören.

In der Stellungnahme werden zum Bereich der Berichterstattung die folgenden Grundsätze aufgestellt: ¹

(1) Darstellung der Ergebnisse über die Prüfung des internen Kontrollsystems und der Erfassung der Devisengeschäfte im Rechnungswesen: Eine umfassendere oder genauere Berichtspflicht wird damit nicht geschaffen, weil in den Prüfungsrichtlinien zweifach in den Punkten A.I. g) und A. VIII. a) die Besprechung von wesentlichen Mängeln in der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens bzw. eine Stellungnahme zu der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Belegwesens verlangt wird ².

(2) Darstellung der betriebenen Devisengeschäfte nach Art und Umfang einschließlich Stand der offenen Positionen am Bilanzstichtag: ³ Bis auf die Darstellung der offenen Devisenpositionen, die wir in Zusammenhang mit dem Grundsatz (4) ansprechen, geht auch von dieser Berichtspflicht keine Ausweitung und nur in geringem Umfang eine Konkretisierung der Berichtspflicht hervor, weil u.E. in den Prüfungsrichtlinien ⁴ nichts anderes verlangt wird, wenn dort in Punkt A.I. d) die Struktur des Bankgeschäftes etwaige Nebengeschäfte und ihre Änderung zu besprechen sind (vgl. S. 110 f.).

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

2 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 2/68, a.a.O.,

3 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

4 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 2/68, a.a.O.

(3) Berichterstattung über die Einhaltung des Grundsatzes I a: ¹ Auch dieser Grundsatz bringt keine Ausweitung oder Konkretisierung der Berichterstattungspflicht, weil kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß sich die Berichterstattungspflicht über die Einhaltung des bisherigen Grundsatzes I gem. Punkt A. III. e) der Prüfungsrichtlinien ² nach der Bekanntmachung des neuen Grundsatzes I a auch auf diesen zu erstrecken habe.

(4) Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die offenen Positionen sind die im Devisengeschäft enthaltenen Bonitäts- und Währungsrisiken zu besprechen und

(5) die Methode und das Ergebnis der Bewertung sind im Bericht hinreichend darzustellen: ³ Grundsatz (4) und (5) gehen u.E. ebenso aus den Prüfungsrichtlinien hervor, wenn dort in den Punkten A. III a) und b) verlangt wird, daß "die Vermögenslage am Bilanzstichtag ... unter Angabe der angewandten Bewertungsgrundsätze darzustellen und zu beurteilen" ist und zweitens "Verträge ... von Bedeutung, die sich, soweit erkennbar - auf die Vermögenslage nachteilig auswirken könnten, ... zu besprechen" sind. "Der Prüfer hat darzulegen, ob eine entsprechende Vorsorge in Form von Rückstellungen notwendig und ggf. auch getroffen ist." ⁴ Eine Konkretisierung ist höchstens insofern eingetreten, als zwischen Bonitäts- und Währungsrisiken im Devisengeschäft unterschieden wird.

(6) Über auffallende Einzelgeschäfte ist besonders dann zu berichten, wenn sie zu marktabweichenden Kursen abgeschlossen werden: ⁵ Diesem Grundsatz wird u.E. in Punkt A. I. d) und f) der Prüfungsrichtlinien Rechnung getragen, wenn dort gefordert wird, daß im Bericht außergewöhnliche Geschäfte und bemerkenswerte Beziehungen zu anderen Unternehmen zu besprechen sind ⁶ (vgl. auch S. 111).

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

2 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 2/68, a.a.O.

3 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

4 Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 2/68, a.a.O.

5 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

6 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 2/68, a.a.O.

(7) Bei umfangreichem Devisengeschäft empfiehlt sich eine besondere Berichterstattung in einem eigenen Abschnitt: ¹
Auch dieser letzte Grundsatz garantiert keine zusätzlichen oder genaueren Informationen über das Devisengeschäft (vgl. auch Anmerkung zu (2)).

Wir können festhalten, daß auf dieser Stufe des Prüfungsprozesses keine Erhöhung des Informationswertes eingetreten ist, weil die entsprechenden Berichtsgrundsätze schon aus den Prüfungsrichtlinien hervorgehen, die schon vor dem Herstatt-Zusammenbruch Gültigkeit besaßen.

2. Unverzügliche Berichterstattung nach § 29 Abs. 2 KWG n.F.

Der bisherige § 29 Abs. 2 sah nur eine Erläuterungspflicht des Prüfers auf Verlangen des Bundesaufsichtsamtes vor (vgl. auch S. 132), die sich auf die Prüfung und den Prüfungsbericht bezog ². Die KWG-Novelle brachte in zweifacher Weise eine Ausweitung der Berichterstattungspflichten gem. § 29 Abs. 2 KWG n.F. Es sind dabei Mitteilungspflichten zu unterscheiden, die der Abschlußprüfer ohne besondere Aufforderung erfüllen muß (Satz 1) und zweitens Auskünfte, die er nur auf Verlangen zu erteilen hat (Satz 2).

aa) Anzeigepflichten der Abschlußprüfer nach Satz 1

Es stellt sich hier die Frage, ob durch diese Anzeigepflicht nach § 29 Abs. 2 S. 1 ein zusätzlicher eigenständiger Informationswert für die Beaufsichtigung des Devisengeschäfts geschaffen wurde.

Wie schon oben unterscheiden wir dabei die zeitliche und die sachliche Wirkung dieser Gesetzesänderung auf den Informationswert.

1 Vgl. Bankenfachausschuß, Stellungnahme 1/75 ..., a.a.O., S. 667

2 Vgl. Walter Kümmel, Die für die Prüfung von Kreditinstituten bedeutsamen neuen Regelungen des "Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen", in: Die Wirtschaftsprüfung 1977, S. 16

Vom Abschlußprüfer wird nach § 29 Abs. 2 S. 1 KWG n.F. verlangt, daß er Tatsachen unverzüglich dem Bundesaufsichtsamt anzuzeigen hat,

- die ihm bei der Prüfung bekannt werden und die
- "die Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks rechtfertigen",
- "den Bestand des Kreditinstituts gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können" oder
- "die schwerwiegende Verstöße der Geschäftsleiter gegen Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen...".

Die Formulierung "... die ihm bei der Prüfung bekannt werden ..." bringt zum Ausdruck, daß die Abschlußprüfung nicht speziell auf die in § 29 Abs. 2 S. 1 KWG genannten Tatsachen ausgerichtet werden muß ¹.

Wenn aber keine zusätzlichen Prüfungshandlungen im Normalfall durchgeführt werden müssen, können auch in besonderen, für das Bundesaufsichtsamt interessanten Fällen zwangsläufig keine zusätzlichen Prüfungsergebnisse bekannt werden, als dies nicht schon mit dem Prüfungsbericht geschieht. In sachlicher Hinsicht folgt aus dem neuen § 29 Abs. 2 S. 1 KWG deshalb kein zusätzlicher Informationswert für die Aufsichtsinstanzen. Diesem Ergebnis steht auch nicht die Auffassung entgegen, daß der Abschlußprüfer einem Sachverhalt soweit wie möglich nachgehen muß, wenn sich nach den im Rahmen der Abschlußprüfung ermittelten Tatsachen die Wahrscheinlichkeit für einen anzeigepflichtigen Tatbestand ergibt ².

Der eigentliche Vorteil liegt deshalb in der "unverzüglichen" Anzeigepflicht der in § 29 Abs. 2 genannten Tatsachen beim Bundesaufsichtsamt und der zuständigen Landeszentralbank. Unverzüglich heißt, daß noch im Laufe der Prüfung die Anzeige erfolgen muß ³, bevor die Prüfung aller Gebiete abgeschlossen ist ⁴, wenn z.B. bei der Prüfung des Devisengeschäftes Tatsachen i.S. von § 29 Abs. 2 festgestellt werden. Unter dem Kriterium der Rechtzeitigkeit tritt damit eine ein-

¹ Vgl. Hellmut Stannigel, Die unverzügliche Berichterstattungspflicht des Abschlußprüfers von Kreditinstituten nach § 29 Abs. 2 KWG (Teil I), in: Die Wirtschaftsprüfung 1977, S. 568

² Vgl. ebenda

³ Vgl. Bähre/Schneider, KWG-Kommentar, a.a.O., § 29 Anm. 3, S. 357

⁴ Vgl. Hellmut Stannigel, a.a.O., S. 569

deutige Verbesserung der Informationsmöglichkeiten ein, weil die Informationen i.S.v. § 29 Abs. 2 den Aufsichtsinstanzen im Extremfall nicht erst fünf Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres (vgl. S. 123), sondern schon unmittelbar nach der Feststellung durch den Abschlußprüfer bekannt werden. Diese Zeiteinsparung bei der Informationsweiterleitung hat besondere Bedeutung für den bankmäßigen Devisenhandel mit seiner im Vergleich zu anderen Bankgeschäften außerordentlichen Dynamik.

Dieser Vorteil wird jedoch durch die Gesetzesformulierung abgeschwächt, daß die Anzeigepflicht nur für schwerwiegende und wesentliche Tatsachen gilt ¹. Durch diese Voraussetzung wird dem Abschlußprüfer ein erheblicher Ermessensspielraum belassen. Das Bundesaufsichtsamt sollte deshalb durch ein Schreiben oder eine Bekanntmachung die Anzeigepflicht in Form einer Fallsammlung konkretisieren ².

bb) Auskunftspflicht der Abschlußprüfer nach Satz 2

Diese schon nach altem Recht bestehende Auskunftspflicht der Abschlußprüfer wurde in zweifacher Hinsicht ausgeweitet. Zum einen wird der Abschlußprüfer nunmehr auch zu Erläuterungen gegenüber der Deutschen Bundesbank verpflichtet ³ und zum zweiten wird die bisherige Pflicht, "den Prüfungsbericht zu erläutern" um den Zusatz erweitert, daß auf Verlangen auch sonstige bei der Prüfung bekannt gewordene Tatsachen mitzuteilen sind, "die gegen eine ordnungsmäßige Durchführung der Geschäfte sprechen" ⁴.

Die direkte Informationsmöglichkeit der Deutschen Bundesbank bei den Abschlußprüfern führt zu einer Beschleunigung der Informationsverarbeitung. Bisher konnte die Deutsche Bundesbank (Landeszentralbanken) wegen der Verschwiegenheitspflicht

1 Vgl. Walter Kümmel, a.a.O., S. 17

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 29 Anm. 8

4 Walter Kümmel, a.a.O., S. 17

der Abschlußprüfer direkt keine Informationen gem. § 29 Abs. 2 erhalten, wenn sie sich die im Prüfungsbericht enthaltenen Sachverhalte präzisieren und vervollständigen lassen wollte ¹.

Nach der Ausweitung der Auskunftspflicht bleibt die Informationsmöglichkeit nicht auf Punkte beschränkt, die im Prüfungsbericht zu behandeln sind und die sich auf das abgelaufene Geschäftsjahr beziehen ².

3. Ergebnis

Berichterstattungspflicht nach § 29 Abs. 2 bringt für das Bundesaufsichtsamt primär in zeitlicher Hinsicht eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten, weil ihr unverzüglich noch im Laufe der Prüfung aufsichtsrechtlich bedeutsame Vorgänge i.S. von § 29 Abs. 2 S. 1 KWG mitgeteilt werden müssen und weil die Bundesbank bei der Durcharbeitung der Prüfungsberichte direkt und nicht erst über das Bundesaufsichtsamt zusätzliche Informationen verlangen kann. Die Regelung gem. § 29 Abs. 2 KWG n.F. bedeutet deshalb eine Verbesserung des Aufsichtssystems durch eine Straffung der informationspolitischen Ablauforganisation. In sachlicher Hinsicht tritt keine Erhöhung des Informationswertes ein. Dies gilt auch in bezug auf die speziellen Berichterstattungspflichten für das Devisengeschäft nach der Stellungnahme, da die Berichtspflichten schon in den Prüfungsrichtlinien ausreichend konkretisiert sind.

B. Zusätzliche Informationspflichten der Kreditinstitute

I. Verkürzung der Einreichungsfrist für den Jahresabschluß

Während nach § 26 KWG a.F. die maximale Frist bis zur Einreichung des Jahresabschlusses etwas länger als fünf Monate betragen konnte (vgl. S. 123), muß der Jahresabschluß nach

¹ Vgl. Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., § 29 Anm. 7

² Vgl. Bähre/Schneider, KWG-Kommentar, a.a.O., § 29, S. 357

der Novellierung des KWG spätestens drei Monate nach Ablauf des vergangenen Geschäftsjahres dem Bundesaufsichtsamt und der Deutschen Bundesbank eingereicht werden (§ 29 Abs. 1 KWG n.F.). Die Änderung wird damit begründet, daß eine rechtzeitige Information des Bundesaufsichtsamtes und der Bundesbank sicherzustellen ist ¹.

Diese Verkürzung der Vorlagepflicht führt allgemein unter dem Kriterium der Rechtzeitigkeit zu einer Verbesserung der Informationsmöglichkeiten. Unter den anderen Informationskriterien ergibt sich besonders in bezug auf das Devisengeschäft keine Verbesserung, weil § 26 Abs. 1 so geändert wurde, daß "nicht nur der festgestellte, sondern auch schon der aufgestellte Jahresabschluß einzureichen ist" ². Dies kann im Fall der Aktiengesellschaft dazu führen, daß der Jahresabschluß ungeprüft und ohne Feststellung durch den Aufsichtsrat oder die Jahreshauptversammlung eingereicht werden muß ³. Ohne Prüfungsbericht erhält das Bundesaufsichtsamt mit dem Jahresabschluß jedoch weder eindeutige noch zuverlässige Angaben über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft, weil - wie schon überprüft - aus dem Jahresabschluß keine eindeutigen Informationen über das Devisengeschäft abgeleitet werden können (vgl. S.122 f.). Diese bietet nur der Prüfungsbericht.

Auch unter dem Aspekt der Zuverlässigkeit der Informationen z.B. über einen evtl. Bilanzverlust muß die kürzere Vorlagefrist als wenig effizient angesehen werden, weil sehr oft bei der später vorgenommenen Prüfung z.B. Fehler im Ausweis oder in der Bewertung festgestellt werden ⁴. Die gravierenden Auswirkungen unterschiedlicher Bewertungsmethoden auf den Devisenhandelserfolg oder auch auf den Gesamterfolg hatten wir schon angesprochen (vgl. S. 198).

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Entwurf eines Zweiten Gesetzes ..., a.a.O., S. 21 f.

² Ebenda, S. 21

³ Vgl. ebenda, S. 21 ff.

⁴ Vgl. Walter Kümmler, a.a.O., S. 11

II. Informationspflichten über die Einhaltung des Grundsatzes I a

a) Form, Inhalt und Zeitpunkt der Meldepflicht

Die Einhaltung des Grundsatzes I a wird aufgrund der Angaben in den Vordrucken 10 413 und 10 414 (vgl. Anlage überwacht, die von den Kreditinstituten mit der "Monatlichen Bilanzstatistik" einzureichen sind. Vordruck 10 414 für die Berechnung der Kennziffer gem. Grundsatz I a Abs. 2 und 3 muß seit Januar 1979 nur noch vierteljährlich zu den Quartalsenden eingereicht werden ¹.

Ebenfalls Anfang Januar 1979 wurden die im August 1974 eingeführten Vordrucke zur Vereinfachung des Meldeverfahrens geändert ². ³

Mit dem Vordruck 10 413 wird die Kennziffer gem. Grundsatz I a Abs. 1 berechnet; Ausgangspunkt sind die verschiedenen Aktiv- und Passivpositionen (vgl. 1. Spalte des Vordrucks 10 413), die nach ihrer Umrechnung in Deutsche Mark zum amtlichen Mittelkurs an der Frankfurter Börse ⁴ den Spalten 02 - 14 je nach Währung zugeordnet werden.

Die Unterschiedsbeträge bzw. offenen Positionen für die einzelnen Währungen (Differenz von Aktiv- und Passivpositionen, Spalte 02 - 14) werden ohne Berücksichtigung des Vorzeichens addiert und zum haftenden Eigenkapital in Beziehung gesetzt (Zeile 21, Spalte C). Die so bezeichnete Kennziffer gem. Grundsatz I a Abs. 1 darf 30 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen ⁵.

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 25. Januar 1979, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.18, S. 35 a

2 Vgl. ebenda

3 Vgl. Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., §§ 10, 11, Anm. 21 i

4 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 1/69, a.a.O., Grundsatz I a Abs. 1 S. 2

5 Zu weiteren Einzelheiten vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 25. Januar 1979, a.a.O.

Die Berechnung der Kennziffern für die Absätze 2 und 3 des Grundsatzes I a erfolgen nach dem gleichen Muster, nur mit dem Unterschied, daß die Berechnung der Kennziffern unter Berücksichtigung der Fälligkeiten der Aktiv- und Passivpositionen erfolgt. Dabei werden die Aktiv- und Passivposition zusammengefaßt, die innerhalb der dem Berechnungszeitpunkt folgenden Monate (Abs. 2) bzw. folgenden Halbjahre (Abs. 3) fällig werden.

In dem Vordruck 10414 müssen jedoch nicht mehr die Aktiv- und Passivposition für die einzelnen Währungen und den sich daraus ergebenden Unterschiedsbeträge ausgewiesen werden, wie dies bisher der Fall war, sondern nur noch die Kennziffern (vgl. Vordruck 10 414). Eine weitere Erleichterung trat insofern ein, als die Kennziffern für den Kalendermonat oder für das Kalenderhalbjahr, die dem Meldestichtag folgen, nicht mehr berechnet werden müssen. Das bedeutet z.B., daß zum Meldestichtag 30. Juni 1980 nur die Kennziffern für die Monate August, September, Oktober, November, Dezember nach Abs. 2 und nach Abs. 2 erst wieder für das erste Halbjahr 1981 ermittelt und gemeldet werden müssen.¹

Die Einhaltung des Grundsatzes I a wird "täglich bei Geschäftschluß" verlangt². Für den Fall, daß die im Grundsatz I a festgelegten Obergrenzen überschritten werden, muß dies am jeweils folgenden Geschäftstag beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und bei der zuständigen Landeszentralbank angezeigt werden. Bei Überschreitungen des Grundsatzes I a Abs. 1 ist für die Anzeige Vordruck 10 413 zu verwenden. Die Anzeige einer Überschreitung nach Abs. 2 oder 3 kann formlos erfolgen, wobei die entsprechenden Kalendermonate oder Kalenderhalbjahre und die in diesen Zeiträumen fälligen Aktiv- und Passivpositionen je Währung mitgeteilt werden.³

1 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 25. Januar 1979, a.a.O., S. 26

2 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Bekanntmachung 1/69, a.a.O., S. 2 f.

3 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Anordnung gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 KWG vom 14. Oktober 1974, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.17

b) Beurteilung der Informationspflichten

Die Informationsmöglichkeiten sollen im folgenden wieder anhand der Kriterien der Eindeutigkeit, der Vollständigkeit, der Frühzeitigkeit, der rechtzeitigen Verfügbarkeit, der Zuverlässigkeit und der ökonomischen Vertretbarkeit beurteilt werden.

Bei der Beurteilung unter den Kriterien der Eindeutigkeit und Vollständigkeit können wir uns kurz fassen, weil ja oben schon beurteilt wurde, ob durch den Grundsatz I a die Risiken der bankmäßigen Devisengeschäfte vollständig begrenzt wurden und ob durch die Aktiv- und Passivpositionen gem. Grundsatz I a die Devisenhandelsrisiken eindeutig repräsentiert werden. Diese Beurteilung hatte zum Ergebnis (vgl. S. 157), daß nur das Währungsrisiko i.w.S. erfaßt und begrenzt wird, nicht jedoch die besonderen zwischen- und innerbetrieblichen Risiken des Devisengeschäfts. Die Meldepflicht über die Einhaltung des Grundsatzes I a kann deshalb auch nur die eingegangenen Währungsrisiken zum Ausdruck bringen. Mehr war jedoch auch nicht beabsichtigt und notwendig, weil diese Meldungen nur einen Teilbereich des schon bestehenden und verbesserten Informationssystems darstellen.

Die Kritik von Luer an dem Aussagewert der Angaben zum Grundsatz I a sind also unberechtigt, weil die Informationspflicht i.V.m. dem Grundsatz I a weder geeignet noch dafür bestimmt ist, über Mißbräuche mit Devisengeschäften zu marktabweichenden Kursen zu berichten¹. Sie stellen nach unserer Systematik eine innerbetriebliche Gefahrenquelle im bankmäßigen Devisenhandel dar, die im Rahmen der Abschlußprüfung aufgedeckt werden können.

Wir hatten oben festgestellt, daß das Währungsrisiko im Grundsatz I a mit der Höhe der offenen Fremdwährungsposition gleichgesetzt wird. Das Kriterium der Eindeutigkeit und der Vollständigkeit würde jedoch verlangen, daß die Angaben zum Grund-

¹ Vgl. Hans-Jochem Luer, Devisenhandel und Bankenaufsicht, a.a.O., S. 17

satz I a auch das zweite Element des Währungsrisikos, d.h. die Wahrscheinlichkeit für bestimmte Kursschwankungsintervalle von einzelnen Währungen zum Ausdruck bringen. Darauf kann und sollte verzichtet werden, weil die Höhe der offenen Positionen das Währungsrisiko in stärkerem Umfang bestimmt und die Devisenposition außerdem einen objektiveren Indikator darstellt, als es Kursschwankungen sein können. Zum zweiten geht aus Vordruck 10413 regelmäßig und auch aus den Anzeigen beim Überschreiten des Grundsatzes I a hervor, in welchen Währungen eine Bank offene Positionen hält; die Aufsichtsinstanzen können dann neben der objektiven Größe für das Währungsrisiko auch eine subjektive Komponente berücksichtigen, die sich aus einer Prognose über die zukünftige Devisenkursentwicklung ableitet. Das Kriterium der Frühzeitigkeit verlangt, daß gefährliche Entwicklungen in einem frühen Stadium sichtbar gemacht werden. Bei der Schnelligkeit des Devisengeschäfts ist diese Forderung besonders schwer erfüllbar, weil schon zum Zeitpunkt der Anzeige bei Überschreitung des Grundsatzes I a am folgenden Tag Verluste entstanden sein können. Man kann jedoch annehmen, daß die Entstehung von Devisenhandelsverlusten in existenzgefährdender Größenordnung frühzeitig aufgrund der Informationspflichten zum Grundsatz I a erkennbar sind.

Das Kriterium der Rechtzeitigkeit verlangt, daß die Informationen über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft den Aufsichtsinstanzen rechtzeitig zur Verfügung stehen. Die Erfüllung dieser Bedingung wird weitgehend durch die Anzeigepflicht beim Überschreiten der im Grundsatz I a festgelegten Obergrenzen gewährleistet.

Angaben zum Grundsatz I a haben jedoch nur dann einen Informationswert, wenn sie den Aufsichtsinstanzen zuverlässig mitgeteilt werden. Wir glauben, daß die Zuverlässigkeit dieser Meldungen durch die Mindestanforderungen an bankinterne Kontrollmaßnahmen (vgl. S. 184) und durch die bankexternen Prüfungen (vgl. S. 220) einen hohen Zuverlässigkeitsgrad erreichen.

Die ökonomische Vertretbarkeit dieser Informationspflicht ist abhängig von der Notwendigkeit dieser Informationen, sie wurde oben begründet (vgl. S. 126) und den Kosten der Informationsbereitstellung. Letztere ergeben sich aus der zusätzlichen Beschäftigung von Arbeitskräften. Vertreter deutscher Großbanken rechneten noch Anfang 1975 mit 1000 zusätzlichen Arbeitsstunden bzw. mit acht zusätzlichen Arbeitskräften, die mit der Aufbereitung und Weiterleitung der Angaben an die Aufsichtsbehörden beschäftigt waren ¹. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß eine ordnungsmäßige Führung des Devisengeschäfts nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität in jedem Fall eine zunehmende interne Überwachung des Währungsrisikos verlangt hätte, unabhängig von den nachträglichen Forderungen der Bankenaufsicht. Aufgrund dieser Überlegung kann der zusätzliche Arbeitsaufwand nur zu einem kleinen Teil der Bankenaufsicht angelastet werden. Außerdem brachte die Wechselkursflexibilität für die Banken nicht nur zusätzliche Risiken und damit zusätzliche Kosten für die interne und externe Überwachung, sondern auch zunehmende Gewinne im Devisengeschäft. Die ökonomische Notwendigkeit dieser zusätzlichen Informationspflichten wurde damit begründet.

III. Ausweitung der Berichterstattung auf ausländische Tochterbanken

Es wurde schon oben angesprochen, daß bei international tätigen Banken die Verlagerung der geschäftlichen Aktivitäten auf ausländische Tochterbanken eine Aushöhlung der inländischen Strukturnormen ² und hier im besonderen eine verminderte Effizienz des Grundsatzes I a zur Folge hat (vgl. S. 175). Hiermit wird allgemein das Problem angesprochen, daß das international gewordene Bankgeschäft durch die nationalen Instanzen nicht mehr wirkungsvoll beaufsichtigt werden kann ³.

¹ Vgl. Franzpeter Stillger, Unbehagen bei den Devisenhändlern, in: Börsenzeitung vom 19. Februar 1975, S. 1

² Vgl. Manfred Schneider, Offene Fragen der Bankenaufsicht, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1978, S. 237

³ Vgl. hierzu z.B. Inge Lore Bähre, Probleme und Möglichkeiten der Bankenüberwachung, Bankenaufsicht - international? in: Deutsche Bank (Hrsg.), Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankgeschichte, Nr. 6, Frankfurt 1978, S. 3

Quasi in einem Vorgriff auf die generelle Lösung des Problems einer internationalen Bankenaufsicht wurde in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Banken und dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen eine Vereinbarung über die Berichterstattung ausländischer Tochterbanken getroffen.¹

Nach dieser Vereinbarung stellen die deutschen Banken, die allein oder zusammen mit mehr als 50 % an einer ausländischen Bank beteiligt sind, den deutschen Aufsichtsinstanzen freiwillig Informationen in Form von Prüfungsberichten über den Jahresabschluß dieser ausländischen Tochterbanken zur Verfügung. Den deutschen Aufsichtsinstanzen sollen damit die notwendigen Informationen über die Geschäftslage dieser ausländischen Banken geboten werden. Deshalb wurde auch zusätzlich vereinbart, daß Prüfung und Prüfungsbericht dem üblichen Standard entsprechen sollen. Im einzelnen wird gesagt, daß der Bericht Angaben über rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen, Rechnungswesen und Innenrevision, Geschäftsentwicklung, Vermögenslage, Liquiditäts- und Ertragslage und über offene Positionen enthalten soll. Da dieser Berichtsinhalt in den genannten Punkten den Prüfungsrichtlinien entspricht, wird die Bankaufsicht einmal jährlich in demselben Umfang über das Devisengeschäft der ausländischen Tochterbanken informiert wie im Fall der deutschen Mutterbank (vgl. S. 219 f.). Diese Informationsmöglichkeit gilt zunächst jedoch nur für die Tochterbanken in Luxemburg². In einem weiteren Schritt sollen auch die Tochtergesellschaften an anderen internationalen Bankplätzen in diese Vereinbarung einbezogen werden³.

1 Vgl. auch im folgenden Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 4. Dezember 1978 und 24. Januar 1979, abgedruckt in: Conbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 13.11

2 Vgl. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 4. Dezember 1978 und 24. Januar 1979, a.a.O.

3 Vgl. Werner Benkhoff, Aufsichtsamt wünscht Zahlen nicht nur über Luxemburg, in: Handelsblatt vom 9. November 1978, S. 11; o.V.; Nach Luxemburg die Schweiz, in: Handelsblatt vom 25. Februar 1979, S. 6

IV. Zusammenfassung zu B.

Die zusätzlichen Informationspflichten der Kreditinstitute vervollständigen die laufenden Informationsmöglichkeiten der Bankenaufsicht über das Devisengeschäft, weil damit einmal die Kontrollierbarkeit des Grundsatzes I a und/oder allgemein monatliche Informationen über die von den Banken eingegangenen Währungsrisiken sichergestellt sind, soweit sie von der deutschen Mutterbank eingegangen wurden. Die Gefährdung der Gläubigergelder durch die Verlagerung geschäftlicher Aktivitäten auf die Luxemburger Tochterinstitute kann jährlich durch Prüfungsberichte überwacht werden, die dem deutschen Standard entsprechen.

Von geringerer Bedeutung ist in unserem Zusammenhang die verkürzte Einreichungsfrist für den Jahresabschluß, weil hieraus direkt keine zuverlässigen Informationen über das Devisengeschäft ableitbar sind.

C. Verbessertes Sonderprüfungsrecht nach § 44 KWG n.F.

Wenngleich es sich hierbei um eine allgemeine Verbesserung der aufsichtsrechtlichen Informationsmöglichkeiten handelt, steht das verbesserte Sonderprüfungsrecht in engem Zusammenhang mit unserer Themenstellung, weil die schwerfällige Einsatzmöglichkeit der Sonderprüfung gerade im Fall Herstatt offensichtlich wurde (vgl. S. 135 ff.).

Nach der Neufassung des § 44 Abs. 1 Ziff. 1 KWG sind die sogenannten Sonderprüfungen auch ohne besonderen Anlaß durchführbar; man geht in der Begründung zum Entwurf des Zweiten Änderungsgesetzes davon aus, daß sich eine Sonderprüfung im Gegensatz zu früher (vgl. S. 138) nicht mehr negativ auf das Ansehen eines Kreditinstituts auswirken wird, wenn das Bundesaufsichtsamt häufig von seinem Prüfungsrecht Gebrauch macht.¹ Mit dem neuen Sonderprüfungsrecht bietet sich für die Bankenaufsicht damit die Möglichkeit, auch zwischen den Jahresabschlußprüfungen z.B. die Einhaltung des Grundsatzes I a und/oder die Beachtung der Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften zu überprüfen.

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (7. Wahlperiode), Entwurf eines Zweiten Gesetzes, a.a.O., S. 25

6. Abschnitt: ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Untersuchungsgegenstand waren die Risiken des bankmäßigen Devisenhandels und deren Entwicklung unter dem Einfluß der Wechselkursflexibilität und den Bankaufsichtsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973.

Im einzelnen brachte unsere Untersuchung die folgenden Ergebnisse.

A. Wechselkursflexibilität als Bestimmungsfaktor zunehmender Devisenhandelsrisiken

Unter dem Begriff 'Risiken' verstanden wir den gesamten risikobezogenen Ursachen- und Wirkungszusammenhang, der mit der Wechselkursflexibilität beginnt und über die bankmäßigen Devisenhandelsaktivitäten zum Eintritt einzel- oder gesamtwirtschaftlicher Gefährdungstatbeständen führen kann.

I. Entwicklung der einzelwirtschaftlichen Risiken

Bei den einzelwirtschaftlichen Risiken untersuchten wir gesondert die Bedeutung der über-, zwischen- und innerbetrieblichen Risikosphären.

Wir haben dort zunächst festgestellt, daß beide Elemente des Devisenhandelsrisikos, soweit sie überbetrieblich beeinflußt werden, stark zugenommen haben. Eine Untersuchung der wöchentlichen Devisenkursschwankungen ergab, daß die Kursschwankungsintensität, die uns als Indikator für das Kursänderungsrisiko diente, bei den wichtigsten Welthandelswährungen nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen mindestens um das Zwei- bis Dreifache angestiegen ist, und daß das so berechnete Kursänderungsrisiko nach inzwischen siebenjähriger Erfahrung mit flexiblen Wechselkursen nicht entscheidend abgenommen hat. Die Summe der jährlichen Schwankungsintensitäten von 1973 - 1979 weist den US-Dollar - was zu erwarten war - als die unsicherste Währung aus, gefolgt von dem Japanischen Yen, dem Englischen Pfund, der Italienischen Lira, dem Schweizer Fran-

ken, dem Französischen Franc und dem Holländischen Gulden. Das geringere Kursrisiko beim Holländischen Gulden ist auf die durchgängige Beteiligung der Niederlande am Gruppenfloating zurückzuführen. Demgegenüber war das Kursrisiko beim Französischen Franc größer, weil Frankreich von Januar 1974 bis Juli 1975 am Währungsverbund nicht teilgenommen hat und im März 1976 endgültig ausgeschieden ist.

Die Untersuchung der monatlichen Swapsatzschwankung von 1974 bis 1978 hatte zum Ergebnis, daß das Swapsatzrisiko sehr viel geringer ausfällt als das Kursänderungsrisiko i.e.S. Von 360 Beobachtungen waren nur 48 größer als 4 % p.a., was bei den betrachteten 3-Monatsswapsätzen nur einem Kursverlust von 1 % entspricht. Nimmt man zum Vergleich der einzelnen Währungen die Anzahl der Swapsatzschwankungen von über 4 % heran, dann gilt bei jeweils 60 Beobachtungen die Italienische Lira mit 25 als die Währung mit der größten Unsicherheit in der Swapsatzentwicklung, gefolgt von dem Französischen Franc mit 13, dem Englischen Pfund mit 4, dem US-Dollar und dem Holländischen Gulden mit 3. Die sicherste Währung in bezug auf die Swapsatzentwicklung ist nach unserer Untersuchung der Schweizer Franken.

Ein Sachverhalt, der bei der Diskussion der Devisenhandelsrisiken meist unberücksichtigt bleibt, ist das sogenannte Positionsänderungsrisiko, soweit es überbetrieblich bestimmt ist. Unsere Untersuchung hatte zum Ergebnis, daß das Positionsänderungsrisiko in starkem Umfang angestiegen sein mußte. Wir führten dies einmal darauf zurück, daß die Außenhandelsunternehmen nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität in stärkerem Umfang von den sogenannten 'leads' und 'lags' Gebrauch machten; daraus resultierte ein höheres Positionsänderungsrisiko soweit es das Devisenkundengeschäft betrifft. Zum zweiten ergab sich aus dem Deviseneigenhandel ein erhöhtes Positionsänderungsrisiko, weil über die Verlängerung der Kurs sicherungsketten das Umsatzvolumen ausgeweitet wurde. Hinzu kommt, daß das zunehmende Umsatzvolumen im Eigenhandel mit seiner Wirkung auf das Positionsänderungsrisiko auf nur wenige Devisenhandelszentren konzentriert wird, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gehört.

Daraus können wir den Schluß ziehen, daß gerade in der Bundesrepublik Deutschland die einzelwirtschaftlichen Risiken des bankmäßigen Devisenhandels nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen, soweit sie überbetrieblich bestimmt sind, besonders stark zugenommen haben.

Bei den zwischenbetrieblich bedingten Devisenhandelsrisiken, den sogenannten Kredit- und Margenrisiken, war kein direkter Zusammenhang mit der Wechselkursflexibilität begründbar. Man kann jedoch feststellen, daß die mit dem neuen Wechselkurs-system verbundenen Erscheinungen (Devisenhandelsverluste und Bankinsolvenzen) die zwischenbetrieblichen Risiken des bankmäßigen Devisenhandels erstmals bewußt gemacht haben, und daß zweitens die immer schon latent vorhandenen Kredit- und Margenrisiken durch das größere Umsatzvolumen und durch größere Devisenhandelsbeträge stark angewachsen sind.

Als Ansatzpunkte innerbetrieblicher Risiken untersuchten wir zunächst Kompetenzüberschreitungen der Devisenhändler, die bei den bekannt gewordenen Devisenhandelsschief lagen als Verlustursachen genannt wurden. Tatsächlich waren die Überschreitungen so groß, daß damit Verluste größeren Ausmaßes erklärt werden konnten. Außerdem können finanzielle und nichtfinanzielle Motive angeführt werden, die den Devisenhändler zu solchen Kompetenzüberschreitungen verleiten könnten.

Die zentralen Gefahren in der innerbetrieblichen Sphäre lagen jedoch in der fehlenden Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründet. Von besonderer Bedeutung waren hier die fehlenden Kontrollen und Kontrollmöglichkeiten im Rahmen der Devisenhandelsorganisation, die es den Devisenhändlern ermöglichten, ihre Kompetenzen lange Zeit gefahrlos zu überschreiten, das spekulative Verhalten der Geschäftsleitungen und die Gewinnmanipulation durch Devisengeschäfte zu marktabweichenden Kursen. Als Ursache für dieses Fehlverhalten betrachteten wir das fehlende Risikobewußtsein der Geschäftsleitungen beim Übergang zur Wechselkursflexibilität, die unzureichende Ertragslage der Banken im Jahre 1973 und bei Herstatt zusätzlich die schlechte Vermögenslage.

Bei der Untersuchung der Ertragslage konnten wir feststellen, daß die Banken 1973 im ordentlichen Bankgeschäft spürbare Ertragseinbußen hinnehmen mußten, worauf sie ihre Aktivitäten auch an den Devisenmärkten verstärkten. Die negativen Konsequenzen dieses Verhaltens konnte an der sprunghaften Erhöhung der sonstigen Aufwendungen in den Jahren 1973/74 sichtbar gemacht werden. Wenn man diese sprunghafte Erhöhung der sonstigen Aufwendungen um die Devisenhandelsverluste bei der Westdeutschen Landesbank im Jahre 1973 und um die Devisenhandelsverluste bei Herstatt im Jahre 1974 bereinigt, wird deutlich, daß in den Jahren 1973 und 1974 weit mehr Banken größere Devisenhandelsverluste erlitten haben als bekannt geworden sind.

Daraus wird aber auch deutlich, daß Devisenhandelsverluste von existenzgefährdender Größenordnung nur bei Banken entstehen konnten, deren unzureichenden stillen Vermögensreserven einen Fehler in der Führung der Devisenabteilung nicht mehr ausgleichen ließen. In diesen Fällen war bei einem allgemein ertragsschwachen ordentlichen Bankgeschäft die Devisenspekulation die einzige Möglichkeit, Verluste aus dem Devisenhandel selbst zu kompensieren. Als diese Spekulation keinen Erfolg mehr hatte, wurde der Ursachen-Wirkungszusammenhang um ein weiteres Glied der Devisenmanipulation verlängert (Devisengeschäfte zu marktabweichenden Kursen), die eine Verschleierung der realisierten Devisenhandelsverluste und weitere Devisenspekulationen möglich machte. Erst dadurch konnten Devisenhandelsverluste in einer Größenordnung wie bei Herstatt entstehen.

II. Entstehung gesamtwirtschaftlicher Risiken

Hier sollte im wesentlichen die Frage beantwortet werden, ob die Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte durch die bankmäßigen Devisenhandelsaktivitäten gefährdet oder beeinträchtigt werden können.

Wir untersuchten zu diesem Zweck die Beziehungen zwischen der Wechselkursflexibilität und den verschiedenen Bestimmungsfaktoren der Funktionsfähigkeit. Hierzu zählten wir die Devi-

senarbitrage, die Devisenspekulation, die Markttransparenz, die Reaktionsgeschwindigkeit und die Teilnehmerzahl im bankmäßigen Devisenhandel. Bis auf die teilweise negative Wirkung der Devisenspekulation und der Überreaktionen im bankmäßigen Devisenhandel konnten wir keine weiteren nachteiligen Beziehungen zwischen der Wechselkursflexibilität, dem bankmäßigen Devisenhandel und der Funktionsfähigkeit der Devisenmärkte feststellen. Man kann sogar wegen der zunehmenden Devisenarbitrage des bankmäßigen Devisenhandels nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität eine überwiegend positive Wirkung der Devisenhandelsaktivitäten vermuten, weil die intensivere weltweite Arbitragetätigkeit kleinere Angebots- und Nachfrageüberhänge an den Teildevisenmärkten zur Folge hat, was zu geringeren Kursausschlägen führt.

Wenn es dennoch nach mehrjähriger Erfahrung mit flexiblen Wechselkursen immer wieder zu enormen Kursausschlägen an den Devisenmärkten kommt, dann kann dafür nicht die Devisenspekulation der Banken allein verantwortlich gemacht werden. Sie sind primär die Folge der derzeitigen Weltwirtschaftslage mit den damit verbundenen Zahlungsbilanzungleichgewichten, internationalen Preisniveaue- und Zinsdivergenzen und der Ungewißheit über deren zukünftige Entwicklung. Erst durch diese starke Variabilität der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann über die bankmäßige Devisenspekulation der Prozeß der Kursübertreibung in Gang gesetzt werden, der inzwischen zu den negativen Erfahrungen mit der Wechselkursflexibilität zählt. Mit Hilfe eines Modells von Kemp konnten wir eine mögliche Erklärung für den Ablauf dieses Prozesses der Kursübertreibung finden. Von besonderer Bedeutung war dabei die Feststellung, daß die Banken bei Spekulationen an den Devisenmärkten Gewinne erzielen können und es dennoch zu einer Funktionsgefährdung in Form von Kursübertreibungen kommt. Demgegenüber wird in der Theorie der Devisenspekulation überwiegend die Ansicht vertreten, daß die gewinnbringende Devisenspekulation immer stabilisierend wirkt und umgekehrt eine Funktionsgefährdung nur durch eine verlustbringende Spekulation verursacht werden kann.

B. Bankaufsichtsmaßnahmen als Bestimmungsfaktor abnehmender Risiken des bankmäßigen Devisenhandels

I. Wirksamkeit der Bankaufsichtsmaßnahmen vor dem Herstatt-Zusammenbruch

Hier sollte gefragt werden, ob die Bankaufsichtsinstanzen die geeigneten Maßnahmen trafen oder aufgrund des bestehenden Aufsichtssystems treffen konnten, um die Risiken des bankmäßigen Devisenhandels zu begrenzen. Wir unterschieden dabei Maßnahmen gegenüber einzelnen Kreditinstituten und die Maßnahmen zur Beaufsichtigung des gesamten inländischen Devisenmarktgeschehens.

Da im ausreichenden Umfang Eingriffsmöglichkeiten gegenüber einzelnen Banken zur Verfügung standen, sie reichten von der Erlaubnisrücknahme zum Betreiben von Bankgeschäften über die Abberufung von Geschäftsleitern und Maßnahmen nach den §§ 45 - 47 KWG bis zur einfachen brieflichen und persönlichen Kontaktaufnahme, konnte ein Engpaß für eine wirksame Bekämpfung der Devisenhandelsrisiken nur in unzureichenden Informationsmöglichkeiten bestehen.

Die Untersuchung der laufenden Informationsmöglichkeiten (Jahresabschluß, Prüfungsbericht und Monatsausweise) ergab, daß eine ausreichend zuverlässige Unterrichtung des Bundesaufsichtsamtes über die Handhabung des Devisengeschäfts bei den einzelnen Banken wegen fehlender spezieller Melde-, Prüfungs- und Berichterstattungspflichten über das Devisengeschäft nicht gesichert war. Sie ergab aber auch, daß eine konsequente Beachtung der damals schon gültigen und für die Abschlußprüfer verbindlichen 'Richtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute' in Zusammenhang mit den Grundsätzen für die Jahresabschlußprüfung und den allgemeingültigen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung in vielen Fällen die zunehmenden Risiken des bankmäßigen Devisenhandels hätten zum Vorschein bringen können.

Soweit jedoch frühzeitige Informationen über gefährliche Entwicklungen im Devisengeschäft möglich waren (Ergebnis der Buchführungsprüfung über Mängel im internen Kontrollsystem einer

Devisenabteilung oder außerordentliche Entwicklung der Ertragslage anhand der monatlichen Zwischenbilanzen), konnte das Bundesaufsichtsamt nicht auf die Zuverlässigkeit dieser Informationsmöglichkeiten vertrauen, weil die Abschlußprüfer zur Feststellung von Mängeln im internen Kontrollsystem nicht eindeutig verpflichtet waren und die monatlichen Zwischenbilanzen generell keiner Prüfung unterlagen.

Die weiteren Informationen im Rahmen des Prüfungsberichtes über die Ertragsentwicklung (realisierte Devisenhandelsverluste oder drohende Verluste aus schwebenden Devisentermingeschäften) waren unzureichend, weil sie dem Bundesaufsichtsamt im ungünstigsten Fall erst fünf Monate nach Beendigung des Geschäftsjahres zugingen, und weil die Zuverlässigkeit dieser Angaben nicht durch eindeutige Prüfungspflichten geregelt war.

Da die laufenden Informationsmöglichkeiten nur eine unzureichende Unterrichtung über die Risiken im bankmäßigen Devisenhandel boten, sollte am Beispiel des Bankhauses Herstatt untersucht werden, welche Entscheidungsmöglichkeiten das Bundesaufsichtsamt hatte, um sich Gewißheit über die bei Herstatt vermuteten Devisenhandelsrisiken zu verschaffen.

Dabei wurde deutlich, daß die Sonderprüfung nach § 44 KWG a.F. ein zu schwerfälliges Informationsinstrument darstellte. Dem Vorteil der sicheren Sachverhaltsermittlung stand zur damaligen Zeit der erhebliche Nachteil gegenüber, daß bei einem Bekanntwerden dieser Maßnahme ein Vertrauensverlust des betroffenen Kreditinstituts befürchtet werden mußte.

Unter Berücksichtigung dieses Nachteils sieht der Bundestrichtshof als mildeste Alternative die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung durch das Bundesaufsichtsamt an. Wir sehen den Verzicht auch auf diese Maßnahme für gerechtfertigt an, weil das Bundesaufsichtsamt bei dieser Maßnahme wegen ihres außerordentlichen Charakters die gleiche vertrauensschädigende Wirkung für das betroffene Kreditinstitut befürchten mußte

und weil durch die Anweisung an den Abschlußprüfer gemäß § 29 Abs. 2 KWG a.F. ohne negative Nebenwirkungen der Informationszweck tatsächlich erreicht wurde, d.h. es wurden sichere Informationen über die riskante Devisenhandelstätigkeit bei Herstatt gewonnen, die wiederum Maßnahmen nach § 46 KWG ermöglichen hätten.

Unverständlich bleibt allerdings die Tatsache, daß sich das Bundesaufsichtsamt nicht um die rechtzeitige Unterrichtung über diese Mißstände bemühte, was durch ein entsprechendes Auskunftsverlangen gegenüber dem Abschlußprüfer nach § 29 Abs. 2 KWG a.F. möglich gewesen wäre.

Neben der Überwachung der KWG-Normen bei den einzelnen Kreditinstituten (gem. § 6 Abs. 1 KWG) obliegt dem Bundesaufsichtsamt zusätzlich die laufende Überwachung der allgemeinen Entwicklung im Kreditwesen (gem. § 6 Abs. 2 KWG), damit Mißstände, die dem Gesetzeszweck entgegenstehen, rechtzeitig erkannt und bekämpft werden können.

Die Untersuchung hatte hier zum Ergebnis, daß die mündlichen Appelle auf dem 12. Deutschen Bankentag Anfang März 1974 gegen die Devisenspekulation keine Wirkung haben konnten, weil die eingegangenen Währungsrisiken nicht kontrollierbar waren. Diese Beurteilung galt auch für ein Schreiben des Bundesaufsichtsamtes an die Spitzenverbände vom 6. Mai 1974, in dem die Banken nochmals aufgefordert wurden, nicht in Devisen zu spekulieren. Zum zweiten wurde dort auch schon verlangt, daß die Geschäftsleiter durch organisatorische Vorkehrungen eine effektive Kontrolle des Devisenhandels zu gewährleisten hätten. Eine Überprüfung der Kontrolleinrichtungen und der Devisenhandelsrisiken allgemein war jedoch nicht mehr möglich, weil die Jahresabschlußprüfungen zu dieser Zeit schon abgeschlossen waren.

Die einzig wirksame Maßnahme vor dem Herstatt-Zusammenbruch war deshalb die Einführung einer Meldepflicht für Fremdwährungsgeschäfte, mit der in monatlichen Zeitabständen die ein-

gegangenen Währungsrisiken kontrollierbar wurden und damit auch eine indirekte Beschränkung der Währungsrisiken bewirkt wurde. Unverständlich mußte hier allerdings bleiben, warum diese Meldepflicht erst 17 Monate nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität eingeführt wurde, da hiermit die zunehmende Entwicklung der Devisenhandelsrisiken in einem früheren Stadium gestoppt worden wäre.

II. Wirksamkeit der Aufsichtsmaßnahmen nach dem Herstatt-Zusammenbruch

Nach dem Herstatt-Zusammenbruch wurde versucht, die Risiken des bankmäßigen Devisenhandels durch die Ausweitung des Normativsystems auf den Devisenhandel und durch eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft zu vermindern.

Als die wichtigste Maßnahme bei der Gestaltung des Devisenhandels betrachteten wir das Schreiben des Bundesaufsichtsamtes über die 'Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften'. Unsere Beurteilung ergab hier, daß bei Beachtung der Mindestanforderungen im Devisengeschäft einer Bank die Ziele erreicht werden, die einem internen Kontrollsystem vorgegeben werden, d.h. daß durch die Mindestanforderungen das Vermögen der Bank gesichert wird und daß die Richtigkeit und die Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten im Devisengeschäft garantiert werden kann. Die inhaltliche Übereinstimmung der Mindestanforderungen mit einem internen Kontrollsystem ist für Aufsichtszwecke deshalb von Bedeutung, weil das interne Kontrollsystem im Devisengeschäft inzwischen als ein wesentliches Objekt der Jahresabschlußprüfungen betrachtet werden kann.

Mit dem Grundsatz I a wurde das Normativsystem der Bankenaufsicht durch eine Verhaltensnorm zur Begrenzung des Währungsrisikos i.w.S. ergänzt. Die Untersuchung des Grundsatzes I a

ergab, daß die Währungsrisiken der Banken durch den Grundsatz I a vollständig erfaßt werden; hervorzuheben ist dabei, daß nicht nur das Devisengeschäft, sondern bis auf das Sorten- und Beteiligungsgeschäft, die gesamten Fremdwährungsaktivitäten bei der Berechnung des Währungsrisikos berücksichtigt werden. Der Komplexität des Währungsrisikos wird dadurch Rechnung getragen, daß die Teilrisiken (Risiken bei einzelnen Währungen und die sogenannten Swapsatzrisiken) gesondert berechnet und zu dem haftenden Eigenkapital direkt in Beziehung gesetzt werden.

Nach unserer Untersuchung kommen wir allerdings zu dem Schluß, daß die vollständig und eindeutig ermittelten Währungsrisiken im Grundsatz I a nicht ausreichend begrenzt werden. Unseren Berechnungen zufolge wird das nach dem Grundsatz I a zulässige Volumen für offene Devisenpositionen von den Banken durchschnittlich nur zu einem Drittel, d.h. in Höhe von 10 % des haftenden Eigenkapitals ausgeschöpft. Daraus folgerten wir, daß zur Erreichung des Minimalziels funktionsfähiger Devisenmärkte und einem möglichst weitreichenden Gläubigerschutz die Begrenzung der offenen Devisenpositionen von derzeit 30 % bis auf 10 % des haftenden Eigenkapitals herabgesetzt werden müßte, wie dies in jüngster Zeit auch von der 'Bank of England' gefordert wird.

Damit wäre gleichzeitig der Effekt verbunden, daß die Banken die verbleibenden Spekulationsspielräume in Krisenzeiten nicht mehr voll ausschöpfen und damit den Prozeß der Kursübertreibung in Gang setzen können, was in unserer Terminologie eine Begrenzung der gesamtwirtschaftlichen Risiken des bankmäßigen Devisenhandels bedeuten würde.

Die Normierung des Devisengeschäfts würde die Risiken im bankmäßigen Devisenhandel nicht wirksam begrenzt haben, wenn das Bundesaufsichtsamt keine zusätzlichen oder verbesserten Möglichkeiten erhalten hätte, um die Einhaltung dieser Normen oder allgemein die ordnungsmäßige Durchführung des Devisengeschäfts zu überprüfen.

Eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten über das Devisengeschäft ergab sich nach dem Herstatt-Zusammenbruch in mehrfacher Hinsicht. Wir unterschieden im Bereich der laufenden Aufsicht den zunehmenden Informationswert der Prüfungsberichte, die zusätzlichen Informationspflichten der Geschäftsleitung und das verbesserte Sonderprüfungsrecht gemäß § 44 KWG n.F. Als Bankaufsichtsmaßnahmen zur Erhöhung des Informationswertes der Prüfungsberichte über das Devisengeschäft betrachteten wir die Stellungnahme des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Banken und die Novellierung der §§ 24 Abs. 1 Ziff. 5 und 29 Abs. 2 des Kreditwesengesetzes.

Die Beurteilung ergab, daß durch die Stellungnahme des Bankenfachausschusses die Sollobjekte für die Prüfung von Devisengeschäften in starkem Umfang konkretisiert und damit der Informationswert des Prüfungsberichtes zum Devisengeschäft auf dieser Stufe des Prüfungsprozesses erhöht wurde.

Dies gilt besonders für den Bereich der Bewertung, wo nur bis auf kleine Einschränkungen eine eindeutige Berechnung des Devisenhandelserfolges festgelegt wird. Eine weitergehende Konkretisierung des Sollobjektes wäre im Bereich 'Ordnungsmäßigkeit der Buchführung' und '... der Inventurarbeiten' durch einen Verweis auf die Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen des Bundesaufsichtsamtes möglich gewesen.

Für den Bereich 'richtiger Ausweis von Devisengeschäften' leiteten wir aus dem neuen § 24 Abs. 1 Ziff. 5 KWG die Forderung nach dem monatlichen Abschluß der Devisenkonten und das Verbot für Devisengeschäfte zu vom Markt abweichenden Kursen ab. Über die derzeitige Regelung hinaus begründeten wir die Notwendigkeit für den gesonderten Ausweis des Erfolges aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft.

Auch auf der zweiten Stufe des Prüfungsprozesses wird der Informationswert des Prüfungsberichtes gegenüber dem bisherigen Stand erhöht. Diese Wirkung bezieht sich einmal auf das Kriterium der Eindeutigkeit, weil für den Bereich der Buchführungs- wie auch für die Jahresabschlußprüfung i.e.S. konkrete Prüfungsaufgaben speziell für das Devisengeschäft durch die Stellungnahme vorgegeben und dadurch genauere Prüfungsergebnisse erzielt werden können.

Unter dem Kriterium der Vollständigkeit brachte die Ausweitung der Anzeigepflicht gem. § 24 Abs. 1 Ziff. 5 KWG eine Erhöhung des Informationswertes, weil die Überprüfung dieser Anzeigepflicht u.a. die Überprüfung der monatlichen Devisenhandelsergebnisse notwendig macht. Verbessert werden sollten die Normen zur Überprüfung des internen Kontrollsystems, weil Mängel in diesem Bereich sehr frühzeitig gefährliche Tendenzen im Devisengeschäft anzeigen.

Bei der Beurteilung der Berichterstattung über das Devisengeschäft konnten wir folgendes feststellen. Die Berichterstattungspflicht nach § 29 Abs. 2 KWG n.F. bringt für das Bundesaufsichtsamt primär in zeitlicher Hinsicht eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten, weil ihr unverzüglich noch im Laufe der Prüfung aufsichtsrechtlich bedeutsame Vorgänge i.S. vom § 29 Abs. 2 S. 1 KWG mitgeteilt werden müssen, und weil die Bundesbank bei der Durcharbeitung der Prüfungsberichte direkt und nicht erst über das Bundesaufsichtsamt zusätzliche Informationen verlangen kann. Die Regelung gem. § 29 Abs. 2 KWG n.F. bedeutet deshalb eine Verbesserung des Aufsichtssystems durch eine Straffung der informationspolitischen Ablauforganisation. In sachlicher Hinsicht tritt keine Erhöhung des Informationswertes ein. Dies gilt auch in bezug auf die speziellen Berichterstattungspflichten für das Devisengeschäft nach der Stellungnahme, da die Berichtspflichten u.E. schon in den Prüfungsrichtlinien ausreichend konkretisiert waren.

Die zusätzlichen Informationspflichten der Kreditinstitute vervollständigen die laufenden Informationsmöglichkeiten der Bankenaufsicht über das Devisengeschäft, weil damit einmal die Kontrollierbarkeit des Grundsatzes I a und/oder allgemein monatliche Informationen über die von den Banken eingegangenen Währungsrisiken sichergestellt sind, soweit sie von der deutschen Mutterbank eingegangen wurden. Die Gefährdung der Gläubigergelder durch die Verlagerung geschäftlicher Aktivitäten auf die Luxemburger Tochterinstitute kann jährlich durch Prüfungsberichte überwacht werden, die dem deutschen Standard entsprechen.

Von geringerer Bedeutung ist in unserem Zusammenhang die verkürzte Einreichungsfrist für den Jahresabschluß, weil hieraus direkt keine zuverlässigen Informationen über das Devisengeschäft ableitbar sind.

Mit dem verbesserten Sonderprüfungsrecht nach § 44 Abs. 1 Ziff. 1 KWG n.F. bietet sich für die Bankenaufsicht zusätzlich die Möglichkeit, auch zwischen den Jahresabschlußprüfungen die ordnungsmäßige Durchführung des Devisengeschäfts zu überprüfen.

C. Gesamtergebnis

Nach unserer Untersuchung kommen wir zu dem Schluß, daß die Risiken des bankmäßigen Devisenhandels, die nach dem Übergang zur Wechselkursflexibilität stark angestiegen waren (vgl. A.) und bis Mitte 1974 wegen der Ineffizienz der Aufsichtsmöglichkeiten ihren Höhepunkt erreichten (vgl. B. I.), inzwischen durch die Bankaufsichtsmaßnahmen nach dem Herstatt-Zusammenbruch (vgl. B. II.) auf ein Maß reduziert werden konnten, daß Devisenhandelsverluste von existenzgefährdender Größenordnung nicht mehr befürchtet werden müssen, wie dies teilweise noch 1978 vermutet wurde (vgl. S. 1).

A N H A N G

Leitsätze für das Verhalten öffentlicher Banken auf dem Devisen- und Auslandsgeldmarkt*

I. Leitsätze

1. Grundlage und Voraussetzung für die Teilnahme am Devisen- und Auslandsgeldhandel ist für öffentliche Banken, ihre Devisenhändler und ihre Euro-Depositenhändler, die Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie der Usancen der Devisenmärkte. Die öffentlichen Banken arbeiten nur mit Maklern zusammen, die diese Regeln einhalten.
2. Es ist Aufgabe der Geschäftsleitungen der einzelnen Banken und der zuständigen Abteilungsleiter, durch hausinterne Vorschriften darüber zu wachen, daß sich die Umsatzvolumina in einer die erforderliche Risikobegrenzung nicht übersteigenden Größe halten.
3. Devisengeschäfte dürfen nicht zu künstlich gebildeten, von den Marktgegebenheiten abweichenden Kursen kontrahiert werden. Bei Prolongationen von Devisengeschäften, denen Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte zugrunde liegen, sind die Verlautbarungen des BAKred zu beachten.
4. Es sollen von den öffentlichen Banken keine Transaktionen durchgeführt oder vermittelt werden, die anderen Marktteilnehmern Abschlüsse ermöglichen, für die sie von ihren Partnern nicht akzeptiert werden (name washing).
5. Handelsgespräche, ob sie zu Abschlüssen führen oder nicht, sind absolut vertraulich zu behandeln. Öffentliche Banken arbeiten nur mit Maklern zusammen, die dafür Sorge tragen, daß über Umfang und Inhalt eines Abschlusses unbeteiligte Dritte keine Kenntnis erlangen.
6. Öffentliche Banken arbeiten nur mit solchen inländischen Maklern zusammen, die sich auf Vermittlung von Geschäften zwischen Kreditinstituten beschränken.
7. Unter keinen Umständen soll eine Bank einem Makler das Eingehen eigener Devisenpositionen oder Geschäfte „von oder an Aufgabe“ ermöglichen.
8. Öffentliche Banken arbeiten nur mit Maklern zusammen, die Neutralität wahren.
9. Öffentliche Banken arbeiten nur mit Maklern zusammen, die sofort nach Geschäftsabschluß alle erforderlichen Details telefonisch oder fernschriftlich übermitteln und den betroffenen Partnern noch am gleichen Geschäftstage schriftliche Bestätigungen über die Abschlüsse zusenden.
10. Es dürfen keine Zuwendungen von Maklern gefordert oder angenommen werden. Die Unabhängigkeit des Händlers muß in jeder Hinsicht gewahrt bleiben.
11. Eigengeschäfte von Mitarbeitern sollen vermieden werden. In begründeten Einzelfällen entscheidet die Geschäftsleitung über die Berechtigung zum Abschluß.
12. Verstöße gegen den Inhalt dieser Leitsätze sind der Geschäftsleitung unverzüglich anzuzeigen.

II. Einzelbegründungen zu den Leitsätzen

Zu Ziffer 1

Es handelt sich um einen Grundsatz, der einerseits abgrenzt, welche Institute und welche Fachabteilungen von diesen Leitsätzen betroffen sind. Zum anderen handelt es sich um eine Verpflichtung, die entsprechenden hoheitlichen Vorschriften und die Usancen der Märkte einzuhalten und als Partner nur solche Makler zu akzeptieren, die nach gleichen Grundsätzen wie die angeschlossenen Institute arbeiten.

Zu Ziffer 2

Der Leitsatz bezweckt die Begrenzung des Anschaffungs-, des Exekutions- und des Positionsrisikos. Wegen der unterschiedlichen Verhältnisse bei den einzelnen Banken wurde davon abgesehen, konkrete Größenordnungen der für ein einzelnes Institut angemessenen und vertretbaren Umsatzvolumina zu nennen. Die Verantwortung für den Erlaß hausinterner Vorschriften zur Risikobegrenzung, das sind z. B. Linien und/oder Kontingente, liegt bei den Geschäftsleitungen.

Zu Ziffer 3

Devisengeschäfte müssen zu marktgerechten Kursen kontrahiert werden. Für bestimmte Ausnahmefälle hat das BAKred einschlägige Regelungen getroffen.

* Gemeldet gemäß § 102 Abs. 1 GWB beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (vgl. Mitteilung M 26/79 vom 6. Februar 1979)

Zu Ziffer 4

Devisen- und Geldmarktgeschäfte von Banken werden von Partnern nur im Rahmen von intern bereitgestellten Limiten akzeptiert. Diese Limite basieren auf der Einschätzung des Kontrahenten. Die Bank selbst, die im Markt akzeptiert werden möchte, wird mit einer angemessenen Zahl von Partnern in Geschäftsverbindung stehen. Der Leitsatz soll verhindern, daß darüber hinausgehende unangemessene Volumina aufgebaut werden, oder daß Transaktionen ermöglicht werden, die sonst durch entsprechende Reaktionen der Kontrahenten unterbunden worden wären.

Zu Ziffer 5

Es ist in der Vergangenheit vorgekommen, daß unbeteiligte Dritte über sie nicht betreffende Transaktionen unterrichtet wurden, sei es durch direkte Informationen durch die Makler oder bedingt durch Mängel der technischen Einrichtungen bei den Maklern. Nach Intervention der Deutschen Bundesbank haben die meisten Banken durch individuelle Maßnahmen die Makler verpflichtet, diese Unzulänglichkeiten abzustellen.

Zu Ziffer 6

Obwohl die Banken in der Regel primär das Direktgeschäft mit Kontrahenten fördern, ist der Makler als Institution notwendig. Unter Devisen- und Geldhandel im engeren Sinne versteht man den Handel zwischen Banken. Geschäfte mit der Industrie haben in wesentlich stärkerem Maße Kreditcharakter, das heißt daß hierbei die Bonitätsprüfung eine besondere Rolle spielt. Der inländische Makler soll nicht in die Kreditwürdigkeitsprüfung involviert werden. Dieser Grundsatz entspricht aber auch den Usancen an anderen westeuropäischen Börsenplätzen.

Die Einhaltung der Einschränkung ist in der Regel nur bei inländischen Maklern durchsetzbar. Deshalb stellt der Leitsatz auf das Inland ab. Die Bezugnahme bedeutet indessen nicht, daß es zulässig wäre, nach dem Leitsatz 6 unzulässige Geschäfte von inländischen auf ausländische Makler zu übertragen.

Zu Ziffer 7

Es ist Aufgabe des Maklers, eine vermittelnde Funktion auszuüben und nicht, mit Hilfe der Bank eigene Positionen einzugehen, weil er zum Zeitpunkt des

Abschlusses mit einem Kontrahenten keinen Gegenkontrahenten findet. Darüber hinaus übersteigen die marktüblichen Größenordnungen in der Regel die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Maklers und wären deshalb nicht ohne Gefahr für das Institut, das eine solche Transaktion mit einem Makler abschließen würde.

Zu Ziffer 8

Es liegt in der Institution des Maklers, daß er nach den Prinzipien strikter Neutralität handeln muß.

Zu Ziffer 9

Der Leitsatz steht in enger Verbindung mit dem Leitsatz 7. Es sollen echte Abschlüsse gewährleistet sein, die unmittelbar nach Zustandekommen in den beiden beteiligten Instituten erfaßt und verbucht werden und damit indirekt eine Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften gewährleisten.

Zu Ziffer 10

Der Händler eines Kreditinstitutes darf nur im Interesse seines Hauses uneigennützig Transaktionen abschließen. Zuwendungen von Maklern würden seine Entscheidungsfreiheit und seine Unabhängigkeit gefährden und letztlich seine Bank beeinträchtigen.

Zu Ziffer 11

Durch den Leitsatz soll gewährleistet sein, daß Händler unabhängig (und uneigennützig wie in Leitsatz 10) für ihre Bank tätig sind. Unter Eigengeschäfte ist hier der Kauf oder Verkauf von Devisen (per Kasse oder Termin) im Auftrag und für Rechnung des Mitarbeiters zu verstehen, soweit er nicht der Abwicklung oder Absicherung seiner persönlichen Waren-, Kapital- oder Dienstleistungsgeschäfte kleineren Umfanges dient. Näheres ist durch eine Dienst-anweisung zu regeln. Die in Satz 2 des Leitsatzes angeführte Ausnahme muß jedoch deshalb einge-räumt werden, weil nicht auszuschließen ist, daß im Einzelfalle Devisengeschäfte größeren Umfanges (z. B. für die Absicherung eines persönlichen Wert-papierdepots) einmal nötig sein könnten.

Zu Ziffer 12

Eine Verpflichtung erscheint erforderlich, damit nicht aus kollegialen Gründen Verstöße von anderen Mit-arbeitern verschwiegen und notwendige Aufklärungen verschleiert werden.

Quelle: Verband öffentlicher Banken

Verhaltensnormen für Kreditinstitute am deutschen Devisenmarkt

1. Grundlage und Voraussetzung für die Teilnahme am Devisengeschäft und dessen Abwicklung ist für die Kreditinstitute, ihre Devisenhändler und ihre Eurodepositenhändler neben der Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen die Beachtung

- der Bedingungen der Wertpapier- und Devisenbörsen, soweit sie das Devisengeschäft betreffen,
- der Usancen der Devisenmärkte sowie der Gebote der Fairneß und Vertraulichkeit,
- der ungeschriebenen ethischen und moralischen Gesetze freier Märkte.

Kreditinstitute arbeiten nur mit Maklern zusammen, die die erwähnten Bestimmungen, Grundsätze und Bedingungen beachten.

2. Die Geschäftsleitungen der einzelnen Kreditinstitute sowie die Devisenhändler haben dafür zu sorgen, daß die Umsatzzumina in einer der erforderlichen Risikobegrenzung entsprechenden Größenordnung gehalten werden.

3. Devisengeschäfte dürfen nicht zu künstlich gebildeten, von den Marktgegebenheiten abweichenden Kursen kontrahiert werden.

(Bei Prolongationen von Devisentermingeschäften, denen Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte in Fremdwährung zugrunde liegen, sind die Verlautbarungen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen zu beachten.)

4. Kreditinstitute sollen weder direkt noch unter Einschaltung von Maklern in Transaktionen eintreten, die anderen Instituten Abschlüsse ermöglichen, für die diese von ihren Partnern nicht akzeptiert werden oder die diese nicht unter eigenem Namen zeigen wollen (name washing).
5. Transparenz hinsichtlich der Kursentwicklung ist ein unverzichtbarer Bestandteil funktionsfähiger Devisenmärkte.
6. Handelsgespräche sind mit absoluter Vertraulichkeit zu behandeln, und zwar unabhängig davon, ob sie zu Abschlüssen führen oder nicht. Kreditinstitute arbeiten nur mit Maklern zusammen, die allen in- und ausländischen Kreditinstituten gewährleisten, daß über Umfang und Inhalt eines Abschlusses unbeteiligte Dritte keine Kenntnis erhalten. Falls dennoch unbeabsichtigt unter Umständen Bruchteile eines anderen Gesprächs vernommen werden können, ergibt sich dies aus der Eigenart des Devisengeschäfts.
7. Kreditinstitute arbeiten nur mit Maklern zusammen, die sich auf die Vermittlung von Geschäften zwischen Kreditinstituten beschränken.
8. Kreditinstitute arbeiten nur mit Maklern zusammen, die ihre Vermittlungen den Prinzipien strikter Neutralität unterwerfen.
9. Kreditinstitute ermöglichen Maklern nicht das Eingehen eigener Devisenpositionen und akzeptieren z. B. nicht Geschäfte "von oder an Aufgabe".

10. Kreditinstitute arbeiten nur mit Maklern zusammen, die sofort nach Geschäftsabschluß alle erforderlichen Details telefonisch übermitteln. Noch am gleichen Geschäftstag sind den betroffenen Kreditinstituten Bestätigungen über die Abschlüsse zuzusenden.
11. Die Kreditinstitute weisen ihre Händler an, keine Zuwendungen von Maklern anzunehmen oder zu fordern, welche die Unabhängigkeit des Händlers beeinträchtigen könnten. Sie arbeiten nur mit Maklern zusammen, die Händlern keine Zuwendungen gewähren oder anbieten, die die Unabhängigkeit des Händlers in Frage stellen würden.
12. Devisenhändler sind verpflichtet, ihre Geschäftsleitung unverzüglich zu unterrichten, wenn sie Verletzungen der Verhaltensnormen feststellen.

Quelle: Bundesverband deutscher Banken, Sonderrundschreiben ..., a.a.O.

- einzurechnen mit der monatlichen Bilanzstatistik

100

alle Beträge in Tsd DM

	Project and Affiliation	1972	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52
--	----------------------------	------	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Figure 1. The effect of the PVP-BA copolymer on the swelling ratio of the hydrogel.

$\frac{d}{dt} \left(\frac{\partial L}{\partial \dot{x}} \right) = \frac{\partial L}{\partial x}$

C

$\rho_{\text{eff}} = \frac{\rho}{1 + \beta}$

Continued on p. 10

•

Quelle: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 195, S. 6b

$\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$
 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Berechnung der Kennziffer des Grundsatzes I a Abs. 2 u. 3 gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen

(Bekanntmachung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 30. August 1974)
 - vierteljährlich einzureichen mit der Monatlichen Bilanzstatistik -

20

Bar —

[illegible]Firma und UnterschriftOn, Datum

Words: 104-4 04 78 6 5 4 3 2 1

Quelle: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 195, S. 6a

LITERATURVERZEICHNIS

- Abkommen über den internationalen Währungsfonds, in: Bundesgesetzblatt II vom 1. August 1952, S. 638-663
- Albrecht, Werner, Wechselkursicherung, Hamburg 1977
- Aschinger, Franz, Das Währungssystem des Wesens, 2. A., Frankfurt 1973
- Bähre, Inge Lore, Probleme und Möglichkeiten der Bankenüberwachung, Bankenaufsicht international? in: Deutsche Bank (Hrsg.), Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankgeschichte, Nr. 16, Frankfurt 1978, S. 3-9
- Bähre/Schneider: KWG-Kommentar, 2. A., München 1976
- Bär, Hans, Verblässerender Heiligenschein des Bankplatzes Schweiz, in: Feuertaupe für das Floating, Zürich 1975, S. 44-51
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Dreißigster Jahresbericht (1960), Basel 1960
- Bankenfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Stellungnahme 1/1969, Fragen zu den Bilanzierungsrichtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute, in: Die Wirtschaftsprüfung 1969, S. 206-209
- Derselbe, Stellungnahme 1/75, Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäftes der Kreditinstitute, in: Die Wirtschaftsprüfung 1975, S. 664-667
- Bankhaus I.D. Herstatt, Geschäftsbericht für das Jahr 1973
- Bea, Franz Xaver, Handels- und steuerrechtliche Bewertung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. 1, 4. A., hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1974, Sp. 821-833
- Benkhoff, Werner, Aufsichtsamt wünscht Zahlen nicht nur über Luxemburg, in: Handelsblatt vom 9. November 1978, S. 11
- Birck, Heinrich und Meyer, Heinrich, Die Bankbilanz, 3. A., 2. Teillieferung, Wiesbaden 1977
- Blackhurst, Richard, Spot markets under floating rates, in: The Banker 1976, S. 29-31

Büschgen, Hans E. (Hrsg.), Mitteilungen und Berichte des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, Abteilung Bankwirtschaft 1978/9, S. 29-33

Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Anordnung gem. § 44 Abs. 1 KWG vom 14. Oktober 1974, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.17

Dasselbe, Bekanntmachung Nr. 1/68 i.d.F. vom 16. November 1976, Bundesanzeiger Nr. 238, Richtlinien für die Aufstellung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute und das Muster für die Anlage zur Jahresbilanz der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft, ausgenommen Zentralkassen; im folgenden zitiert als Bilanzierungsrichtlinien, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 16

Dasselbe, Bekanntmachung 2/68 vom 20. Dezember 1968, Richtlinien für den Inhalt der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen der Kreditinstitute; im folgenden zitiert als Prüfungsrichtlinien, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 13.01

Dasselbe, Bekanntmachung 1/69 vom 20. Januar 1969, Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute, zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 30. August 1974 (Bundesanzeiger Nr. 166), abgedruckt in Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.01

Dasselbe, Schreiben vom 6. Mai 1974, Risiken aus Währungstermingeschäften, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Ziff. 4.113

Dasselbe, Schreiben vom 24. Februar 1975, Mindestanforderungen für bankinterne Kontrollmaßnahmen bei Devisengeschäften - Kassa und Termin, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 4.120

Dasselbe, Schreiben vom 30. März 1977, Abschluß von Devisengeschäften zu deutlich von Marktkursen abweichenden Kursen durch Kreditinstitute, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 4.147

Dasselbe, Schreiben vom 20. Juli 1978, Abschluß von Devisengeschäften zu deutlich von Marktkursen abweichenden Kursen durch Kreditinstitute; hier: Prolongation von Devisentermingeschäften, denen Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte zugrunde liegen, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 4.163

- Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Schreiben vom 4. Dezember 1978 und 24. Januar 1979, Berichterstattung ausländischer Tochterbanken deutscher Kreditinstitute, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 13.11
- Dasselbe, Schreiben vom 25. Januar 1979, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.18, S. 35a-36a
- Bundesgerichtshof, Urteil vom 12. Juli 1979, in: Wertpapier-Mitteilungen 1979, S. 934-937
- Derselbe, Urteil vom 15.10.1979, in: Der Betrieb 1980, S. 153-155
- Bundesverband Deutscher Banken (Hrsg.), Banken im Fortschritt von Wirtschaft und Gesellschaft, XII. Deutscher Bankentag 1974, Köln 1974
- Derselbe, Internationalisierung des Bankgeschäfts: Deutsche Banken weltweit aktiv, in: Information des Bundesverbandes deutscher Banken vom 13. November 1978
- Derselbe, Sonderrundschreiben an die Geschäftsleitungen der Banken vom 9. Februar 1979, Verhaltensnormen für Kreditinstitute am deutschen Devisenmarkt, Anhang
- Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bundesbeschluß über den gewerbsmäßigen Devisenhandel, modifizierter Entwurf vom 5.4.1976 (unveröffentlicht)
- Coenenberg, Adolf, Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, 4. A., München 1974
- Commerzbank AG, Geschäftsbericht 1973
- Compter, Wolfgang und Markl, Ludwig, Bankbuchführung, Ausgabe B, 4. A., Darmstadt 1970
- Consbruch/Möller, KWG-Kommentar, Stuttgart 1965
- Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, München, Stand 1. Juni 1979
- Deutsche Bundesbank, Anordnung gemäß § 18 Bundesbank-Gesetz vom 6. Dezember 1968, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.04
- Dieselbe, Anordnung gemäß § 18 Bundesbank-Gesetz vom 9. Dezember 1968, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 3.04 c
- Dieselbe, Ertragsentwicklung im Bankgewerbe, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1976/11, S. 16-36

- Deutsche Bundesbank, Ertragslage der Banken im Jahre 1977, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1978/10, S. 20-30
- Dieselbe, Das Europäische Währungssystem, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1979/3, S. 11-18
- Dieselbe, Der Europäische Wechselkursverbund, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1976/1, S. 23-30
- Dieselbe, Geschäftsberichte für die Jahre 1971, 1972, 1976, 1977 und 1978
- Dieselbe, Neuere Entwicklungen im Auslandsgeschäft der deutschen Kreditinstitute, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1978/3, S. 18-24
- Dieselbe, Mitteilung Nr. 8002/74 vom 5. Juni 1974, in: Bundesanzeiger 1974/106 vom 11. Juni 1974
- Dieselbe, Schreiben vom 20. Mai 1976, betr. Devisenhandel, in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Ziff. 196, S. 7
- Dieselbe, Statistische Angaben über das Devisentermingeschäft der Kreditinstitute (unveröffentlicht)
- Dieselbe, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Reihe 5, Die Währungen der Welt, verschiedene Jahrgänge
- Deutscher Bundestag (3. Wahlperiode), Entwurf eines Gesetzes über das Kreditwesen, Drucksache 1114, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 575
- Derselbe (7. Wahlperiode), Drucksache 7/2438, Parlamentarische Anfrage zum Herstatt-Komplex, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 592
- Derselbe (7. Wahlperiode), Drucksache 7/3657, Entwurf eines Zweiten Gesetzes über das Kreditwesen, abgedruckt in: Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 582
- Dicken, Engelbert, Die marktwirtschaftliche Funktion der Devisenbörse, in: Frankfurter Wertpapierbörse (Hrsg.), Jahresbericht 1978, Frankfurt 1980, S. 29-31
- Diehl, Wolfram, Die Bilanzierung von Devisengeschäften durch Kreditinstitute, in: Betriebs-Berater 1977, S. 290-293

- Dudler, Hermann-Josef, Kurzfristige Kapitalbewegungen, Frankfurt 1966
- Dürre, Günter, Bankenaufsicht, in: Handwörterbuch der Finanzwirtschaft, hrsg. von Hans E. Büschgen, Stuttgart 1976, S. 87-91
- Derselbe, Begrüßungsansprache, in: Bundesverband Deutscher Banken (Hrsg.), Banken im Fortschritt ..., a.a.O., S. 35-38
- Derselbe, Devisengeschäfte und Bankenaufsicht, in: Sparkasse 1975, S. 218-221
- Derselbe, Kann das Bundesaufsichtsamt Bankinsolvenzen verhindern, in: Österreichisches Bank-Archiv 1974, S. 186-195
- Derselbe, Die Problematik der Bankenaufsicht, in: Neuzeitliche Bankpolitik, hrsg. von Robert Wittgen, Frankfurt 1974, S. 127-133
- Emminger, Otmar, Internationales Währungssystem, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, 3. A., hrsg. von Bernhard Benning u.a., Frankfurt 1967/68, S. 842-852
- Einzig, Paul, What Bankers know or ought to know, about Foreign Exchange Theory, in: Banca Nazionale del Lavoro (Hrsg.), Quarterly Review 1964, S. 296-314
- Ensor, Richard/Clarke, Pamelas/Lascellas, David/Peck Lim, Quek, Choose the world's best foreign exchange dealer, in: Euromoney 1979/4, S. 10-32
- Federal Reserve Bank of New York (Hrsg.), Press Release No. 1202 vom 12. Juli 1977
- Franke, Jörg, Die rechtlichen Risiken der Devisentermingeschäfte, in: Der Betrieb 1975, S. 1541-1547
- Freiling, Claus, Systeme unternehmensinterner Überwachung, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1978, S. 297-301
- Frese, Erich, Kontrolle der Organisation, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. v. E. Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 873-881
- Friedmann, Milton, The case for flexible Exchange Rates, in: Essays in Positive Economics, Chicago 1953, S. 157-203
- Fürstenberg, Friedrich, Leistungsanreizsysteme, in: Handwörterbuch des Personalwesens, hrsg. von Eduard Gaugler, Stuttgart 1975, Sp. 1158-1164

- Funk, Paul, Diskussionsbeiträge zum Vortrag von, in: Probleme der Kurssicherung im Exportgeschäft, hrsg. v. der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft, Berlin 1974, S.94-122
- Geiger, Helmut, Bankpolitik, Stuttgart 1975
- Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen über den internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund) und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development), in: Bundesgesetzblatt III vom 1. August 1952, S. 637
- Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 in der Fassung und Bekanntmachung vom 3. Mai 1976, in: Bundesgesetzblatt I, S. 1121-1140
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, in: Bundesgesetzblatt I, S. 745-755
- Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961, in: Bundesgesetzblatt I, S. 881-898
- Gesetz zu dem Übereinkommen über den internationalen Währungsfond in der Fassung von 1976, in: Bundesgesetzblatt II 1978, S. 13-81
- Gies, Winfried und Schaperjahn, Friedhelm, Ertragsstrukturen der Großbanken und Sparkassen, in: Betriebswirtschaftliche Blätter 1977, S. 145-151
- Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 22. A., Berlin u.a. 1976
- Derselbe, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Zweiter Band: Der Absatz, 10. A., Berlin u.a. 1967
- Derselbe, Unternehmensführung, Wiesbaden 1962
- Guth, Wilfried, Geschäftsbanken zwischen Liquiditätsklemme und wachsenden Kreditrisiken, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1975, S. 10-13
- Hafner, Bernhard, EDV-orientierte Abwicklung des Devisengeschäfts, in: Die Bank 1979, S. 592-599
- Hadding, Walter/Schneider, Uwe K., Nachrangiges Haftkapital bei Kreditinstituten in ausländischen Rechtsordnungen, in: Sparkasse 1977, S. 390-409
- Hafke, Heinz Christian, Zum 'Herstatt-Sparer'-Urteil des BGH, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1979, S. 1000-1006
- Derselbe, 'Wetterstein'-Urteil und Bankenaufsicht, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1979, S. 626-632

- Hahn, Dietger und Krystek, Ulrich, Betriebliche und überbetriebliche Frühwarnsysteme für die Industrie, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 1979, S. 76-88
- Hahn, Oswald, Bankbetriebslehre, Stuttgart 1967
- Derselbe, Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Wechselkursrisiken, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung 1979, Kontaktstudium 31, S. 173-182
- Derselbe, Erlaubte und verbotene Börsentermingeschäfte, in: Der Betrieb 1960, S. 971-975
- Derselbe, Die Führung des Bankbetriebes, Stuttgart 1977
- Derselbe, Geld- und Devisenhandel, Stuttgart 1964
- Derselbe, Das Instrumentarium der Währungsbank, Heft I, Rückersdorf 1968
- Derselbe, Neufassung des Kreditwesengesetzes, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1976, S. 332-334
- Derselbe, Sowohl bürokratisch als auch liberal, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1978, S. 16-18
- Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897, abgedruckt in: Schönfelder, Deutsche Gesetze, Kennziffer 50
- Hambros Bank Limited (Hrsg.), Foreign Exchange and Bullion Dealers Directory 1977, London 1977
- Hartmann, Bernhard, Bankbetriebsanalyse, Freiburg i.Br. 1962
- Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Fachgutachten 1/1967, Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlußprüfungen, in: Die Wirtschaftsprüfung 1967, S. 158-161
- Heigl, Anton und Uecker, Peter, Die aktienrechtliche Prüfung, Stuttgart 1970
- Heller, Robert, Die Wahl eines Wechselkurssystems, in: Finanzierung und Entwicklung 1977, S. 23-27
- Hellner, Thorwald, Die Novellierung des Kreditwesengesetzes, in: Bank-Betrieb 1976, S. 86-92
- Henke, Joachim, Die Novelle zum Kreditwesengesetz, in: Der Betrieb 1976, S. 517-522
- Heine, Klaus-Henning, Der Prüfungsplan für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1962, S. 29-36

- Imhoff, Eckhard, Folgen der Zusammenbrüche, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1975, S. 802
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Hrsg.), Wirtschaftsprüferhandbuch, Düsseldorf 1977
- International Monetary Fund, Annual Report 1977
- Issing, Otmar, Das internationale Währungssystem. in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1978, S. 449-455
- Derselbe, Das internationale Währungssystem nach Jamaica, in: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, hrsg. v. E. Dürr u.s., 1977/2
- Derselbe, Der Internationale Währungsfonds, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1976, S. 29-31
- Kasten, Erich und Bergmann, Bernhard, Grundlagen der Bankbuchführung, 18. A., Rinteln und München 1967
- Kemp, Murray C., The pure theory of international trade, Englewood Cliffs 1964
- Klasen, Karl, Begrüßungsansprache, in: Bundesverband Deutscher Banken (Hrsg.), Banken im Fortschritt ..., a.a.O., S. 29-33
- Kosiol, Erich, Aufbauorganisation, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. v. E. Grochla, Stuttgart 1973, Sp. 172-191
- Kreissl, Karl-Heinz, Prüfung des Devisen- und Geldgeschäftes bei Kreditinstituten, in: Interne Revision 1977, S. 284-297
- Krümmel, Hans-Jacob, Bankpolitische Normen und ihre Wirkung auf das Bankgeschäft, in: Kredit und Kapital 1975, S. 524-548
- Kruk, Max, Der Gewinnschwund hat fast alle Banken getroffen, in: Blick durch die Wirtschaft vom 6. August 1974, S. 5
- Derselbe, Kursverluste und -gewinne im Devisenhandel sollten offen ausgewiesen werden, in: Blick durch die Wirtschaft vom 7. August 1974, S. 5
- Kubaryck, Roger M., Foreign Exchange Markets in the United States, New York 1978
- Kübler, Bruno M., Die deutschen Nachkriegsinsolvenzen - Ursachenanalyse - Konsequenzen, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1975, S. 162-168

- Kühn, Richard und Walliser, Marius, Problemdeckungssystem mit Frühwarneigenschaften, in: Die Unternehmung 1978, S. 223-257
- Kümmel, Walter, Die für die Prüfung von Kreditinstituten bedeutsamen neuen Regelungen des "Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen", in: Die Wirtschaftsprüfung 1977, S. 9-18
- Landgericht Frankfurt, Urteil vom 11. September 1975, in: Wertpapier-Mitteilungen 1975, S. 1118-1123
- Landgericht Köln, Urteil vom 13. Januar 1976, in: Der Betriebs-Berater 1976, S. 760-763
- Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 2. A., Düsseldorf 1970
- Derselbe, Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, 4. A., hrsg. v. E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1974, Sp. 1011-1019
- Derselbe, Wirtschaftsprüfung, Wiesbaden 1977
- Leutwiler, Fritz, "Sündenböcke" für die Wechselkursentwicklung? in: Neue Zürcher Zeitung vom 24. Oktober 1978, S. 33
- Linhardt, Hanns, Die Kontrolle im Bankbetrieb, Stuttgart 1926
- Lipfert, Helmut, Banken in Währungsrisiko-Situationen, in: Bank-Betrieb 1972, S. 12-14
- Derselbe, Devisen und Devisenhandel, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. I, 4. A., hrsg. v. E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1974, Sp. 1155-1163
- Derselbe, Devisenhandel, Frankfurt 1968
- Derselbe, Um eine bessere Devisenmarktstruktur, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1967, S. 706-708, 768-770
- Derselbe, Der Geldmarkt, 8. A., Frankfurt 1975
- Derselbe, Internationaler Devisen- und Geldhandel, Frankfurt 1967
- Derselbe, Nationaler und internationaler Zahlungsverkehr, 2. A., Wiesbaden 1970
- Derselbe, Psychologie des Devisenmarktes, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1967, S. 316-319, 361, 364
- Löw, Heribert, Das Fachgutachten 1/1977 des Instituts der Wirtschaftsprüfer über die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlußprüfungen, in: Die Aktiengesellschaft 1978, S. 158-162

- Löwenstein, Alois K. Erbprinz zu, Der Devisenhandel der Banken, in: Währungsordnung und Konjunkturpolitik, Baden-Baden 1977, S. 39-51
- Loitlsberger, Erich, Die Bankenpublizität der Kreditinstitute, in: Aktuelle Probleme zum Recht des Kreditwesens, hrsg. v. Konrad Fuchs, Hellmuth Stark, Erich Schinner, Wien 1978, S. 254-266
- Ludewig, Rainer, Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus dem Auftragsbestand, in: Der Betrieb 1974, S. 101-104
- Lüer, Hans-Jochen, Devisenhandel und Bankenaufsicht, in: Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage 1977/1, S. 1-21
- Menzel, Friedrich, Aktuelles Thema aus dem Devisengeschäft, Vortrag vor der 'National Association of Accountants' am 28. Juni 1979 in Frankfurt
- Mertin, Klaus, Ergebnisstrukturen des Kreditgewerbes, in: Die Bank 1977/2, S. 4-12
- Möller, Hans, Das Ende einer Währungsordnung? München 1972
- Mitsubishi-Bank, Tokyo, Monatszeitschrift 1977/12, S. 11
- Morner, Peter, Abgehakt und blind gesiegelt, in: Manager Magazin 1975/1, S. 62-66
- Müller, Christe-Marie, Gold in den Grundsatz I a, in: Handelsblatt vom 16./17. November 1979, S. 10
- Neubert, Helmut, Internal Control, Düsseldorf 1959
- Derselbe, Das Internal Control System im Rahmen der Jahresabschlußprüfung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1959, S. 481-487
- Derselbe, Internal Control und Innenrevision im Rahmen der Abschlußprüfung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1960, S. 173-179
- Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 19. September 1977, in: Wertpapier-Mitteilungen 1977, S. 1435-1440
- Oberparleiter, Karl, Risiko, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, hrsg. v. H. Seischab und K. Schwantag, 3. A., Stuttgart 1960, Sp. 4693-4698
- Ott, Alfred, Marktformen, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, 13. Lfg., hrsg. v. W. Albers, Stuttgart 1978, S. 104-113

- o.V., Abwickler: Besserungsquote von 3,7 Prozent in Aussicht, in: Handelsblatt vom 30. Januar 1980, S. 10
- o.V., Banken-Kontrolleure fanden bei der Dresdner Bank keine Verluste, in: Handelsblatt vom 10. Januar 1978, S. 5
- o.V., Bayerische Vereinsbank in Tokio, in: Handelsblatt vom 8. Februar 1979, S. 6
- o.V., Beim ersten großen Meeting diskutierten Kontrolleure über die Risiken, in: Handelsblatt vom 9. September 1979, S. 7
- o.V., Beschränkungen des Grundsatz I a gemäß KWG, in: Bank-Betrieb 1974, S. 422-423
- o.V., Bretton-Woods-System ist zu Grabe getragen, in: Handelsblatt vom 1./2. April 1978, S. 6
- o.V., Britische Devisenhändler sollen kein exklusiver Club mehr sein, in: Handelsblatt vom 12. Dezember 1978, S. 9
- o.V., Bundesaufsichtsamt erweitert Grundsätze, in: Handelsblatt vom 21. Januar 1980, S. 13
- o.V., Chance und Risiko des Devisenhandels, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Juni 1974, S. 24
- o.V., Commerzbank überschreitet 50 Milliarden Mark Bilanzsumme, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. April 1978, S. 18
- o.V., Commerzbank-Tochter in Singapur, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Januar 1979, S. 30
- o.V., Competition Law im EEC (3), in: The Banker 1978/2, S. 101-103
- o.V., Continental Bank zufrieden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Mai 1979, S. 16
- o.V., Deutsche Bank hat die Dividende noch gut verdient, in: Börsenzeitung vom 5. April 1974, S. 3/4
- o.V., Deutsche Banken weltweit aktiv, in: Blick durch die Wirtschaft vom 1. September 1978, S. 6
- o.V., Devisenbörse ein getreues Spiegelbild der Wirtschaft, in: Handelsblatt vom 8. Mai 1978, S. 27
- o.V., Devisengeschäft soll weniger hektisch reagieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. Juni 1978, S. 15
- o.V., Devisenhandel soll begrenzt werden, in: Handelsblatt vom 12. Februar 1980, S. 6
- o.V., Devisenhandel im Brennpunkt, in: Wirtschaftsnotizen 1976/11, hrsg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft, S. 9

- o.V., Devisenhandel als Sündenbock, in: Blick durch die Wirtschaft vom 12. März 1979, S. 1
- o.V., Am Devisenmarkt gehen 50 Billionen um, in: Handelsblatt vom 16. Januar 1979, S. 6
- o.V., "... dürfen wir nicht einmal zucken", in: Die Zeit vom 14. April 1978, S. 31
- o.V., "Eine erfreulich positive Entwicklung", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 1978, S. 11
- o.V., Einigung über Termingeschäfte, in: Börsenzeitung vom 13. Juli 1974, S. 1
- o.V., Even big banks can stumble, in: The Banker 1975, S. 663-667
- o.V., Fed durchleuchtet US-Devisenmarkt, in: Handelsblatt vom 13. Juli 1977, S. 5
- o.V., Fünf Jahre Erfahrungen mit dem Floating, in: Wirtschaftsnotizen, hrsg. von der Schweizerischen Bankgesellschaft, 1978/2, S. 3-7
- o.V., Fünf Jahre Floating, in: Vereinsbank Kundendienst, hrsg. von der Bayerischen Vereinsbank 1978/3, S. 1-3
- o.V., The future of international money, in: The Banker 1978, S. 23-25
- o.V., Gefahren der Proliferation des Protektionismus, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. August 1978, S. 5
- o.V., Genehmigung internationaler Devisenmaklertätigkeit am New Yorker Platz, in: Handelsblatt vom 15./16. Dezember 1978, Beilage Finanzzentrum New York
- o.V., Geschäfte rund um die Uhr, in: Handelsblatt vom 26. April 1979
- o.V., Gespielt, getäuscht, gemogelt, Die Anatomie der Herstatt-Pleite, in: Der Spiegel 1975/13-15, S. 124-134, 106-118, 54-68
- o.V., Goldgeschäft eingeengt, in: Handelsblatt vom 3. Oktober 1979, S. 9
- o.V., Großer Devisenspekulationen beschuldigt, in: Blick durch die Wirtschaft vom 18. April 1974, S. 6
- o.V., Guide lines for Management of Floating, in: IWF-Survey 1974, S. 181-183
- o.V., Haben die deutschen Banken zuviel Macht, in: Finanz und Wirtschaft vom 13. April 1974, S. 3

- o.V., Herny, wirf 20 Millionen gegen die Mark ..., in: Handelsblatt vom 30. August 1978, S. 1
- o.V., Herstatt HV im Eiltempo, in: Handelsblatt vom 1. Februar 1980, S. 6
- o.V., Hill Samuel verhandelt mit Bundesbankpräsidenten, in: Handelsblatt vom 3. Juli 1974, S. 13
- o.V., Jeder Banker muß heute ein Abs sein, in: Handelsblatt vom 3. Januar 1978, S. 3
- o.V., Jetzt auch in New York, in: Handelsblatt vom 19. Oktober 1979, S. 9
- o.V., Invasion von Auslandsbanken in den USA, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23. November 1977
- o.V., Interview mit Otmar Emminger, Dann kommt vielleicht der Kater, in: Der Spiegel 1978/2, S. 31-32
- o.V., Klage über Kartell im Londoner Devisenhandel, in: Handelsblatt vom 13. Dezember 1977, S. 9
- o.V., Konspiration gegen den Dollar am Devisenmarkt? in: Neue Zürcher Zeitung vom 18. April 1979, S. 11
- o.V., Kredit - Quantität und Qualität, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977, S. 1203-1204
- o.V., The lugano affair - or how Mickey Mouse lost £ 32 Million, in: The Banker 1975, S. 1543-1546
- o.V., Manipulierten Banken den Dollarkurs? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 1979, S. 13
- o.V., Manipuliertes Floating, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. Juli 1977, S. 9
- o.V., 500 Millionen "Herstatt Dollars" hängen in der Luft, in: Börsenzeitung vom 6. Juli 1974, S. 3
- o.V., Nach Luxemburg die Schweiz, in: Handelsblatt vom 26. Februar 1979, S. 6
- o.V., Plädoyer für einen freien Devisenmarkt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Oktober 1974, S. 9
- o.V., Rasches Wachstum des amerikanischen Devisenmarktes, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. Juli 1977, S. 7
- o.V., Sarabex in London jetzt doch zum Devisenhandel zugelassen, in: Handelsblatt vom 16. August 1979, S. 6
- o.V., Schweiz erweitert Devisenkontrollen? in: Deutsche Sparkassenzeitung vom 28. September 1976, S. 2

- o.V., Schweiz will Bankenüberwachung verstärken, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. April 1979, S. 30
- o.V., Schweizer Händler machte Geschäfte mit Danny Dattel, in: Handelsblatt vom 12. Dezember 1979, S. 7
- o.V., Überwachung der Wechselkurspolitik, in: Finanzierung und Entwicklung 1977, S. 4-5
- o.V., US-Devisenbroker beteiligt sich an deutscher Gesellschaft, in: Handelsblatt vom 17. Dezember 1979, S. 7
- o.V., US-Notenbankchef: Keine Beweise für Dollar-Manipulationen, in: Handelsblatt vom 20. November 1978, S. 10
- o.V., Währungsbuchhaltung, in: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. II, 3. A., Frankfurt 1967/68, S. 1767-1768
- o.V., World-Wide Foreign-Exchange Volume ist placed roughly at \$ 50 Trillion a Year, in: Wall Street Journal vom 15. Januar 1979
- Pack, Ludwig, Die Lehre von der Unternehmensführung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. A., Bd. III, hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1976, Sp. 4079 - 4093
- Pardee, Scott E., How well are the exchange markets functioning? in: Federal Reserve Bank of New York (Hrsg.), Quarterly Review 1979/1, S. 48-52
- Philipp, Fritz, Risiko und Risikopolitik, Stuttgart 1967
- Poullain, Ludwig, Tätigkeitsbericht (II), Ein Scheck für Mazedonien, in: Wirtschaftswoche 1979/26, S. 50-60
- Puckler, Godehard, Zum Umfang der Prüfungspflicht der Abschlußprüfer bei Kreditinstituten, in: Der Betrieb 1975, S. 869-871
- Derselbe, Stille Reserven im Prüfungsbericht der Schweizer Bankrevisoren, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1979, S. 738-742
- Reichow, Hans Joachim, Devisentermingeschäfte - ihre Erfassung und Bewertung bei Banken (I), in: Der Betrieb 1977, S. 686-689
- Reimann, Winfried, Drei Jahre nach dem Herstatt-Kollaps (2), Hinterlassenschaften der Krise, in: Börsenzeitung vom 26. Juni 1977, S. 1
- Reischauer/Kleinhans, Kreditwesengesetz, Berlin 1963, 44. Ergänzungslieferung, August 1979

- Richtlinien für die Meldung der Kreditinstitute zur "Monatlichen Bilanzstatistik", abgedruckt in: Reischauer/Klein-hans, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 365
- Rittershausen, Heinrich: Die Zentralnotenbank, Frankfurt 1968
- Roeper, Hans, Erfahrungen mit flexiblen Wechselkursen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Januar 1978, S. 11
- Rose, Klaus, Stabilisierungspolitik bei beweglichen Wechselkursen. Die Erfahrungen der Bundesrepublik seit dem März 1973, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1976, S. 258-263
- Rose, Sanford, What really went wrong at Franklin National, in: Fortune 1974/10, S. 118-121, 220-227
- Rühli, Edwin, Unternehmungsführung und Unternehmungspolitik, Bd. I, Bern-Stuttgart 1973
- Samm, Carl Theodor, Zur Novellierung des Kreditwesengesetzes, in: Österreichisches Bank-Archiv 1976, S. 308-322
- Selchert, Friedrich W., Zur Diskussion um das Erkenntnisobjekt des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1972, S. 102-107
- Sieber, Hans, Der flottierende Schweizerfranken, Zürich 1978
- Sinkey, Joseph F., The Collapse of Franklin National Bank of New York, in: Journal of Bank Research 1976/7, S. 113-121
- Sohmen, Egon, Wechselkurs und Währungsordnung, Tübingen 1973
- Spieth, Eberhard, Vergleichende Gegenüberstellung und Wertung der wichtigsten Abschlußprüfungshandlungen in der amerikanischen und deutschen Wirtschaftsprüferarbeit, Düsseldorf 1962
- Spindler/Becker/Starke, Die Deutsche Bundesbank, 4. A., 1973
- Szagun/Neumann/Wohlschieß, Kreditwesengesetz, Berlin u.a. 1976
- Scharrer, Hans-Eckart, Erfahrungen mit dem Floating, in: Wirtschaftsdienst 1975, S. 244-247
- Scharrer, Hans-Eckart/Gehrmann, Dieter/Wetter/Wolfgang, Währungsrisiko und Währungsverhalten deutscher Unternehmen im Außenhandel, Hamburg 1978
- Schmidt, Dirk, Einlegerschutz ist zunächst Sache des Kreditgewerbes, in: Handelsblatt vom 7. Juni 1979, S. 9

- Schneider, Manfred, Offene Fragen der Bankenaufsicht, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1978, S. 236-239
- Scholz, Walter, Die Bilanzierung und Prüfung des Devisengeschäfts der Kreditinstitute (Bemerkungen zum Entwurf ...), in: Die Wirtschaftsprüfung 1975, S. 25-29
- Scholz, Walter, Bilanzierung und Prüfung der Devisengeschäfte der Kreditinstitute (Erläuterungen zur Stellungnahme), in: Die Wirtschaftsprüfung 1975, S. 645-646
- Schork, Ludwig, Die allgemeinen Maßnahmen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, in: Der Bank-Betrieb 1964, S. 35-37
- Derselbe, Gesetz über das Kreditwesen, Köln u.a. 1965
- Schütz, Axel, Das Devisengeschäft der Banken - Gedanken zur Kontrolle und Organisation des Rechnungswesens, in: Bank-Betrieb 1974, S. 397-402
- Schubert, Werner, Rückstellungen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. A., hrsg. v. E. Grochla und W. Wittmann, Stuttgart 1976, Sp. 3468-3473
- Schuster, Leo, Zentralbankpolitik und Bankenaufsicht in den EWG-Staaten, Köln und Opladen 1963
- Schweizerische Bankgesellschaft, Geschäftsbericht für das Jahr 1974
- Schweizerischer Bankenverein (Hrsg.), Devisenhandel und Geldmarktgeschäfte, Zürich 1976
- Schwilling, Werner, Die kurshbildenden Faktoren am Devisenmarkt, Diss. Köln 1962
- Stannigel, Hellmut, Die unverzügliche Berichterstattungspflicht des Abschlußprüfers von Kreditinstituten nach § 29 Abs. 2 KWG (Teil I), in: Die Wirtschaftsprüfung 1977, S. 565-576
- Starke, O.-Ernst, Problem einer umfassenden Reform der Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Betriebswirtschaft 1978, S. 167-188
- Stein, Johann Heinrich von, Insolvenzen privater Banken und ihre Ursachen, München 1969
- Steinmann, Günter, Theorie der Spekulation, Tübingen 1970
- Stillger, Franzpeter, Unbehagen bei den Devisenhändlern, in: Börsenzeitung vom 19. Februar 1975, S. 1
- Strasser, Hans, Bankplatz Schweiz heute, in: Bankverein Heft Nr. 16

- Studienkommission, Bericht der, Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft, Bonn 1979
- Tormann, Wolfgang, Die Anordnungsbefugnisse des Bundesaufsichtsamtes gegenüber Kreditinstituten, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1977, S. 375-378
- Treschkow, Rüdiger von, Devisenhandel heute, in: Internationales Bankgeschäft 1975, Sonderbeilage zur Börsenzeitung vom 1. November 1975, S. 5/6
- Ulrich, Hans, Kompetenzen, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. v. E. Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 852-856
- Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik, 3. A., Frankfurt 1969
- Derselbe, Währungspolitik als die Kunst des Unmöglichen, Frankfurt 1968
- Verband öffentlicher Banken, Leitsätze für das Verhalten auf den Devisen- und Auslandsgeldmärkten, Anhang
- Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten und die dazugehörigen Muster der Formblätter, abgedruckt in: Consbruch/Möller/Bähre/Schneider, Kreditwesengesetz, a.a.O., Kennziffer 14 bzw. 15
- Viermetz, Kurt F., Mit der Unruhe um den US-Dollar wurde die Bedeutung New Yorks größer, in: Finanzzentrum New York, Beilage zum Handelsblatt vom 15./16. Dezember 1978, S. II
- Wysocki, Klaus von, Was prüft der Prüfer (und was nicht)? in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 1978, S. 219-225
- Westdeutsche Landesbank und Girozentrale, Geschäftsbericht für die Jahre 1968-1978
- Weidmann, Peter, Zur Bewertung der Devisenposition bei Kreditinstituten, in: Bank-Betrieb 1975
- Willeke, Rainer, Marktformen, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7. Bd., hrsg. v. E. v. Beckerath u.a., Stuttgart 1961, S. 136-147
- Wirtz, Carl, Prüfungsaufgabe, Prüfungsumfang und Prüfungshaftung, in: Die Betriebswirtschaft 1937, S. 185, zitiert bei: Erwin Pougin, Die Berücksichtigung des internen Kontrollsystems als Grundlage ordnungsmäßiger Abschlußprüfung, Düsseldorf 1959

Wittgen, Robert, Der klassische Spekulant ist heute am
Devisenmarkt seltener, in: Handelsblatt vom 30. März
1977, Beilage Banken International, S. 6 u. 10

Derselbe, Gewinnoptimierung im Devisen-Eigengeschäft, in:
Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1968, S. 137-148

Woll, Artur, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5. A.,
München 1976

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen
vom 24. März 1976, in: Bundesgesetzblatt I, S. 725

L e b e n s l a u f

Name: Jürgen F a l l e r
geb.: 20. April 1949 in Schramberg
Staatsangehörigkeit: deutsch
Familienstand: verheiratet mit Dorothea Karg-Faller,
geb. Karg

Schul Ausbildung: 1956 - 1950 Volksschule Schramberg
1960 - 1968 Gymnasium Schramberg,
Abitur 1968

Wehrdienst: 1968 - 1969 in Nagold

Berufsausbildung: 1970 - 1971 Banklehre bei der Deutschen
Bank AG, Filiale Villingen

Hochschulbildung: 1971 - 1976 Studium der Betriebswirt-
schaftslehre an der Fried-
rich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg,
Frühjahr 1976 Examen zum
Diplom-Kaufmann

Berufstätigkeit: seit Juli 1976 Verwalter der Dienstge-
schäfte eines wissen-
schaftlichen Assistenten am
Lehrstuhl für Allgemeine,
Bank- und Versicherungsbe-
triebswirtschaftslehre von
Prof. Dr. Oswald Hahn an der
Universität Erlangen-Nürnberg

Nürnberg, den 15. April 1980

